Landtag Rheinland-Pfalz 16. Wahlperiode

Fragestunde

des Landtags statt.

Plenarprotokoll 16/64

64. Sitzung

Donnerstag, den 23. Januar 2014

Mainz, Deutschhaus

Auf Antrag der Fraktion der CDU findet zu der Mündlichen Anfrage Nummer 1 und auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der Mündlichen Anfrage Nummer 3 jeweils eine Aussprache gemäß § 99 der Geschäftsordnung des Landtags statt.	
Die nicht behandelten Mündlichen Anfragen Nummern 4 bis 19 werden gemäß § 98 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Landtags in Kleine Anfragen umgewandelt.	
AKTUELLE STUNDE	
"Steigende Fallzahlen bei Steuer-Selbstanzeigen in Rheinland-Pfalz" auf Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 16/3212 –	4176
"Das EEG weiterentwickeln – die Energiewende in Rheinland-Pfalz für Umwelt, Klimaschutz und Arbeitsplätze vorantreiben" auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/3213 –	4181
"Haltung der Ministerpräsidentin zur Zukunft des Rundfunkbeitrags" auf Antrag der Fraktion der CDU – Drucksachen 16/3209 NEU und 16/3214 –	4188
Die Aktuelle Stunde wird dreigeteilt.	

Zu den Themen findet jeweils eine Aussprache gemäß § 101 der Geschäftsordnung

Klimaschutz braucht Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien – Rahmenbedingungen für eine weiterhin erfolgreiche Energiewende schaffen Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 16/3206 -

dazu: Eine erfolgreiche Energiewende braucht die Reform des Erneuerbare- Energien-Gesetzes Antrag (Alternativantrag) der Fraktion der CDU	
- Drucksache 16/3216	4195
Der Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/3206 – wird mit Mehrheit angenommen.	4203
Der Alternativantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/3216 – wird mit Mehrheit abgelehnt.	4203
Perspektiven der dualen Berufsausbildung in Rheinland-Pfalz Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der CDU	
– Drucksachen 16/2330/2549/3182 –	4204
Der Tagesordnungspunkt ist mit seiner Besprechung erledigt	4212
Dritter Opferschutzbericht der Landesregierung Besprechung des Berichts der Landesregierung (Drucksache 16/1843) auf Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/3185 –	4212
Der Tagesordnungspunkt ist mit seiner Besprechung erledigt	4218
Rheinland-Pfalz fördert die Friedensbildung Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/3205 –	
dazu: Für eine nachhaltige Völkerverständigung – Weiterführung der Tradition der Friedensarbeit in Rheinland-Pfalz Antrag (Alternativantrag) der Fraktion der CDU – Drucksache 16/3217 –	4218
Der Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/3205 – wird mit Mehrheit angenommen.	4224
Der Alternativantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/3217 – wird mit Mehrheit abgelehnt.	4224

Umfassende Entlastung der Kommunen auch bei der Eingliederungshilfe dringend geboten Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/3201 –

dazu: Bundesbeteiligung an den Kosten der Eingliederungshilfe zugunsten der Kommunen zügig umsetzen Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/3220 –	4224
Der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/3201 – wird mit Mehrheit abgelehnt	4229
Der Alternativantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/3220 – wird mit Mehrheit angenommen	4229
Waldzustandsbericht 2013 Besprechung des Berichts der Landesregierung (Drucksache 16/3135) auf Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/3186 –	4229
Der Tagesordnungspunkt ist mit seiner Besprechung erledigt	4237
Vollständige Unterrichtsgarantie für gute Bildung! Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/3202 –	4237
Der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/3202 – wird mit Mehrheit abgelehnt.	4242
Naturschutz und Offenhaltung der Landschaft in bäuerlicher Hand! Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/3203 –	4242
Der Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/3203 – wird an den Ausschuss für Umwelt Landwirtschaft Ernährung Weinhau und Forsten überwiesen	4242

Am Regierungstisch:

Ministerpräsidentin Malu Dreyer; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Frau Irene Alt, Frau Margit Conrad, Jochen Hartloff, Frau Ulrike Höfken, Dr. Carsten Kühl, Frau Eveline Lemke, Roger Lewentz, Alexander Schweitzer; Staatssekretärin Frau Jacqueline Kraege.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Elisabeth Bröskamp, Monika Fink, Stephanie Nabinger, Anne Spiegel; die Staatssekretärin Margit Gottstein.

Rednerverzeichnis:

Abg. Baldauf, CDU:	4155.	4182.	4187.	4197
Abg. Billen, CDU:				
Abg. Bracht, CDU:				
Abg. Brandl, CDU:				
Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:				
Abg. Dr. Dr. Schmidt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:				
Abg. Dr. Enders, CDU:				
Abg. Dr. Mittrücker, CDU:				
Abg. Dr. Weiland, CDU:				
Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:				
Abg. Frau Beilstein, CDU:				
Abg. Frau Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:				4161
Abg. Frau Brück, SPD:				
Abg. Frau Dickes, CDU:				
Abg. Frau Ebli, SPD:				
Abg. Frau Klöckner, CDU:				
Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:				
Abg. Frau Mohr, SPD:	4189.	4193.	4195.	4200
Abg. Frau Neuhof, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:			4163.	4229
Abg. Frau Ratter, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:				
Abg. Frau Raue, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:				4215
Abg. Frau Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:				4160
Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:				
Abg. Frau Wieland, CDU:				
Abg. Fuhr, SPD:				4184
Abg. Guth, SPD:				
Abg. Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:				
Abg. Heinisch, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:				
Abg. Hering, SPD:				4188
Abg. Hürter, SPD:				
Abg. Johnen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:				4157
Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:			4157,	4181
Abg. Noss, SPD:				4225
Abg. Schmitt, CDU:			4162,	4174
Abg. Schreiner, CDU:			4177,	4180
Abg. Sippel, SPD:				4212
Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	4178,	4181,	4208,	4226
Abg. Wansch. SPD:			4176.	4180
Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:			4163,	4218
Abg. Winter, SPD:				4151
Frau Dreyer, Ministerpräsidentin:				
Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forste				
		4172,	4176,	4230

Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:4155, 4157, 415	
4185, 4202, 4210, 4214185, 4202, 4210, 421	17
Schweitzer, Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:	53
	ว6 41
Frau Reiß, Staatssekretärin:	22
Prof. Dr. Barbaro, Staatssekretär:	79 50
Präsident Mertes:4150, 4151, 4152, 4153, 4154, 4155, 4157, 415 	30 33
izepräsident Dr. Braun:4219, 4211, 4212, 4214, 4215, 4217, 4218, 4219, 4221, 427,	22
	92
4193, 4194, 4195, 4223, 4225, 4226, 4227, 422	28
/izepräsidentin Frau Klamm:)2

64. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz am 23. Januar 2014

Die Sitzung wird um 09:30 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertes:

Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie zur 64. Plenarsitzung herzlich begrüßen. Die Kolleginnen Frau Dr. Machalet und Frau Demuth werden mich bei der Sitzungsleitung unterstützen.

Entschuldigt sind heute die Kolleginnen Bröskamp, Fink, Nabinger und Spiegel sowie am Nachmittag Frau Staatsministerin Doris Ahnen wegen der Teilnahme an der Wintersitzung des Wissenschaftsrates in Berlin. Ab 12:00 Uhr ist Herr Staatsminister Dr. Carsten Kühl wegen der Leitung der Bauministerkonferenz entschuldigt. Frau Staatssekretärin Margit Gottstein ist erkrankt, und Frau Staatssekretärin Jacqueline Kraege wird ab 11:00 Uhr an der Sitzung im Rahmen der Rundfunkkommission der Länder teilnehmen.

Der Kollege Horst Gies hat heute Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall im Hause)

Für ihn haben wir natürlich die obligatorischen zwei Flaschen Wein.

(Frau Klöckner, CDU: Aber keinen von der Ahr!)

Herr Gies, es ist aber kein Wein von der Ahr. Sie müssen rheinhessischen Wein trinken. Sie werden es nicht nur überleben, sondern Sie werden es genießen. Es ist ein Wein von einem wunderbaren Weingut am Rande von Mainz in Essenheim, das schon viele Preise gewonnen hat.

Ich wünsche Ihnen alles Gute zum Geburtstag!

Wir beginnen nun mit der Arbeit. Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Fragestunde

Drucksache 16/3210 –

Wir kommen zur Mündlichen Anfrage der Abgeordneten Kathrin Anklam-Trapp, Friederike Ebli und Fredi Winter (SPD), Aktuelle Entwicklungen bei der Organspende – Nummer 1 der Drucksache 16/3210 – betreffend, auf. Ich erteile Frau Kollegin Anklam-Trapp das Wort.

Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:

Wir fragen die Landesregierung:

 Wie bewertet die Landesregierung die aktuellen Zahlen zur Organspendebereitschaft, insbesondere für Rheinland-Pfalz?

- 2. Welche Maßnahmen und Initiativen gibt es in Rheinland-Pfalz bzw. werden von der Landesregierung unterstützt, die auf das Thema Organspende aufmerksam machen, darüber aufklären und zur Auseinandersetzung mit der eigenen Organspendebereitschaft anregen?
- 3. Wie bewertet die Landesregierung die im vergangenen Jahr vereinbarten schärferen Richtlinien hinsichtlich einer besseren Kontrolle und Transparenz bei der Organspende in deutschen Kliniken/Transplantationszentren?
- 4. Welche weiteren Maßnahmen hält die Landesregierung für geboten, um die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger für das Thema Organspende zu fördern und verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen?

Präsident Mertes:

Für die Landesregierung antwortet der Gesundheitsminister.

Schweitzer, Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Vielen Dank. Herr Präsident, meine Damen und Herren! Seitens der Landesregierung beantworte ich die Fragen der Abgeordneten Kathrin Anklam-Trapp, Friederike Ebli und Fredi Winter wie folgt:

Zu Frage 1: In Rheinland-Pfalz ist die Zahl der Organspenderinnen und Organspender im Jahr 2013 entgegen des derzeitigen Bundestrends nur geringfügig rückläufig. Während die Zahl der Organspenderinnen und Organspender in Rheinland-Pfalz nur um zwei Spender – minus 4 % – von 49 auf 47 zurückging, ist deutschlandweit die Zahl der Organspenderinnen und Organspender um 16 % zurückgegangen. Gleichzeitig lag die Zahl der Organspenderinnen und Organspender in Rheinland-Pfalz mit 11,8 pro 1 Million Einwohnerinnen und Einwohner über dem Bundesdurchschnitt von 10,9 pro 1 Million Einwohner.

Der bundesweite Vertrauensverlust in die Organspende um die Transplantationsmedizin aufgrund der Skandale in einzelnen Transplantationszentren ist in Rheinland-Pfalz deutlich weniger bemerkbar. Hierfür sieht die Landesregierung drei Gründe:

Erstens sind die Transplantationszentren in Rheinland-Pfalz gut aufgestellt. Das Lebertransplantationsprogramm in Mainz ergab bei der Überprüfung durch die Prüfungs- und Überwachungskommission keinen Hinweis auf Manipulationen.

Zweitens zeigen die langjährigen und vielfältigen Maßnahmen der Landesregierung gemeinsam mit vielen Partnerinnen und Partnern im Land im Bereich Organspende und Transplantation offenbar Wirkung.

Die Landesregierung bekennt sich drittens offensiv zu den großen Chancen und Möglichkeiten der Organ-

spende und Transplantation. Sie lässt gerade in Zeiten der Verunsicherung nicht locker, zu sensibilisieren und aufzuklären sowie die Abläufe in Krankenhäusern bei der Organspende zu verbessern.

Zur Frage 2: Die Landesregierung ist gemeinsam mit ihren Partnerinnen und Partnern der Initiative Organspende Rheinland-Pfalz seit vielen Jahren auf vielfältige Weise tätig, um für die Bedeutung der Organspende zu sensibilisieren und die Bereitschaft zur Spende zu steigern.

Die Initiative Organspende unter der Geschäftsführung der Landeszentrale für Gesundheitsförderung ist bereits im Jahr 2002 gegründet worden. Im Jahr 2011 hat die Landesregierung ein Konzept zur Förderung der Organspende vorgelegt.

Aufgrund der höchst schwierigen Ereignisse haben wir noch einmal nachgelegt. Zusätzlich zur aktuellen Informationskampagne der Krankenkassen setzen auch wir verstärkt auf öffentlichkeitswirksame Aktionen und Veranstaltungen, um die Bürgerinnen und Bürger über die Möglichkeiten der Organspende aufzuklären.

So wurde der Tag der Organspende am 1. Juni 2013 erstmals in Rheinland-Pfalz mit einem Aktionstag "Let the beat go on – Entscheide Dich!" auf dem Mainzer Bahnhofsvorplatz begangen. Ich konnte selbst dabei sein und mit vielen Akteuren der Selbsthilfe, aber auch Betroffenen und vielen weiteren Aktiven im Gesundheitswesen diskutieren und gemeinsam für die Organspende werben. Ich würde gerne einen solchen Tag alljährlich stattfinden lassen.

Im September 2013 wurde die Wanderausstellung "Herz verschenken" initiiert, die Menschen vorstellt, denen durch eine Organspende ein zweites Leben geschenkt werden konnte oder die der Organentnahme bei einem verstorbenen Angehörigen zugestimmt haben. Sie tourt seitdem durch Rheinland-Pfalz.

In einem Medienprojekt "Leben schenken" haben Jugendliche gemeinsam mit einem professionellen Filmemacher das Thema "Organspende" auf informative, emotionale, aber auch humoristische Weise filmisch dargestellt. Auch diese Initiative haben wir durch die aktive Teilnahme unterstützt.

Die Landesregierung zeichnet darüber hinaus alljährlich gemeinsam mit der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DOG) ein Krankenhaus für sein vorbildliches Engagement bei der Organspende aus. Im vergangenen Jahr wurde das Klinikum Ludwigshafen geehrt.

Zu Frage 3: Im Jahr 2013 wurde das Transplantationsgesetz erneut geändert. Die Änderungen sind am 1. August 2013 in Kraft getreten. Die Länder hatten bereits im Gesetzgebungsverfahren 2012 gefordert, dass die Richtlinien der Bundesärztekammer über die Organentnahme, Vermittlung und Transplantation einer Genehmigung durch das Bundesgesundheitsministerium bedürfen. Nur so kann in transparenter Weise deutlich gemacht werden, dass die Bundesärztekammer nicht nur den Stand der Erkenntnisse der medizinischen Wissenschaft feststellt, sondern auch auf dieser Basis echte

grundrechtsrelevante Festlegungen trifft, unter anderem, wer ein Organ bekommen soll und mit welcher Dringlichkeit.

Der Forderung der Länder ist die Bundesregierung damit nachgekommen. Die Landesregierung begrüßt, dass als Reaktion auf die Manipulation der Wartelisten – vor allem in Göttingen ist das vorgefallen – im Zuge der Änderung des Transplantationsgesetzes auch das Strafrecht geändert wurde. Das absichtlich oder vorsätzlich falsche Erheben, Dokumentieren oder Übermitteln eines falschen Gesundheitszustandes bei Patientinnen und Patienten steht nunmehr unter Strafe.

Zu Frage 4: Ein neues Landesgesetz zur Ausführung des im August 2012 und 2013 geänderten Bundestransplantationsgesetzes befindet sich derzeit in der hausinternen Abstimmung. Dabei sind konkrete Vorgaben zur Qualifikation der Transplantationsbeauftragten vorgesehen.

Das Engagement der Transplantationsbeauftragten in den Häusern im Land trägt maßgeblich – ich unterstreiche "maßgeblich" – dazu bei, dass Organspenden in Krankenhäusern überhaupt stattfinden und ermöglicht werden. Um die Transplantationsbeauftragten in den Krankenhäusern in Rheinland-Pfalz optimal auf ihre Aufgaben vorzubereiten, bieten die Akademie für ärztliche Fortbildung, die Landesärztekammer und die Deutsche Stiftung Organtransplantation gemeinsam mit der Landesregierung seit diesem Jahr regelmäßig ein Fortbildungscurriculum an, das übrigens sehr gut angenommen wurde.

Mit dem Dreiklang aus erstens öffentlicher Aufklärung und Sensibilisierung, zweitens Verbesserung der Abläufe in den Krankenhäusern und drittens Überwachung der Transplantationszentren versucht die Landesregierung, kontinuierlich verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen und den rund 500 Patientinnen und Patienten, die heute in Rheinland-Pfalz auf ein Organ warten, neue Hoffnung zu geben.

So viel zur Beantwortung der Anfrage.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Gibt es Zusatzfragen? – Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Winter.

Abg. Winter, SPD:

Sehr geehrter Herr Minister, welche weiteren Maßnahmen der Qualitätssicherung sieht die Landesregierung?

Schweitzer, Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Zunächst einmal muss man sehen, dass die Prüfungsund Überwachungskommission ihre Arbeit fortsetzen wird. Ich gehe davon aus, dass ein engmaschiges Netz der Überprüfung und Überwachung in den Transplantationszentren auch nie aufhören darf.

Darüber hinaus finde ich es eine gute Entwicklung, dass inzwischen durch gesetzliche Veränderungen auch die Landesbehörden die Möglichkeit haben, an diesen Überprüfungen teilzunehmen.

Wir nehmen diese Aufgabe sehr engagiert wahr und konnten damit erreichen, dass wir in Rheinland-Pfalz, wo der Zustand so ist, dass wir von den Skandalen nicht betroffen sind, dennoch über Audits und weitere Überprüfungen dazu beitragen, dass nicht nur in den Transplantationszentren weiterhin gut gearbeitet wird, sondern es darüber hinaus auch bei den Beobachterinnen und Beobachtern, bei den möglicherweise Betroffenen, bei deren Angehörigen und bei der kritischen Öffentlichkeit immer klarer wird: In Rheinland-Pfalz können solche Situationen, wie wir sie in Göttingen und andernorts erlebt haben, nicht eintreffen.

Präsident Mertes:

Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Enders.

Abg. Dr. Enders, CDU:

Herr Minister, ich habe eine Nachfrage, die sich auf die Antwort zu meiner Kleinen Anfrage vom 6. Juni 2013 zum Thema "Tag der Organspende" bezieht. In der Antwort zu Frage 4 führt die Landesregierung aus, dass sie derzeit keinen Handlungsbedarf zur Weiterentwicklung der erfolgreichen Kooperationsvereinbarung sieht, denn diese hätte maßgeblich dazu beigetragen, dass trotz der Skandale im Transplantationswesen eine positive Entwicklung der Organspendezahlen in Rheinland-Pfalz zu verzeichnen sei.

Muss man das nicht aufgrund der Entwicklung jetzt etwas anders beurteilen und da nacharbeiten?

Schweitzer, Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Ich bleibe bei der Auffassung – ich konnte das auch mit den Zahlen festlegen –, wie sie auch Frau Dr. Samuel, die wichtigste Ansprechpartnerin des Landes im Bereich der Organspende – sie ist die Geschäftsführende Ärztin der DSO für die Region Mitte –, mitgeteilt hat. Sie hat kürzlich gegenüber der "Rhein-Zeitung" formuliert – ich zitiere –: Der Skandal ist an Rheinland-Pfalz im vergangen Jahr vorbeigegangen. –

Das ist so, und darüber bin ich sehr froh. Die Zahlen dokumentieren es deutlich.

Aber dennoch – um Ihre Frage zu beantworten, Herr Dr. Enders – müssen wir auch weiterhin alles Engagement investieren, um diese öffentliche Sensibilisierung möglich zu machen. Hier sind allen voran die Kooperationen mit den Partnern zu nennen.

Präsident Mertes:

Eine weitere Zusatzfrage von Herrn Dr. Schmidt von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. Dr. Dr. Schmidt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Minister Schweitzer, obwohl 70 % bis 80 % der Bevölkerung der Organspende positiv gegenüberstehen, wie können wir dahin gehend arbeiten, dass die Bereitschaft nachhaltig gesteigert wird?

Schweitzer, Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Zunächst einmal durch eine solche Debatte, durch die Tatsache, dass wir dieses Thema an den Anfang einer Plenarsitzung stellen und uns darüber im Klaren sind, dass wir diese Debatte nicht nur in diesem Haus behalten sollten, sondern wir alle, wenn wir unterwegs sind, vielleicht mit einer persönlichen Entscheidung vorangehen, aber zumindest im politischen und gesellschaftlichen Umfeld darauf hinweisen und dafür werben, dass Organspenden Leben retten.

Ich bin mir sicher, dass sich jeder von uns schon persönlich mit dieser Frage beschäftigt hat. Auch ich habe einen Organspendeausweis und verheimliche das nicht. An jeden, der sich in dieser ganz persönlichen Entscheidung – man kann darüber sozusagen keinen Rahmen werfen und sagen, man muss und soll auf jeden Fall – hat dazu durchringen können, einen Organspendeausweis zu haben, kann ich nur appellieren, dass man das nicht verheimlicht, sondern überall darauf hinweist.

Es ist tatsächlich so: Es hilft Menschen, und es hilft Leben retten. Noch einmal die Zahl: 500 Patientinnen und Patienten warten derzeit in Rheinland-Pfalz auf ein Organ, um weiterleben zu können.

Präsident Mertes:

Eine weitere Zusatzfrage der Kollegin Anklam-Trapp.

Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrter Herr Minister, wir sprechen viel über Vertrauen. Welche vertrauensbildenden Maßnahmen können oder müssen die Transplantationszentren selbst ergreifen?

Schweitzer, Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Zunächst einmal ist es so, es muss sich wieder Vertrauen bilden. Ich würde sagen, eine der Hauptursachen dafür, dass die Zahlen bundesweit so dramatisch zurückgegangen sind, ist das verloren gegangene Vertrauen. Das können die Transplantationszentren nur durch gute, gewissenhafte und transparente Arbeit wieder aufbauen.

Ich will noch hinzufügen, dass wir bei den beiden Transplantationszentren in Rheinland-Pfalz – angesiedelt an der Uniklinik in Mainz und im Westpfalz-Klinikum in Kaiserslautern – schon seit vielen Jahren zum Beispiel das Mehr-Augen-Prinzip sowie Transplantationskonferenzen haben. Das heißt, interdisziplinär setzt man sich zusammen, und die Fachkolleginnen und Fachkollegen überlegen: Wie ist die Situation, und wie können wir bei den betroffenen Patientinnen und Patienten für eine Organentnahme werben?

Bei den Patienten selbst, solange sie noch dazu in der Lage sind, sich darüber gegenüber dem ärztlichen Personal zu äußern, oder bei den Angehörigen. Wie bekommen wir Abläufe so gestaltet, dass wie in Kooperation mit den Organent-nahmestellen in den Intensivstationen der Häuser in Rheinland-Pfalz ein gutes Management haben?

Ich will noch einen Punkt hinzufügen, der auch Konsens ist. Eine ethische Vereinbarung bei den Transplantationszentren in Rheinland-Pfalz ist, dass es keine Bonuszahlungen und keine Extravergütung gibt und deutlich wird: Es ist kein pekuniäres Interesse bei dem ärztlichen Personal vorhanden, wenn es sich um die Organentnahme besonders engagiert kümmert, sondern hier geht es um das Wohl der Patientinnen und Patienten. Ich denke, wenn sich das noch weiter transportiert, da sind wir dort weiterhin auf einem guten Weg.

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage der Kollegin Klöckner.

Abg. Frau Klöckner, CDU:

Herr Minister, bei der Novellierung des Transplantationsgesetzes von 1997 sind wir von der erweiterten Zustimmungslösung einen Schritt weitergegangen zur Entscheidungslösung. Es gibt nach wie vor die Debatte darüber, ob es gesetzliche Änderungen und Verbesserungen geben müsste.

Sehen Sie die Notwendigkeit nach gesetzlicher Veränderung gerade bei den Rahmenbedingungen der Le bendspende?

Schweitzer, Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Nein, ich glaube nicht, dass man in einer Situation, in der verloren gegangenes Vertrauen wieder aufgebaut werden muss, den gesetzgeberischen Rahmen enger fassen und den Druck auf die Entscheidungssituation erhöhen muss und dadurch eine andere Kultur der Organspende bekommt.

Ich glaube, dass wir mit der Lösung, die wir mit der Entscheidungsregelung, mit den Anschreiben durch die Kassen, mit der Information durch die Kassen und mit der Aufklärung gefunden haben und die Entscheidung bei den Betroffenen belassen, auf einem richtigen Weg sind.

Der Blick in andere Länder, die andere Regelungen haben, zum Beispiel Österreich und Spanien, zeigt, dass auch eine andere Regelung, sozusagen eine Widerspruchslösung, nicht zwangsläufig zu besseren Organspendesituationen führt. Dazu hat ursächlich eher beigetragen, dass in diesen Ländern eine breite gesellschaftliche Debatte über die Organentnahme, die Organspende geführt wurde und was sie für die betroffenen Menschen leisten kann.

Das ist auch der Weg, den ich mir vornehme, nämlich diskutieren, Aufklärung herbeiführen, für Transparenz sorgen, wie wir es in Rheinland-Pfalz kennen, und darauf setzen, dass sich dieses Vertrauen wieder aufbaut, und auch mit gutem Beispiel vorangehen. Das will ich nicht hintanstellen. Auch damit kann man werben, und wir sollten es alle im Rahmen unserer Möglichkeiten tun.

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage der Frau Kollegin Ebli.

Abg. Frau Ebli, SPD:

Herr Minister, auch ich habe einen Organspendeausweis wie viele Kolleginnen und Kollegen. Ich glaube, jedoch nicht alle. Vielleicht müssen wir auch bei uns im Parlament noch ein bisschen arbeiten.

Sie sprachen den Rücklauf der Anschreiben der Krankenkassen an. Gibt es bis jetzt Erkenntnisse – es ist erst eine kurze Zeit, dass es so gehandhabt wird –, ob eine zunehmende Bereitschaft festzustellen ist, dass die Rückläufe positiv entschieden werden?

Wenn Sie gestatten, eine zweite Frage. Welche Möglichkeiten hat das rheinland-pfälzische Gesundheitsministerium bei der Überprüfung der Transplantationszentren?

Schweitzer, Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Zu Frage 1: Mir sind noch keine aktuellen Entwicklungen durch die neue Regelung, die auch erst seit einigen Monaten in der Umsetzung ist, bekannt. Ich habe eine Zahl im Kopf, die lautet, dass gerade einmal 15 % aller Bürgerinnen und Bürger in Deutschland – nicht nur Deutsche; da muss man differenzieren – über einen Organspendeausweis verfügen. Natürlich würde ich mir wünschen, dass es weitaus mehr sind. Doch wir dürfen nicht vergessen, dass in den meisten Situationen, in denen die Organentnahme relevant wird, auch die Angehörigen ein Wort mitzureden haben.

Deshalb muss diese Aufklärung und diese gesellschaftliche Debatte, von der ich gesprochen habe, sich nicht nur darauf fokussieren, Organspendeausweise auszugeben – das ist ein wichtiger Punkt –, sondern es müssen alle auch im Umfeld eines Betroffenen bereit sein, in dieser Situation eine entsprechende Entscheidung zu treffen.

Die Möglichkeiten des Landes sind, über den nachgeordneten Bereich, über die Landesbehörden, in die Transplantationszentren zu gehen und dafür zu sorgen, dass über stichprobenartige und unangekündigte Kontrollen Transparenz hergestellt wird und ein System der permanenten Beobachtung und der permanenten Kontrolle entsteht.

Die Kontrolle haben wir seit einiger Zeit durch bundesgesetzliche Veränderungen. Wir nehmen sie sehr engagiert wahr, sie sind auch Teil des derzeit laufenden Prüfungsverfahrens durch die Prüfungs- und Überwachungskommission der Selbstverwaltung.

Das sind die Beiträge, die eine Landesbehörde wahrnehmen kann. Die nehmen wir wahr.

Präsident Mertes:

Eine zweite Zusatzfrage der Frau Kollegin Anklam-Trapp.

Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrter Herr Minister, Sie haben ausgeführt, wie wichtig die Arbeit in den Entnahmekrankenhäusern und den Krankenhäusern selbst ist. Die unterstützende Arbeit der Transplantationsbeauftragten gehört dazu, die die Abläufe in den Krankenhäusern organisieren, sensibilisieren, Gespräche mit Angehörigen führen. Meine Frage betrifft diese sehr wichtige Funktion. Gibt es an allen rheinland-pfälzischen Krankenhäusern Transplantationsbeauftragte?

Schweitzer, Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Ich bin sehr froh sagen zu können, ja, in allen Krankenhäusern, die über Intensivstationen in Rheinland-Pfalz verfügen, gibt es Transplantationsbeauftragte, die das mit hohem persönlichem Engagement machen, die das manchmal auch als Plusleistung zu ihrer eigentlichen Tätigkeit machen. Sie tragen entscheidend dazu bei, dass Angehörige informiert werden, dass sie manchmal auch psychologisch in die Entscheidungsfindung eingebettet werden, dass die Betroffenen früh wissen, was auf sie zukommen könnte.

Das sind die entscheidenden Akteure in den Häusern, die dazu beitragen, dass wir die gute Entwicklung in Rheinland-Pfalz haben. Ich sage deutlich, ich hoffe, dass sie so gut bleibt und vielleicht noch besser wird.

Der große Skandal und die Auswirkungen dieses dramatischen Skandals sind an Rheinland-Pfalz vorbeigegangen. Die Transplantationsbeauftragten in den Krankenhäusern haben entscheidend dazu beigetragen.

Präsident Mertes:

Zu einer zweiten Zusatzfrage erteile ich Frau Kollegin Klöckner das Wort.

Abg. Frau Klöckner, CDU:

Herr Minister, meine Frage vorhin bezog sich nicht auf eine gesetzliche Neuregelung mit Blick auf die Widerspruchslösung. Ich glaube, da sind wir uns alle einig, dass die Widerspruchslösung genau das Gegenteil bewirken würde.

Meine Frage bezog sich auf Ihre Einschätzung nach einer gesetzlichen Neuregelung bei der Lebendspende. Es wird nicht nur postmortal gespendet.

Sie kennen die Debatte um das Pooling. Sie wissen um die Cross-Over-Spende. Deshalb habe ich die Frage: Sehen Sie bei der Lebendspende – es gibt die Möglichkeit der Teilleberspende oder einer Nierenspende – die Notwendigkeit für eine gesetzliche Neuregelung, so wie es zum Beispiel die Gesellschaft für Transplantationsmedizin fordert?

Schweitzer, Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Frau Abgeordnete Klöckner, zunächst einmal sage ich Folgendes: Ihre Interpretation meiner Antwort trifft nicht genau meine Intention. Ich habe nicht gesagt, dass eine Widerspruchslösung zum Gegenteil führt. Ich habe gesagt, sie führt nicht zu einer Debatte, wie ich sie mir wünschen würde, dass die Überzeugung des Betroffenen und seiner Angehörigen dazu führt, dass man sich zur Organspende bekennt. Meine Vorstellung einer gesellschaftlichen Debatte ist die, dass wir sagen, es ist gut, dass die Organspende vielleicht irgendwann als etwas Selbstverständliches wahrgenommen wird, wenn diese Entscheidung ansteht.

Ich komme zu der weiteren Frage. Ich möchte mich heute noch nicht abschließend zu dieser Debatte äußern. Das ist eine Debatte, die auch in den Fachkreisen geführt wird. Ich würde vorschlagen, dass wir uns zunächst darauf konzentrieren, mit den Grundlagen der gesetzlichen Veränderung, wie wir sie bisher haben und wie sie zurzeit sich noch in der Ausgestaltung befindet, so sinnvoll umzugehen, wie ich es vorgeschlagen habe.

Präsident Mertes:

Weiter Zusatzfragen liegen nicht vor. Die Anfrage ist beantwortet.

(Zuruf des Abg. Dr. Enders, CDU)

 Aufgrund des breiten Rückens des Ministers habe ich es nicht gesehen. Herr Dr. Enders hat das Wort.

Abg. Dr. Enders, CDU:

Ich habe eine Nachfrage. Neben den Skandalen gibt es einen weiteren Störfaktor. In der medizinischen Fachwelt wird zum Glück nur vereinzelt diskutiert, dass man die Kriterien der Hirntodfeststellung neu bewerten müsste. Es wird infrage gestellt, ob die derzeit gültigen Kriterien noch objektiv sind. Gott sei Dank sind das nur vereinzelte Meinungen. Ich teile diese Meinung nicht. Ich sehe ein

Problem darin, wenn das lange genug kolportiert wird, dass das meinungsbildend wirkt und das Entscheidungsverhalten der Bevölkerung beeinflussen kann. Wie sehen Sie eine Möglichkeit, etwas Ruhe hereinzubringen?

Schweitzer, Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Lieber Herr Dr. Enders, ich trauen Ihnen, spontan gesagt, da fachlich ein stärkeres Urteil zu als mir selbst. Das geht die sehr spezifische Frage der Hirntodfeststellung an. Ich stimme Ihnen auf jeden Fall zu, dass das sicherlich nicht dazu beiträgt, dass sich Vertrauen aufbaut. Wir sollten alle dazu beitragen, und zwar jeder in seiner Funktion, dass wir den Fokus in der Debatte auf das richten, um das es heute geht. Wir haben Transparenz, wir haben gute Zustände in den Transplantationszentren. Hier wird nach Ordnung, Recht und Gesetz gearbeitet. Jeder weiß, wenn er ein Organ spendet, dass es den Betroffenen nach einem System zugutekommt, das in sich gerecht und nicht manipuliert ist. Das sollten wir alle miteinander in den Vordergrund der Debatte rücken. Ich bin mir sicher, dass dann Nebenaspekte einer solchen Debatte in den Hintergrund geraten könn-

Präsident Mertes:

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist die Anfrage beantwortet.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ich darf Gäste begrüßen, und zwar Schülerinnen und Schüler der Hildegardisschule in Bingen und Schülerinnen und Schüler des Friedrich-Magnus-Schwerd-Gymnasiums Speyer. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich teile noch mit, wir haben ein reges Interesse von Schulen aus Mainz an unserer Ausstellung im Foyer.

Ich rufe die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Christian Baldauf, Martin Brandl und Dr. Norbert Mittrücker (CDU), Haltung der Landesregierung zur beabsichtigen Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes durch die Bundesregierung – Nummer 2 der Drucksache 16/3210 – betreffend, auf.

Ich erteile Herrn Baldauf das Wort.

Abg. Baldauf, CDU:

Wir fragen die Landesregierung

 Teilt die Landesregierung die Inhalte der Eckpunkte des Bundeswirtschaftsministers für eine Reform des EEG, zu denen die Wirtschaftsministerin eine Presseerklärung mit folgenden Aussagen abgegeben hat: "Mit dem Gabriel-Deckel zeichnet sich ein Abwürgen der Energiewende ab."?

- 2. Teilt die Landesregierung das energiepolitische Ziel des Bundeswirtschaftministers wonach in den "Eckpunkten" ein Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von 40 % bis 45 % bis 2025 und von 55 % bis 60 % bis 2035 vorgesehen ist?
- 3. Teilt die Landesregierung die Auffassung des Bundeswirtschaftsministers, wonach auch nach der beabsichtigten Absenkung der Einspeisevergütung für Windstrom ab 2015 an guten Standorten an Land weiterhin ein wirtschaftlicher Betrieb möglich ist?
- 4. Teilt die Landesregierung die in den "Eckpunkten" dargestellte Absicht des Bundeswirtschaftsministers, durch neue verbindliche jährliche Ausbaukorridore für die erneuerbaren Energien die Stromerzeugung aus konventionellen und erneuerbaren Energien besser miteinander zu verbinden und die Abstimmung beim Netzausbau zu verbessern?

Präsident Mertes:

Für die Landesregierung antwortet Ministerin Lemke.

Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:

Herr Präsident, sehr verehrte Abgeordnete! Die Rahmenbedingungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien in der Stromerzeugung werden seit dem Jahr 2000 sehr erfolgreich durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz bestimmt. So konnte durch eine auf 20 Jahre garantierte feste Vergütung und dem Einspeisevorrang für Strom aus erneuerbaren Energien der Anteil der regenerativen Stromerzeugung auf derzeit ca. 25 % gesteigert werden.

Darüber hinaus hat das EEG einen wesentlichen Beitrag für die Entwicklung und die zunehmende Wirtschaftlichkeit der regenerativen Stromerzeugungstechnologien geleistet. Mit einem zunehmenden Anteil der erneuerbaren Energien in der Stromerzeugung wird eine grundlegende Weiterentwicklung des EEG unter den Aspekten einer stärkeren Markintegration von Strom aus erneuerbaren Energien und der Übernahme von Stromverantwortung durch erneuerbare Energienanlagen notwendig.

Bewährte Bestandteile des EEG wie zum Beispiel der Einspeisevorrang für regenerativ erzeugten Strom, eine technologiespezifische Vergütungsstruktur und Investitionssicherheit durch langfristig gut kalkulierbare Einnahmen sind dabei zu erhalten.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich Ihre Anfrage wie folgt:

Der von Bundesminister Gabriel für die Klausurtagung der Bundesregierung vorgelegte Entwurf des Eckpunktepapiers der Bundesregierung umfasst eine Reihe von Punkten zur Novellierung des EEG, die dem Wesen eines Eckpunktepapiers entsprechend nur einen allgemeinen Charakter haben können. Die Konkretisierung dieser allgemein formulierten Vorhaben wird erst im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens zur Neugestaltung des EEG erfolgen, die von der rheinland-pfälzischen Landesregierung konstruktiv begleitet werden wird, damit auch weiterhin vorteilhafte Rahmenbedingungen für Investitionen in den Ausbau der erneuerbaren Energien im Stromsektor für Rheinland-Pfalz und den Rest der Bundesrepublik erhalten bleiben.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung wird daher den Dialog mit der Bundesregierung über das EEG konstruktiv und intensiv fortsetzen. Von zentraler Bedeutung ist uns, dass die Regionalität und die Dezentralität des Ausbaus der erneuerbaren Energien und damit die verbundene Wertschätzung gewährleistet bleiben müssen. Ein ausschließlich über möglichst niedrige Preise gesteuerter Ausbau der erneuerbaren Energien würde zu einer Allokation an wenigen Standorten führen, wie zum Beispiel bei der Photovoltaik im Süden der Republik oder bei Wind an Küstenstandorten. Dass dies nicht unser Interesse ist, haben wir schon mehrfach zum Ausdruck gebracht.

Herr Baldauf, zu Ihrer Frage, die Anknüpfungspunkte für den weiteren Austausch zur zukünftigen Ausgestaltung stellen aus Sicht der Landesregierung unter anderem die beabsichtigte Einführung des Ausbaukorridors durch Mengensteuerung und natürlich die Ausführungen zum Vertrauensschutz für Investitionen und Investoren, die Ausgestaltung einer generellen Einführung einer verpflichtenden Direktvermarktung von regenerativ erzeugtem Strom sowie die geplante Bestimmung der Vergütungshöhen im Zuge von Ausschreibungsverfahren ab 2017 dar. Die Industrie muss sich darauf einstellen können, der Mittelstand in Rheinland-Pfalz auch. Wenn die Fristen zu kurz gesetzt sind, können wir dies nicht hinnehmen. Dann stellt man sich da auf die Bremse. Das sind wir auch dem Mittelstand in Rheinland-Pfalz schuldig. So ist meine Äußerung zu verstehen.

Daneben ist es natürlich so, dass insbesondere auch, was den Eigenstrom, Investitionen in Kraft-Wärme-Kopplung, in Energieeffizienz betrifft, der Mittelstand aktiv die Energiewende vorantreibt. Hier müssen Impulse gesetzt werden, dass dies so bleibt und nicht behindert wird. Was wir im Moment wahrgenommen haben, ist, dass es hier zu Einschränkungen kommen soll, die wir auch für die Wirtschaft in Rheinland-Pfalz nicht positiv sehen können und nicht positiv sehen.

Der Übergang – das ist der dritte Punkt – von einer Preis- zu einer Mengensteuerung innerhalb eines Ausbaukorridors wird von uns als kritisch angesehen. Nur, weil Rheinland-Pfalz besonders fleißig war im Ausbau – das muss man auch sagen, das haben unser Mittelstand und unsere Wirtschaft hier in Rheinland-Pfalz geleistet – und weit vorangekommen ist, kann das doch für die Zukunft nicht heißen, dass wir plötzlich weniger zur Energiewende beitragen dürfen.

Darüber hinaus ist auch fraglich, ob der vorgesehene Ablauf der Geltungsdauer der Fördersätze vor dem Hintergrund realer Projektlaufzeiten – wir kennen das, bei Windkraft werden viele Gutachten gemacht, natürlich auch, um die Natur zu schützen, Vogelschutzgutachten,

um nur eines zu nennen, dies braucht alles seine Zeit – vor dem gebotenen Vertrauensschutz gemessen werden muss.

Es kann ja nicht angehen – die Ministerpräsidentin hat sich auch so geäußert –, dass es jahrelange Vorlaufzeiten gibt und von uns gefordert wird, diese Gutachten zu bringen und im Einklang mit der Natur dann auch den Windausbau zu gestalten, und dann gesagt wird, weil es jetzt einen Stichtag gibt, dürft ihr nicht weitermachen.

Mit der vorgeschlagenen Absenkung der Bagatellgrenze für die verpflichtende Direktvermarktung für erneuerbaren Strom für alle Neuablagen ab dem Jahr 2017 geht das Bundeswirtschaftsministerium deutlich unter die entsprechenden Bagatellgrenzen des neuen Leitlinienentwurfs der Europäischen Kommission zu Umwelt- und Energiebeihilfen von 1 Megawatt, bei Windkraft von 5 Megawatt. In erheblich größerem Umfang stehen damit Kleininvestoren und Bürgerenergiegenossenschaften, die gerade auch die Energiewende positiv vorantreiben, vor zusätzlichen Kostenbelastungen, die sich auch aus der Direktvermarktung ergeben. Wir wollen, dass die Energiewende weiter eine Bürgerenergiewende bleibt. Private Kleininvestoren und Bürgerenergiegenossenschaften sind bei Ausschreibungsverfahren gegenüber großen institutionellen Projektentwicklungen aufgrund ungünstigeren Aufwand-Nutzen-Verhältnisses dann benachteiligt. Dies gilt natürlich insbesondere bei Windkraft und Photovoltaik.

Zusätzlich wird sich die rheinland-pfälzische Landesregierung dafür einsetzen, dass die von Schwarz-Gelb in der letzten Regierung Merkel sträflich vernachlässigte Klimaschutzpolitik wieder an Fahrt aufnehmen kann. Dies muss auch im Verbund mit der EEG-Reform stattfinden.

Zu Frage 2: Wie bereits bei Frage 1 ausgeführt, wird der Übergang von einer Preis- zu einer Mengensteuerung in Form eines Ausbaukorridors von uns kritisch gesehen. Bei Beibehaltung der derzeitigen Ausbaugeschwindigkeit wäre auf Bundesebene ein deutlich höherer Anteil der erneuerbaren Stromerzeugung bis 2020 zu erreichen.

Zu Frage 3: Die im Eckpunktepapier enthaltenen Aussagen zur Ausgestaltung der Einspeisevergütung für Windstrom lassen derzeit keine abschließende Bewertung zu. Diese müssen wir noch vornehmen. Sie muss auch noch präzisiert werden. Das Eckpunktepapier enthält keine zur Beantwortung der Frage hinreichend konkreten Angaben zur zukünftigen Ausgestaltung auch für Onshore-Windkraftanlagen. Insbesondere sind die Details der angekündigten Weiterentwicklung des Referenzertragsmodells für die Wirtschaftlichkeit von Windkraftstandorten im Binnenland aber von erheblicher Bedeutung. Sie verstehen, dass wir hier die Details prüfen wollen, wenn die Details vorgelegt werden.

Zu Frage 4: Die rheinland-pfälzische Landesregierung geht auch weiterhin bei der Umsetzung der Energiewende sowohl im Land als auch im Bundesgebiet von einem Vorrang der regenerativen Stromerzeugung bei der Stromeinspeisung und Netzanbindung sowie von einem generellen Vergütungsanspruch entsprechend den gesetzlichen Vorgaben des EEG aus. Vorteile aus dem im

Koalitionsvertrag und Eckpunktepapier beschriebenen Ausbaukorridor ergeben sich derzeit, so wie beschrieben, insbesondere für die konventionelle Energiewirtschaft, die damit mehr Planungssicherheit für den eigenen Kraftwerkspark erhält. Eine zukünftig notwendigerweise verbesserte Koordination des Ausbaus der regenerativen Stromerzeugung und des dazu notwendigen Netzausbaus darf jedoch nicht zulasten der erneuerbaren Energien gehen. Netzausbau ist eine Serviceleistung und hat somit innerhalb des Stromversorgungssystems eine dienende Funktion.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

Präsident Mertes:

Es gibt eine erste Zusatzfrage des Herrn Kollegen Köbler.

Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, die Energiewende voranzutreiben, ist nicht nur Gebot des Klimaschutzes, sondern auch ein Gebot eines zukunftsfähigen Wirtschaftsstandorts in Deutschland, aber insbesondere auch in Rheinland-Pfalz. Deswegen habe ich zwei Fragen aus diesem Bereich.

Können sie zum Ersten abschätzen, wie viele Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz schon jetzt von den erneuerbaren Energien abhängen, und zum Zweiten, auch mit Blick auf die aktuelle Diskussion der EEG-Novelle, was es beispielsweise für ein Industrieunternehmen wie die BASF bedeuten würde, wenn das Eigenstromprivileg nicht nur für erneuerbare Energien, sondern auch für hoch effiziente Kraft-Wärme-Kopplung in Frage gestellt wird?

Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:

Vielleicht zunächst zu den Zahlen: Wir haben in Rheinland-Pfalz etwas weniger als 13.000 Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien, davon 3.300 im Bereich der Windkraft. Hier wird Insbesondere über Windkraft diskutiert. Deswegen haben wir insbesondere natürlich die Anzahl von Arbeitsplätzen im Blick. Es geht aber auch, wie ich vorhin schon erwähnt habe, um Energieeffizienzeinsparpotenziale, die in anderen Bereichen zum Niederschlag kommen. BASF ist ein gutes Beispiel. Hier gibt es eine Eigenstromerzeugung mittels hoch effizienter Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen. Die BASF ist durch diese Eigenstromanlage wie viele andere mittelständische Betriebe in Rheinland-Pfalz auch von der Umlage ausgenommen. Sie entlasten damit auch das Stromnetz. Sie tragen damit zur Reduktion der dezentralen Strommengen im Netz bei. Sie dienen also auch der Energiewende. Deswegen auch die Ausnah-

Nun sieht der Plan vor, hier trotzdem 70 % von der EEG-Umlage im Fall BASF zu verlangen. Das ist eine extrem hohe Summe. Wir hören bereits heute von der BASF, dass sie es als schwierig ansieht, dann zukünftig weiter in Rheinland-Pfalz den Standort zu sichern. Das würden wir natürlich sehr bedauern. Wir waren froh, dass die BASF zuletzt auch noch 1 Milliarde Euro in die Hand genommen hat, um den Standort auszubauen. Ich finde, dass darf auch in Zukunft nicht infrage gestellt werden.

Gleiches gilt aber auch für den Mittelstand. Es werden viele Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen geplant. Diese haben Effizienzpotenziale von 60 % Energieeinsparung. Wir reden immer über Energieeinsparung. Deswegen ist das eine ganz wichtige Säule, auf die man schauen muss. Ich bin mit diesem Prozentanteil von 70 % bei Kraft-Wärme-Kopplung, die trotzdem wieder verlangt werden sollen, sehr unzufrieden.

Ich halte das für schwierig. Wir hören schon heute, dass viele Unternehmen ihre Investitionen im Bereich der Kraft-Wärme-Kopplung unmittelbar nach dieser Ankündigung abgesagt haben oder absagen wollen. Dieser Investitionsstopp soll natürlich auch aus meiner Sicht nicht erfolgen. Ich denke, hier müssen wir dringend nachverhandeln.

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Johnen.

Abg. Johnen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, wie bewertet die Landesregierung die Perspektiven der Biomasse im neuen EEG und die Rolle der Biomasse in der regionalen Wertschöpfung?

Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:

Die Biogasförderung soll nach den Vorschlägen im Erneuerbare-Energien-Gesetz in der gegenwärtigen Form nicht fortgesetzt werden, eigentlich gar nicht fortgesetzt werden.

Jetzt haben drei Ministerien eine Protokollerklärung zu den Vorschlägen gemacht. In diesen ist ganz deutlich gemacht worden, dass es weiter Anreize geben soll und diese nicht einseitig zum Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen gesetzt werden sollen.

Die Biomasse hat gerade bei der Biogasförderung eine wichtige systemstabilisierende Funktion in der Zukunft, weil hier nämlich auch Energie gespeichert werden kann. Vor dem Hintergrund dieser systemstabilisierenden Funktion muss man natürlich auch diesen Sektor weiter auf der Agenda – auch auf der politischen Agenda – behalten. Da finde ich, wenn man die Förderung abbricht oder Bestandsanlagen gar gefährdet, wird es umso schwieriger sein, sie wieder aufzubauen, wenn man jetzt diesen Fehler macht.

Insofern denke ich, hat die Bundesregierung mit der Protokollerklärung schon deutlich gemacht, dass hier noch etwas passieren muss. Ich glaube, da wird noch weiter verhandelt und gesprochen werden.

Präsident Mertes:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, bei der Veranstaltung der ZIRP vorgestern bei den Pfalzwerken, die den Titel trug "Die Energiewende als Innovationstreiber", hat der Vorstandschef der Pfalzwerke noch einmal betont, dass Rheinland-Pfalz bei den Netzen auf einem guten Weg ist und dass die Netzstudie, die in Arbeit ist und in die die entsprechenden Netzbetreiber eingebunden sind, positiv zu bewerten ist. Wie sieht der weitere Weg aus für den Netzausbau in Rheinland-Pfalz? Was ist notwendig, und welchen Stand haben wir erreicht?

Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:

Wir haben den Stand erreicht, dass wir die Verteilnetzstudie sehr kurzfristig präsentieren werden, die mit allen Beteiligten erarbeitet wurde. Insofern höre ich gerne, dass die Beteiligten dahinterstehen. Ich kann Ihnen aber jetzt schon so viel verraten, dass im Höchstspannungsnetz – das sind die 200 kV- und 380 kV-Ebenen – bis 2017 keine Ausbaumaßnahmen über die bestehenden Planungen hinaus erforderlich sind. Bei den Umspannstationen verhält es sich genauso. Sie benötigen auch keine zusätzliche Verstärkung bis zu diesem Jahr. Dies gilt auch für die Nieder- und Mittelspannungsebene.

Blicken wir über das Jahr 2017 hinaus, gibt es einiges zu tun. Jedoch gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, den Netzausbau zu begrenzen. Dazu zählen viele Technologien, wie zum Beispiel Dynamicline, Rating Temperaturmessung, Hochtemperaturleiterseile – also andere Kabel – und vieles andere.

Wir werden darstellen, welche Maßnahmen dazu führen, dass längst nicht so viel notwendig ist, wie immer von der politischen Opposition insbesondere in Rheinland-Pfalz vorhergesagt wurde. Sowohl im Plan als auch in der Zukunft bewegen wir uns auf einem sehr sicheren Pfad in enger Abstimmung mit den Netzbetreibern und natürlich auch mit den Investoren.

Ich nenne einen Aspekt, damit Sie sich das gut vorstellen können. Für das Pumpspeicherkraftwerk "Rio" an der Mosel ist schon der Raumordnungsbescheid übergeben worden. Es gab im ganzen Verfahren lediglich vier Einwendungen. Es gab eine große Bürgerbeteiligung. Es gibt großen Konsens in der gesamten Region für dieses Projekt.

Es sollen 300 MW – sozusagen das, was an Windstrom durchgeleitet wird – mit einer neuen Technologie geregelt werden, wie es sie nur in Österreich gibt. Das macht dann gleich 10 % des gesamten Speicher- und Regelvolumens in der dortigen Wabe – so wird das von den Fachleuten dort schon bezeichnet – aus. Das zeigt, welche Wirkung diese Projekte schon haben. Diese

Projekte sind eingeplant. Hier sind wir auf einem sehr soliden Weg.

Präsident Mertes:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Mittrücker.

Abg. Dr. Mittrücker, CDU:

Frau Ministerin, teilen Sie das Faktum bzw. die Notwendigkeit, dass mit den neuen Eckpunkten die notwendige parallele Entwicklung zwischen der Speichertechnologie auf der einen Seite und dem Zubau bei den erneuerbaren Energien auf der anderen Seite wesentlich besser synchronisiert werden kann?

Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:

Das können Sie den Eckpunkten so überhaupt nicht entnehmen. Sie sagen noch zu wenig über die Speicher

(Unruhe bei der CDU)

Es wird darüber geredet, dass ein Kapazitätsmarkt auch für die Speicher- und Regelenergie eingeführt werden muss. Das ist etwas, was wir teilen. Die Ausgestaltung dieses Marktes muss noch erfolgen. Sie wird an dieser Stelle wahrscheinlich nicht im EEG erfolgen.

Präsident Mertes:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Braun.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, die CDU hat noch einmal zur Absenkung der Vergütung für Windkraftanlagen nachgefragt. Wie sehen Sie die Differenzierung an Küstenstandorten und an Standorten im Binnenland?

Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:

Man muss pauschal feststellen, dass natürlich der Windstrom an den Küstenstandorten doppelt so teuer ist wie der Windstrom onshore, wie wir ihn an Land haben. Wenn das Prinzip gelten soll, billigen Strom in den Markt zu bringen und insgesamt geringe Kosten beim Netzausbau zu erzielen, muss man auf den Wind an Land setzen. Das muss ganz wichtig sein. Ich denke, da sind wir in Rheinland-Pfalz sehr gut aufgestellt. Es gilt, den Fleiß, den wir bisher an den Tag gelegt haben, noch einmal in Berlin vorzutragen. Es ist klar, dass der Südwesten der Republik mit dem Norden der Republik etwas verhandeln muss. Dazu muss noch einiges besprochen werden. Wenn wir hier günstiger sind, haben wir Wettbewerbsvorteile, die wir natürlich auch entsprechend platzieren wollen.

Präsident Mertes:

Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Dann ist die Mündliche Anfrage beantwortet.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ich rufe die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Andreas Hartenfels, Pia Schellhammer, Jutta Blatzheim-Roegler und Anna Neuhof (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Realisierung des Nationalparks Hunsrück – Nummer 3 der Drucksache 16/3210 – betreffend, auf.

Wer trägt vor? - Bitte schön.

Abg. Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Wir fragen die Landesregierung:

- Wie bewertet die Landesregierung den Prozess der Bürgerbeteiligung im Rahmen der geplanten Ausweisung eines Nationalparks in Rheinland-Pfalz?
- Welche Form der Bürgerbeteiligung hat mit welchen Ergebnissen bisher im Rahmen der geplanten Ausweisung eines Nationalparks in Rheinland-Pfalz stattgefunden?
- 3. Wie bewertet die Landesregierung die breite Zustimmung der Kommunen aus der Region zum geplanten Nationalpark im Hunsrück?
- 4. Wie sehen die weiteren inhaltlichen Schritte und der zeitliche Ablauf zur Realisierung eines Nationalparks im Hunsrück aus?

Präsident Mertes:

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Höfken das Wort. Bitte schön.

Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:

Schönen guten Morgen! Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, vielleicht darf ich vorweg sagen, dass für uns dieses Konzept der Bürgerbeteiligung Neuland ist. Das gilt für die Landesregierung genauso wie für das Parlament, das sich im nächsten Schritt genauer damit auseinandersetzen muss. Wir haben viele Erfahrungen gemacht, aus denen wir lernen können und müssen. Wir erhoffen uns eine enge Begleitung durch die Enquete-Kommission und durch die Erfahrungen, die Sie in diesem Prozess selbst machen.

Eines noch vorweggeschickt: Das ist ein Prozess der Bürger und Bürgerinnen, der Vereine, wie zum Beispiel des Vereins "Bewegte Bürger", vieler anderer Freundeskreise, der Initiativen, der Verbände, des Naturparks, der Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, der Abgeordneten, der Institutionen – DEHOGA – oder der Tourismus-

initiativen, der Handwerkskammer, aber auch ganz stark unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich muss noch einmal meinen Dank aussprechen. Sie haben Unglaubliches geleistet; denn es war auch Neuland, dass Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die eigentlich in einem Ministerium sitzen, vor Ort mit den Bürgern über Jahre hinweg konkrete Gespräche führen und sich mit den Interessen der Bürger und Bürgerinnen - auch mit sehr widersprüchlichen - auseinandersetzen müssen, dann auch gegenüber den Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Ministerien, das heißt gegenüber dem ganzen Kabinett, gegenüber den untergeordneten Behörden, wie zum Beispiel der SGD und der ADD, aber auch gegenüber den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in den Verwaltungen der betroffenen Kommunen. Sie sehen, das ist ein unglaublicher Strauß von Aktivitäten, Betroffenen und Beteiligten. Das ist wirklich ein sehr lebendiger Prozess mit vielen Schwierigkeiten und Erfahrungen.

Wir haben uns als Koalition entschlossen, die Partizipation und Beteiligung als ein ganz wesentliches Element der Demokratie herauszuarbeiten und es bei solchen Großprojekten anzuwenden. Das hat jetzt zum ersten Mal stattgefunden, nämlich bei der Schaffung eines Nationalparks in Rheinland-Pfalz.

Es hat Planungen und konkrete Phasen gegeben. Zuerst gab es die Interessensbekundungsphase. In dieser wurde geschaut, wo naturschutzfachlich ein solcher Nationalpark in Rheinland-Pfalz möglich ist. Es gab fünf mögliche Standorte. Aus den Interessensbekundungsverfahren heraus kam es zu der Interessensbekundung, die dazu geführt hat, dass sich die Region Hochwald, nämlich der Landkreis Birkenfeld, gemeldet hat.

2012 kam es zu der zweiten Phase, und zwar von der Interessensbekundung zum Dialog. Im Mittelpunkt dieser zweiten Phase gab es einen sehr intensiven Beratungs-, Informations- und Beteiligungsprozess. Im Verlauf von zwölf durch den Verein "Engagierte Bürger e.V." moderierten Dialogveranstaltungen konnten sich alle interessierten Bürgerinnen und Bürger rund um die Themen des Nationalparks informieren. Es standen Expertinnen und Experten aus den bunt gemischten Themenbereichen zur Verfügung, um die Fragen zu beantworten und mit den Leuten über konkrete Interessen zu diskutieren.

Dabei ging es um den Schutz der Natur, welche Regeln es in einem Nationalpark geben soll und das ganze weite Thema "Wald und Holz", die Windenergie, die Entwicklung der Region, den Tourismus, die Umweltbildung – hier gab es übrigens ein sehr großes Interesse gerade der Bürgerarbeitskreise –, aber auch die Informationswege, die Entscheidungsfindung und die Strukturen. Dabei konnten Ängste und Sorgen, aber genauso Anregungen und Kritik angebracht werden.

Ab dem 14. März 2013 haben wir die ersten Ergebnisse der Bürgerbeteiligung vorgestellt; denn aus den zwölf Dialogveranstaltungen haben sich zu den einzelnen Themenbereichen Bürgerarbeitskreise entwickelt, die in moderierten Treffen zu Entscheidungsvorbereitungen kamen. Das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten hat dafür viel Zeit zur Verfügung gestellt. Wir waren gar nicht so richtig darauf vorbereitet, dass wir mit vielen Menschen aus den Mini-

sterien über die einzelnen Ressorts und die Abteilungen hinweg engagiert sind.

Die Bürgerarbeitskreisergebnisse wurden mir am 14. März 2013 in Kempfeld in einer öffentlichen Veranstaltung übergeben. Am 23. Mai 2013 gab es dann das kommunale Eckpunktepapier. Hier gab es unter der Federführung des Naturparks Saar-Hunsrück einen parallelen Prozess. Auf Antrag der betroffenen Kommunen wurde der Beschluss gefasst, dass sich der Naturparkträgerverein an diesem Dialogprozess beteiligt.

Das erfolgte durch einen eingerichteten Nationalparkausschuss, der sich aus Vertreterinnen und Vertretern der betroffenen Landkreise zusammengesetzt hat. Hierbei hat es sich um Trier-Saarburg, Bernkastel-Wittlich, Birkenfeld und Sankt Wendel und die Verbandsgemeinden Hermeskeil, Thalfang, Birkenfeld und Herrstein sowie die Gemeinden Morbach, Nonnweiler und Nohfelden und die Fachberater der Länder gehandelt. Die Ergebnisse der Arbeitskreise zu den Themen "Natur, Umweld, Bildung", "Rechtsfragen, Organisation, Entscheidungsprozess" und "Erholung, Tourismus, Regionalentwicklung" wurden in einem kommunalen Eckpunktepapier niedergeschrieben.

Am 23. Mai 2013 wurde das Eckpunktepapier mir und meiner Kollegin, der Ministerin Anke Rehlinger aus dem Saarland, vorgestellt. Sie sehen daran, dass das Saarland von Anfang an beteiligt war.

Am 26. September 2013 haben wir in enger Abstimmung mit den Akteuren das Landeskonzept erarbeitet. Das Landeskonzept, das 150 Seiten umfasste, konnte man den Leuten nicht einfach hinlegen, damit sie darüber abstimmen, sondern dies wurde in verschiedenen Nationalparkforen in einzelnen Schritten vorgestellt.

(Bracht, CDU: Frau Ministerin, wann kommen Sie zu den Fragen?)

- Ich bin dabei, die Fragen zu beantworten, die etwas komplex sind.

Ich komme zu der regionalen Entscheidung, dem Votum der Region. Wir haben eine 80 %ige Zustimmung der Region erreichen können. Ich glaube, das war aufgrund dieses langen Prozesses eine sehr gut vorbereitete Abstimmung, bei der wir erlebt haben, dass es eine überwältigende Zustimmung gegeben hat, egal welchen Bewertungsparameter man anlegt.

Wir hatten im Saarland eine Zustimmung von 100 %. Ich glaube, das ist einmalig, sodass wir sagen können, eine solche Entscheidung beruht auf einem Prozess, der über Jahre mit sehr vielen Menschen geführt wurde und alle Fragen der Entscheidungsfindung erfasst hat. Allerdings muss klar sein, dass wir hier keinen Prozess haben, der abgeschlossen ist. Wir haben ein Landeskonzept und sozusagen eine vorläufige Struktur, die jetzt ausgestaltet werden muss und bei der die Beteiligung weiter gefragt ist.

Ich bin nach den weiteren inhaltlichen Schritten gefragt worden. Wir haben einen Fahrplan. Wir werden dann in die unterschiedlichen Aktivitäten gehen. Ich will das nicht im Einzelnen vortragen. Die einzelnen Prozesse fangen jetzt an zu laufen. Die Vorbereitung läuft auf der Seite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ebenso geht es um die inhaltliche Vorbereitung des Gesetzgebungsverfahrens.

Vielleicht kann ich ein paar relevante Daten nennen. Am 5. Februar wird in Birkenfeld das Starterteam bekannt gegeben. Gleichzeitig beschäftigen wir uns mit dem Landesnaturschutzgesetz. Es läuft auch eine Beratung im Rahmen des Ausschusses der Regionen (AdR), der auch Stellungnahmen abgibt. Am 15. März findet die Auftaktkonferenz zum Bürgerprozess Nationalpark statt. Am 20. März gibt es eine Großveranstaltung mit der Ministerpräsidentin sowohl des Saarlandes, Frau Kramp-Karrenbauer, als auch von Rheinland-Pfalz, Frau Dreyer, zum Thema "Demografie – Politik der Länder" in Otzenhausen.

Im April planen wir, den ersten Entwurf des Gesetzentwurfs vorzustellen. Im April gibt es die Tourismusstudie. Am 24. April erfolgt der Beschluss des AdR in Brüssel. Am 12. Mai ist die Vorstellung der Potenzialstudie über die Aktion Blau Plus-Projekte. Am 21. Mai geht es um die Biodiversitätsstrategie. Diese Termine umfassen noch nicht die vielen internen Prozesse, die parallel laufen.

Danke.

(Licht, CDU: Am 24. Dezember ist Weihnachten!)

 Bis dahin ist noch viel Zeit. Die Termine liegen noch ein halbes Jahr davor. Das ist ein arbeitsintensiver Prozess.

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage der Frau Kollegin Schellhammer.

Abg. Frau Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, ich würde Sie gerne fragen, wie Sie in diesem Beteiligungsprozess die Bedeutung von Bürgerinformationen und offenem Verwaltungshandeln bewerten.

Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:

Wie wir Verwaltungshandeln bewerten? Ich habe die Frage leider nicht ganz verstanden.

Präsident Mertes:

Wir haben ein Problem mit der Technik.

Abg. Frau Schellhammer, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sie sind in Ihrer Beantwortung darauf eingegangen, wie wichtig es war, dass die Verwaltung vor Ort war und sich

im Beteiligungsprozess geöffnet hat. Ich habe Sie danach gefragt, wie vor diesem Hintergrund das offene Verwaltungshandeln und die Bürgerinformation für den Prozess zu bewerten sind.

Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:

Sie haben gehört, dass es eine permanente Interaktion gibt. Es war das erste Mal, dass sich eine Verwaltung mit einer hohen Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in die Region und in einen direkten Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern begeben hat. Ich glaube, dass das eine bislang einmalige Situation war. Allerdings müssen wir sagen, dass wir das ganze institutionalisiert haben. Es gab die Arbeitskreise zwischen den Ministerien, die bereits vorhanden sind, genauso zu den einzelnen Fragen und in Verbindung zu dem kommunalen Prozess genauso wie zu den Bürgerarbeitskreisen.

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Hartenfels.

Abg. Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, Bürgerbeteiligungsverfahren sind keine Schönwetterveranstaltungen, sondern man versucht auch, kritische Fragestellungen konstruktiv zu bearbeiten. Eine kritische Fragestellung aus der Region war das Thema "Brennholzversorgung". Könnten Sie dem Gremium einmal mitteilen, in welcher Form diese Fragestellungen bearbeitet worden sind und zu welchem Ergebnis die Region gekommen ist?

Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist dies zum Teil eine sehr neue Erfahrung. Sie sind keine Abgeordneten oder politischen Entscheidungsträger, die es gewohnt sind, sich solchen kontroversen Diskussionen stellen zu müssen. Es ist aber unglaublich gut gelungen, die Sachlichkeit herzustellen. Alle sind so herangegangen, dass beim Thema "Brennholz" abgefragt worden ist, wo die Interessen sind, was die Region möchte. Es wurden Kriterien festgelegt, die in den Arbeitskreisen besprochen worden sind. So hat der Arbeitskreis Holz und Waldentwicklung zum Beispiel festgelegt, zunächst sollen die Selbstwerber bedient und das Brennholz ortsnah zur Verfügung gestellt werden.

Es war sehr wichtig, ein solches Konzept zu erstellen, das eine Grundlage für das Vertrauen bildet. Die Konzepte wurden immer wieder mit den Bürgerinnen und Bürgern besprochen, und zwar nicht nur in den Nationalparkforen, sondern auch mit den Akteuren direkt, also mit den Selbstwerbern und Ähnliches.

Im Landeskonzept wurden schließlich die Ergebnisse festgehalten. Im Landeskonzept sieht dies dann so aus,

dass gesagt wurde, die Brennholzbereitstellung für die örtliche Bevölkerung ist dauerhaft und ortsnah sichergestellt. Das ist ein Privileg gegenüber anderen Regionen. Wesentliche Instrumente sind Brennholzbereiche im angrenzenden Wirtschaftswald, der Verkauf der für die industrielle Verarbeitung vorgesehenen Holzsortimente als Brennholz, das heißt eine Verlagerung. Die Brennholzbereiche in den Pflegezonen werden ebenfalls ausgewiesen.

Es gibt für all diese kontroversen Bereiche solche Festlegungen und Konzepte, die sozusagen die gemeinsamen Interessen widerspiegeln.

(Zuruf aus dem Hause)

Präsident Mertes:

Frau Kollegin Blatzheim-Roegler hat eine weitere Zusatzfrage.

Meine Damen und Herren, ich schließe jetzt die Liste. Es tut mir leid. Ich habe noch so viele Wortmeldungen, dass es keine Fragestunde mehr ist, sondern es wäre ein Fragevormittag.

(Billen, CDU: Ich verzichte!)

- Sie kennen sich wie ich auch mit Brennholz aus.

(Beifall der Abg. Frau Klöckner, CDU – Heiterkeit im Hause)

Frau Blatzheim-Roegler.

Abg. Frau Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, die Einheitsgemeinde Morbach hatte sehr früh mehrheitlich beschlossen, sich nicht an diesem Projekt zu beteiligen. Gibt es jetzt noch die Möglichkeit, wenn sich die Meinung vor Ort ändert, dass sie an einem weiteren Dialog teilnehmen oder in das Verfahren aufgenommen werden kann?

Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:

Es hat zum Beispiel in der Verbandsgemeinde Rhaunen zunächst die Situation gegeben, dass diese Region für die Nationalparkkulisse gar nicht vorgesehen war, das heißt als Nationalparkregion. Aber die Verbandsgemeinde Rhaunen hat sich mit ihren Ortsgemeinden zusammengesetzt und letztendlich ein positives Votum abgegeben. Sie möchte also zur Nationalparkregion gehören. Sie hat eine überwältigende Zustimmung bei ihren Abstimmungen erreicht. So ist es möglich, noch zusätzlich hinzuzukommen.

Wir haben die Situation, dass der Landkreis Bernkastel-Wittlich nicht zugestimmt hat, dafür aber die Verbandsgemeinde, die besonders betroffen ist. Ich glaube, es gibt immer die Möglichkeit, weitere Aktivitäten und gemeinsame Entwicklungen aufzunehmen, was natürlich davon abhängig ist, wie die Akteure das insgesamt sehen

Präsident Mertes:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Hürter.

Abg. Hürter, SPD:

Frau Ministerin, Sie haben ausgeführt, wie sich die Kommunen, die Bürger auf dem Weg zu einem Nationalpark einbringen konnten. Welche Instrumente erscheinen Ihnen geeignet, welche Möglichkeiten sind gegeben, diesen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern auch nach der Einrichtung des Nationalparks, wenn die eigentliche Arbeit anfängt, fortzusetzen?

Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:

Ich habe dargestellt, dass es in der ganzen Nationalparkentwicklung eine Struktur gibt, wie zum Beispiel die
Auftaktkonferenz zum Bürgerprozess, die es ermöglicht,
diese weitere Beteiligung zu sichern. Es war ein großes
Anliegen, gerade aus den Bürgerforen, dass Partizipation die Leitlinie des Nationalparks in seiner künftigen
Entwicklung sein muss. Die Landräte und die Bürgermeister haben ebenfalls deutlich gemacht, sie wollen bei
der künftigen Gestaltung mitreden und vor allem ein
regionales Entwicklungskonzept erarbeiten, was der
rote, grüne oder schwarze Faden ist, um die Entwicklung
zielführend zu gestalten, das heißt, es wird in jedem Fall
in der Struktur so angelegt sein, dass Partizipation das
Leitbild ist.

Präsident Mertes:

Eine weitere Zusatzfrage des Herrn Kollegen Arnold Schmitt.

Abg. Schmitt, CDU:

Frau Ministerin, wie bewertet die Landesregierung die Zustimmung des Kreistags Trier-Saarburg unter Bedingungen? Werden diese Bedingungen von der Landesregierung erfüllt, oder nimmt man eine Ablehnung wie die des Kreises Bernkastel-Wittlich zum Nationalpark hin?

(Pörksen, SPD: Das kommt darauf an!)

Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:

Zunächst einmal ist der Kreis Trier-Saarburg sehr engagiert. Auch die Verbandsgemeinden sind mit ihren Gestaltungsaktivitäten für den Nationalpark hervorragend. Es gilt das, was ich gesagt habe. Wir sehen diesen ganzen Prozess als einen Beteiligungsprozess. Wir

stehen hinter vielen dieser Forderungen, die berechtigt sind. Aber das wissen Sie. Sie sind Abgeordneter.

Es muss wie beim Landeskonzept so sein, dass bei der Erstellung geprüft wird, wie die Ausgangslage ist – so haben wir es bei dem Landeskonzept gemacht –, was Erwartung und Haltung der Region ist, was sie wollen, was es schon für Ergebnisse gibt, welche Ziele und Grundsätze die Landesregierung verfolgt und welche kurz- und langfristigen Vorhaben erforderlich und möglich sind, das heißt, es gibt immer einen Zusammenhang zwischen dem, was möglich ist, und dem, was gewünscht ist. Ich glaube, das ist der Region klar.

Ich denke, mit den Strukturen, die wir unterstützen, beispielsweise im Bereich der Personalausstattung des Naturparks, haben wir die Unterstützung, die nötig ist. Zusätzlich ist im Rahmen dieses Prozesses vorgesehen, eine Premiumberatung vorzusehen, eine Koordination zu unterstützen, sodass die Realisierbarkeit der Anliegen möglichst gut gegeben ist.

Präsident Mertes:

Eine Zusatzfrage des Herrn Kollegen Dr. Dr. Schmidt.

Abg. Dr. Dr. Schmidt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, welche Rolle spielt der Nationalpark als kulturelles Erbe in der Umweltbildung und bei der Gesundheitsprävention?

Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:

Wir haben zum Beispiel im Bereich von Baden-Württemberg eine große Untersuchung gehabt, die man nicht auf den Hunsrück übertragen kann. Das wissen wir. Der Schwarzwald ist von der Außenwirkung und der bisherigen Aufstellung her nicht vergleichbar. Aber ein bisschen kann man das schon übertragen, vielleicht nicht die Arbeitsplätze, die dort prognostiziert werden. Es wurden bei konservativen Berechnungen für den Schwarzwald 428 Vollzeitarbeitskräfte prognostiziert. Ich würde so etwas nie 1:1 auf den Hunsrück übertragen wollen

Aber sie haben in diesem sehr ausführlichen und hochrangig angesiedelten Gutachten sehr wohl deutlich gemacht, dass es diese Synergieeffekte gibt. Einer davon ist tatsächlich im Bereich der Gesundheit, man kann sagen, Wellness im weiteren Sinne; denn die Bereiche, die mit einem Nationalpark und künftigen Entwicklungen zu tun haben, wie Wandern, sportliche Aktivitäten und Ähnliches, können damit in engem Zusammenhang stehen.

Natürlich ist es so, dass die Gäste, die kommen und kommen sollen, ein Angebot an Gesundheitsdienstleistungen in Anspruch nehmen möchten und das auch können sollten. Das hängt auch davon ab, wie die Region bereit ist, sich aufzustellen und Schwerpunkte zu nutzen. Aber ein Potenzial ist auf jeden Fall vorhanden.

Präsident Mertes:

Die letzte Zusatzfrage kommt von Frau Kollegin Neuhof.

Abg. Frau Neuhof, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Ministerin, gestatten Sie mir auch mit Blick in die Zukunft noch eine Zusatzfrage: Wird sich der Beteiligungsprozess bei der Regionalentwicklung, sei es in der verkehrlichen oder in der touristischen Weiterentwicklung, in ähnlicher Transparenz und Bürgerbeteiligung gestalten wie der Prozess zum Nationalpark direkt?

(Licht, CDU: Ja! Sagen Sie einfach Ja!)

Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:

Es wird verschiedene Ansätze dazu geben. Wir haben die Punkte Expertennetzwerke und Modelldörfer genannt. Es geht um entscheidende Koordinierungsfunktionen. Der Abgeordnete Schmidt hat auch nach diesen gefragt.

Wir hoffen, dass wir mit diesen Expertennetzwerken aus dem Ministerium, der ADD, der SGD Nord, den Kommunen, den Kammern und den Wirtschaftsförderungen genau diese Begleitung ermöglichen. Hinzu kommt das Bürgerforum, das auch mit einbezogen werden soll.

Sie haben den öffentlichen Personennahverkehr angesprochen und Ähnliches. Es soll hier möglichst erreicht werden, die touristische Erschließung zu unterstützen, die dann im Alltagsgebrauch für die Bürgerinnen und Bürger der Region nutzbar gemacht werden soll. Auf dieser Basis wollen wir die Einzelbereiche erschließen.

Präsident Mertes:

Damit ist die Anfrage beantwortet und die Fragestunde zu Ende.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler des Megina-Gymnasiums Mayen, Leistungskurs Sozialkunde, Schülerinnen und Schüler der IGS Otterberg, Leistungskurs Sozialkunde, sowie Schülerinnen und Schüler vom Tagesseminar des Veldenz-Gymnasiums Lauterecken. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Bitte, Herr Kollege Bracht.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fraktion der CDU beantragt die Aussprache zur

Mündlichen Anfrage Nummer 1 "Aktuelle Entwicklungen bei der Organspende".

Präsident Mertes:

Gibt es weitere Anträge? – Bitte schön, Herr Kollege Wiechmann.

Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantrage ich die Aussprache zur Mündlichen Anfrage Nummer 3 "Realisierung des Nationalparks Hunsrück".

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, ich rufe die Aussprache über die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Katrin Anklam-Trapp, Friederike Ebli und Fredi Winter (SPD), Aktuelle Entwicklungen bei der Organspende – Nummer 1 der Drucksache 16/3210 – betreffend, auf.

Wer beginnt? – Die CDU-Fraktion. Bitte schön, Frau Abgeordnete Klöckner.

Abg. Frau Klöckner, CDU:

Herr Präsident, Frau Ministerpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Transplantation ist eine gute Sache. Die Transplantation eines Herzens, einer Lunge oder einer Leber kann unmittelbar Leben retten, Leben verlängern. Wir wissen von den Medizinern, dass, wenn Dialysepatienten eine Spenderniere erhalten, ihre Lebenserwartung etwa verdreifacht werden kann.

(Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

1997 wurde das Transplantationsgesetz durch den damaligen Gesundheitsminister Horst Seehofer und den Bundestag verabschiedet. Die Debatten waren sehr intensiv. Ich will es für meine Fraktion nicht verhehlen, dass es nach wie vor eine Debatte um die Thematik "Hirn- und Herztod" wegen der sehr vielen Grenzbereiche gibt.

Deshalb ist es eine Entscheidung nach Gewissensfrage. Wir respektieren auch Menschen, die damit Probleme haben, sich im Leben für postmortale Organspende zu entscheiden.

Ich selbst besitze einen Organspenderausweis seit meinem 18. Lebensjahr. Ich habe bewusst die Gewebespenden ausgenommen, weil ich der Meinung bin, dass wir bei der Gewebespende eine bessere Regelung und Transparenz brauchen, weil es zu viele Negativschlagzeilen dazu gibt.

Was uns aber Sorge macht und uns Rückschläge gebracht hat, sind die Skandale rund um die Transplantationsmedizin, dass Geld und zum Beispiel gute Kontakte darüber entschieden haben, ob ein Mensch die Chance hat, zu überleben oder länger zu leben. Das darf nicht weiterhin die Organspendebereitschaft dermaßen einschränken.

(Beifall der CDU)

Ich durfte damals als Mitglied des Deutschen Bundestags in der Kommission "Ethik und Recht der modernen Medizin" die Arbeitsgruppe "Organspende" leiten. Wir haben sehr intensiv darüber debattiert.

Herr Minister Schweitzer, ich finde es schon sehr wichtig – weil Sie vorhin darauf ausweichend reagiert haben –, immer auch das Thema "Lebendspende" mit zu debattieren. Ich habe große Sorge, dass aufgrund der mangelnden Organspendebereitschaft, Stimmen, wie sie zum Beispiel von der Deutschen Transplantationsgesellschaft laut geworden sind, nach einer Erweiterung der Widerspruchslösung allgemein laut werden.

Herr Minister, ich bin mir sicher, die Widerspruchslösung würde nach hinten losgehen; denn wir haben eine andere Kultur als in Spanien oder Österreich. Deshalb geht es nicht um die Widerspruchslösung, die wir gar nicht erst diskutieren sollten,

(Pörksen, SPD: Warum nicht?)

aber wir sollten darüber nachdenken, wie wir gemeinsam – da sind sich alle Fraktionen im Parlament einig – die Information und den Vertrauensgewinn zur Organspende erweitern.

Bei der Novellierung des Transplantationsgesetzes ging es, wie wir vorhin hörten, darum, dass es zu einer Entscheidungslösung kommt. Menschen sollen sich entscheiden.

Ich finde, es ist nicht zu viel von den Bürgern dieses Landes verlangt, dass sie sich Gedanken darüber machen, ob sie wollen oder nicht, nicht dass sie spenden müssen, aber dass sie sich Gedanken darüber machen, weil sie selbst auch einmal in die Situation kommen könnten, dass sie auf die Solidarität und Barmherzigkeit anderer angewiesen sind. Deshalb bin ich der Meinung, wir müssen stärker informieren und Vertrauen gewinnen.

(Beifall der CDU)

Es gibt eine wunderbare Organisation, die in diesem Jahr zehn Jahre alt wird. Das sind die "Jungen Helden". Ein tolles Mädchen hat diese Organisation gegründet, Claudia Kotter, sie ist leider verstorben. Sie hat selbst auf ein Spenderorgan gewartet.

Diese "Jungen Helden" haben für etwas geworben, das ich für sehr wichtig halte, nämlich für die Entscheidungslösung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Entscheidungslösung können wir als Abgeordnete mit einem Organspendeausweis als Vorbild vorangehen, wie es die Kolleginnen und Kollegen heute schon gezeigt haben. Es gibt die älteren Varianten, aber auch die neuen Organspendeausweise.

Herr Minister, vielleicht senden Sie sie noch einmal an alle Abgeordneten in diesem Landtag, noch einmal als Anregung. Man kann auch ankreuzen, dass man sich nicht für eine Spende entscheidet. Das ist auch in Ordnung.

Wir haben in unseren Reihen selbst einen Betroffenen. Ich habe ihn gefragt, ob ich ihn erwähnen darf: Thomas Günther. Wir sind sehr froh, dass er heute bei uns sitzt. Er war lange Monate nicht bei uns.

Dieser Kollege Thomas Günther hat deshalb überlebt, weil eine Spende von einem Menschen möglich geworden ist. Wir wissen nicht, wer es gewesen ist, aber er hat über den Tod hinaus Leben geschenkt. Das ist eine großherzige Geste. Wir sollten uns alle dazu aufrufen lassen, diesem Vorbild nachzugehen.

(Glocke der Präsidentin)

Deshalb habe ich die Kolleginnen und Kollegen angeschrieben, Herrn Hering und auch Herrn Köbler, dass wir die Initiative von 2010, die es schon einmal gab, wieder aufgreifen. Es gab ein Konzept mit Forderungen an die Landesregierung.

(Glocke der Präsidentin)

dass wir auch beim Erste Hilfe-Kurs das Thema "Organspende" endlich mit aufnehmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Anklam-Trapp das Wort.

Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste! Ich freue mich sehr, dass die CDU-Fraktion die Mündliche Anfrage der SPD-Fraktion zur Aussprache stellt;

(Pörksen, SPD: Warum wohl?)

denn es zeigt, wie wichtig dieses Thema ist, vielleicht haben Sie aber auch nicht die eigenen Themen gefunden, Frau Klöckner.

Mir ist es von besonderer Bedeutung, das Jahr 2014 mit der Diskussion um das Thema "Organspende" zu eröffnen. Damit führen wir das fort, was wir im Jahr 2013 begonnen haben, um mehr Informationen zu geben, Ängste auszuräumen und die Menschen, die wir erreichen wollen, zu erreichen.

Meine Damen und Herren, wenn 88 % der deutschen Bürgerinnen und Bürger sagen, ja, ich bin für die Organspende, aber geschätzt nur 15 % den mehrfach zitierten Organspenderausweis besitzen, dann bedeutet das, dass sich diese Menschen nicht entschieden haben, und jede Nicht-Entscheidung bringt die Angehörigen dann,

wenn etwas Schlimmes passiert ist, in ein großes Dilemma.

Ich möchte in der Diskussion vorausschicken, dass sich der Skandal um die Organspenden in den letzten Jahren in Rheinland-Pfalz nicht niedergeschlagen hat. Ich sage das deshalb so ausdrücklich, damit wir, wenn wir mit den Ängsten und Befürchtungen umgehen, das noch einmal genau aussprechen.

Wir haben in Mainz ein Transplantationszentrum für die Lebertransplantation, und wir haben in Kaiserslautern und auch in Ludwigshafen weitere Transplantationszentren. Wir haben in Rheinland-Pfalz keine Skandalisierung. Die LZG, die DSO und die Politik arbeiten Hand in Hand. Das Mehr-Augen-Prinzip ist längst eingeführt worden, und dies ist als Voraussetzung sehr wichtig.

Zwei Organspender weniger bedeutet zwei Menschen weniger, die ihre Organe zur Verfügung stellen. Dass wir nur zwei Organspender weniger haben, ist sehr erfreulich, wissend, dass wir noch weit mehr brauchen und erreichen müssen.

Information ist das A und O; denn niemand beschäftigt sich gern mit dem eigenen Tod oder dem Tod der eigenen Kinder. Darüber muss diskutiert werden. Was können wir dabei tun? – Ich nenne in diesem Zusammenhang den Tag der Organspende, der eng vorbereitet war mit der Landeszentrale für Gesundheitsförderung. Herr Staatsminister Schweitzer hat es in der Aussprache zu dieser Mündlichen Anfrage bereits ausgeführt.

Am 1. Juni 2013 startete die Fotokampagne: "Herz verschenken". Dies war sehr wichtig, und es war eine gute Kampagne. Sie ist nahe, und sie ist emotional getragen. Bei den Landfrauen, in den Krankenhäusern, beim DRK und an den Schulen – all überall gibt es Informationen, was es bedeutet, sich mit der Organspende zu beschäftigen. Die Fragen sind immer wieder die gleichen: Wie wird festgestellt, dass der Tod wirklich eingetreten ist? Kann man meine Organe noch gebrauchen?

Insbesondere bei den Menschen, die 65 Jahre alt sind, ist beispielsweise auch die Frage der Seniorspenderinnen und -spender sehr wichtig, die immer wieder gestellt wird und die aufgeklärt werden muss.

Frau Klöckner, ich möchte an dieser Stelle noch mit einigen wenigen Worten das Thema "Lebendspende" aufgreifen, nachdem Sie es heute angeführt haben. Dazu gab es einen gemeinsamen Antrag mit der CDU-Fraktion. Dies war mir ganz besonders wichtig, ich habe dies federführend in der letzten Legislaturperiode für unsere Fraktion machen dürfen, und ich möchte dazu den Konsens mit allen Fraktionen, sowohl mit unserem Koalitionspartner von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als auch mit der CDU, erreichen. Dies ist kein Thema, über das wir uns streiten. Dabei geht es immer um ein Menschenleben. Lebendspenden sind eine gute Möglichkeit, dort, wo es möglich ist, dort, wo kein Druck aufgebaut wird, anderen zu helfen. Die Lebendspende muss freiwillig erfolgen, dann, wenn kein Organ vorhanden ist, wenn das Leben an Grenzen gekommen ist, wenn das Leid der Menschen ungeheuer groß ist. Oftmals sind es Kinder, die Lebendspenden erwarten, und das darf so sein, wenn kein Druck aufgebaut wird. Dazu muss die Politik Antworten finden, spontan im Plenum ist das nicht möglich

Ich möchte als letzten Punkt in meiner knappen Redezeit noch die Transplantationsbeauftragten an Krankenhäusern ansprechen. Meine Damen und Herren, wir haben etwas weniger als 100 Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz, und dort sind die meisten Patientinnen und Patienten. Die Transplantationsbeauftragten, die sich damit beschäftigen, haben die Möglichkeit, sich an die Patienten oder an die Angehörigen zu wenden, wichtige Gespräche zu führen und zu koordinieren; denn es darf kein Organ verlorengehen, und manch ein Mensch hat die Möglichkeit, dadurch, dass er nach seinem Tode sein Herz verschenkt, etwas wirklich Gutes zu tun.

Meine Damen und Herren, beachten Sie bei Ihrer Patientenvollmacht das Thema "Organspende". Nehmen Sie es mit auf, es ist ein kleiner Passus. Auf Justiz.rlp.de ist der Vordruck, der Passus über die Organspende bei der Patientenvollmacht zu finden.

(Glocke der Präsidentin)

Vielen Dank, und wir führen gerne auch weiterhin die Diskussion um die Organspende.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Herr Kollege Dr. Schmidt das Wort.

Abg. Dr. Dr. Schmidt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema "Organspende" ist ein hochsensibles und emotionales Thema. Wie vorhin bereits von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern angesprochen, müssen wir das Ganze auch auf überparteilicher Ebene miteinander diskutieren.

Dieses hochemotionale Thema ist auch eine Frage der Menschlichkeit, wie Frank Walter Steinmeier einmal erwähnt hat. Für mich war ein lebendiges Beispiel der 12-jährige Palästinenser Ahmed Khatib sowie das jüdische Mädchen Samah, das heute noch lebt. Das Besondere daran war, dass der Vater des Jungen sagte: Die Entscheidung, das Herz meines Sohnes weiterzugeben, ist keine politische, sondern es ist eine Frage der Menschlichkeit.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

In diesem Sinne ist dieses Thema auch bei uns als Vorbild in der Gesellschaft zu behandeln, dass wir uns alle gemeinsam dahin gehend engagieren, dass Menschen, die – aus welchen Gründen auch immer – in diese Notsituation geraten sind, sich darauf verlassen können, dass sie unsere Unterstützung erfahren.

Allein in Deutschland warten etwa 12.000 Menschen auf eine Organspende, laut einer aktuellen Studie der Techniker Krankenkasse (TKK) allein in Rheinland-Pfalz über 500 Menschen, darunter auch sieben Kinder und Jugendliche. Berichte über die Skandale in Göttingen, München sowie auch in anderen Städten wie Leipzig haben natürlich das Vertrauen der Menschen sehr stark beschädigt.

Bei diesem Thema kann man nicht mit Geld oder möglicherweise als Privatpatient bevorzugt behandelt werden, sondern es ist ein ethisches Thema, das über alle finanziellen Grenzen sowie über die Zugehörigkeit zu Krankenkassen hinaus unsere Solidarität und auch unsere Sensibilität erfordert.

Rheinland-Pfalz war in diesem Bereich sehr vorbildlich gewesen, hat seinerzeit viele Initiativen ergriffen und hat mit allen Akteuren – mit den Ärzten, der Landesärztekammer und den Pflegeverbänden –, mit allen Beteiligten gemeinsam an einem Strang gezogen. Dies zeigt sich natürlich auch an den Ergebnissen, die wir nun im Vergleich zu den Werten auf Bundesebene haben.

Die Zahlen waren 2013 sehr geringfügig im Vergleich zu der Bundesebene, wo wir ein Minus von 16 % zu verzeichnen hatten. Dies zeigt, dass die Maßnahmen, die rechtzeitig ergriffen worden sind, in Rheinland-Pfalz ihre Früchte tragen.

Ich möchte an dieser Stelle auch Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer dafür danken, die zu ihrer Zeit auf Bundesratsebene dieses Ziel sehr engagiert und sehr ambitioniert verfolgt hat. Ich denke, dass wir auch dank dieser Initiativen aktuell so gut dastehen und diese guten Ergebnisse erzielt haben.

Viele Menschen haben ihr Vertrauen in unser Organspendesystem verloren. Das Vertrauen in die ordnungsgemäßen Abläufe der Organtransplantation muss wiederhergestellt werden.

Dies kann vor allem durch eine konsequente Aufklärung, Transparenz, das Mehr-Augen-Prinzip sowie die Beseitigung von Ängsten und Missständen beziehungsweise durch Vorstöße erfolgen; denn wir wissen aus eigener Erfahrung sowie aus den Gesprächen, die wir sehr oft und sehr lange mit den Angehörigen führen, dass die Ängste dabei eine große Rolle spielen. Man stellt sich immer die Frage: Was geschieht, wenn mein Gehirn tot ist? Wie wird dann mit meiner Leiche umgegangen?

All dies verdeutlicht, wie sensibel dieses Thema ist und wie wichtig es ist, dass eine Aufklärung darüber stattfindet, gerade dann, wenn wir ein nachhaltiges Ergebnis erzielen wollen. Das Thema "Leben und Sterben" muss in die Schulen hineingetragen werden, in die Bildung, aber auch in den Ethikunterricht. Alles andere ist im Nachhinein symptomatisch. Es sind gut gemeinte Aktionen, die wir natürlich dennoch durchführen können, aber mit diesen Aktionen allein wird es nicht nachhaltig sein.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Schweitzer das Wort.

Schweitzer, Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich ein Wort des Dankes aussprechen. Es ist für einen Gesundheitsminister eine schöne Sache, wenn wir eine solche Debatte an einem so prominenten Platz der Tagesordnung der Landtagssitzung diskutieren. Ich denke, dass die Debatte dem Thema durchaus gerecht wurde und noch gerecht wird. Dafür herzlichen Dank, wenn Sie mir dieses Urteil erlauben.

Zunächst einmal möchte ich etwas zur Situation im Land sagen, weil es anerkennenswert ist, was mit den Akteuren im Land gelungen ist, und zwar mit den Akteuren im Land in den Krankenhäusern, bei der DSO und auch im Gesundheitsministerium, das sich mit diesen Fragen schon seit vielen Jahren intensiv beschäftigt.

Die Zahlen sind so, dass wir sagen können, sie sind immerhin stabil. Herr Dr. Schmidt, Sie sind darauf eingegangen. Wir hatten bundesweit einen Rückgang bei den Organspenden um 16 %, in Rheinland-Pfalz um 4 %. Die Verantwortlichen der DSO sagen, der Skandal ist an Rheinland-Pfalz vorbeigegangen. Ich sage, toi, toi, toi, gut so! Wir wollen alles dazu beitragen, dass dies auch in Zukunft so bleibt.

Wir haben heute über die Situation im Land gesprochen. Diese kann man nie von der insgesamt bundespolitischen Diskussion entkoppeln. Meine Damen und Herren, liebe Frau Kollegin Klöckner, dennoch hätte ich mich gefreut, dass die Fraktion, die die Aussprache beantragt, auch ein Wort zur Situation im Land sagt.

(Frau Klöckner, CDU: Es kommt noch etwas! Es kommt doch noch eine Runde!)

Ich glaube, das wäre der Debatte angemessen gewesen

Ich mag gar nicht glauben – meine Fantasie geht dann doch nicht so weit –, das Sie es, weil die Situation im Land so stabil ist, eben deshalb nicht angesprochen haben. Das wäre dann eben auch verfehlte Oppositionsarbeit.

(Frau Klöckner, CDU: Warum diese Schärfe, Herr Schweitzer? – Ernst, CDU: Jetzt kommt wieder der Generalsekretär!)

Ich möchte darauf eingehen, wie es mit dem Vertrauen ist.

(Frau Klöckner, CDU: Da ist wieder der Generalsekretär! Das ist unnötig!)

Ich denke, dass wir da auf einem guten Weg sind. Transparenz ist hergestellt. Die Kontrollen sind intensiv, auch in Rheinland-Pfalz. Sie werden ständig wiederholt, auch ohne äußere Anlässe, immer wieder spontan und unangekündigt. Wir haben den Ausschluss eines besonderen kommerziellen Interesses in den Kliniken, und wir haben das Mehr-Augen-Prinzip. Wir klären auf, wir machen viele Veranstaltungen. Allein im vergangenen Jahr – ich habe es aufgezählt – waren es viele Veranstaltungen, bei denen das Land und die Landesregierung beteiligt waren. Viele wären noch hinzuzufügen.

Ich möchte aber dennoch auf eines eingehen, was die Fragen der Lebendspenden angeht. Das ist tatsächlich eine Debatte, die unter einer besonders ethischen und politischen Brisanz steht.

Zunächst einmal möchte ich feststellen, dass dieser Debatte niemand mehr Gutes zugefügt hat als Frank Walter Steinmeier mit seiner ganz persönlichen Entscheidung, die er dann auch öffentlich so deutlich gemacht hat, dass viele sich ermutigt gefühlt und gesagt haben: Okay, das ist ein gutes Beispiel, und ich kann mir durchaus ganz persönlich vorstellen, in meinem nahen Umfeld dafür zur Verfügung zu stehen.

Die Debatte, die in der angesprochenen Enquete-Kommission Mitte des vergangenen Jahrzehnts über die Regulierungen im bisherigen Transplantationsgesetz geführt wurde, dass nämlich eine ganz persönliche besondere Nähe zwischen dem Spender und dem Empfänger bzw. der Empfängerin bestehen soll, ist zu dem Ergebnis gekommen, dass dies auch in Zukunft so bleiben soll. Es sollen der Ehepartner, der Lebenspartner, Verwandte sein, aber es sollen eben nicht Dritte sein, deren besondere Nähe vielleicht erst hergestellt wird, um die Transplantation möglich zu machen, liebe Frau Klöckner.

Wir reden von einem Bereich, bei dem ich sage, Vorsicht an der Bahnsteigkante. Wollen wir tatsächlich, dass wir eine Öffnung in die Debatte hineinbekommen?

(Frau Klöckner, CDU: Das hat doch gar keiner gesagt!)

Die Gefahr ist da, darum müssen wir sie auch sehen. Wenn eine Debatte gefordert wird, Frau Klöckner, müssen Sie sie auch führen können.

(Frau Klöckner, CDU: Es geht um etwas anderes!)

Wenn wir sagen, heraus aus dem nahen Verwandtschafts- und Freundschaftsverhältnis, hinein in den Cross-Over-Bereich, dann sind wir ganz nahe an einem Markt für Organe. Meine Damen und Herren, wenn Sie meine Position dazu hören wollen, dann sage ich Ihnen: Da habe ich allergrößte Skepsis! In diesen Bereich wollen und können wir nicht kommen. Wer heute eine solche Debatte führt, der kann nicht erwarten, dass aus dieser Debatte mehr Vertrauen und mehr Zutrauen auch in die Handlungsverantwortung der politisch Verantwortlichen erwächst.

Lassen Sie uns diese Debatte an dieser Stelle nicht in den Vordergrund bringen. Wir haben andere Aufgaben, über die wir gesprochen haben. Alles andere verwirrt auch die öffentliche Wahrnehmung und sorgt dafür, dass wir am Ende weniger und nicht mehr Vertrauen haben, meine Damen und Herren.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Enders das Wort.

Abg. Dr. Enders, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin der SPD mit meiner Fraktion dankbar, dass sie das Thema hier als Mündliche Anfrage gestellt hat. Deswegen bin ich nicht ganz mit Ihnen eins, Herr Minister, dass Sie eine solche Schärfe hineinbringen. Ich sehe einen großen breiten Konsens bei diesem Thema.

(Beifall der CDU)

Ich denke, wir haben eine Sternstunde, in der wir bei einem Thema sachlich diskutieren und ganz weit zusammen sind.

Zum Thema "Cross-Over" ist zu sagen, das gibt es in Deutschland mit ganz engen, scharfen und eindeutigen Kriterien.

(Beifall der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Es ist auch gut, dass diese Kriterien vorhanden sind und einen Schutz geben, damit kein Missbrauch betrieben werden kann.

Ich selbst habe vor über 20 Jahren zum ersten Mal das Thema hautnah zu spüren bekommen, als ich als junger Oberarzt mit der Mutter eines zehnjährigen Jungen reden musste, der hirntot war. Es war eine große Herausforderung damals, ein sensibles Gespräch zu führen. Es ging über mehrere Stunden mit dem Ergebnis, dass die Mutter alle Organe freigegeben hat und ich ihr eine Woche später berichten konnte, dass das Herz, die Lunge, die Leber, beide Nieren erfolgreich transplantiert werden konnten. Das hat der Mutter langfristig auch in ihrer Trauerarbeit geholfen.

Diesen Konsens, den wir hier haben, haben wir auch in dem gemeinsamen Antrag gesehen. Frau Anklam-Trapp, Sie haben es angesprochen. Die FDP tat sich damals etwas schwer, in Gänze zuzustimmen. Vielleicht sind die GRÜNEN bereit, wenn wir das weiterentwickeln, dass wir gemeinsam diesen Konsens stärken. Ich bin da sehr zuversichtlich.

Ich selbst habe vor einigen Monaten zum Tag der Organspende, der jedes Jahr am 1. Juni stattfindet, am 6. Juni eine Mündliche Anfrage gestellt, die dann zur Kleinen Anfrage wurde, weil die Fragen davor zu intensiv beantwortet worden waren. Dort konnte auch der Konsens, den wir haben, hergestellt werden.

Ich glaube, wir alle, die in diesem Parlament sitzen, über die Fraktionen hinweg, haben eine große Verantwortung, dass wir als Vertreter des Volkes, als Multiplikatoren, mit dazu beitragen, dauernd zu werben, positiv zu reden, objektiv mit dem Ziel für die Sache einzutreten, Vertrauen zurückzugewinnen.

Dazu gehört auch, dass ich vehement dafür eintrete, dass es nicht geht, dass einzelne Exoten in der medizinischen Fachwelt immer wieder neu versuchen, die Kriterien des Hirntodes aufzuweichen. Das ist absolut unverantwortlich. Das ist absolut unverantwortlich und wider besseres Wissen.

(Beifall der CDU)

Wer so denkt, darf selbst nie den Wunsch äußern, ein Organ haben zu wollen. Das geht einfach nicht.

Mir ist noch ein Punkt wichtig, wenn ich auf diesen gemeinsamen Antrag aus der 15. Wahlperiode zu sprechen komme. Damals hatten wir als einen Punkt herausgearbeitet zu prüfen, inwiefern man neben der Schule die Organspende auch als Thema in der Ersten Hilfe und bei den Sofortmaßnahmen am Unfallort, also bei dem Schein, den alle Führerscheinbewerber machen müssen, mit einbringen kann.

Ich habe mich eben noch einmal kundig gemacht, das ist in den Leitfäden der Hilfsorganisationen noch nicht enthalten. Der eine oder andere Ausbilder macht das freiwillig, aber ich denke, da sollten wir nachsteuern. Insofern ist meine Bitte an Sie, diesen Punkt aufzugreifen. Junge Menschen mit 16, 17 oder 18 Jahren sind dabei, erwachsen zu werden und sind sensibel für das Thema. Man kann ihnen dieses Thema nahebringen,

(Beifall bei der CDU)

damit junge Leute – wie hoffentlich die meisten von uns, die gesundheitlich dazu in der Lage sind – auch hoffentlich einen Organspendeausweis vorhalten.

Ich möchte abschließend noch sagen, dass wir, wenn wir die Situation in Rheinland-Pfalz betrachten, ganz gut weggekommen sind. Bayern hat es da deutlich schlechter getroffen. In München war auch ein Skandal.

Ich glaube, wir sollten das Problem aber absolut nicht föderal betrachten, sondern ich appelliere auch an Sie in Ihrer Funktion in der Gesundheitsministerkonferenz, darauf hinzuwirken, dass fraktionsübergreifend politisch auch ein Konsens weiterhin bestehen bleibt.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Anklam-Trapp das Wort.

Abg. Frau Anklam-Trapp, SPD:

Frau Vizepräsidentin, vielen Dank. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geerehrte Damen und Herren! Ich nehme gerne den zweiten Teil meiner Redezeit noch einmal in Anspruch, um mich zum einen mit Informationen den Menschen zuzuwenden und zum anderen, um die wichtige Aufgabe des Transplantationsbeauftragten noch einmal im Plenum zu erläutern, da ich denke, dass dies der Information dient.

Ich bin vorhin darauf eingegangen, dass es die Aufgabe von vielen ist. Herr Dr. Enders hat die Rettungsdienste angesprochen oder auch die Informationen und Fortbildung zum Beispiel beim Erwerb des Führerscheins. Zu nennen ist auch die Grundausbildung unserer Freiwilligen Feuerwehr, bei der immerhin der volle Erste-Hilfe-Lehrgang gemacht wird. Übrigens habe ich mich gerade vor einigen Tagen noch einmal darüber informiert, dass diese auch das Thema der Organspende mit ansprechen. Gerade die Feuerwehr ist diejenige, die zuerst an einem Einsatzort da ist und Hilfe leistet. Information ist etwas, was die Landfrauen, das DRK, der ASB, aber auch die Politik zu leisten haben.

Ich erwähne an dieser Stelle gern, dass wir als SPD-Fraktion vor dem Plenum im Juni 2013 eine wirklich gut besuchte Veranstaltung gemacht haben mit dem Fraktionsvorsitzenden, mit dem Minister, mit dem Partner DSO, mit dem Partner LZG, mit den ganzen Initiativen, die es um Mainz herum gibt und die sich um Organspende bemühen. Diese Veranstaltung war gut besucht. Viele Kolleginnen und Kollegen sind damals gekommen und haben sich informiert. Das sind Multiplikatoren, die es in die Wahlkreise hinaustragen.

So kann ich gern berichten, dass es in unserer Fraktion einige Veranstaltungen zum Thema "Organspende" gab, insbesondere mit Dr. Undine Samuel, die ich der Stelle gern erwähne. Sie ist die Leiterin der DSO für den Bereich Rheinland-Pfalz, leistet hervorragende Arbeit und unterstützt die Transplantationsbeauftragten, die Krankenhäuser, mit fachlichem Rat und kompetenter Hilfe. Ich lade alle Fraktionen ein – wir werden es gern wieder planen –, eine solche Informationsveranstaltung mitzutragen.

Transplantationsbeauftragte sind in den Krankenhäusern die Schnittstellen, die sich um alles kümmern. Gerade darauf möchte ich noch einmal eingehen. Das Krankenhaus selbst, auch die Pflegenden, nicht nur die Ärzteschaft, kennen ihre Patientinnen und Patienten und wissen natürlich, wer eventuell als Organspenderin und Organspender infrage kommt, und sie haben die Kontakte zu den Angehörigen. Die Ausbildung für die Transplantationsbeauftragten zusammen mit der Ärztlichen Akademie konzipiert die DSO mit dem Curriculum "Organspende" – Minister Schweitzer hat es bei der Beantwortung der Mündlichen Anfrage schon ausgeführt –, und zwar nach den Vorgaben der Bundesärztekammer.

Wir hatten im November die erste Auftaktveranstaltung, und man war sich einig – es war gut besucht –, dieses Curriculum muss weitergehen. Die Information in die Ärzteschaft hinein ist wichtig. Auch die Hausärzte sind hier gefragt, denn sie haben den Zugang zu den Patien-

tinnen und Patienten. Sie sind zwar mit viel Last überfrachtet, aber eben da haben wir Informationen, die wir den Menschen geben können, denn keiner hat mehr Vertrauen und eine engere Bindung zum Patienten als der Hausarzt.

Ich möchte noch einmal die DSO ansprechen; denn gerade in der Zeit der Skandalisierung hat die DSO das Klinikum in Ludwigshafen für das Engagement bei der Organspende auszeichnen können. Damals hat die DSO dort angerufen und gesagt: Wir kommen mit dem Preis "Organspende". Trotz der Zeit der Skandalisierung ist man dort wirklich mit großer Begeisterung aufgenommen worden. Ich habe es eben schon gesagt: Ein ganzes Krankenhaus muss sich kümmern, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deswegen sind mir die Transplantationsbeauftragten in den Krankenhäusern, dort, wo wir Intensivabteilungen haben, ganz besonders wichtig.

Von meiner Seite noch ein Wort zur Lebendspende. Ich habe in meiner ersten Rede ausgeführt, dass Lebendspende, wie sie im Moment bei uns ist, im Bereich der Familien keine Frage ist. Lang gewachsene freundschaftliche Strukturen, wenn das Matching passt. Nicht in Ordnung ist das, was Minister Alexander Schweitzer eben ausgeführt hat, wenn wir das öffentlich machen. Ich brauche Ruhe für die Organspende, ich brauche Vertrauen im Bereich der Organspende und möchte keine neue Diskussion eröffnen, die eher skandalisiert als hilft.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir möchten gemeinsam weiterarbeiten, Aufklärung, Information zur Organspende geben in der Hoffnung, dass sich zukünftig mehr als nur 15 % der Deutschen für die Organspende entscheiden. Ich persönlich lade Sie dazu herzlich ein und unterstütze die Kampagne "Herz zu verschenken" auch in diesem Fall.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Fraktion der GRÜNEN hat noch einmal Herr Dr. Schmidt das Wort.

Abg. Dr. Dr. Schmidt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Aus all den Beiträgen entnehme ich, dass es auch die Studie bestätigt: Wenn sich 70 % bis 80 % der Bevölkerung sehr positiv zu diesem Thema "Organspende" äußern, zeigt das, wie groß dieses Potenzial ist und dass wir gemeinsam an diesem Thema arbeiten. – Für mich bedeutet das in erster Linie Aufklärung, Transparenz schaffen und vor allem, dass die Menschen das Gefühl haben, es geht fair, gerecht und transparent zu.

Es ist – wie ich schon sagte – eine Frage der Menschlichkeit, aber auch der Solidarität – es geht nicht um das Portemonnaie –, dass dieses sensible Thema kein Spielball für solche Gedanken wird. Ich würde mir wünschen, dass wir über Parteigrenzen hinweg dieses The-

ma sehr ernst nehmen und gemeinsam daran arbeiten, dass diese Aufklärung in den Schulen, in der Ausbildung von Medizinstudenten, in Pflegeheimen, bei allen anderen Akteuren, vor allem bei den Hausärzten, die mit den Angehörigen Kontakt haben und wobei die Ängste eine sehr große Rolle spielen, eine breit angelegte nachhaltige Aufklärungsarbeit leisten. Ich bin sicher, dass wir hier gute Ergebnisse erzielen können.

Für mich persönlich ist es wichtig, darüber nachzudenken, dass bei dem System so, wie es organisiert ist, auch die Kontrolle durch sich selbst gewährleistet sein muss. Es kann nicht sein, dass, wenn ich mich um dieses Thema kümmere, auch die Kontrolle durch mich selbst erfolgt. Hier gibt es aus meiner Sicht einen Schwachpunkt, und wir müssen schauen, dass wir hier auch andere Instrumente einbauen können.

In diesem Sinne vielen herzlichen Dank. Ich würde mir wünschen, dass wir über Parteigrenzen hinaus alle gemeinsam zusammenarbeiten.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Ich rufe die Aussprache über die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Andreas Hartenfels, Pia Schellhammer, Jutta Blatzheim-Roegler und Anna Neuhof, Realisierung des Nationalparks Hunsrück – Nummer 3 der Drucksache 16/3210 – betreffend, auf. Herr Kollege Hartenfels, Sie haben das Wort.

Abg. Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte gern ein Stück weit Zwischenbilanz ziehen bei dem Projekt Nationalpark, insbesondere vor dem Hintergrund der Bürgerbeteiligung. Zielsetzung war für uns, dass wir einen ergebnisoffenen, einen transparenten und vor allen Dingen einen umfassenden Prozess der Bürgerbeteiligung initiieren.

Ich picke mir einmal die drei Begriffe heraus. Die Mündliche Anfrage und die Antwort haben heute Morgen deutlich gemacht, dass wir zum Beispiel bei der Frage der Ergebnisoffenheit in der Tat einen sehr mutigen Schritt gemacht haben. Die Frau Ministerin hat es angesprochen. Wir haben zunächst einmal Interessensbekundungsverfahren nach vorn gestellt und haben gesagt: Wir haben ein Angebot, wir haben fünf Suchräume in Rheinland-Pfalz, die fachlich qualifiziert ausgewählt worden sind. Hier stellen wir den Regionen anheim, Interesse zu bekunden. Das heißt, wir haben das Risiko auf uns genommen zu sagen, dass alle Regionen feststellen, dass sie keinen Nationalpark haben wollen. Dann wäre natürlich ein wichtiges grünes Projekt erst gar nicht zum Tragen gekommen. Insofern kann man an dieser Stelle sagen: Wir sind ergebnisoffen in diesen Diskussionsprozess eingestiegen, und es hat sich erfreulicherweise mit der Region Hochwald gezeigt, dass eine Region gesagt hat, sie hätte Interesse. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist die Transparenz. Jeder, der sich die Mühe gemacht hat, einmal auf die Homepage des Nationalparks zu gehen, der kann, auch wenn er nicht vor Ort gewesen ist, sich detailliert darüber informieren, zu welchen Ergebnissen dieser Diskussionsprozess geführt hat und wie der Weg dorthin war. Sie haben dort tatsächlich die gesamte Palette der Presseartikel eingestellt, die es gegeben hat, der Fernsehbeiträge, die gelaufen sind. Wir hatten einen Online-Chat, ein Online-Modul kann dort abgerufen werden. Die Zwischenergebnisse, die Eckpunktpapiere, tatsächlich sämtliche Ergebnisse wurden eingestellt. Insofern kann man sagen: Es ist uns gelungen, einen transparenten Prozess der Bürgerbeteiligung hinzubekommen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wenn ich den dritten Punkt nehme, eine umfassende Bürgerbeteiligung – auch das ist natürlich ein sehr ambitionierter Anspruch –, dann können wir auch hier noch einmal Revue passieren lassen, was passiert ist. Wir hatten allein zwölf Dialogveranstaltungen mit etwa 60 Bürgerinnen und Bürgern pro Veranstaltung. Das sind etwa 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Allein aus dem Prozess sind fünf Workshops mit 30 Sitzungen entstanden, die stattgefunden haben. Wir haben ein Eckpunktepapier vom Naturpark Saar-Hunsrück vorgelegt bekommen, welches die Mitglieder in vielfältiger Weise über ihre Sitzungen erstellt haben. Wir hatten – wie gesagt – den Online-Dialog im Internet.

Man kann also sagen: Es ist in einer Zwischenbetrachtung an dieser Stelle gelungen, diesen umfassenden Dialog mit der Region hinzubekommen, und zwar in umfassender Weise.

Das hat dazu geführt bzw. wir haben es uns so vorgestellt, dass wir zwei Eckpunkte inhaltlicher Natur vorgeben, dass in einem Prozess von unten nach oben diese Eckpunkte ausformuliert werden. Das gilt für die verschiedenen Sachfragen.

Heute Morgen habe ich einen Punkt angesprochen. Problematische Sachfragen wurden erörtert wie zum Beispiel die Brennholzversorgung und andere Fragen, die Wegeführung, ob ich mich im Wald immer noch frei bewegen kann usw. Viele Ängste wurden besprochen. Sie wurden letztendlich zu guten Lösungen geführt. Das zeigt, dass sich der Prozess zumindest bis jetzt bewährt hat.

Vor dem Hintergrund möchte ich ein paar Zitate der Kollegen der CDU aus dem Plenum aufgreifen. Das ist bemerkenswert. Ich mache das, um Ihnen eine Chance zu geben, die einsame Insel, auf die Sie sich in Sachen Nationalpark begeben haben, verlassen zu können, um sich ein Stück weit auf die Region zubewegen zu können. Ich nehme das Zitat von Herrn Billen aus der Aktuellen Stunde auf Antrag der CDU vom 4. Juli 2013. Herr Billen hat es damals so formuliert – ich zitiere mit der

Erlaubnis –: "Wir fordern Sie auf, reden Sie nicht nur von Bürgerbeteiligung, sondern machen Sie auch Bürgerbeteiligung".

Herr Billen, ich habe gerade skizziert, mehr Bürgerbeteiligung ist nicht möglich. Ich bitte Sie, in Zukunft in diesem Fall von diesen Äußerungen wirklich Abstand zu nehmen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich nenne ein weiteres Zitat von der CDU, von Frau Schneider vom 18. September 2013. Frau Schneider hat ausgeführt, dass der Nationalpark "ein rein grünes ideologisches Projekt" wäre.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

Ich meine, ich hätte nichts dagegen, wenn im Hochwald 3.000 bis 4.000 grüne Sympathisanten herumrennen und unsere Themen großzügig vertreten und verteidigen. So ist es nicht. Das wissen Sie auch. Wir haben eine breite Beteiligung von Menschen, losgelöst von allen Parteien, bzw. wir haben alle Parteifarben vertreten. Schauen Sie sich das einmal an. Wir haben parteilose, freie Wähler, CDU-Menschen, Menschen mit SPD-Parteibuch und natürlich auch GRÜNE. Wenn bei dem Projekt "Nationalpark" immer noch an der Aussage festgehalten wird, dass es ein ideologisches Projekt sei, dann kann ich an Frau Schneider nur sagen, das hat mit dem dort stattgefundenen Prozess und der Realität nichts zu tun.

(Glocke der Präsidentin)

So viel bis jetzt, alles weitere in der zweiten Runde.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, ich empfinde den Geräuschpegel als ziemlich hoch hier. Deshalb habe ich die Bitte, bei Zwiegesprächen nach draußen zu gehen.

Ich erteile Herrn Kollegen Billen das Wort.

Abg. Billen, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Nationalpark und der Begeisterung der Ministerin in der Fragestunde sage ich, dass ich dachte, es wäre unser Nationalpark, und die Ministerin müsste antworten. Die Begeisterung der Ministerin für den Nationalpark habe ich gerade nicht erlebt.

Herr Kollege Hartenfels, Sie wissen es doch viel besser.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Eine bösartige Unterstellung!) Jetzt gehen wir zu den Fakten. Sie lehnen ab, Sie wissen warum. Sie lehnen einen Bürgerentscheid ab. Das wollen Sie nicht. Sie wollen sagen, wir haben die Bürger beteiligt. Wir haben Arbeitskreise mit entsprechender Beteiligung gebildet. Wenn man alle zusammenzählt und manche doppelt zählt, dann kommt man auf eine bestimmte Anzahl an Personen. Den Bürgerentscheid, die Befragung der Bürger, ja oder nein unter Berücksichtigung der Kosten, was er wirklich kostet, wollten Sie nicht. Das war der erste Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne einen zweiten Punkt. Da wird es noch viel schöner. Wo bleibt die Garantie der Landesregierung zu der Auflage des Beschlusses des Kreistages von Birkenfeld, eine Bestandsgarantie für den Kreis Birkenfeld zu erhalten? Das ist die Voraussetzung, dass der Kreis Birkenfeld dem Nationalpark zustimmt.

Herr Kollege Hartenfels, Sie haben recht, das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Warum beschließt der Kreistag parteiübergreifend diese Bedingungen, um einem Nationalpark zuzustimmen? Die haben mit dem Nationalpark nämlich auch nichts zu tun. Die haben etwas damit zu tun, dass sie den herumliegenden Zusagen Glauben schenken. Ich bin gespannt, wie die grüne Fraktion voller Begeisterung die Hand hebt und dann vor alle Baumaßnahmen setzt, dass die Hunsrückspange gebaut wird. Ich bin gespannt, wann das geschieht.

(Beifall bei der CDU)

Ich bin gespannt, wie die Enttäuschung der Menschen ist, wenn der Kaufpreis, der ihnen genannt wird, damit sie zustimmen sollen, nicht eingelöst wird.

Frau Ministerin, Sie haben eine Vorgabe in Ihrem Haus, die Ihr Staatssekretär gemacht hat, dass Flurbereinigungen, sprich Bodenordnungen, nur gemacht werden, wenn 80 % der Beteiligten zustimmen. Beim Nationalpark und um den Nationalpark herum haben Sie dabei etwas missverstanden, da machen Sie gegen 80 % der Bodenbesitzer eine Bodenordnung, nur weil Sie es mit Gewalt wollen.

(Beifall bei der CDU)

So weit zur Demokratie und dem guten Umgehen beim Nationalpark miteinander. Ach, was sind wir alle so lieb, alle sind dafür. Wir haben Arbeitskreise. Wir bekommen Brennholz. Ich habe mich gewundert, dass Sie nicht gesagt haben, es gibt sortenreines. Aber Sie können ruhig sortenreines liefern, weil kein Holz aus dem Nationalpark kommt. Es gibt diese Besserstellung, dass das Holz von den Nachbarwäldern dort hingebracht wird, damit wenigstens an der Front Ruhe ist.

Herr Kollege, es gibt gute Argumente. Herr Kollege, wie habe ich das einmal formuliert? Es gibt gute Argumente dafür zu schauen, wie toll es fault. Wenn Sie 10.000 Hektar stilllegen, wenn Sie gleichzeitig hingehen und sagen, das wäre der Wunsch von Frau Merkel, dann hat mich das schon immer gewundert. Wenn man das mit Biodiversität begründet, dann bedeutet das Artenvielfalt, Pflanzenvielfalt und Tiervielfalt. Wir wissen damit, wovon

wir reden. Sie nennen nicht die Kosten. Nennen Sie die Kosten unter Dauerbelastung Haushalt. Herr Kollege Steinbach, hören Sie zu, damit Sie nachher nicht sagen, Sie hätten es nicht gewusst. Unter Dauerbelastung – sie werden hierbleiben – werden es 15 Millionen Euro beim Haushalt sein.

(Zuruf des Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Nein, Sie irren, Sie wissen auch, dass Sie sich irren.
 Sie wissen es besser, das ist das Schlimme.

Man gaukelt den Menschen vieles vor. Es ist keine Begeisterung da, und zwar auch nicht vor Ort.

Frau Ministerin, stellen Sie sich hier hin und sagen, die Forderungen des Landkreistages Birkenfeld und die Forderungen des Landkreistages Trier-Saarburg, die Bedingung für die Zustimmung sind, sind abgehakt und werden erfüllt, und der Reihe nach. Erst dann werden Sie vor den Menschen vor Ort glaubhaft. Vorher werden Sie das Misstrauen weiter behalten. Die haben noch die Hoffnung nach dem Würstchen, das sie an die Decke genagelt haben. Herr Kollege Steinbach, die Kosten habe ich nicht mit eingerechnet. Das sage ich für den Fall, dass Sie noch einmal über die Kosten vom Nationalpark reden.

Herr Kollege Hartenfels, etwas mehr Begeisterung ist nötig für dieses ideologische Projekt. Nichts anderes ist es. Es hat mit der Wirklichkeit, der Realität und dessen, was wir in Rheinland-Pfalz unter den Haushaltsvorgaben brauchen, nichts zu tun. Etwas mehr Begeisterung von Ihrer Seite hätte ich mir schon gewünscht.

(Beifall bei der CDU – Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Kollegen Hürter das Wort.

(Billen, CDU: Jetzt kommt die Begeisterung!)

Abg. Hürter, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns in diesem Haus schon sehr oft über den Nationalpark unterhalten. Heute tun wir das insbesondere im Hinblick auf die erfolgte Bürgerbeteiligung. Ich habe nach all den Diskussionen auch im Ausschuss langsam den Eindruck, dass nur mit guten Argumenten, Fakten und Zitaten, zum Beispiel von Ministerpräsident a. D. Vogel, die CDU-Fraktion, insbesondere Herr Billen, nicht zu überzeugen sind. Deswegen lassen Sie mich einen anderen Ansatz versuchen.

Es gibt eine wunderschöne Anekdote, die den Zeitgeist und die Person sehr gut widerspiegeln. Deswegen bin ich gewillt, sie zu glauben. Als Franz Josef Strauß mit der Idee, den Nationalpark Bayerischer Wald einzurichten, auf enormen Widerstand in der Bevölkerung und in der Region gestoßen ist, hat er gesagt, genau deswegen

handelt es sich nicht um einen Kreispark, sondern um einen Nationalpark. Dieses Zitat möchte ich mir ausdrücklich nicht zu eigen machen. Hieran lassen sich zwei Dinge sehr schön zeigen, zum Beispiel, wie sich die Einstellung in Politik und Verwaltung zu Anregungen, die aus der Bevölkerung kommen, zu Kritik, zu Wünschen und Interessen, geändert hat, die von Menschen und Kommunalpolitikern vertreten werden. Ich glaube, dass dieser Nationalpark vorbildlich ist.

(Billen, CDU: Es gibt ihn noch gar nicht, da kann er nicht vorbildlich sein!)

Wir haben das in einer vorbildlichen Art und Weise gemacht, nicht ich als Person, sondern wir insgesamt als regierungstragende Fraktion. Vor allem das Umweltministerium, die Mitarbeiter dort, die Forstverwaltung, aber auch viele Menschen in der Region in Verbänden, Vereinen und als Einzelperson haben sich für diesen Nationalpark eingesetzt, um sicherzustellen, dass er ihren Interessen gerecht wird und dass es ein guter Nationalpark wird.

Natürlich kommt in einem solchen Bürgerbeteiligungsprozess auch das eine oder andere zustande, was hier in Mainz am grünen Tisch auf der Fachebene vielleicht etwas anders entschieden worden wäre, zum Beispiel die Frage eines Wegegebotes, aber auch die Frage eines Brennholzkonzeptes, wobei man dann sieht, dass der Einfluss tatsächlich da war, in der Region auch ganz konkret Dinge zu gestalten.

Ich bin froh, dass die Ministerin ausgeführt hat, dass wir diesen Weg weitergehen wollen; denn der Nationalpark – sollte er dann Anfang 2015 eingerichtet werden – ist mit der Einrichtung nicht fertig, sondern dann beginnt die Arbeit. Gerade dann müssen sich die Kommunen und die Menschen einbringen können, um diese Details, die ganz entscheidend für den Erfolg eines Nationalparks sind, maßgeblich beeinflussen zu können.

Aber in einem Punkt - da will ich Franz Josef Strauß ausnahmsweise einmal recht geben - hat er den Nagel auf den Kopf getroffen. Es geht um die Bedeutung eines Nationalparks. Es geht darum, dass es nicht ein Projekt ist, wie sonst in der Politik, das vielleicht nach fünf Jahren oder nach zehn Jahren beurteilt werden kann, sondern über Generationen hinweg gedacht werden muss, weil Wälder ganz andere Zeiträume kennen als wir als Menschen, und erst recht als wir als Politiker. Die Bedeutung geht weit über die Region hinaus, weil Beiträge geleistet werden, die in diesem Hause schon angesprochen wurden, die den Umweltschutz und die Artenvielfalt betreffen, was gelegentlich von der CDU recht despektierlich angesprochen wird. Das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen, weil es dort – um das mit christlicher Begrifflichkeit zu hinterlegen – um die Bewahrung der Schöpfung und um die Erhaltung der Schöpfung geht. Ich glaube, das ist ein sehr großes Ziel, das uns alle verbinden sollte.

Gerade die CDU hier in Rheinland-Pfalz hat unter Minister Töpfer in den Achtzigern Wegweisendes und Beachtliches auf den Weg gebracht. Ich finde es schade, dass diese Tradition von der aktuellen CDU-Landtagsfraktion nicht wertgeschätzt wird.

Die Bedeutung ist auch eine Bedeutung der Umweltbildung und der Regionalentwicklung. Nationalparke haben gezeigt, dass sie erhebliche Beiträge bringen können, um eine Region, die strukturelle Herausforderungen hat, nach vorn zu bringen.

Insofern ist es nur natürlich, dass sich die Region über den reinen Naturschutz hinaus Impulse verspricht und diese Impulse einfordert. Wenn das von Ihnen gelegentlich so dargestellt wird, als sei das ein Einkaufen oder ein Bestechen der Region, dann finde ich das empörend; denn dieser Vorwurf richtet sich gegen Ehrenamtler nicht nur aus meiner Partei, sondern auch aus Ihrer eigenen Partei, denen Sie unterstellen, dass sie gegen die Interessen ihrer Region und gegen die Interessen der Allgemeinheit aus einem großen Egoismus heraus handeln. Ich möchte Sie bitten, diesen Vorwurf in dieser Form nicht mehr zu erheben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Meine Besuche im Nationalpark haben mich ein Stück weit gelehrt, der Nationalpark hat auch ein identitätsstiftendes Element. Wir beschreiben das häufig als Heimat. Genau darum geht es. Es geht auch um Landschaftsästhetik, um Naturerleben und Zusammengehörigkeitsgefühl, das vielleicht so anhand von Verbandsgemeindeoder Kreisgrenzen, die eher verwaltungstechnisch gewachsen sind, nicht entsteht, aber mit einem solchen Waldgebiet, mit dem wir es im Hochwald im Hunsrück zu tun haben, durchaus zu schaffen ist. Insofern möchte ich Sie herzlich bitten, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Höfken das Wort.

Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Billen, ich habe ganz deutlich gemacht, ich nehme mich auch ein Stück weit zurück, um Ihnen Brücken zu bauen. Aber leider kann man so viele Hände reichen, wenn Sie die nicht ergreifen möchten, kann ich das nicht ändern. Wir können zitieren von der Bundeskanzlerin Frau Dr. Merkel über den CDU-Ministerpräsidenten Vogel bis hin zu Frau Kramp-Karrenbauer oder Strauß, nichts hilft, um Ihnen hier zu verdeutlichen, es geht um ein herausragendes Beispiel für das, was als ein politisches Ziel sowohl explizit dieser Bundesregierung – auch der neuen –, verankert im Koalitionsvertrag, als auch der europäischen Förderprogramme ausdrücklich benannt ist.

(Baldauf, CDU: Weil alles nicht passt! – Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Doch!)

Das geschieht nicht aus Spaß und Dollerei, sondern weil gerade das faule Holz, wie Herr Billen sagt, die Grundlage für die Entwicklung der Artenvielfalt ist. Schauen Sie einmal auf die Seite von SaarForst, wenn Ihnen Landesforsten nicht reicht. Dort ist es ausführlich dokumentiert. Wir tun hier etwas, um unsere Umwelt und Natur zu erhalten und gleichzeitig etwas für unsere Heimat zu tun.

Ich bin froh, dass das auf der kommunalen Ebene von der CDU-Seite – genauso wie auf der Bundesebene – anders diskutiert wird. 81 von 98 Ortsgemeinden und alle drei Städte haben abgestimmt. Ich kann das jetzt noch fortsetzen, aber es war Ihnen ausdrücklich nicht vorgeschrieben, wie sie das zu tun haben. Manche haben Bürgerbefragungen vorgeschaltet, manche nicht, die unterschiedlich ausgegangen sind. Ich denke, das ist wirklich die beste Bürgerbeteiligung, die es jemals gegeben hat.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Es ist auch ein großartiges Ergebnis. Wir haben immer gesagt, wir machen keinen Nationalpark gegen den Willen der Menschen. Aber die Menschen in der Region haben die Chance für die Natur und für die Zukunft ihrer Heimat ergriffen. Das ist eine tolle Nachricht. Die Interessenbekundungen, die Dialogphase und der Abstimmungsmarathon am Ende sind dann zu einem Ziel gelangt. Das Ergebnis ist ein klarer Auftrag für uns alle, für die Region gemeinsam, auch mit dem Saarland, den Nationalpark auf den Weg zu bringen und auszuweisen. Das kommunale Votum auf der Grundlage des Landeskonzepts ist ein Ja zur Einrichtung des Nationalparks und ein Ja zur nachhaltigen Entwicklung der künftigen Nationalparkregion. In dieser Region leben mehr als 100.000 Menschen. Es ist beachtlich, dass ein solcher Prozess erfolgreich weitergeführt und zu diesem Ergebnis geführt werden konnte.

Wir sehen auch, der große Unterschied, der zu diesem Ergebnis geführt hat, ist, es hat nie zuvor ein solch umfassendes Konzept zur Errichtung eines Nationalparks oder eines ähnlichen Projekts gegeben. Das Projekt wurde gemeinsam mit den Bürgern, Kommunen und Stakeholdern und natürlich auch mit vielen Akteuren hier erarbeitet. Alle Resorts der Landesregierung sind beteiligt. Es ist das erste Mal, dass ein Nationalpark auch ein Projekt einer gesamten Landesregierung ist. Es ist gelungen, Ökologie und Ökonomie in der Regionalentwicklung und vor allem auch Soziales, nämlich Bürgerbeteiligung und Demokratie, zu verbinden. Natur wird jetzt in Wert gesetzt. Eigentlich dachte ich immer, es ist ein Grundsatz, der uns gemeinsam verbindet, es wird einer strukturschwachen Region eine neue Perspektive gegeben. Das ist quasi die Umkehr von Prozessen, die überall laufen. Die Ökologie wird nämlich als Motor für eine ökonomische und soziale Entwicklung genutzt und nicht erst dann berücksichtigt, wenn Ökonomie und Soziales

Lassen Sie uns diesen Prozess gemeinsam gehen. Ich hoffe – wir haben noch sehr viel Arbeit vor uns –, dass das ein beispielhafter Prozess ist, der einerseits das Anliegen insbesondere des Landtages auch nach Partizipation, beispielhaft weiterführt. Dafür ist dieser Prozess

jetzt in Ihre Hände gelegt. Man muss übrigens keine Gesetzgebung machen. Wir könnten das auch anders tun. Aber auch hier gibt es genau diese Partizipation, und ich denke, es ist ein ganz wichtiger Schritt, um das zu tun, was eine der wichtigsten Aufgaben und Herausforderungen unserer Zeit ist, nämlich der Artenvielfalt eine Chance zu geben und der genetischen Vielfalt wirklich wieder eine Grundlage zu verschaffen und damit unsere Umwelt zu erhalten.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich darf Schülerinnen und Schüler des Stefan-George-Gymnasiums aus Bingen als weitere Gäste im Landtag begrüßen. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Herr Kollege Hartenfels, Sie haben nun das Wort.

Abg. Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Billen, es ist wirklich schwierig, einen Dialog mit Ihnen persönlich zu führen, aber in der Tat auch mit der kompletten CDU-Landtagsfraktion. Deshalb habe ich dieses Bild der Insel gewählt. Es macht mich immer wieder ein Stück weit fassungslos, weil ich als Dorfmoderator für solche Moderationsprozesse beruflich qualifiziert bin. Es ist ungeheuer schwer, mit Menschen konstruktiv zusammenzuarbeiten, die sich von vornherein auf einer solchen Trutzburg befinden und sagen, diesen Nationalpark finde ich total "beschissen" - Entschuldigung für diesen Begriff -, diesen Nationalpark finde ich bescheiden, und davon weiche ich keinen Millimeter ab, egal, was sich in dieser Region tut. Das haben Sie bei Ihrem Vortrag hier wieder bestens demonstriert. Von Bürgerbeteiligung halten Sie wirklich überhaupt nichts.

Dann erzählen Sie etwas von Bürgerentscheid und können Bürgerentscheid nicht von Bürgerbefragung unterscheiden.

(Billen, CDU: Kann ich!)

Vor allen Dingen reduzieren Sie das Thema einer Bürgerbeteiligung dann tatsächlich auf den Bürgerentscheid. Das ist eine sehr, sehr sparsame Betrachtung dessen, was man unter Bürgerbeteiligung verstehen kann.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Obwohl der Bürgerbeteiligungsprozess sehr weit fortgeschritten ist, möchte ich Ihnen noch ein drittes Zitat präsentieren, und zwar aus der Haushaltsdebatte am 11. Dezember 2013. Da hat Ihre Fraktionsvorsitzende, Frau Klöckner, es aus ihrer Sicht noch einmal auf den Punkt

gebracht und gesagt: Dann gibt es den Nationalpark, der, gelinde gesagt, umstritten ist. – Der, gelinde gesagt, umstritten ist! So eine Fehleinschätzung dessen, was vor Ort tatsächlich stattgefunden hat, kann man, glaube ich, nicht mehr toppen. Frau Klöckner, da möchte ich die unterste Ebene noch einmal in Erinnerung rufen. Von 81 Ortsgemeinden, die abgestimmt haben, haben 66 Ortsgemeinden mit Ja gestimmt. Das, gelinde gesagt, als umstritten im Ergebnis zu präsentieren, gelingt wirklich nur der Fraktionsvorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Deshalb noch einmal im Sinne der Sensibilisierung, weil ich nach wie vor die Hoffnung nicht aufgebe, dass das möglich ist, ein Resümee am Schluss: Quasi in einem Großlabor wurde ein Großprojekt wie der Nationalpark in einer Kultur der Kommunikation, eines Versuches der Kommunikation, der Kooperation und der Partizipation betrieben. Ich denke, bisher als Zwischenergebnis kann man dem Anerkennung zollen.

Da hat die Region meine Hochachtung. Da haben die Beteiligten aus den verschiedenen gesellschaftlichen Schichten, die sich beteiligt haben, meine Hochachtung. Hochachtung hat natürlich auch das Projekt "Team im Hintergrund", das einen solchen Prozess stemmt. Mir ist aus Deutschland nicht bekannt, dass ein solches Großprojekt von A bis Z tatsächlich in dieser Form in einer Beteiligungskultur begleitet worden ist.

Insofern ist es jetzt Aufgabe der Landespolitik, dieses positive Votum schrittweise umzusetzen. Das ist nicht nur ein Votum, das sich an uns richtet, sondern es richtet sich an den kompletten Landtag. Ich würde mir wünschen, dass Sie sich von Ihrem hohen Ross herunterbegeben und jetzt bereit sind,

(Unruhe bei der CDU)

die Region mit Ihrem Votum zu unterstützen und das Nationalpark-Projekt zu einem positiven Schlussergebnis zu führen. Da stehen auch Sie in der Verantwortung.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Herr Kollege Schmitt hat für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Schmitt, CDU:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ministerin und Herr Kollege Hartenfels sprachen heute Morgen von der überwältigen Mehrheit für den Nationalpark. Irgendetwas stimmt bei der Geschichte nicht. Ich weiß es nicht.

(Pörksen, SPD: Bei wem denn?)

Frau Ministerin, mit dem Beschluss des Kreistages Bernkastel-Wittlich wird der Nationalpark abgelehnt. Der Beschluss des Kreistages Trier-Saarburg sagt, wir sagen zum Nationalpark nur dann Ja, wenn verschiedene Auflagen erfüllt sind und mit der Maßgabe, dass nicht Gelder von anderen Verbandsgemeinden abgezogen werden und dann nur noch die Nationalparkregion gefördert wird, weil sonst die anderen Verbandsgemeinden leiden müssten.

Herr Kollege Billen hat heute Morgen schon gesagt, welche Bedingungen der Kreis Birkenfeld an sein Ja knüpft. Sie reden hier von einer überwältigenden Mehrheit. Bernkastel-Wittlich hat abgelehnt, und die Bedingungen von Trier-Saarburg sowie Birkenfeld sind bisher nicht erfüllt.

(Beifall der CDU)

Trotzdem sagen Sie, hier ist eine breite Mehrheit vorhanden. Herr Kollege Hartenfels hat das eben auch gesagt. Wenn man Ihre Argumentation hört, meint man, alle Dörfer, deren Zustimmung Ihnen wichtig war, hätten zugestimmt. Etliche haben nicht zugestimmt. Die fallen einfach hinten runter.

(Pörksen, SPD: 66 von 81 Ortsgemeinden! Das ist eine Zweidrittelmehrheit!)

Es wird gar nicht festgestellt, dass auch viele kritische Stimmen erhoben wurden.

(Pörksen, SPD: Es gibt auch Holzköppe!)

Frau Ministerin, es hat sich eine Bürgerinitiative "Ja zur Natur, Nein zum Nationalpark" gegründet. Das wird gar nicht zur Kenntnis genommen. Es wird einfach nur von überwältigender Mehrheit gesprochen.

(Beifall der CDU)

Darüber hinaus ist auf der einen Seite die Kostenfrage immer noch nicht geklärt, aber auf der anderen Seite wissen wir, dass das eines der holzertragreichsten Gebiete in Rheinland-Pfalz ist. 25, 26, 27 Millionen Euro Ertrag jährlich würden wegfallen. Die Holzindustrie hat massive Bedenken angemeldet. Das ist einfach hinten runtergefallen. Es ist mit überwältigender Mehrheit, wie die Ministerin heute Morgen ein paarmal gesagt hat, zugestimmt worden. Es ist mir rätselhaft, wie man auf eine überwältigende Mehrheit kommt, wenn so deutliche, klare Stimmen dagegen gesprochen haben.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich begrüße weitere Gäste, und zwar Schülerinnen und Schüler des Sophie-Hedwig-Gymnasiums in Diez. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Für die SPD-Fraktion hat noch einmal Herr Kollege Hürter das Wort.

Abg. Hürter, SPD:

Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Schmitt, dadurch, dass Sie einige Behauptungen immer und immer wieder in den Raum stellen, werden sie leider nicht richtig.

(Pörksen, SPD: Gott sei Dank!)

Ich habe jetzt bestimmt schon ein Dutzend Mal gehört, es sei vollkommen unklar, wie die Kosten des Nationalparks seien. Herr Kollege Billen hat heute die Zahl von 15 Millionen Euro erwürfelt, was recht anspruchsvoll ist, da ein Würfel normalerweise nur Zahlen von eins bis sechs aufweist, aber er hat das geschafft.

Es ist mehrfach ausgeführt worden – insbesondere im Ausschuss und auch von der Frau Ministerin –, dass dieser Nationalpark als Nationalpark rund 6 Millionen Euro an Kosten verursachen wird. Das ist gemessen an dem, was andere Nationalparks, die vergleichbar sind, gekostet haben – ich nenne nur beispielhaft den Nationalpark Eifel –, ein absolut realistischer Wert, der auf Erfahrungen beruht und der komplett im Haushalt abgebildet ist.

Vor dem Hintergrund halte ich die Kritik einfach für überzogen. Sie ist ein Stück weit unredlich, weil jedes Mal dann, wenn die CDU den Eindruck hat, ihre alte Zahl greift nicht mehr – ursprünglich wurde 10 Millionen Euro gesagt, dann wurde 12 Millionen Euro gesagt, und jetzt sind es 15 Millionen Euro –, haut man noch eine Schippe obendrauf nach dem Muster "Darf es noch ein bisschen mehr sein?". Da haben Sie sich nun einmal verrannt, deshalb operieren Sie mit redlichen Zahlen. 6 Millionen Euro sind das, was der Nationalpark pro Jahr kosten wird.

(Pörksen, SPD: Die arbeiten wie der ADAC!)

Das ist viel Geld, aber das ist an dieser Stelle gut angelegt, wie die Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus ist angedacht – ja, dazu stehen wir alle zusammen –, dass dieser Nationalpark der Regionalentwicklung dienen soll. Es wäre doch unredlich, Maßnahmen im Straßenbau als Kosten dem Nationalpark zuzurechnen. Natürlich entstehen die im Rahmen eines Konzepts für die ganze Region. Natürlich wird es eine Priorisierung bei ansonsten vergleichbaren Konditionen in Richtung Nationalparkregion geben,

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

weil kein Mensch in diesem Haus bestreiten kann, dass die Region um Birkenfeld herum gerade unter dem Aspekt der Demografie vor besonderen Herausforderungen steht. Selbst wenn es keinen Nationalpark gäbe, wäre es ein Gebot der Fairness, wäre es nur richtig, dieser Region in besonderer Art und Weise unter die Arme zu greifen. Niemand, der in Regionen wohnt, die besser aufgestellt sind, sollte dazu eine Neiddebatte führen. Das ist

einfach gegenüber den Menschen in dieser Region unfair und ungerecht.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie müssen sich nicht wundern, wenn Ihnen regelmäßig der Spiegel vorgehalten und Ihnen regelmäßig gezeigt wird, dass Sie mit Ihrer Positionierung alleine stehen; denn die rhetorische Zuspitzung, da wird der Förster bezahlt, um dem Holz beim Faulen zuzusehen, mag noch einen gewissen Charme haben und einer Debatte Würze geben, aber sie ist eine Unverschämtheit gegenüber all den Menschen, die sich seit Jahrzehnten in Nationalparks einbringen, engagieren, dort ihrem Beruf nachgehen, um all die Funktionen, die an einem Nationalpark hängen, im Bereich der Ökologie, im Bereich der Umweltbildung und im Bereich der Erholung mit Leben zu erfüllen. Das ist natürlich auch gegenüber Ihren Parteikollegen in der Region unfair, die sich zu diesem Projekt und in anderen Bundesländern zu Nationalparks bekannt haben.

Ich glaube, uns allen in der rot-grünen Regierungskoalition bricht kein Zacken aus der Krone, wenn wir bekennen, ja, Nationalparks sind keine Idee, die von uns kam, sondern sie haben eine Tradition im amerikanischen Raum. Sie haben eine Tradition, die nach dem Zweiten Weltkrieg von der CSU und später von der CDU in Deutschland eingeführt wurde, die sich bewährt hat. Auf diesen Erfahrungen aufbauend errichten wir in Rheinland-Pfalz einen Nationalpark, weil es eine gute Idee ist, die Aspekte des Umweltschutzes mit vielen anderen Aspekten – auch der Regionalentwicklung – sinnvoll zu verknüpfen.

Dass wir jetzt als neues Element - das ist der Kern dieser Stunde - die Bürgerbeteiligung so gelebt haben, insbesondere die Menschen in der Verwaltung, die sich viele Abende um die Ohren geschlagen haben und die sich viel Mühe gegeben haben, wirklich jedes Interesse aufzugreifen und einen Ausgleich zu organisieren, ist. glaube ich, eine besondere Leistung bei diesem Nationalpark. Das ist eine Leistung, auf die wir stolz sein können und die wir gegebenenfalls auch in künftige Projekte der Bürgerbeteiligung einfließen lassen sollten. Deshalb noch einmal: Das Thema Nationalpark wird uns noch häufig beschäftigen, dann eher mit Fachfragen, mit inhaltlichen Fragen, die sich mit dem Nationalpark als solchem auseinandersetzen, aber der Aspekt der Bürgerbeteiligung ist - das sollten auch Sie zugestehen und einräumen - vorbildlich gelaufen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. Für die Landesregierung hat noch einmal Frau Staatsministerin Höfken das Wort. Deshalb haben danach noch alle Fraktionen eine Redezeit von 2 Minuten

Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:

Ich kann das doch nicht ganz so stehen lassen. Ich muss an der Stelle konstatieren, dass für die CDU in diesem Land ein Nationalpark das Gleiche ist, wie "dem Holz beim Faulen zuzusehen". Das ist leider das unterste Stammtischniveau und wird den Naturschätzen unserer Heimat nicht ansatzweise gerecht, übrigens auch nicht den anderen Nationalparks. Inzwischen gibt es 15 in diesem Land.

Wir bemühen uns redlich weiter. Ich fürchte, die Beteiligung, zu der Sie in dem Prozess gefordert sind, wollen Sie partout nicht wahrnehmen. Ich glaube, wir müssen damit leben und Gott sei Dank mit Ihren Parteifreunden vor Ort weiterarbeiten.

Ich will aber auch noch einmal eines deutlich machen. Sie haben sicher gesehen, dass es im kommunalen Eckpunktepapier und in anderen Papieren viele Vorschläge zur Gewichtung der Abstimmungsergebnisse gegeben hat. Egal, wie man das sieht. Ein zentraler Punkt sind die Verbandsgemeinden. Vier von vier Verbandsgemeinden haben zugestimmt.

Der Landkreis Bernkastel-Wittlich, der flächenmäßig kaum betroffen ist, hat sich anders entschieden. Die Verbandsgemeinde wiederum hat zugestimmt. Das, was Herr Hartenfels gesagt hat, nämlich, dass die Beteiligung die Mitsprache und Mitgestaltung ist und diese im Vordergrund steht, ist unsere Grundlage. Auf dieser werden wir weiterarbeiten. Genauso ist es auch mit den Landkreisen skizziert.

Ganz wichtig sind die Finanzen. Wir haben hier quasi ein Forstamt in seiner Struktur und in seinen Kosten, das die Grundlage des Nationalparks bietet. Natürlich ist das mit Kosten versehen. Es wird anderswo genauso sein, was den Personalbestand angeht. Wir kommen in dieser Struktur mit den Personalkosten von etwa 3 Millionen Euro für 57 Menschen aus. Das ist mit anderen Nationalparks vergleichbar. Dazu kommen ungefähr 250.000 Euro jährlich für drei neue Stellen. An dritter Stelle sind 1,5 Millionen Euro für Grundlagenerhebungen vorgesehen, die naturschutzfachlich nötig sind.

Außerdem ist noch die Regionalentwicklung zu nennen. Ich glaube, wir haben ein ganz solides und der Finanzkraft unseres Landes und auch dem des Saarlandes angepasstes Konzept. Wir werden mit dieser wunderschönen Region in eine Entwicklung gehen, die sowohl der Natur als auch unserer Region gerecht werden kann.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Somit treten wir jetzt in die Mittagspause bis 13:00 Uhr ein.

Unterbrechung der Sitzung: 11:55 Uhr.

Wiederbeginn der Sitzung: 13:00 Uhr.

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich eröffne unsere Sitzung wieder.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung mit dem ersten Thema auf:

AKTUELLE STUNDE

"Steigende Fallzahlen bei Steuer-Selbstanzeigen in Rheinland-Pfalz" auf Antrag der Fraktion der SPD

- Drucksache 16/3212 -

Das Wort hat Herr Kollege Wansch von der SPD-Fraktion.

Abg. Wansch, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Tagen hat in der Presse das eine oder andere zu Selbstanzeigen gestanden. Bei vielen Artikeln war auszuwerten, dass im Land Rheinland-Pfalz im Jahr 2013 deutlich mehr Selbstanzeigen als in den Vorjahren stattgefunden haben. Für einen Haushälter war dabei allerdings auch noch eine Anmerkung in einem Nebensatz interessant. In der Landeskasse werden deswegen zusätzlich 100 Millionen Euro erwartet.

Ein Blick in die Daten hat ergeben, dass allein in Rheinland-Pfalz zwischen 2.300 und 2.400 Selbstanzeigen im Jahre 2013 für Anlagen von Kapitaleinkünften im Ausland stattfanden. Ich habe in meinen Unterlagen für das Jahr 2012 730 und für das Jahr 2011 344 Selbstanzeigen zu diesem Vorgang stehen.

Man kann festhalten, dass in Rheinland-Pfalz eine deutliche Zunahme bei den Selbstanzeigen zu verzeichnen war. Man kann damit auch noch feststellen, dass dem Land Rheinland-Pfalz vor diesem Hintergrund erhebliche Einnahmen zufließen und auch dauerhaft weiterhin zufließen werden, weil diejenigen, die ihr Vermögen in der ausländischen Region angelegt haben, nun auch über die Selbstanzeige den Weg zur Steuerehrlichkeit gefunden haben und dauerhaft ihrer Pflicht als Steuerzahler nachkommen.

Diese Selbstanzeige ist ein Medium, bei dem wir dafür eintreten können, dass auch die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, um zur Steuerehrlichkeit zurückzukehren. Das Gemeingefüge, der Staat, unser Rechtsund Sozialstaat, funktioniert nur vor dem Hintergrund der Steuergerechtigkeit. Jeder muss wissen, dass die Möglichkeiten, die unser Gemeingefüge bietet, ob Bildung, Ausbildung, Infrastruktur etc., alles von der Gemeinschaft gezahlt wird. Das erfolgt weitestgehend über Steuern. Wer sich an diesem Teil nicht beteiligt und sein erworbenes Vermögen im Ausland versteuert, verhält sich gegen diese Gemeinschaft. Es kann nicht sein, dass wir das mittragen. Wir müssen alles dafür tun, um Steuergerechtigkeit zu gewährleisten.

Ich kann nur festhalten, dass der Ermittlungsdruck, der in Rheinland-Pfalz besteht, für die Aufrechterhaltung der Steuerehrlichkeit und damit auch der Steuergerechtigkeit in unserem Land gut ist und fast 150 Fahndungsprüfer der rheinland-pfälzischen Finanzämter gute Arbeit leisten und uns damit in diesem Staatsgefüge Rheinland-Pfalz eine sichere Einnahmeguelle sicherstellen.

Warum kommt der eine oder andere dazu, dass er sagt, ich finde den Weg zur Steuerehrlichkeit zurück? Es sind nicht nur die Fahndungsprüfer, die unterwegs sind. Es ist auch beispielsweise das eine oder andere, was in der öffentlichen Diskussion stattfindet. Wenn in München von einem Ulrich H. gesprochen wird, der nun in Kürze vor Gericht stehen wird, dann ist das auch ein Thema, das die Öffentlichkeit bewegt. Die Menschen erkennen, dass das Zahlen von Steuern ein wesentlicher Baustein ist, um das Staatsgefüge am Leben zu erhalten.

Die Steuergerechtigkeit ist unverzichtbar. Wenn wir über diejenigen reden, die durch eine Anlage im Ausland die Steuern nicht zahlen, muss ich darauf hinweisen, dass beispielsweise auch Schweizer Banken die Zeichen der Zeit erkannt haben und ihre Kunden darauf hinweisen, dass sie zuhause in ihrem Heimatstaat ihre Steuern legal zahlen sollen.

(Glocke des Präsidenten)

Das alles ist für unser Staatsgefüge wichtig. Rheinland-Pfalz ist insoweit gut aufgestellt. Die Zunahme an Selbstanzeigen zeigt das.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Kollege Schreiner für die CDU-Fraktion.

Abg. Schreiner, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Steuerhinterziehung muss verfolgt und bestraft werden.

(Beifall der CDU)

Deshalb sind sich auch die Koalitionäre in Berlin dahin gehend einig – das ist im Koalitionsvertrag nachzulesen –, dass die Straffreiheit bei einer Selbstanzeige daran gebunden werden soll, dass die letzten zehn und nicht wie bisher nur die letzten fünf Jahre ordnungsgemäß gemeldet und somit nachversteuert werden. Insofern sind das Aufgaben in Berlin, die dort auch erledigt werden.

Das ist deshalb wichtig, weil Selbstanzeigen einen Weg für den Bürger zurück in die Steuerehrlichkeit aufweisen. Das ist deshalb aber auch wichtig, weil Selbstanzeigen oder der Ankauf von Steuer-CDs nicht der Königsweg sind. Hier ist immer auch "Kommissar Zufall" dabei, Streife zu gehen.

Der bessere Weg, um an alle Steuerpflichtigen und alles Kapital heranzukommen, ist ein Steuerabkommen mit Ländern wie der Schweiz. Das ist besser für die Bürger; denn es gibt damit eine klare und legale Möglichkeit, Geld im jeweiligen Nachbarland anzulegen. Das ist besser für Deutschland; denn es bringt den größtmöglichen Ertrag. Jeder Euro im Ausland wird versteuert und nicht nur die Euros, die durch eine Steuer-CD oder aufgrund einer Selbstanzeige zufällig gefunden werden. Das ist nicht zuletzt besser für die Bundesländer und für Rheinland-Pfalz. Deshalb fordert auch der nordrheinwestfälische SPD-Finanzminister das Steuerabkommen mit der Schweiz.

Es ist in der SPD eine gute Tradition, Brücken in die Steuerehrlichkeit zu bauen. Daran möchte ich als Christdemokrat durchaus erinnern. Ich erinnere mich noch sehr genau – es war 2003, Gerhard Schröder war Bundeskanzler –, als die damalige Bundesregierung eine Brücke in die Steuerehrlichkeit baute. Damals gab es einen durchschnittlichen Steuersatz auf das Kapital, das über das Gesetz gemeldet wurde, von durchschnittlich rund 15 %. Das von Finanzminister Schäuble bereits unterzeichnete, aber noch von Rot-Grün im Bundesrat in der alten Legislaturperiode blockierte Steuerabkommen mit der Schweiz ist deutlich engagierter. Statt durchschnittlich 15 % soll es auf Kapital einen Mindeststeuersatz von 21 % geben.

Steuerselbstanzeigen bringen Geld. Ein Steuerabkommen würde mehr bringen. Wenn man unterstellt, dass deutsche Anleger in der Schweiz zwischen 70 Milliarden Euro und 120 Milliarden Euro – das ist die Größenordnung – angelegt haben, müssten wir bei einem Steuerabkommen für die Altfälle in der Größenordnung von 10 Milliarden Euro einmalig an Steueraufkommen rechnen.

Das ist die Zahl, die den 100 Millionen Euro, die Sie genannt haben, gegenübersteht. Das heißt, es sind wahrscheinlich gerade einmal 20 %, die wir über Selbstanzeigen bisher gefunden haben. Das ist aber der andere Effekt des Steuerabkommens.

Wenn man diese 70 Milliarden Euro bis 120 Milliarden Euro unterstellt und eine Rendite von 3 % bis 4 % annimmt, bedeutet ein Steuerabkommen mit der Schweiz dauerhaft Jahr für Jahr zu den Einmaleffekten von 10 Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen von 1 Milliarde Euro.

(Beifall bei der CDU)

Da ist ausdrücklich noch nicht dabei, was an Erbschaftsteuer zu berücksichtigen ist.

Also freuen wir uns über jede Selbstanzeige, auf jedes Mal, wenn eine Bürgerin oder ein Bürger wieder auf den Pfad der Tugend zurückgeführt wird, aber bauen wir nicht auf Zufallsfunde, bauen wir auf verlässliche Einnahmequellen, bauen wir auf Steuerabkommen mit der Schweiz. Das liegt im Interesse von Rheinland-Pfalz. Geben wir deshalb dem Steuerabkommen eine neue Chance.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Bevor ich das Wort weitergebe, darf ich Gäste bei uns begrüßen, und zwar Schülerinnen und Schüler der 12. Klasse des Stefan-George-Gymnasiums Bingen. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Jetzt hat Herr Kollege Steinbach von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Aktuelle Stunde der SPD zum Thema "Selbstanzeigen bei Steuerhinterziehung" nehme ich gerne zum Anlass, um unsere Position zu diesem Thema klarzumachen.

Wir kämpfen für mehr Steuergerechtigkeit durch die Bekämpfung von Steuerhinterziehung, und wir wollen es dadurch konsequent umsetzen.

Meine Damen und Herren, aber zunächst einmal zum Sachverhalt.

- 1. Die Zahl der Selbstanzeigen in der Bundesrepublik Deutschland ist im letzten Jahr deutlich angestiegen. Presseberichten zufolge hat sie sich knapp verdreifacht.
- 2. Viele Länder haben sich unter anderem durch den Ankauf von Steuer-CDs Zugang zu den Daten von mutmaßlichen Steuerhinterziehern verschafft.
- 3. Ein weitgehend strafbefreiendes und die Anonymität von Steuerhinterziehern bewahrendes Besteuerungsabkommen mit der Schweiz wurde im Bundesrat abgelehnt, meine Damen und Herren.

Wenn wir heute über die gestiegenen Zahlen durch die Selbstanzeigen sprechen, dann liegt die Ursache darin, dass wir eine konsequente Politik, dass die rot-grünen Länder eine konsequente Politik und einen konsequenten Umgang mit Steuerhinterziehung gepflegt und konsequent Steuerhinterziehung, Steuerflucht und Steuerbetrug bekämpft haben, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Hätte sich hingegen die Politik der abgewählten CDU/FDP-Regierung durchgesetzt oder wäre sie fortgesetzt worden, dann hätten wir eine weitere Schwächung des Prinzips der Gleichmäßigkeit der Besteuerung, wir hätten weiterhin eine großzügige Untätigkeit bei der Ermittlung und Strafverfolgung von Steuerstrafdelikten.

(Baldauf, CDU: Da habt ihr euch aber etwas einfallen lassen!)

Ich darf daran erinnern, dass Sie, meine Damen und Herren von der CDU – Herr Schreiner hat noch einmal dafür geworben –, uns das schlechte Steuerabkommen mit der Schweiz angeboten haben wie sauer Bier. Wir sind aber standhaft geblieben, meine Damen und Herren

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Es ist ein Ergebnis unserer Politik, dass sich Länder wie beispielsweise Luxemburg oder die Schweiz inzwischen zu einer "Weißgeld-Strategie" verpflichtet haben, das heißt, dass sie auf illegales oder geflohenes Steuerkapital keinen Wert mehr legen. Nunmehr stellen sie keine sicheren Häfen mehr für versteckte Millionen, in der Summe gar Milliarden von Euro aus der Bundesrepublik dar. Die Konsequenz: Viele der vermeintlichen Steuersünder versuchen nun auf dem Weg der Selbstanzeige den drohenden erheblichen strafrechtlichen Konsequenzen zu entgehen. Dadurch kommt es zu erheblichen Mehreinnahmen im Milliardenbereich für die Bundesrepublik insgesamt. Das ist eine gute Entwicklung; denn sie führt dazu, dass sich Leute mit überwiegend hohen Einkommen und hohen Vermögen ihrer Steuerpflicht nicht mehr entziehen. Dadurch wird dem Prinzip der Leistungsfähigkeit bei der Besteuerung entsprochen und eine bestehende Lücke in der Steuergerechtigkeit verringert, meine Damen und Herren.

Herr Schreiner hat schon darauf hingewiesen. Auch der Koalitionsvertrag der Großen Koalition in Berlin findet zu dem Thema "Steuerhinterziehung" passende Worte. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: Wir sind uns einig, dass die Bekämpfung von Steuerhinterziehung, ein wirksamer Steuervollzug und die konsequente Einhaltung der Schuldenbremse für die Sicherung der Einnahmen und der Handlungsfähigkeit des Staates unerlässlich sind. – Weiter heißt es: Innerhalb der Europäischen Union wollen wir Steuerdumping verhindern, Steueroasen austrocknen und die Steuerharmonisierung voranbringen.

Meine Damen und Herren, in diesem Punkt hat die Koalition in Berlin unsere volle Unterstützung. Ich mutmaße aber, dass die entsprechenden Passagen eher auf das Engagement der sozialdemokratischen Seite in der Koalition zurückzuführen sind.

(Baldauf, CDU: Wie alles!)

Wir wollen weiterhin, dass Steuerhinterziehung wirksam bekämpft werden kann. Daher haben wir mit unseren Anträgen zum Haushalt, zum Beispiel bei der Aus- und Weiterbildung der Steuerbeamten, in der Zielsetzung für die Steuerverwaltung klare Akzente gesetzt. Die hervorragende Arbeit, die von den Kolleginnen und Kollegen erbracht wird, findet ihren Niederschlag in den gestiegenen Zahlen bei den Einnahmen und den höheren Zahlen bei den Selbstanzeigen. Hier sehen wir uns voll und ganz in unserer Auffassung bestätigt und werden diesen Weg genauso weitergehen.

Was die Neuausgestaltung eines Steuerabkommens anbelangt, das wir mit der Schweiz möglicherweise zu schließen haben, darüber können wir uns in der Folgerunde gerne noch ein wenig unterhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Ich erteile Herrn Staatssekretär Professor Dr. Barbaro das Wort.

(Baldauf, CDU: Hat der Ahnung davon?)

Prof. Dr. Barbaro, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Zahl der Selbstanzeigen ist angedeutet worden, zumindest was den Vergleich des Vorjahres mit dem Vorvorjahr angeht. Ich will sie noch einmal ausdrücklich nennen

Wir hatten im vergangenen Jahr 3.241 Selbstanzeigen und im Jahr zuvor, 2012, 1.360. Das ist mehr als eine Verdoppelung. Aber viel eindrucksvoller sind die Zahlen jener Selbstanzeigen, die sich ganz überwiegend auf Kapitaleinkünfte ausländischer Erträge beziehen.

Hier hat sich die Zahl von 730 auf über 2.400 in einem Jahr mehr als verdreifacht. Dieser rasante Anstieg ist nicht zufällig. Er ist das Ergebnis eines sehr hohen Ermittlungsdrucks, den wir als Länder insgesamt, aber ausdrücklich auch in Rheinland-Pfalz, hatten und der dazu geführt hat, dass der Druck bei den Steuersündern so hoch war, dass es zu diesem großen Anstieg an Selbstanzeigen gekommen ist.

Natürlich war es richtig, die Fahndungsstellen unserer Finanzämter zu verstärken. Diese Zahlen sind das Ergebnis. Den hohen Fahndungsdruck kann man nicht herbeireden, er resultiert aus Maßnahmen, die in diesem Parlament durchaus kritisch, zum Teil ablehnend gesehen worden sind. Ich denke an den Kauf von Steuer-CDs.

Diese hohe Zahl von Selbstanzeigen hätte es mit einem Steuerabkommen nicht gegeben. Diese hohe Zahl an Selbstanzeigen mit dem entsprechenden Mehraufkommen, mit dem zusätzlichen Geld, das wir für wichtige Maßnahmen der öffentlichen Hand brauchen, gibt es, weil wir unter anderem eine CD aufgekauft haben. Deswegen war es richtig, so zu handeln.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann spricht Herr Abgeordneter Schreiner davon, man soll sich nicht auf Zufallsfunde verlassen.

Herr Schreiner, eine Selbstanzeige ist kein Zufallsfund. Es ist Ergebnis eines hohen Fahndungsdruckes, den man ausgeübt hat. Wir kommen nicht zufällig dazu, eine Steuerhinterziehung aufzudecken, weil wir zufällig im Bereich von Stichproben darauf gekommen sind. Wir haben diese hohe Zahl, weil der Fahndungsdruck so hoch war. Insofern können wir nicht erzählen, es sei

etwas gewesen, was mit Zufall zu tun hat. Es hat etwas mit konkreter, richtiger Politik zu tun.

(Baldauf, CDU: Natürlich, was denn sonst! Deshalb halten Sie sich auch an Recht und Gesetz!)

- Herr Abgeordneter Baldauf, ich glaube, man kann es auch kleinreden.

Ich glaube, es geht schon um ein sehr ernstes Thema, auch was die strafbefreiende Selbstanzeige insgesamt angeht. Sie ist ein Solitär im Strafrecht.

Es gibt die Möglichkeit einer Strafbefreiung, nachdem eine Straftat begangen worden ist, durch eine Selbstanzeige nur in diesem Fall. Deswegen ist es schon aus Gründen der rechtsstaatlichen Ordnung geboten, sich sehr genau anzuschauen, welche Voraussetzungen für eine Strafbefreiung vorliegen müssen.

Ich glaube, deshalb war es sehr richtig, dass die Finanzministerkonferenz einstimmig im Mai letzten Jahres eine Arbeitsgruppe auf Staatssekretärsebene einberufen hat, die das Instrument der strafbefreienden Selbstanzeige kritisch evaluieren und aufzeigen soll, in welche Richtung es geht.

Sehr verehrte Damen und Herren, ich möchte die Gelegenheit einer Aktuellen Stunde nutzen, um zwei wesentliche Positionen des Landes Rheinland-Pfalz in dieser Arbeitsgruppe und somit in der Bund-Länder-Abstimmung deutlich zu machen und zu skizzieren.

Erstens: Im Gegensatz zu einigen anderen Ländern plädieren wir in Rheinland-Pfalz für die Beibehaltung des Instruments bei Zurückstellung rechtsstaatlicher Bedenken. Wesentliches Argument für uns ist, dass wir mit dem Selbstbelastungsverbot sonst eine Reihe von Folgeschwierigkeiten hätten.

Wenn ein Steuerpflichtiger aktuell zur Steuerehrlichkeit übergeht und Sachverhalte offenbart, die er in den Vorjahren verheimlicht hat, könnte es wegen des Selbstbelastungsverbots nicht zu einer Verwertung der Informationen kommen, soweit sie die Vergangenheit betreffen.

Ich glaube, deswegen ist es richtig, dass wir sagen, das Instrument sollte beibehalten werden, und es sollte künftig die Möglichkeit der strafbefreienden Selbstanzeige geben, ich sagte, bei Zurückstellung von Bedenken.

Der zweite Aspekt betrifft den Zeitraum der Berichtigungspflicht, der zur Strafbefreiung führt. Ich will das sehr kurz halten und darauf hinweisen, dass in den Medien häufig irrtümlich behauptet wird, die Länder sprächen über eine Ausweitung der Verjährungsfrist von fünf auf zehn Jahre. Um die geht es nicht. Das wäre auch rechtssystematisch schwierig.

Es geht darum, dass, um eine fünfjährige rückwirkende Strafbefreiung zu erwirken, die Berichte der letzten zehn Jahre offenzulegen sind, also eine Ausweitung der Fristen oder des Zeitraums, in der eine Berichtigungspflicht erforderlich ist, nicht um eine Verlängerung der Fünfjahresfrist, die wir in diesem Punkt des Strafrechts kennen.

Mit diesen beiden wesentlichen Positionen arbeiten wir weiter. Am 6. März trifft die Arbeitsgruppe der Staatssekretäre erneut zusammen. Wir sind gern bereit, in den Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses über das Ergebnis und die weiteren Beratungen der Arbeitsgruppe zu berichten.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Ich erteile Herrn Kollegen Schreiner von der CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Schreiner, CDU:

Herr Staatssekretär, Sie haben uns bei der Reform der rechtlichen Rahmenbedingungen für die steuerlichen Selbstanzeiger auf Ihrer Seite. Das sind auch die beiden Eckpunkte, die uns als CDU-Fraktion wichtig sind.

Insofern vielleicht noch eine kurze Replik zu dem, was Herr Kollege Steinbach gesagt hat. Ich finde es dem Thema nicht angemessen, wie Sie versucht haben, das Wahlergebnis vom 22. September umzuinterpretieren, dass die CDU die Wahl verloren habe und die GRÜNEN die Wahlgewinner seien. Das war zumindest einmal eine sportliche Interpretation. Darauf möchte ich gar nicht weiter eingehen.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Es ist vorhin vom Staatssekretär gesagt worden, dass es so viele Steuerselbstanzeigen wegen des hohen Fahndungsdrucks gegeben habe und es diese so mit dem Steuerabkommen nicht gegeben hätte. Richtig, da hat er recht. Mit dem Steuerabkommen hätte es keine Selbstanzeigen geben müssen.

Was das bedeutet, will ich einmal an drei Zahlen festmachen. Wir haben mit den Steuerselbstanzeigen nach der Zahl von Ihnen 100 Millionen Euro für den Landeshaushalt, Herr Kollege Wansch. Das ist aber nur ein Teil. Erste Zahl: Ja, wir haben 100 Millionen Euro für den Landeshaushalt.

Zweite Zahl: Hätten wir ein Steuerabkommen, dann hätten wir 10 Milliarden Euro hier für den deutschen Fiskus, die uns bislang dadurch entgehen, dass wir das Steuerabkommen noch nicht haben.

Die dritte Zahl: Wenn wir das Steuerabkommen haben, haben wir darüber hinaus Jahr für Jahr eine regelmäßige zusätzliche Steuereinnahme in der Größenordnung von 1 Milliarde Euro.

Es ist richtig, der hohe Fahndungsdruck führt zu den Selbstanzeigen, es ist aber auch richtig, ein Steuerabkommen wäre besser für die Bürger und für den Fiskus.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Wansch das Wort.

Abg. Wansch, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke dem Kollegen Schreiner für die Feststellung, dass ein hoher Fahndungsdruck Ursache dafür sei, dass die Zahl der Selbstanzeigen in diesem Maße angestiegen sei.

Die Frage aber stellt sich in einer anderen Art und Weise, wie Sie das im Vergleich zum schweizerischen Steuerabkommen sehen.

Das ursprünglich vorliegende Abkommen sah vor, dass in weiten Teilen anonymisiert Meldungen erfolgen sollen und von diesen dann ein geringer Bruchteil einer Stichprobe unterzogen werden soll.

Man stelle sich einmal vor, was das für den Normalfall eines Steuerzahlers bedeutet: Er oder sie, Steuerzahler, beispielsweise in Rheinland-Pfalz, ist absolut transparent, weil der Arbeitgeber vieles direkt abführt. Die Steuer wird abgezogen. Das kennt jeder von seinem Lohnzettel.

Was passiert bei demjenigen, der große Kapitalvermögen ins Ausland transferiert? – Dort ist es einem großen Zufall überlassen, dass er überhaupt herangezogen wird. Das ist und kann nicht Teil einer Steuergerechtigkeit sein, wie wir sie verstehen.

Vor diesem Hintergrund war es richtig, dieses Steuerabkommen mit der Schweiz abzulehnen und eine Version zu fordern, die genau die Offenlegung fordert, das heißt, wer dort sein Vermögen parkt, wer es, wie er meint, gewinnbringend anlegt, derjenige soll auch genauso offen dann hier in seinem Heimatstaat die Versteuerung vornehmen können.

Dass das dann zu einem entsprechenden Fahndungsdruck führt, wenn man genau so vorgeht, ist auch klar. Insoweit ist das, was wir wollen, den Fahndungsdruck hoch halten, mit einem, so wie wir es uns vorstellen, schweizerischen Abkommen, auch gegeben.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Kollege Steinbach für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schreiner, Sie müssen mich schon korrekt zitieren. Ich habe nur darauf hingewiesen, dass die CDU/FDP-Regierung abgewählt worden sei – etwas anderes habe ich nicht dargestellt – und diese Politik nicht fortgesetzt wurde. Etwas anderes habe ich hier nicht gesagt, darum kann man es mir auch nicht unterstellen.

Ich glaube, es ist ziemlich eindeutig, was sich in der Bundesregierung geändert hat. Sie haben in diesem Koalitionsvertrag jetzt ganz weitreichende Formulierungen und deutliche Formulierungen gefunden. Dazu waren Sie vorher nicht in der Lage. Ich glaube, das liegt am Koalitionspartner, den Sie gewechselt haben.

Noch einmal zu den Positionen: Das Erste ist die Frage, so wie sie Herr Professor Dr. Barbaro hier ausgeführt hat: Wie machen wir weiter mit der Selbstanzeige? – Ich finde die Festlegung, die Ausführung, die der Staatssekretär gemacht hat, vollkommen nachvollziehbar und unterstütze nachdrücklich diese Position.

Ich finde die sachliche Argumentation, die dazu hier vorgestellt wurde, sehr überzeugend. Deshalb findet dieses Vorgehen der Landesregierung unsere volle Unterstützung.

Herr Schreiner, Sie haben gesagt, ein Steuerabkommen mit der Schweiz wäre so viel besser für uns. Das hängt davon ab, was in dem Steuerabkommen geregelt ist.

(Baldauf, CDU: Ach nein!)

Herr Kollege Wansch hat darauf hingewiesen, was in der alten Fassung geregelt war und warum genau diese alte Fassung, die wir abgelehnt haben, nicht gut für dieses Land gewesen wäre.

Ich wehre mich überhaupt nicht gegen Steuerabkommen, weder mit der Schweiz noch mit Luxemburg oder mit Lichtenstein, ich finde nur, dass wir unsere Interessen auf die Verfolgung von strafrechtlich relevantem Verhalten nicht aufgeben dürfen und nicht vorzeitig Amnestien oder Anonymisierungen aussprechen dürfen, die nicht die ehrlichen Steuerbürger schützen, sondern die Steuerhinterzieher.

Das wollen wir nicht. Ich glaube, auf dieser Basis lässt sich in vernünftiger Art und Weise darüber reden, wie ein neues Steuerabkommen aussieht.

Sie werden sehen, es wird eine neue Verhandlungsrunde geben, und die wird deutlich anders aussehen. Ich würde mich sehr darüber freuen, wenn wir zu einem guten Ergebnis kämen und dann ein zustimmungsfähiges Paket hier vorgelegt bekämen. Sie werden sehen, wie es sich materiell von dem, was Wolfgang Schäuble früher noch vorgelegt hat, unterscheiden wird.

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Wir kommen zum zweiten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

"Das EEG weiterentwickeln – die Energiewende in Rheinland-Pfalz für Umwelt, Klimaschutz und Arbeitsplätze vorantreiben" auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/3213 –

Das Wort hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN Herr Kollege Köbler.

Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir GRÜ-NEN, diese gesamte Landesregierung, wir stehen zur Energiewende. Die Energiewende war, ist und bleibt das zentrale Zukunftsprojekt von Rot-Grün in Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das hat auch seinen Grund: Am 11. März 2011 kam es in gleich drei Reaktoren des Atomkraftwerks Fukushima Daiichi nach dem schweren Erdbeben und dem Tsunami zur Kernschmelze. Radioaktive Stoffe wurden in großen Mengen freigesetzt, 150.000 Menschen mussten ihre Heimat verlassen. Die Aufräumarbeiten werden noch 40 Jahre dauern, und die Kosten werden auf mindestens 180 Milliarden Euro geschätzt. Die japanische Atomaufsichtsbehörde ordnete die Katastrophe mit der Höchststufe 7 "katastrophaler Unfall" – das war der Super-GAU – ein.

Zwei Wochen später, am 27. März, fand die rheinlandpfälzische Landtagswahl mit dem bekannten, für uns erfreulichen Ergebnis statt. Dieser Zusammenhang bedeutet für uns eines: Der Atomausstieg und die Energiewende sind der zentrale Wählerauftrag für die rotgrüne Landesregierung.

Deswegen arbeiten wir in der rot-grünen Koalition, deswegen arbeitet Ministerin Eveline Lemke, die gesamte Landesregierung, aber auch wir GRÜNEN als Partei und Fraktion mit Hochdruck an der Umsetzung der Energiewende, und dies mit großem Erfolg in Rheinland-Pfalz für den Klimaschutz, die Arbeitsplätze und die regionale Wertschöpfung in unserem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Fukushima war auch der Super-GAU für Merkels Atompolitik und die CDU. Wir haben Ihnen den Atomausstieg abgerungen und abgetrotzt,

(Heiterkeit bei der CDU)

und wir werden jetzt auch für die Energiewende kämpfen.

Ich möchte betonen, dass wir GRÜNEN die Debatte und die Reformbedürftigkeit des EEG immer unterstützt haben und sie für wichtig halten. Wir wollen uns auch in den jetzigen Prozess konstruktiv einbringen, um an einer Lösung zu arbeiten, wie Bund und Länder über Parteigrenzen hinweg die Energiewende in Deutschland weiter vorantreiben und weiter zum Erfolg führen können. Aber Schwarz-Gelb hat vier wichtige Jahre lang nur blockiert.

Die abgewählte Bundesregierung musste erst Druck bekommen von der EU-Kommission, die ein Beihilfeverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eröffnet hat, damit beim EEG endlich etwas passiert,

(Zuruf der Abg. Huth-Haage, CDU)

und es ist nun die – zugegebenermaßen – nicht einfache Aufgabe des neuen Bundeswirtschaftsministers Gabriel, entsprechende Vorschläge auf den Tisch zu legen.

Die GRÜNEN haben in der Bundestagsfraktion und in den Landesministerien am vergangenen Freitag ihre Vorschläge auf den Tisch gelegt, Herr Bundeswirtschaftsminister Gabriel hat seine Vorschläge auf den Tisch gelegt, und das Kabinett hat nun einen ersten Beschluss gefasst.

Wir teilen dabei ausdrücklich die Analyse des Bundeswirtschaftsministers, dass es auch weiterhin einer technologiespezifischen Förderung der erneuerbaren Energien bedarf und – dies betone ich – Onshore-Wind und Photovoltaik auch in Zukunft das Rückgrat der Energieversorgung sein werden.

(Baldauf, CDU: Das sind sie doch jetzt schon nicht! 2 % des gesamten Stroms!)

Aber damit dies auch Realität bleiben kann, darf nicht das passieren, was Herr Ministerpräsident Albig aus Schleswig-Holstein formuliert hat: Dann darf nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet werden. – Wir GRÜNEN werden uns in dieser Debatte also für die Energiewende einsetzen.

Dies bedeutet, dass wir planwirtschaftliche Instrumentarien wie einen Deckel hinterfragen müssen, der in einem Land wie Rheinland-Pfalz die Ausbaupotenziale der erneuerbaren Energien eben nicht ausschöpfen lässt, sondern der dazu führen kann, dass die Energiewende und die Ausbaudynamik abgewürgt wird.

Wir sind auch der Auffassung, dass wir über den Referenzertrag reden müssen. Natürlich ist die Windhöffigkeit ein geeignetes Kriterium; aber wir brauchen einen Referenzertrag, der uns eben nicht dazu zwingt, dass wir am Ende nur noch dort die lohnenden Standorte haben, wo wir in die allergrößten Konflikte mit dem Arten-, dem Natur- und dem Landschaftsschutz kommen. Deswegen kämpfen wir für einen Referenzertrag von bis zu 60 %.

Wir müssen auch dafür kämpfen, dass das Eigenstromprivileg nicht mir nichts, dir nichts abgeschafft wird, weil es Investitionssicherheit bedeutet, und zwar nicht nur im Bereich der erneuerbaren Energien, sondern auch in der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplungstechnologie. Deswegen schreiten wir Seite an Seite mit der BASF, wenn wir sagen, dass es richtig ist, wenn hocheffiziente Energie auch von großen Anbietern selbst produziert wird. Das ist auch ein Beitrag zur Energiewende, meine Damen und Herren.

Die CDU in Rheinland-Pfalz verabschiedet sich von der Energiewende, sie verabschiedet sich vom 100 %-Ziel. Sie will Stromimporte aus dem Ruhrgebiet und aus Frankreich. Frau Klöckner hat es erklärt, die Maske ist gefallen.

(Frau Klöckner, CDU: Wann habe ich das gesagt? Das ist eine Behauptung!)

Die CDU will zurück zu Kohle und Atom.

(Frau Klöckner, CDU: Das ist doch peinlich, Herr Köbler!)

Wir werden in Rheinland-Pfalz auch weiterhin für die Energiewende streiten und kämpfen.

(Glocke des Präsidenten)

Wir sind verhandlungsbereit mit der Bundesregierung, aber uns geht es um den Klimaschutz. Uns geht es um die Arbeitsplätze und um die regionale Wertschöpfung in Rheinland-Pfalz, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Frau Klöckner, CDU: Das ist nur peinlich! Immer wieder die alte CD! Immer wieder die alte Leier!)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat nun Herr Kollege Baldauf für die CDU-Fraktion.

Abq. Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Köbler, nur ganz kurz: Wenn Sie nachher in die zweite Runde Ihrer Rede gehen, wüsste ich sehr gerne, wann Frau Klöckner erklärt hat, dass sie gern Strom aus Frankreich und anderen Ländern importieren möchte. Darauf sind wir schon sehr gespannt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist ein hübscher Titel: "Das EEG weiterentwickeln, die Energiewende in Rheinland-Pfalz für Umwelt, Klimaschutz und Arbeitsplätze vorantreiben". – Da haben Sie sich echt etwas einfallen lassen! Das ist eine schöne Überschrift. Haben Sie uns diese Diskussion heute auch abgetrotzt?

Darüber, mit der Energiewende etwas Gutes zu tun, sind wir, glaube ich, alle einer Meinung, und ich würde Ihnen auch wirklich gern zustimmen. Aber das ist nicht erst heute so. Wir wollen alle die Energiewende, das dürfte klar sein, und eigentlich wollen wir auch alle 100 % Stromerzeugung aus regenerativer Energie. Aber diese großen Herausforderungen, die wir zu meistern haben,

reden Sie heute wieder klein, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Zunächst einmal ist ganz wichtig, dass Strom bezahlbar bleibt. Die Strompreise werden immer mehr zu einem sowohl sozialen als auch wirtschaftlichen Problem.

(Beifall der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Herr Kollege Köbler, ich hätte von Ihnen gern einmal etwas zu der besonderen Dynamik und zu dem rasanten Anstieg der EEG-Umlage gehört.

(Beifall der CDU – Frau Klöckner, CDU: Kein Wort!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es liegt ein riesiger Aufgabenberg vor uns. Die zentralen Aufgaben im Stromsektor, die wir kurzfristig angehen müssen, sind unter anderem – das wissen Sie auch – die Entwicklung eines zukunftsfähigen Strommarktdesigns, die Weiterentwicklung der Rahmenbedingungen für die Kraft-Wärme-Kopplung sowie die Vollendung des Energiebinnenmarktes. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Marktintegration der erneuerbaren Energien muss jetzt erfolgen. Wir müssen weg von der Dauersubventionierung.

(Beifall der CDU)

Wir müssen wegkommen von Geschäftsmodellen wie dasjenige, das von PROKON gefördert wurde – im Übrigen jetzt pleite –, auf Kosten der Anleger und Stromzahler, also von uns allen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, erste und grundlegende Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende ist, dass man sich mit dem Thema ernsthaft befasst.

(Beifall der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Konrad, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Sie handeln nämlich tatsächlich völlig anders, Herr Kollege Konrad. Ihr Antrag lautet, die Energiewende für die Umwelt voranzutreiben. Aber wie sieht es wirklich aus? Ein untaugliches LEP lässt zu, dass die Umwelt systematisch zerstört wird.

(Beifall der CDU)

Wildwuchs wird bei Wind mangels übergeordneter Planung erlaubt. Alle Bürgerinitiativen sind gegen die Regierung – inzwischen nur 9.000 Personen –, grüne Ortsverbände wollen sich auflösen, die Naturschutzverbände laufen Sturm gegen die Umweltzerstörung dieser Landesregierung.

Herr Kollege Konrad, der Mindestabstand zur Wohnbebauung wird willkürlich auf 800 Meter verkürzt. – Frau Lemke, wohnen Sie eigentlich neben einem Windrad? Wissen Sie eigentlich, was diese Menschen zu ertragen haben?

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Wohnen Sie eigentlich neben einem Windrad?)

- Ich wohne daneben.

(Beifall der CDU)

Deshalb bleibt es bei unserer Forderung von einem Kilometer Mindestabstand, also der zehnfachen Nabenhöhe, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Sie schreiben in Ihrem Antrag, dass Sie die Energiewende für den Klimaschutz vorantreiben. – Wie sieht es denn in der Wirklichkeit aus? Frau Lemke, wo haben wir eigentlich CO₂-ausstoßende Großkraftwerke in Rheinland-Pfalz? – Sie können mir sicherlich welche nennen. Wo soll denn dort wie, wann, in welcher Form und in welchem Korridor etwas verändert werden? – Bitte machen Sie konkrete Vorschläge.

(Beifall der CDU)

Dritter Punkt: Sie wollen die Energiewende für Arbeitsplätze vorantreiben. – Wie sieht es dort in Wirklichkeit aus? Sie machen keine Vorschläge zur Entlastung energieintensiver Unternehmen, keinen einzigen.

(Beifall der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Im Gegenteil, die Ermäßigungen werden von Ihnen als Kostentreiber für die Privathaushalte verteufelt. Tatsache ist aber – und das wissen Sie auch –, wenn wir alle Ermäßigungen für die energieintensiven Unternehmen abschaffen, spart jeder Haushalt genau 1,4 Cent pro Kilowattstunde Strom, also im Jahr rund 50 Euro; dafür verliert aber der Hausherr in energieintensiven Unternehmen seinen Job.

,Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist unsozial und arbeitnehmerfeindlich

(Beifall der CDU)

Dann streiten Sie sich wie die Kesselflicker über den Ausbaukorridor, interessanterweise die GRÜNEN auch noch untereinander. Frau Ministerin Lemke sagt, 100 % bilanziell bis zum Jahr 2030, Herr Kollege Dr. Braun sagt, es gehen auch 80 %.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oder 120!)

- Ich weiß, wo Sie das gesagt haben.

Dann sagt Frau Lemke: Vielleicht doch nur 70 %. – Frau Lemke, Entschuldigung! Was wollen Sie eigentlich?

Auf Vorschlag von Herrn Bundeswirtschaftsminister Gabriel erklärt Frau Lemke: Mit dem Gabriel-Deckel zeichnet sich ein Abwürgen der Energiewende ab.

Frau Dreyer sprach von einem guten ersten Aufschlag Gabriels.

Sehr vernünftig, auch wenn ich Ihnen nicht oft recht gebe. Es ist sehr vernünftig, Frau Dreyer.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Dann frage ich Sie, Frau Dreyer, wie Sie denn dazu stehen, dass Frau Lemke behauptet, die Energiewende würde mit einer Vollbremsung versehen werden.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Sagen Sie uns doch einmal bitte etwas dazu.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Hühnerhaufen ist gegen Sie eine stramme Einheit.

(Heiterkeit bei der CDU – Zurufe von der SPD: Oh je!)

Was wollen Sie denn eigentlich? Sie sollten sich jetzt einmal hierhin stellen, klare Kante zeigen und klar in diese Richtung gehen. Wir sind im Moment mit Herrn Gabriel zufrieden.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Kollege Fuhr von der FDP-Fraktion.

Abg. Fuhr, SPD:

Immer noch SPD-Fraktion.

Vizepräsident Schnabel:

Entschuldigung, das war eine freudsche Fehlleistung.

(Heiterkeit im Hause)

Herr Fuhr ist natürlich Mitglied der SPD-Fraktion. Das war eigentlich auch mehr SPD als FDP, was ich gesagt habe. Herr Fuhr, SPD, Sie haben das Wort.

Abg. Fuhr, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Koalition aus Sozialdemokraten und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Land hat sich 2011 zu einem der zentralen Punkte ihrer Politik bekannt, nämlich die Umsetzung der Energiewende in Rheinland-Pfalz als ein Beitrag zum Atomausstieg, als ein Beitrag zur Erreichung der Klimaziele, für die wir alle in Deutschland geworben haben.

Wir haben erklärt, wir wollen gemeinsam diese Ziele mit einer bilanziellen Versorgung aus erneuerbaren Energien bis 2030 aus 100 % umsetzen mit den Prinzipien und Vorteilen der regionalen Wertschöpfung, der dezentralen Versorgung, der Bezahl-barkeit für Wirtschaft und Verbraucher und im Prinzip auch mit einer gerechten Verteilung der Lasten.

Zu diesen Zielen, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, stehen wir. An diesen Zielen arbeiten wir erfolgreich in Rheinland-Pfalz. Das Land Rheinland-Pfalz ist führend in der Bundesrepublik bei der Umsetzung der Energiewende. Wir bekennen uns zu diesen Zielen und werden sie auch weiter umsetzen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ich verstehe nicht, Herr Baldauf, dass Sie sich eben so hierhin gestellt und es vermieden haben, zur aktuellen Debatte etwas zu sagen. Das haben Sie vermieden, dazu haben Sie gar nichts gesagt. Sie haben völlig vergessen, darauf zu hinzuweisen, dass es doch die schwarz-gelbe Bundesregierung war, die vier Jahre lang nichts getan hat, um in der Bundesrepublik Deutschland die Energiewende voranzubringen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Sie haben nichts dazu beigetragen, die Energiewende voranzubringen. Im Kabinett haben sich Umwelt- und Energieminister jahrelang lautstark und öffentlich gestritten. Man hat sich so weit in eine Blockade bugsiert, dass man auf EU-Ebene als Bundesregierung völlig handlungsunfähig war.

(Frau Klöckner, CDU: Da kennen Sie sich aus!)

Man hat sich gestritten, man hat zuerst den gesellschaftlich akzeptierten Atomausstieg von Rot-Grün rückgängig gemacht, dann nach Fukushima sich selbst in einen Atomausstieg hineingezwungen. Man hat aber auch an dem Verhalten der CDU in Rheinland-Pfalz gemerkt, dass Sie gar nicht ernsthaft hinter einer Energiewende stehen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Das hat man an dem gesehen, was Sie heute wieder alles an Themen aufgezählt haben. Sie haben nicht darauf hingewiesen, dass Sie mit Ihrem LEP-Entwurf im Grunde nur der Verhinderung der Energiewende dienen wollten, dass Sie die Windkraft über Jahre abgelehnt haben und es heute noch tun und Sie zuletzt bei der Änderung des Gemeindewirtschaftsrechtes gegen diese Vorschläge im Parlament gestimmt haben, dies auch aus dem Grund, weil Sie mit der Energiewende in Rheinland-Pfalz nichts anfangen können.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Frau Klöckner, CDU: Sagen Sie doch etwas zu Herrn Gabriel, Ihrem Parteivorsitzenden!)

Diese schwarz-gelbe Bundesregierung hat es auch geschafft, dass ein Beihilfeverfahren der EU wegen der Ausnahmen bei den energieintensiven Unternehmen auf den Weg gebracht wurde und hier sicherlich auch kein erfolgreicher Weg begangen wurde, um die Energiewende erfolgreich umzusetzen.

Das EEG spielt für die Energiewende eine wichtige Rolle. Es hat dazu beigetragen, dass wir heute einen 25 %igen Anteil der erneuerbaren Energien an der Gesamtenergieproduktion haben. Es setzt erfolgreiche Rahmenbedingen.

Es hat auch dazu beigetragen, dass die Entwicklung und zunehmende Wirtschaftlichkeit regenerativer Stromerzeugungstechnologien geleistet wurde. Es hat also auch im technologischen Bereich zu Fortschritten geführt.

Aber die Rahmenbedingen beim EEG setzt der Bund. Jeder von uns wusste – das war auch immer Gegenstand der Debatten in diesem Haus –, dass nach der Bundestagswahl, egal, in welcher Zusammensetzung die Bundesregierung sein wird, eine Diskussion über eine Änderung des EEG einsetzen wird.

Ich finde es gut, dass diese Entscheidung jetzt auch zügig herbeigeführt werden soll. Gerade auch im Hinblick auf Planungssicherheit ist eine frühe Debatte wichtig, sodass Investoren, Verbraucher und alle Beteiligten wissen, auf welcher Basis sie in den zukünftigen Jahren arbeiten werden.

In dieser Diskussion wird es unsere Aufgabe sein, konsequent die Interessen des Landes Rheinland-Pfalz zu vertreten. Das ist die Fortsetzung der Energiewende mit den von uns definierten Zielen. Diese Interessen werden wir in der künftigen Debatte der nächsten Wochen vertreten.

Dazu gehört, dass unsere speziellen Bedingungen für Rheinland-Pfalz berücksichtigt werden, die Leitenergie Windkraft, die wichtig ist für die Umsetzung in unserem Land der Energiewende, weiterhin möglich sein wird und mit ihr Dezentralität und regionale Wertschöpfung weiter umgesetzt werden kann.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

In der aktuellen Diskussion sind Eckwerte genannt. Viele Details sind noch offen. Es gibt Berührungspunkte auch zum Konzept der GRÜNEN auf Bundesebene. Es gibt vielstimmige Reaktionen in den vergangen Tagen. Diese sind sicherlich in Teilbereichen auch interessengeleitet.

Aber wir werden die Interessen des Landes Rheinland-Pfalz vertreten. Wir werden uns für das einsetzen, was die Ministerin im letzten Jahr gesagt hat, eine Reform des EEG mit Augenmaß,

(Glocke des Präsidenten)

mit weiteren erneuerbaren Energien, die den Ausbau möglich macht. Auf der anderen Seite ist es ein wichtiger Punkt für uns, dass es auch bezahlbare Preise gibt; denn nur bezahlbare Preise sichern die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger für dieses zentrale Zukunftsprojekt unseres Landes.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Frau Staatsministerin Lemke

(Frau Klöckner, CDU: Hat er einmal Gabriel genannt? – Weitere Zurufe des Abg. Pörksen und der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:

Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete! Ich freue mich, dass Sie sich alle so engagiert an dieser Debatte beteiligen. Das zeigt mir, wie wichtig Ihnen dieses Thema ist. Ich glaube, wir haben auch allen Grund dazu. Ich möchte daher unseren Blick allgemein noch etwas weiter lenken.

Eigentlich müssen wir froh und dankbar sein, dass diese Bundesregierung das als erstes Thema so groß aufgreift und mit großer Kraft vorantreiben will, um eine Lösung herbeizuführen.

(Beifall bei der CDU)

Wir alle haben gesagt, das EEG muss reformiert werden. Die Frage ist immer wie, vor allen Dingen auch, vor welchem Hintergrund. Ich glaube, im Hintergrund ist immer noch Brüssel mitzudenken. Herr Kollege Fuhr hat eben schon das Beihilfeverfahren in Sachen energieintensive Industrie angesprochen. Da schaue ich schon zu Ihnen, Frau Klöckner, und sage, die Gelegenheit dazu hätte es unter Schwarz-Gelb letztes Jahr gegeben, es zu lösen. Dann wäre der Druck, wie er jetzt aus Brüssel aufgekommen ist, nicht so brisant.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Deswegen müssen wir sicherlich nicht auch noch an dieser Stelle nachverhandeln, was die Fristen betrifft, die jetzt von Herrn Gabriel gekommen sind. Insofern denke ich, es ist völlig klar, wer daran schuld ist, dass der Druck so entstanden ist.

Wir müssen vor allen Dingen auch schauen, was die Kommission mit Blick auf die Leitlinie für Umwelt- und Energiefragen vorhat. Da ist das Korsett noch einmal enger geschnürt. Das wird sicherlich auch seinen Schatten in diesem Europawahlkampf mit vorauswerfen. Aber da wird sich entscheiden, ob die Energiewende, wie wir sie verstehen, regional, dezentral und bürgernah, auch weiter funktionieren kann oder nicht. Da hören wir etwas anderes.

Die Signale, die momentan kommen, auch mit den Veröffentlichungen von Herrn Oettinger gestern, sind klar. Es sollen 69 weitere Atomkraftwerke in Europa gebaut werden. Das ist die zukünftige Politik. Darauf können wir uns doch wohl nicht einlassen, sehr geehrte Damen und Herren!

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das bedeutet aber auch, dass wir mit einer gemeinsamen großen Anstrengung in einen Diskussionsprozess mit Brüssel gehen müssen, der sicherlich nicht besser wird, wenn man ihn rein konfrontativ gestaltet. Vielmehr muss man ihn so ausgestalten, dass die Vorteile der regionalen Wertschöpfung, die wir für Europa damit erlangen können, und die Sicherung der Industrie im Mittelpunkt stehen.

Dazu hat doch das Europäische Parlament einen wunderbaren Beschluss gefasst, mit dem wir uns hier auch schon beschäftigt haben, nämlich den Bericht, wie Industriepolitik in Europa in Zukunft klimaneutral ausgestaltet werden kann, sehr geehrte Damen und Herren. Hier sind wir mit allen Instrumenten und Werkzeugen, die wir in Rheinland-Pfalz jetzt schon zur Anwendung bringen, genau auf dem richtigen Weg.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

In der Debatte dürfen wir jetzt das EEG hier nicht isoliert betrachten. Das EEG ist eines von elf Gesetzen, welches den energiewirtschaftlichen Rahmen regelt. Es gibt eine weitere Leitlinie aus der EU bzw. sogar aus der Verordnung, die uns veranlasst, noch einmal Vergaberecht, Konzessionen, die ganze Frage, wie der Markt und der Handel gestaltet werden, in den Blick zu nehmen. Da sind wir längst nicht am Ende der Debatte.

Herr Baldauf, es ist scheinheilig, wenn Sie behaupten, bestimmte Unternehmen – und sei es PROKON – seien pleitegegangen, und das EEG wäre daran schuld. Man muss doch einmal ganz klar sagen, dass eine solche Pleite auf verfehlter Finanzpolitik der Unternehmensleitung basiert

(Pörksen, SPD: Sehr richtig! Genau so!)

und nichts mit dem EEG zu tun.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Was unsere Ziele betrifft – direkt an Herrn Baldauf –, sind wir doch genau auf dem richtigen Weg und haben schon gezeigt, dass sich Energiewende und Klimaschutz vereinbaren lassen.

(Frau Klöckner, CDU: Scheinheilig!)

Wenn wir erneuerbare Energien nutzen, um Strom zu erzeugen, dann sollte es dafür auch Konsumenten geben, und die Landesverwaltung ist ein Konsument. Allein mit der Umstellung 2011, unserem Regierungsantritt, haben wir bereits bei der Umstellung auf Ökostrom 50.000 Tonnen CO₂ eingespart. Das ist die Politik, die wir hier verfolgen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Herr Baldauf, ich stimme sicherlich mit Ihnen überein, dass wir, wenn wir hier über die europäische Ebene reden, wenn wir über Berliner Weichenstellungen reden, uns auch immer wieder fragen müssen: Können wir die politischen Ziele, die wir uns in der Koalitionsvereinbarung gesetzt haben, auch genau mit diesen Instrumenten erreichen oder nicht? – Darum geht der Diskurs. Dafür macht man Monitoring.

(Baldauf, CDU: Damit hätten Sie aber schon vor drei Jahren anfangen können!)

Dafür muss man die Instrumente nachschärfen und sicherlich die Debatte führen, ob man immer noch auf dem richtigen Weg ist.

Jetzt sind wir genau an einer solchen Weichenstellung.

(Baldauf, CDU: Ja klar!)

Deswegen heißt es unbedingt, das Ziel genauso mit der Kraft und der Anstrengung, die wir schon zu Beginn dieser Regierungsperiode gezeigt haben, weiter zu verfolgen. Wer nichts wagt, der nichts gewinnt. Ich denke, Rot-Grün wird hier auch weiterhin zum Thema "Energiewende" dasselbe wagen.

Danke.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Kollege Dr. Braun von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Frau Klöckner, CDU: Gehen Sie immer noch auf die Planungen der Bundesregierung ein?)

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist eine Debatte, die wir hier öfter führen. Ich will allerdings darauf hinweisen, dass wir im Laufe der Debatte in der Koalition einen klaren Kurs zeigen und die CDU doch bedeutend schlingert

(Frau Klöckner, CDU: Das ist ja goldig!)

und das eine oder das andere Mal hier Thesen vertritt, die mich überraschen.

Sie waren einmal für die Energiewende. So habe ich es vor zwei Jahren hier verstanden. Da gingen alle – nicht nur Sie, Herr Baldauf, sondern auch die Fraktionsvorsitzende – nach vorn und haben für die Energiewende gekämpft.

(Frau Klöckner, CDU: Ja, natürlich. Das war vorher!)

 Passen Sie einmal auf, ob das passt, was Herr Baldauf gesagt hat. Heute hat Herr Baldauf gesagt, die CDU fordert einen Mindestabstand von Windkraftanlagen in zehnfacher Höhe der Anlagen zur Bebauung.

(Baldauf, CDU: Genau!)

- Das stimmt; das haben Sie gesagt.

Die CDU hat das nie beschlossen. Oder hat es die CDU beschlossen? Denn wenn die CDU es beschlossen hat, dass es im Land so gehandhabt werden soll, dann ist die Energiewende im Land gekippt, und zwar eindeutig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wenn Sie das wollen, dann kommen Sie mit dem nächsten Argument: zwei Kilometer entfernt von der Wohnbebauung. Dann geht es, wenn man dann noch Energiewende machen will – Sie sagen, Sie wollen dann weitermachen –, in die empfindlichsten Zonen von Naturschutzgebieten. Wir haben aber im LEP ganz klar gesagt, da wollen wir nicht hinein. Sie müssen Ihre Vorgehensweise schon klären, was Sie eigentlich wollen.

Wenn Sie hier widersprüchlich argumentieren, weil Sie den Bürgerinitiativen gegen die Windkraft das eine und den Investoren das andere sagen, können Sie auf Dauer in diesem Parlament nicht ernst genommen werden, und das wäre schade.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Das ist das Zweite. Etwas ganz Wichtiges – dazu komme ich später bei dem Antrag –, muss ich hier auch sagen. Was Sie tun, ist, die mittelständische Wirtschaft in Rheinland-Pfalz ihrer Chancen berauben, ihrer Chancen der Investition in erneuerbare Energien.

(Glocke des Präsidenten)

Wir kennen viele Unternehmen, die Sie auch kennen, die investieren wollen. Was Sie hier vorschlagen, bricht dem Mittelstand das Genick, und das müssen Sie dann verantworten.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Kollege Baldauf für die CDU-Fraktion.

Abg. Baldauf, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst ganz herzlichen Dank, Herr Kollege Braun, für die Blumen, dass man uns hier ernst nehmen soll.

Ich fand Ihre Rede eigentlich auch ganz gut. Im Inhalt kann ich sie natürlich nicht teilen, weil wir ein ganz entscheidendes Problem in der Sache haben. Genau das wissen Sie auch. Sie sind nämlich ein kluger Kopf Ihrer Fraktion.

Das Problem ist Folgendes: Wenn Sie Herrn Gabriel nicht in den Rücken fallen wollen – vor allem die Sozialdemokraten –, dann müssen Sie sich hier und heute hinstellen und sagen, dass das 100 %-Ziel auf 2030 nicht realisiert werden kann, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Das ist das ursprüngliche und hauptsächliche Problem.

Frau Lemke, wer viel wagt, kann auch viel verlieren. Daran müssen Sie immer denken. Deshalb wäre es gut, wenn man nicht so viel redet, sondern handelt und einmal ein paar Inhalte dazu bringt.

(Ramsauer, SPD: Wer sagt denn so etwas!)

Ich darf Ihnen Folgendes sagen: Zunächst einmal möchte ich, dass Sie heute Stellung zu Herrn Gabriel beziehen, und zwar aus folgendem Grund: Herr Gabriel hat nämlich einen grünen Energieexperten, Rainer Baake, beteiligt, der genau diese Eckpunkte ausgearbeitet hat.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist ein grünes Papier. Sie können bitte einmal etwas dazu sagen, warum Sie das für falsch halten.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Ich möchte wenigstens noch zwei Takte zum Eigenstromprivileg sagen – das wissen Sie auch; das kann man hier schön erklären –: Das bleibt erhalten bei den alten Anlagen, gedeckelt auf die 2013er-Förderung von 5,28 Eurocent. Es stimmt doch gar nicht, dass es wegkommt.

(Beifall der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Sie sollten sich einmal die aktuellen Unterlagen von gestern besorgen oder mit Berlin telefonieren. Vielleicht ist es Ihnen zu weit.

Ich weiß es nicht. Es bildet aber, wenn man mit diesen Menschen dort redet, meine sehr geehrten Damen und Herren.

> (Beifall bei der CDU – Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das ist dümmlich!)

Eines, Frau Lemke, möchte ich Ihnen schon noch sagen dürfen. Sie hatten am Freitag letzter Woche einen riesigen Aufschlag in Berlin. So meinten Sie. Da haben Sie etwas zu einem grünen Papier zur Energiewende erklärt. Darin stand aber gar nichts drin

(Glocke des Präsidenten)

außer unlogischen Dingen, dass man beispielsweise Windanlagen in windschwachen Gebieten fördern soll.

(Pörksen, SPD: Haben Sie das geschrieben?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe in Physik einmal gelernt, dass es nur Sinn macht, dort Strom zu erzeugen, wo es auch richtig bläst.

> (Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Entschuldigung, dass ich das so gesagt habe. Aber es ist leider so. Frau Lemke, bessern Sie sich bitte. Denken Sie an die Menschen. Das, was Sie tun, verteuert den Strom.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Hering das Wort.

Abg. Hering, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die rot-grüne Koalition Rheinland-Pfalz hat eine Konzeption für die Energiewende in Rheinland-Pfalz, und hinter dieser Konzeption stehen wir geschlossen als Fraktion und Regierung. Punkt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Eines ist wichtig bei der Energiewende. Es ist notwendig, Milliardeninvestitionen in gigantischer Größenordnung auf den Weg zu bringen. Da gilt das Wichtigste, nämlich für verlässliche Rahmenbedingungen zu sorgen. In einem ist sich die neue Koalition in Berlin auch einig: Diese verlässlichen Rahmenbedingungen hat es vorher unter Schwarz-Geld nicht gegeben. Da sind sich alle einig. Deswegen muss daran korrigiert werden, was Schwarz-Gelb vorher in Berlin gemacht hat, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Alle sind sich darüber einig, auch die neue Bundesregierung, dass das, was Herr Röttgen und andere gemacht haben, korrigiert werden muss.

Der Ansatz in Rheinland-Pfalz ist, dezentrale Konzepte, Entscheidungskompetenz vor Ort zu stärken, um Wertschöpfung im Interesse des Mittelstands vor Ort zu ermöglichen. Das ist die Konzeption, die wir im Interesse des Landes weiter vertreten.

Herr Baldauf, wir sind nicht in den rheinland-pfälzischen Landtag gewählt, um Herrn Gabriel und andere zu stärken. Wir sind gewählt worden, die Interessen des Landes Rheinland-Pfalz zu vertreten. Das tun wir, und nichts anderes. Sie machen anscheinend nur reine Parteipolitik.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) Weil wir diesen Auftrag ernst nehmen, schauen wir uns genau an, was vorgelegt worden ist. Wir sind aufgefordert, uns dazu zu positionieren. Das ist unsere Aufgabe.

Es gibt Punkte, die im Interesse des Landes korrigiert werden sollten. Das ist ein ganz normaler Prozess. Dazu gehört, dass wir es der BASF und mittelständischen Unternehmen weiterhin ermöglichen wollen, eigene Stromproduktion zu machen, verstärkt die Kraft-Wärme-Kopplung einzusetzen. Diese Möglichkeiten würden abgeschnitten werden.

(Glocke des Präsidenten)

Das machen wir im Interesse von Industrie- und Wirtschaftspolitik. Das machen wir im Interesse des Landes.

Ein Satz sei mir noch erlaubt. Es ist falsch zu behaupten, die CDU hätte im Bereich Energiepolitik dem Wind weniger Bedeutung zugemessen.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Da muss ich Herrn Köbler leider korrigieren. Sie stellen das Fähnlein in den Wind und richten daran ihre Position aus. Deswegen hat das Thema "Wind" für Sie eine hohe Bedeutung bei der Position der Energiepolitik.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Wir kommen zum dritten Thema der

AKTUELLEN STUNDE

"Haltung der Ministerpräsidentin zur Zukunft des Rundfunkbeitrags"

auf Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksachen 16/3209 NEU und 16/3214 -

Ich erteile Herrn Kollegen Dr. Weiland das Wort.

Abg. Dr. Weiland, CDU:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle Fraktionen dieses Hohen Hauses, wir alle zusammen haben im Jahr 2011 dem Rundfunkbeitragsstaatsvertrag zugestimmt. Wir haben damals eine der größten Reformen der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf den Weg gebracht.

Es lag in der Natur der Sache, dass uns niemand verlässlich sagen konnte, welche Auswirkungen im Einzelnen, welche Auswirkungen auf einzelne beitragspflichtige Gruppen diese große Reform haben werde.

Wir haben deshalb gemeinsam in den Protokollerklärungen zu diesem Staatsvertrag, aber auch in einem Entschließungsantrag im rheinland-pfälzischen Landtag Wert darauf gelegt, dass wir nach einer gewissen Zeit

eine Evaluierung, eine Überprüfung dieser Auswirkungen auf die einzelnen Gruppen vornehmen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben alle entsprechende Beschwerdebriefe von großen Filialunternehmen, Kommunen, Kirchen, Kindergärten und vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen bekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, genau diese Evaluierung, die für viele von uns überhaupt erst die Voraussetzung dafür gewesen ist, dass wir damals zustimmen konnten, droht dank ministerpräsidentieller Kakofonie zur Farce zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Die KEF (Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten) rechnet mit Mehreinnahmen von 1,146 Milliarden Euro. Dieses Geld sollte denen zurückgegeben werden, die durch das neue Beitragsmodell wirklich ungerecht behandelt werden.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Das ist der Sinn der von uns damals beschlossenen Evaluierung.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Man könnte also – ich spreche mich hier persönlich dafür aus, um nur ein Beispiel zu nennen – Kindergärten und Kitas wieder beitragsfrei stellen, die aus meiner Sicht aufgrund eines groben Webfehlers dieses neuen Beitragssystems seit 2013 zum Beitrag herangezogen werden.

(Beifall bei der CDU)

Um das alles in Ruhe und auf der Grundlage einer sachlichen Ebene miteinander beraten zu können, hatten wir hierfür im gegenseitigen Vertrauen miteinander einen klaren Fahrplan verabredet:

- 1. Inkrafttreten des neuen Beitragssystems.
- 2. Abwarten des KEF-Berichts.
- 3. Evaluierung der sich aus dem KEF-Bericht ergebenden Konsequenzen.
- 4. Gegebenenfalls staatsvertragliche Umsetzung der Ergebnisse der Evaluierung.

Die Ministerpräsidentin und Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder hat diese Verabredung bereits vor Veröffentlichung des KEF-Berichts einseitig aufgekündigt.

(Beifall bei der CDU)

Bereits am 7. Dezember wusste sie, dass es zu einer erheblichen Beitragssenkung für alle kommen wird, nach dem Motto "Freibier für alle". Wir haben es ja.

Am 15. Januar bescheinigte die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" der Ministerpräsidentin – ich zitiere – eine "Rolle rückwärts"; denn plötzlich kamen der Ministerpräsidentin offensichtlich Bedenken, ob einer Senkung nicht sehr bald wieder eine Erhöhung der Beiträge folgen müsse.

Nun ist seit einigen Tagen wieder zu hören, die Beitragssenkung von 73 Eurocent kommt. Die Ministerpräsidentin steht zu ihrem Wort.

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, wir verlangen von Ihnen wirklich nichts Unmögliches. Vielleicht könnten Sie aber dem Hohen Haus hier und heute erklären, was Sie wirklich wollen.

(Beifall bei der CDU)

Der Zickzackkurs, den Sie in den letzten Wochen veranstaltet haben, hat die "Süddeutsche Zeitung" Kommunikationskatastrophe bezeichnet.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was wollen Sie denn?)

Eventuell kommt gleich jemand von der Landesregierung oder von den Regierungsfraktionen hierher und sagt, wir wissen gar nicht, warum sich die Opposition so aufregt, wir machen einfach beides, wir haben doch 1,146 Milliarden Euro Mehreinnahmen.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was wollen Sie denn?)

Mit der einen Hälfte machen wir die Beitragssenkung, und mit der anderen Hälfte setzen wir die Ergebnisse der Evaluierung um. Ich sage Ihnen direkt, das geht so nicht; denn im Entwurf des KEF-Berichtes steht ausdrücklich, dass eine Hälfte von den 1,146 Milliarden Euro ausdrücklich dazu benutzt werden muss.

(Glocke des Präsidenten)

um künftige Beitragssteigerungen, die der Super-GAU wären, zu verhindern. Kommen Sie mir nicht mit der Nummer, wir machen einfach beides.

Mehr in der zweiten Runde.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Ich erteile Frau Kollegin Mohr das Wort.

Abg. Frau Mohr, SPD:

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe CDU-Fraktion! Für unsere Fraktion kann ich Ihnen sagen, dass wir gestern gleich Verständnis für die Verschiebung der Aktuellen Stunde auf heute hatten, um die Anwesenheit der Ministerpräsidentin und Vorsitzenden der Rundfunkkommission der Länder zu gewährleisten.

Ich will nicht verhehlen, dass wir über den Zeitpunkt ein bisschen irritiert waren, als Sie das für gestern ansetzen wollten. Ich denke, die Bitte um Verlegung hat das Ganze doch noch geheilt.

Dennoch muss ich Sie fragen, wie es mit der Kommunikation und dem Informationsfluss in Ihrer Fraktion ist. Ich bin wirklich dazu geneigt, Herrn Baldauf mit dem "Hühnerhaufen" und "Ein Hühnerhaufen ist gegen Sie eine stramme Einheit", zu zitieren. Das hat er, glaube ich, gesagt. Er ist jetzt leider nicht da, um das zu verifizieren.

> (Vereinzelt Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Ramsauer, SPD: Er ist vielleicht im Stall!)

Ich denke, vielleicht war es einfach das falsche Medium, das die Landtagsverwaltung benutzt hat. Vielleicht hätte sie sich am 13. Dezember der Twitter-Meldung bedienen sollen. Das wäre vielleicht besser bei Frau Klöckner angekommen.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Ich komme zum Thema an sich. Ich denke, das Thema hat es wahrlich verdient, dass man seriös damit umgeht und Dinge nicht aufbauscht.

(Zuruf der Abg. Frau Schneider, CDU)

Es handelt sich um das Geld der Bürgerinnen und Bürger. Es handelt sich aber auch um das Geld der Haushalte, der Unternehmen und Kommunen in unserem Land.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Sowohl Sie, Herr Dr. Weiland, auch als die Fraktionsvorsitzende, Frau Klöckner, haben in ihren Pressemeldungen einen Duktus hereingebracht, dass die Ministerpräsidentin in Sachen Senkung der Rundfunkgebühren auf einem Zickzackkurs wäre.

(Frau Klöckner, CDU: Das ist auch so, die "F.A.Z" hat es geschrieben!)

Sie haben es jetzt noch übertrieben, indem Sie von "ministerpräsidentieller Kakofonie" gesprochen haben. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich finde das total überzogen. Ich weiß, Sie sind bekannt dafür, dass Sie eine spitze Zunge haben. Das sei Ihnen unbenommen. Man sollte die Kirche im Dorf lassen.

Ich weiß wirklich nicht, wovon Sie Ihre Aussagen ableiten. Sie sind durch nichts zu belegen.

Sie wissen selbst, dass dieser Artikel in diesem Presseorgan im Feuilletonstil geschrieben war.

Feuilletonstil ist ein populärwissenschaftlicher Stil, der einmal irgendwo einen Ansatz herausgreift und sehr unterhaltend schreibt. Mehr war das Ding – ich kann nicht anders, als es als Ding zu bezeichnen – wirklich nicht.

Wenn Sie die Worte, mit der die Ministerpräsidentin dort zitiert wurde, als Beleg für einen Zickzackkurs werten, dann verstehe ich wirklich die Welt nicht mehr.

(Dr. Weiland, CDU: Das liegt aber vielleicht an Ihnen!)

Sie hat hier zitiert, da müsse sorgfältig abgewogen werden. Jetzt hier von einem Zickzackkurs zu sprechen, finde ich überzogen. Die Ministerpräsidentin stand in Ihren Erklärungen immer zu einer Evaluierung des Staatsvertrags in einem zweistufigen Verfahren, wenn nämlich durch die Umstellung auf dieses neue Rundfunkgebührenmodell zu viel eingenommen wird, also ein deutliches Plus entsteht, in einem ersten Schritt die Mehreinnahmen über eine Beitragssenkung zurückgegeben werden und dann in einem zweiten Schritt - wie es auch im Staatsvertrag vorgesehen ist - nach zwei Jahren die große - nennen wir es einmal so - Evaluierung unter Einbeziehung aller zu diskutierenden Fragen erfolgen muss. Das sind die Fragen, die auch Sie jetzt angebracht haben. Sie sind auch in der Presse und an vielen weiteren Stellen schon aufgegriffen worden.

Fakt ist doch, es hat keiner damit gerechnet, dass sich durch die Umstellung auf dieses neue Beitragsmodell Mehreinnahmen in Höhe von 1,15 Milliarden Euro innerhalb dieser Periode von 4 Jahren ergeben werden. Ich denke, das ist zunächst einmal eine gute Nachricht; denn es zeigt wirklich, dass dieser neue Rundfunkbeitrag aufkommensneutral ist und gerecht gestaltet ist. Er funktioniert auch. Wenn diese Rückerstattung kommt, hat er auch zur Entlastung der Beitragszahler beigetragen.

Die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist nun – das muss man so sehen – solidarischer und scheint offensichtlich auch auf eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung zu stoßen; denn es gibt weniger Schwarzseher. Damit ist das ganze System per se schon solidarischer.

(Glocke des Präsidenten)

In jedem Fall gilt aber, dass die Mehreinnahmen von der KEF – sie ermittelt immer seriös – dann neu berechnet werden. Die KEF spricht von einer Minderung von 73 Eurocent. Mehr dazu in der zweiten Runde.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Für die Fraktion des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Dr. Braun das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Natürlich ist es eine ernsthafte Debatte, die wir führen. Sie muss auch ernsthaft geführt werden. Zunächst einmal stelle ich fest, die Reform ist durchaus gelungen, weil eine Reform, die so grundlegend ist, natürlich immer

mit dem einen oder anderen Makel behaftet ist, wobei sich der eine oder andere über Ungerechtigkeiten beschwert. Ich will aber alles in allem sagen - ich glaube, da sind wir uns einig -, dass die Reform gelungen ist und es eine gute Reform war. Man muss erst einmal feststellen, dass die Debatte auch nicht um die Reform der Gebühren, sondern um eine andere Sache geht. Dass die Reform gelungen ist, ist für uns auch wichtig, weil wir zum dualen System stehen. Auch das muss man noch einmal deutlich machen. Das duale Rundfunksystem ist eine Grundlage und auch eine demokratische Grundlage unseres Staates. Deswegen ist es wichtig, alle Teilnehmer in die Lage zu versetzen, ihre Produkte an den Markt bringen zu können, das heißt in dem Fall, Fernsehsendungen, Rundfunksendungen etc. zu machen.

Deswegen ist es auch richtig, dass wir, wenn wir eine Erhöhung feststellen, darüber reden, was mit dieser Erhöhung passiert. Wir müssen natürlich auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten so ausstatten, dass sie ihrem Auftrag entsprechend nachkommen können. Das ist nicht immer leicht, weil es schwierig ist, mit wenig Geld ein gutes Programm zu machen. Ich glaube aber, im Moment ist die Ausstattung durchaus angemessen. Deswegen ist die Debatte nicht eine um die Höhe der Rundfunkgebühren, sondern darum, wie man mit der Reform umgeht und wie man nach der Reform weitermachen will.

Ich bin auch der Auffassung, dass, wenn wir sehen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk funktioniert, das ein hohes Gut in unserer Demokratie ist. Ich will das hier so grundsätzlich sagen, weil es natürlich auch immer wieder Debatten zur Qualität des öffentlich-rechtlichen Rundfunks gibt. Darüber muss man reden. Natürlich kann man da auch immer wieder nachsteuern. Natürlich gibt es dafür die Gremien. Aber ohne die Grundlage des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hätten wir meines Erachtens ein anderes Mediensystem. Deswegen stehen wir hinter dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und auch zu seiner Finanzierung, die ausreichend sein muss.

Wir haben hier nun die Debatte – Herr Weiland, das verstehe ich nicht ganz –, die Sie sehr stark auf diesen Spruch verkürzen, den Sie eben gebracht haben: Freibier für alle! – Ich glaube nicht, dass das irgendjemand hier gesagt hat. Ich glaube auch nicht, dass das irgendjemand will, sondern wir wollen den Leuten, die die Gebühren zahlen, gerecht werden und ihnen wieder einen Anteil zurückgeben. Es ist doch richtig, dass man wieder einen Anteil zurückgibt. Dass man evaluiert, ist auch richtig. Insofern sind beide Dinge, die Sie hier fordern, vertreten. Insofern glaube ich, es wäre gut, Sie würden konstruktiv noch einmal daran mitarbeiten und würden dann auch konstruktiv sagen

(Frau Klöckner, CDU: Hat er doch gemacht!)

– dazu ist natürlich auch die Evaluierung notwendig –, wem Sie denn andere Anteile geben wollen. Wir müssen aber auch aufpassen, dass wir nicht eine grundsätzliche Reform der Reform wieder anstoßen. Deswegen ist die Debatte mit Fingerspitzengefühl zu führen und nicht mit allgemeinen Sprüchen von wegen Freibier für alle. Wir sind der Auffassung, dass man die Rundfunkgebühren an die zurückgeben muss, die sie gezahlt haben. Also ist es ein richtiger Weg, auch jetzt schon zu sagen, dass es sozusagen eine Rückerstattung geben wird, eine Senkung der Gebühren. Wir sind auch nicht der Auffassung, dass man die gesamten Gebühren auf die hohe Kante legen müsste, weil das niemand verstehen wird. Wenn die Basis der Finanzierung breiter wird, dann ist es auch richtig, dass wir etwas zurückgeben, wenn wir Mehreinnahmen haben, und nicht nur ansparen. Deswegen halte ich das, was die Ministerpräsidentin und auch andere Ministerpräsidenten gesagt haben, durchaus für vertretenswert.

Danke schön.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Frau Ministerpräsidentin Dreyer.

Frau Dreyer, Ministerpräsidentin:

Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen! Lieber Herr Weiland, als ich Vorsitzende der Rundfunkkommission wurde, war das erste, mit dem ich in diesem Zusammenhang konfrontiert worden bin, natürlich die Einführung des neuen Rundfunkbeitrags. Damals war ich auch sehr dankbar, dass der neue Rundfunkbeitrag mit einer breiten Mehrheit im Parlament – nämlich durch alle – verabschiedet und getragen worden ist. Es ist absolut richtig, dass die Ziele, die hier formuliert worden sind, nämlich einmal Aufkommensneutralität, aber natürlich auch, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk nachhaltig dadurch finanziert werden soll, damals als Ziele formuliert worden sind. Man darf heute sagen, dass diese Ziele wirklich in weitem Sinne erreicht worden sind, Herr Dr. Braun.

Es war von Anfang an genauso klar, dass, wenn es zu unerwarteten Mehreinnahmen kommen sollte, die Beitragszahler und Beitragszahlerinnen auch wieder ein Stück davon zurückbekommen sollen; denn damals war es in der Tat so, dass man keine Einschätzung davon hatte, wie hoch letztendlich dann das Gesamtvolumen sein würde. Genau das habe ich als Vorsitzende der Rundfunkkommission immer gesagt, zum Beispiel am 4. Juni 2013. Jetzt nehmen Sie es mir nicht übel, dass ich mich jetzt dauernd zitiere, wie ich in Zeitungen zitiert worden bin, um zu zeigen, dass der Zickzackkurs, den Sie an die Wand malen, gar nicht vorherrscht. Es war damals in der "Süddeutschen Zeitung". Ich habe gesagt, ich erwarte, wenn es einen Mehrertrag gibt, dass dies, wie vereinbart, zu einer Beitragssenkung führt.

(Frau Klöckner, CDU: Von 50 Cent!)

Das habe ich zunächst in allgemeiner Form getan. Nachdem dann Anfang Dezember letzten Jahres klar war, dass es zu deutlichen Mehreinnahmen kommen wird, habe ich als Vorsitzende der Rundfunkkommission für ein zweistufiges Verfahren plädiert. Genau das will die KEF jetzt auch mit ihrem Bericht vorschlagen, der demnächst vorgelegt wird. Die KEF schlägt vor, dass

eine Hälfte im Rahmen einer allgemeinen Beitragssenkung um 73 Eurocent dauerhaft den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern zugutekommen soll. Die Empfehlung der KEF dient dabei natürlich uns Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen immer nur als Orientierung.

Auch aufgrund der Ausgestaltung des Rundfunkbeitrags als aufkommensneutrales Finanzierungssystem steht die Beitragssenkung an allererster Stelle; denn bisher war gängige Praxis, dass die Gebührenerhöhung von der KEF vorgenommen worden ist, wenn der öffentlichrechtliche Rundfunk nicht ausreichend finanziert war. Genauso klar sollte eigentlich auch umgekehrt sein, wenn der Beitrag erheblich höher ist als das, was gebraucht wird, dass die Beitragszahler das auch wieder zurückerhalten.

Das ist jedoch nur der erste Schritt. Daran habe ich niemals einen Zweifel gelassen. Die andere Hälfte soll reserviert werden und nach der Evaluierung des Beitragsmodells im Frühjahr 2015 über deren Verwendung entschieden werden.

Herr Weiland, es stimmt auch nicht, dass das nur dazu dient, um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu finanzieren, sondern ausdrücklich ist damit auch gemeint – so formuliert das auch die KEF –, dass nach Abschluss der Evaluierung Anfang 2015 überlegt werden muss, ob strukturelle Maßnahmen erforderlich sind. Auf der Basis dieser seriösen Zahlen der Evaluation wird es darauf ankommen, entsprechend daraus Rückschlüsse zu ziehen.

Dementsprechend habe ich immer wieder gesagt – ich glaube, Frau Mohr hat das schon gesagt –, dass sorgfältig abgewogen und genau geprüft werden muss, ob die auskömmliche Finanzierung wirklich vorhanden ist, und dass wir uns auch Gedanken darüber machen müssen, dass das eine nachhaltige Finanzierung ist. Kein Mensch von uns würde jemals vertreten, Geld in dem Wissen zurückzugeben, dass wir im nächsten Jahr den Beitrag wieder zu erhöhen haben. Einen solchen Unsinn verbreiten wir erstens nicht, und zweitens denken wir auch nicht so.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Herr Weiland, ich verlange nicht zu viel. Ich verlange, dass Sie die Dinge, die ich sage, umfassend lesen oder mich einfach fragen. Das tun Sie jetzt im Rahmen des Parlaments. Insofern sage ich noch einmal: Ich plädiere, die Staatskanzlei plädiert von Anfang an für ein zweistufiges Verfahren. Derzeit ist klar, dass die Mehreinnahmen erheblich höher sind als jemals zuvor erwartet.

Das zweistufige Verfahren kann nur so aussehen, dass einen Teil die Beitragszahler unmittelbar zurückerhalten und ein anderer Teil zurückgehalten wird, um a) die Evaluation auszuwerten, ob bei diesem Beitrag wirklich noch Nachsteuermöglichkeiten oder -bedarf besteht, und um b) sicherzustellen, dass die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten auch in der Zukunft wirklich auskömmlich finanziert werden. Genauso werden wir das machen.

Ich halte es auch nicht für schlau – heute gibt es solche Meldungen, auf die Sie sich beziehen, ohne es zu sagen –, dass wir jetzt anfangen zu sagen, da müssen aber die Kindergärten wieder, da müssen die Unternehmen wieder, da müssen die wieder und die wieder. Nein, was diese Punkte betrifft, sind wir alle sehr gut beraten, dass wir die Evaluation abwarten und schauen, wie sich der Beitrag wirklich entwickelt hat.

(Zuruf von der CDU)

- Nein, Herr Weiland. Frau Klöckner, nein.

(Frau Klöckner, CDU: Sie haben doch die Debatte eröffnet!)

- Ich glaube, Zuhören ist für Sie ein echtes Problem.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Ich sage es Ihnen noch einmal, auch in der Gefahr, dass es dann fünfmal im Protokoll steht: Wir gehen in zwei Schritten vor. Das habe ich gesagt, und das hat auch meine Staatssekretärin die ganze Zeit schon gesagt.

(Dr. Weiland, CDU: Das stimmt nicht, was Sie sagen!)

Die KEF wird das in Ihrem Bericht genauso vorschlagen. Der erste Schritt ist, weil die Mehreinnahmen erheblich höher sind als jemals erwartet, dass es bereits in einem ersten Schritt eine Beitragssenkung für die Beitragszahler gibt. Ein Teil wird zurückgehalten, um einerseits die Evaluation umzusetzen und um andererseits sicherzustellen, dass auch in der Zukunft der öffentlich-rechtliche Rundfunk ausgiebig und ausreichend finanziert wird. Ich halte das für ein sinnvolles Vorgehen.

Sie werden heute von mir nicht hören, in welcher Höhe die Beitragssenkung stattfinden soll. Die KEF hat uns eine Orientierung gegeben. Die Orientierung liegt bei 73 Eurocent. Die Ministerpräsidenten werden sich, nachdem die Rundfunkkommission getagt hat, darüber unterhalten, ob 73 Eurocent der Betrag sein wird oder ob es ein anderer Betrag sein wird.

Zum guten Schluss sage ich noch einmal – da war ich noch nicht ganz so streng drauf –: Das erinnert mich ein bisschen an das Gesellschaftsspiel "Stille Post". Es gibt ein "dpa"-Interview, danach gibt es eine "F.A.Z."-Berichterstattung, und danach gibt es eine CDU-Pressemitteilung. Danach wundert sich eigentlich keiner mehr, dass der Anfang und das Ende der Geschichte reichlich wenig miteinander zu tun haben.

Herzlichen Dank.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Bevor ich das Wort weitergebe, begrüße ich Gäste bei uns, und zwar Schülerinnen und Schüler der 10. Klasse der Realschule plus in Dahn. Jetzt hat das Wort Herr Kollege Dr. Weiland für die CDU-Fraktion.

Abg. Dr. Weiland, CDU:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Verehrte Frau Ministerpräsidentin, ich habe noch keine Beträge für Beitragssenkungen genannt. Die sind alle aus der Staatskanzlei gekommen.

(Beifall der CDU)

Seit Anfang des vorigen Jahres, seit Sie Vorsitzende der Rundfunkkommission der Länder sind, kommen ständig neue Zahlen über Beitragssenkungen aus der Staatskanzlei. Vielleicht können Sie nichts dafür. Vielleicht schwirren Ideen in der Staatskanzlei herum, die sich gegenseitig nicht verstehen.

Das kann alles sein, aber wir haben noch keine Beträge zur Beitragssenkung genannt, sondern wir haben immer darauf hingewiesen, dass wir uns im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Staatsvertrags auf einen Fahrplan geeinigt haben.

(Beifall der CDU)

Wir bestehen als Parlamentarier auf der Einhaltung dieses Fahrplans, weil der alleine die parlamentarischen Rechte in diesem Verfahren sichert. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist schwer verständlich – ich will mich ganz vorsichtig ausdrücken –, dass Sie ständig in der öffentlichen Diskussion Beträge nennen, in deren Höhe der Beitrag gesenkt werden soll, Sie hier aber nicht in der Lage sind zu sagen, woher das Geld für die Beitragssenkung und woher das Geld für die Evaluierung kommen soll.

(Beifall der CDU)

Zu dem, was Sie gesagt haben, wofür die zweite Hälfte der Mehreinnahmen zur Verfügung steht, über die man dann im Jahre 2015 Überlegungen anstellen kann, wie sie zu verwenden sind, enthält der Entwurf des KEF-Berichts die klare Aussage – der Präsident der KEF hat daran überhaupt keine Zweifel gelassen –, dass die zweite Hälfte dafür vorgesehen ist, eine Gebührenerhöhung im Laufe dieser Gebührenperiode zu verhindern.

Außerdem haben Sie davon gesprochen, der Vorschlag der KEF zur Beitragssenkung müsse geprüft werden. Das ist richtig. Ich möchte von Ihnen aber im Namen meiner Fraktion wissen

(Glocke des Präsidenten)

 ich komme zum Schluss, Herr Präsident –, wer prüft und ob diese Prüfung ohne vorangegangene Evaluierung stattfindet.

Frau Ministerpräsidentin, eines kann ich Ihnen jetzt schon sagen: Dieses Parlament wird nicht einfach das abnicken, was die Ministerpräsidentenkonferenz im März zu beschließen gedenkt.

(Beifall der CDU – Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das tut es nie!)

Vizepräsident Schnabel:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Mohr das Wort.

Abg. Frau Mohr, SPD:

Lieber Herr Weiland, man kann unterschiedlicher Auffassung sein. Ich muss Ihnen nach dem, was ich in Ihren Äußerungen gelesen habe, sagen, Sie haben eine ganz klare und konsequente Linie in Ihrer Argumentation.

Ich muss aber schon sagen, dass Sie in einigen Punkten auch uneinsichtig zu sein scheinen.

Das klare Signal für die Gebührenabsenkung ist von der KEF gekommen, die doch eher konservativ mit all diesen Dingen umgeht. Die Empfehlung, die Hälfte des voraussichtlichen Beitragsmehraufkommens für – nennen wir es einmal so – Rücklagen zu verwenden und als Puffer, um eine Beitragsstabilität zu erhalten, und die andere Hälfte für eine Senkung der Beiträge zu übertragen, ist doch, denke ich, der richtige Weg.

Wenn es so kommt – das weiß keiner; denn das ist zunächst einmal eine Diskussionsgrundlage für die Beratung der Ministerpräsidenten der Länder –, können wir das mittragen, es sei denn, es kämen noch ganz andere Dinge hinzu, die das als unmöglich erscheinen lassen.

Ich will, meine Fraktion will einen Beitrag zur sachlichen Aufarbeitung dieses Themas leisten. Wir werden das Thema "Entwicklung des Rundbeitrags" zum Gegenstand der nächsten Sitzung des zuständigen Fachausschusses Medien- und Netzpolitik machen.

Wir werden auch den Antrag stellen, jemanden von der KEF zu hören; denn ich denke – das hat sich heute gezeigt –, das Thema verdient es schon, detailliert aufgearbeitet zu werden. Es stellt sich als äußerst komplex dar.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich kann von meiner Position aus keine endgültige Entscheidung fällen, sondern wir geben das an den Ausschuss, um dort noch einmal darüber zu diskutieren.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Vizepräsident Schnabel:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Dr. Braun das Wort

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Den Ausführungen von Frau Mohr kann man sich nur anschließen. Man braucht ein ordentliches Verfahren.

Herr Dr. Weiland, dem haben Sie auch nicht widersprochen.

(Frau Klöckner, CDU: Er hat es gefordert!)

 Sie haben es sogar eingefordert. Dann sind wir doch einer Meinung. Das ist schön. Wir werden im Ausschuss darüber reden, wie das Parlament die Sachlage sieht. Trotzdem haben Sie jetzt gefordert, dass die Ministerpräsidentin eine Höhe der Senkung nennen soll.

Es wäre sehr unseriös, wenn Sie sagen, sie soll noch einmal darlegen, welche Höhe der Senkung sie vorschlägt. Das ist eine Sache, über die diskutiert werden muss. Ich denke, das ordentliche Verfahren wäre, wenn das Parlament darüber in den entsprechenden Ausschüssen diskutiert.

Übrigens sind auch Ministerpräsidenten vonseiten der CDU das eine oder andere Mal in die Diskussion eingestiegen. Es ist auch nicht immer günstig, wenn man – Sie haben gesagt, es gibt eine Kakofonie – verschiedene Meinungen auf den Markt trägt.

(Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Die Regierung hat doch eindeutig zwei Stufen gesagt und darauf hingewiesen, dass man im Moment nicht die Höhe sagen kann. Das ist die richtige Haltung. Deswegen stellen wir fest, dass das eine Aktuelle Stunde von Ihnen war. Die Aktuelle Stunde hat ergeben, dass wir uns ordentlich verhalten. Damit sind wir dann auch zufrieden.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Ministerpräsidentin Frau Dreyer.

Frau Dreyer, Ministerpräsidentin:

Lieber Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte noch zwei Sachen sagen, und zwar einmal zu den Beträgen, die es in der Welt gibt. Der erste Betrag – er wurde von Herrn Tillich genannt – war 1 Euro. Das war irgendwann im Dezember.

Daraufhin habe ich ein Interview mit "dpa" geführt, auf das ich mich eben bezogen habe. In diesem ist mehrfach gefragt worden, was ich dazu sage. Ich habe dann – wissend, wie hoch die Beträge sind – deutlich über 50 Eurocent gesagt. Das ist der einzige Betrag, den ich jemals genannt habe.

Damals hatte ich schon Zweifel, dass dieser 1 Euro, der plötzlich in der Welt herumgeisterte, irgendeinen Bestand haben kann. Danach gab es nur noch einen einzigen Betrag in der Welt, nämlich die 73 Eurocent von der KEF, die jetzt in dem Bericht vorgeschlagen werden.

Herr Weiland, ich will, weil sie es zweimal gesagt haben, noch einmal aus dem Bericht zitieren. Die KEF schlägt vor, von insgesamt 1,1 Milliarden Euro ungefähr 624 Millionen Euro für Beitragssenkungen zu benutzen. Das sind diese 73 Eurocent. Zu den restlichen rund 700 Millionen Euro führt die KEF aus: Sie hält dies auch aus strukturellen Gründen für notwendig, um einen möglichen Anstieg des Rundfunkbeitrags zu verhindern. –

Das ist auch unsere Meinung. Die von den Ländern vorgesehene Evaluation, die auf Daten bis Ende 2014 gestützt werden soll, könnte in der nächsten Beitragsperiode zu Veränderungen führen. – Beide Punkte sollen erwogen werden in der Berücksichtigung unserer Beurteilung, was mit dem übrigen Geld passiert.

Ich glaube, insofern reden wir vielleicht gar nicht so viel aneinander vorbei. Es ist für uns als Ministerpräsidenten selbstverständlich, dass die Parlamente, wenn die Rundfunkkommission getagt hat und wir einen Vorschlag bzw. eine Empfehlung geben, entscheiden müssen, ob sie das richtig oder schlecht finden. Genauso sehen wir das auch mit dem KEF-Bericht. Darin steht eine Orientierung und Empfehlung für uns. Wir werden adäquat und gut damit umgehen, dass sowohl die Rundfunkanstalten damit zufrieden sind als auch wir die Punkte, die für die Zukunft zu berücksichtigen sind, entsprechend berücksichtigen können.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Nach unserer Geschäftsordnung hat jede Fraktion noch 2 Minuten Redezeit. Das Wort hat Herr Kollege Dr. Weiland von der CDU-Fraktion.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner und des Abg. Licht, CDU: Das Protokoll sollte die Milliarden in Millionen umwandeln!)

Abg. Dr. Weiland, CDU:

- Herr Kollege Licht, den Unterschied erledigen wir redaktionell.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Frau Ministerpräsidentin! Lieber Herr Dr. Braun, ich stimme Ihnen ausdrücklich zu. Das hat in diesem Hohen Hause nicht jeder erwartet, dass ich Ihnen einmal zustimme. Das tue ich ausdrücklich. Wo sie recht haben, haben Sie recht. Wenn diese Debatte erbracht hat, dass wir uns an den seinerzeit im Zusammenhang mit der Verabschiedung oder der Zustimmung zum Staatsvertrag verabredeten Fahrplan

halten, dann hat sich diese Aktuelle Stunde schon gelohnt.

(Beifall bei der CDU)

Ich wäre der Frau Ministerpräsidentin und Vorsitzenden der Rundfunkkommission der Länder dankbar, wenn sie im Sinne auch des parlamentarischen Beratungsverfahrens die KEF in diesem speziellen Fall einmal darauf hinweisen würde, dass es sich hier nicht um ein "normales Gebühren- oder Beitragsfindungsverfahren" handelt, bei dem die KEF Beträge ermittelt, die dann von den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten von der Rundfunkkommission der Länder begutachtet und dann den Parlamenten vorgelegt werden.

Wir befinden uns sozusagen in einem laufenden Gesetzgebungsverfahren, weil die Zustimmung zum Rundfunkbeitragsstaatsvertrag an die Bedingung gekoppelt war, dass wir eine Evaluierung vornehmen und als Landesparlamente diesen in einzelnen Punkten noch einmal ändern können. Deshalb sollte sich die KEF vielleicht mit Vorschlägen über die Verwendung von Beiträgen in diesem Verfahren etwas zurückhalten.

(Beifall der CDU)

Vielleicht könnten Sie das als Wunsch aus dem Hause oder sogar des Hauses an die KEF übermitteln. Das wäre für das weitere Verfahren sehr hilfreich.

(Glocke des Präsidenten)

– Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie bei Gelegenheit einmal, da die Diskussion öffentlich geführt wird – ich will gar nicht mehr darauf eingehen, wer das initiiert hat und wer nicht –, dem Parlament den Entwurf des KEF-Berichts, der in der Öffentlichkeit behandelt wird, zuleiten könnten. Das ist zwar auch unüblich, es wäre aber zur Versachlichung der Diskussion sehr hilfreich.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Mohr das Wort.

Abg. Frau Mohr, SPD:

Herr Dr. Weiland, ich denke, wir kennen alle das Prozedere, das ablaufen müsste, wenn die Entscheidungen so fallen. Der erste Schritt wäre eine Änderung des Staatsvertrags. Erst im zweiten Schritt käme die Evaluierung.

(Dr. Weiland, CDU: Nein, umgekehrt!)

 Nein, wenn die Beiträge jetzt verändert würden. Gehen wir einmal davon aus, dass nur die Beitragszahl geändert würde.

(Dr. Weiland, CDU: Dann bleibt für die Evaluierung kein Geld mehr!)

- Es tut mir leid, ich hatte angeboten, das im zuständigen Fachausschuss zu diskutieren. Das eine setzt in meinen Augen eine Änderung voraus. Die große Evaluierung, die auch strukturelle Dinge bei dieser Beitragserhebung angeht, käme dann in einem zweiten Schritt.

Ich muss auch ehrlich sagen, dass ich das angedachte Ziel der Senkung der Rundfunkgebühren zum Stichtag 1. Januar 2015 für ein ambitioniertes Ziel halte. Wenn dieser ganze Prozess ablaufen muss, können wir froh sein, wenn wir das im Frühjahr 2015 schaffen.

Ich bin auf Ihrer Seite. Bei dieser Evaluierung darf es keine Tabuthemen geben. Wir müssen über die Beitragsbefreiung im Kfz-Bereich, die Betriebsstättenverordnung, aber auch über die Reduzierung aus der Werbung reden. Es muss eine Kompensation erfolgen. Das wissen wir alle. Das gilt auch für das Sponsoring, obwohl dort am 1. Januar 2013 schon stark zurückgefahren wurde. Ich denke, auch die Beitragsstabilität auf lange Sicht ist ein Thema. Darüber müssen wir diskutieren. Dazu sind wir bereit. Ich denke, der Ausschuss ist dafür der richtige Platz.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich rufe Punkt 11 der Tagesordnung auf:

Klimaschutz braucht Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien – Rahmenbedingungen für eine weiterhin erfolgreiche Energiewende schaffen Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 16/3206 -

dazu:

Eine erfolgreiche Energiewende braucht die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes Antrag (Alternativantrag) der Fraktion der CDU

- Drucksache 16/3216 -

Wir haben eine Grundredezeit von 10 Minuten vereinbart. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Dr. Braun das Wort.

Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir hatten in der Aktuellen Stunde über das Thema "Energie, erneuerbare Energien" diskutiert. Wir wollen das breiter fassen. Wir wollen grundsätzlich über die Richtung der Energiepolitik und vor allem über die Richtung des Klimaschutzes in diesem Hohen Hause spre-

chen. Deswegen haben wir einen Antrag vorgelegt, der umfassend nicht nur die erneuerbaren Energien, sondern auch die Energieeffizienz und die Energieeinsparung zum Thema hat. Wichtig ist – ich glaube, es sollte in diesem Hohen Hause Konsens sein –, dass wir Energiepolitik nicht nur machen, um erneuerbare Energien zu fördern, sondern das Ganze einen anderen, noch größeren und weiteren Ursprung und ein weiteres Ziel hat, nämlich den Klimaschutz weltweit zu fördern und vor allem den Klimaschutz in Deutschland und in Rheinland-Pfalz voranzubringen.

Wir alle wissen, wenn der Klimaschutz nicht intensiver betrieben wird, werden wir Schwierigkeiten mit den Klimaveränderungen haben. Dieses Parlament hat in der letzten Legislaturperiode eine Enquete-Kommission zur Klimaveränderung gebildet. Die Klimaveränderung ist eindeutig nachzuweisen, auch in Rheinland-Pfalz. Wenn die Klimaveränderung ungebremst voranschreiten würde, dann hätte es Folgen für Rheinland-Pfalz. Zum Beispiel würde sich der Wald völlig ändern. In der Natur, aber auch in der Wirtschaft hätte dies große Folgen. Wir hätten mehr Trockenheit, mehr Überschwemmungen, sehr teure, katastrophale Folgen in der Wirtschaft und Gesundheitsfolgen für die Bevölkerung. In dem einen heißen Sommer - ich glaube, 2003 war es - sind mehrere tausend Menschen, vor allem ältere, an der Hitze gestorben.

Wir haben ein Thema vor uns, das uns weiterhin beschäftigen wird, das nicht nur auf den erneuerbaren Energien aufbaut, sondern die Grundlage unserer Gesellschaft schützen will. Der Klimaschutz soll auch in Zukunft die Grundlage unserer Gesellschaft bilden. Zum Klimaschutz brauchen wir – deswegen haben wir den Antrag ins Parlament eingebracht – eine Einsparung von Energie, wir brauchen eine effiziente Verwendung von Energie. Nur wenn wir insgesamt auf Dauer Energie einsparen, können wir den Rest, den wir brauchen, mit erneuerbaren Energien herstellen.

(Vizepräsidentin Frau Klamm übernimmt den Vorsitz)

Wenn wir immer mehr Energie verbrauchen, nützt es nichts, wenn wir erneuerbare Energien fördern, sondern wir müssen zuerst einsparen. Das ist unser größter und günstigster Ansatz, vor allem finanziell günstigster Ansatz, um den Klimaschutz zu betreiben. Deswegen wollen wir das in das Zentrum unserer Politik stellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir werden mit der Energieeffizienz und der Energieeinsparung – wir haben im Land schon viele Initiativen ergriffen – volkswirtschaftlich und betriebswirtschaftlich für den einen oder anderen Betrieb etwas Gutes tun. Ich möchte noch einmal betonen, dass es Wirtschaftspolitik ist und nicht nur Klimaschutzpolitik, die wir mit einer Energiepolitik betreiben, die es erlaubt, in Deutschland weiterhin nachhaltig zu produzieren, die es erlaubt, in Deutschland weiterhin Industrie zu halten.

Es ist uns wichtig, dass der Mittelstand und die Industrie nicht in andere Länder abwandern müssen, sondern in Deutschland bleiben und Exportchancen haben. Diese Innovationen, die die deutsche Industrie und der deutsche Mittelstand vollbringen, fördern wir dadurch, dass wir Klimaschutz betreiben, CO₂-Ziele senken und klar angeben, wie diese Senkung des CO₂-Ausstoßes und der Klimagase vorangehen soll. Wir fördern Arbeitsplätze und den Klimaschutz. Das ist unser Ansatz, ein ganzheitlicher Ansatz in Rheinland-Pfalz.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen dazu nicht nur die Einsparung im Gebäudebereich, aber auch. Da geht mein erster Appell an den Aufschlag, den man im Moment in Berlin macht. Natürlich muss die Große Koalition Finanzen – wir können das in den Ländern nicht, und das ist uns allen klar – für mehr Klimaschutz, vor allem für mehr Schutz von Gebäuden und mehr Energiesanierung in Gebäuden zur Verfügung stellen.

Die Menschen sind zur energetischen Sanierung bereit, aber sie brauchen natürlich einen Anstoß. Diesen Anstoß können wir leider – es ist nun einmal so – nicht nur ideell geben, sondern den müssen wir auch finanziell geben, damit die Leute in Aktion kommen und investieren. Jeder Euro, der für einen Investitionsanreiz ausgegeben wird, kommt mehrfach zurück, nämlich dadurch, dass er Arbeitsplätze vor Ort fördert, vor allem im Handwerk, indem wir Energieeinsparung haben, weniger Energie importieren müssen und beide Seiten einen Benefit haben.

Ich glaube, das ist und kann gar nicht umstritten sein. Das ist das Ziel. Es muss das Ziel von allen Fraktionen sein. Nur gemeinsam können wir das tun. Deswegen fordere ich natürlich die CDU auf, sich nicht ins Abseits zu begeben, sondern in Berlin dafür zu werben, dass wir mehr Mittel für die Dämmung, für den Gebäudeschutz und die Energieeffizienz haben werden.

Wir haben in Rheinland-Pfalz eine große Offensive im Bereich Kraft-Wärme-Kopplung. Das ist nicht nur bei den erneuerbaren Energien so. Nein, wir brauchen Kraft-Wärme-Kopplung, wir brauchen effiziente Erzeugung von Strom und Wärme.

Der größte Betrieb in Rheinland-Pfalz, die BASF, hat schon eine Pressemeldung zu dem, was Herr Gabriel und die Große Koalition vorgelegt haben, herausgegeben. Es ist natürlich kritisch, wie sich die BASF damit beschäftigt. Wir wollen, dass ein solch großer Betrieb, der so produziert wie die BASF, weiter im Land bleiben kann. Die BASF macht das mit zwei Gaskraftwerken vor Ort, indem sie Wärme und Strom gleichzeitig produziert. Das ist hocheffizient. Es muss natürlich Vorteile haben, dass man so produziert. Es muss Vorteile haben gegenüber anderen, die Braunkohle verheizen und damit den Klimaschaden immer weiter anheizen. Wir wollen, dass die deutsche Industrie energieintensiv, aber auch energieeffizient sein kann. Das geht nur zusammen, wenn beides vorhanden ist.

Wir haben in Rheinland-Pfalz in den letzten zweieinhalb Jahren viel auf den Weg gebracht. Wir haben für die erneuerbaren Energien das LEP IV, das Landesentwicklungsprogramm IV, verändert. Wir sind der Auffassung – da sind wir nicht der Auffassung, die die CDU hat; das ist in dem Fall nicht verwunderlich –, dass wir das gut gemacht haben und dadurch Naturschutz und die Planung von erneuerbaren Energien gut zusammenbekommen.

Wir haben – das ist ganz wichtig für die Stadtwerke – die Gemeindeordnung geändert. Das ist endlich ein Anreiz für die Stadtwerke, für die Kommunen vor Ort, zu investieren. Soweit ich das in der Anhörung gehört habe, sind alle Kommunen davon begeistert und haben uns dafür gedankt. Das ist eine Sache, die wir auf den Weg gebracht haben, die dann in Zukunft hoffentlich ihre Ernte einfahren wird, und zwar nicht nur im Bereich der erneuerbaren Energien, sondern auch finanziell für die Kommunen.

Wir haben die Energieagentur für die Beratung aufgestockt. Die Energieagentur ist in Rheinland-Pfalz gut besetzt. Die Energieagentur kann die Beratung leisten. Aber natürlich – das habe ich vorher schon gesagt – müssen Mittel vom Bund zur Verfügung stehen. Beratung allein wird die Investitionen nicht auslösen können. Deswegen muss man zusammenarbeiten, übrigens auch mit der Verbraucherzentrale, die in diesem Bereich massiv von uns unterstützt wird.

Der Antrag an sich – ich nehme an, die CDU wird eventuell noch versuchen, einige Gegenpositionen aufzubauen – müsste unstrittig sein, weil er Effizienz, Einsparung und Klimaschutz in den Vordergrund stellt.

Meine Damen und Herren, jetzt hat die CDU einen Gegenantrag, einen Alternativantrag, vorgelegt, der es doch sehr verkürzt. Er geht, wenn ich es richtig sehe, in die Richtung, dass die CDU sagt: Bekennen Sie sich zu dem, was im Moment in Berlin läuft, ja oder nein? – Das hätten Sie auch kürzer formulieren können. Dann hätten Sie nicht so viele Spiegelstriche machen müssen.

(Bracht, CDU: Wir wollten es Ihnen leichter machen!)

Wir bekennen uns zur Klimaeffizienz. Wir bekennen uns zum Klimaschutz in Rheinland-Pfalz. Wir bekennen uns zu den Arbeitsplätzen, die es hier gibt und die wir erhalten wollen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist das richtige Bekenntnis.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Gerade im Mittelstand – das will ich der CDU noch einmal mit in die Diskussion geben – gibt es viele, die in internationaler Konkurrenz stehen, die entweder ihre Produktionslinien in Rheinland-Pfalz haben oder in den USA, in China oder sonst wo haben werden. Wenn wir den Mittelstand nicht unterstützen, indem wir ihm erlauben, mit erneuerbaren Energien günstiger als bisher beispielsweise an Strom und Wärme zu kommen, dann machen wir in Rheinland-Pfalz einen Fehler, meine Damen und Herren.

Überlegen Sie, wie Sie auch in Ihrer Politik auf Bundesebene den Mittelstand fördern können, indem wir dem Mittelstand gewährleisten, in Rheinland-Pfalz, natürlich

auch in anderen Bundesländern, bei den erneuerbaren Energien investiv und günstig für die Erhaltung der Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz tätig zu werden. Dafür kämpfen wir.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank.

Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Baldauf das Wort.

Abg. Baldauf, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Braun hat seinen Antrag damit begründet, dass er gesagt hat, es sei ein eigentlich umfassender Antrag zu den Fragen der Energieeffizienz und Energiewende. Werter Herr Kollege Braun, aber genau da liegt der Hase im Pfeffer. Der eigentliche umfassende Antrag, der sich mit allem befasst, ist der unserige. Ich sage Ihnen auch, warum.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Noss, SPD: Du meine Güte!)

Hier haben wir wieder das typische Problem, dass Sie versuchen, auf dieser Ebene hier in Rheinland-Pfalz einen eigenen Energieantrag mit eigener Energiewende umzusetzen. Eigentlich müssten wir uns alle einmal aufmachen, nicht 16 Energiewenden zu planen, am besten auch keine 18 mit Europa und dem Bund, sondern eine.

Von daher war das Vorgehen von Ihnen letzten Freitag, auch wenn ich es inhaltlich für zu dünn halte, der richtige Weg zu sagen, wir müssen uns auf Bundesebene über die Geschichte unterhalten. Genau in diese Richtung geht auch unser Antrag.

Sie haben selbstverständlich recht, der Antrag ist dasjenige, was jetzt auf Bundesebene vorgestellt wurde, wobei es um kleine Nuancen vorgestern noch geändert, also etwas verbessert wurde; das wissen Sie auch. Aber dieser Antrag wird dazu führen, dass diese Positionen, die Sie vorhin zunächst als Eckpunkte beschrieben haben, Frau Lemke, die auszuformulieren sind, auf Bundesebene – am besten gemeinsam – durchgeführt werden.

Deshalb kann ich zumindest bei der SPD-Fraktion nur sagen, sie muss unserem Antrag zustimmen, weil es genau dem entspricht, was Herr Gabriel vorgeschlagen hat.

(Heiterkeit der Ministerpräsidentin Frau Dreyer)

Damit sich die Fraktion nicht so schwertut, unserem Antrag zuzustimmen, wäre es ganz gut, wenn sich auch

die GRÜNEN-Fraktion dazu durchringen könnte, in diesem Fall dasjenige, was richtig, wichtig und konsequent in einer Energiewende vorgeschlagen wird, zu unterstützen, Herr Kollege.

(Heiterkeit bei SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ich möchte mich deshalb bei Ihnen herzlich bedanken, Herr Kollege Braun. Sie haben nämlich in Bezug auf den Inhalt unseres Antrags überhaupt keine Kritik geübt.

> (Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir müssen nicht über jedes Stöckchen springen, das man uns hinhält!)

Das heißt, wenn Sie dort schon keine Kritik geübt haben, wenn Sie diesen Antrag, so wie wir ihn formuliert haben, für richtig erachten, bin ich nachher auf Ihr Abstimmungsverhalten gespannt, zumal, wie gesagt, der Antrag etwas damit zu tun hat, dass wir eine Energiewende machen wollen.

Lassen Sie mich einiges zu Ihrem Antrag sagen. Zunächst einmal ist es immer schön, wenn man drei Seiten eng bedruckt vorgelegt bekommt, zunächst mit viel Prosa und dann auch mit Punkten, zu denen Sie vorher gesagt haben, es handele sich eigentlich um eine tiefgreifende Mittelstandsförderung.

Werter Herr Kollege, Sie erwähnen beispielsweise die Frage der Energieeffizienz, der Gebäudesanierung. Darf ich Sie bitte daran erinnern, dass Sie vor eineinhalb Jahren, damals noch zusammen mit den Sozialdemokraten – aber ich gehe davon aus, sie denken da jetzt auch um –, das Gebäudesanierungsprogramm der damaligen Bundesregierung im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss gekippt haben. Damit haben Sie damals genau dafür gesorgt, dass dasjenige, was unseren Mittelständlern gutgetan hätte, nämlich das Sanierungsprogramm vor Ort umzusetzen und damit eine Energieeffizienz und eine Energieeinsparung zu erreichen, torpediert, ja verzögert wurde.

Deshalb haben wir eineinhalb Jahre nichts gemacht, sondern müssen jetzt warten, bis Herr Gabriel in der Großen Koalition zusammen mit uns einen neuen Vorschlag macht, der damals schon richtig war. Ich prophezeie Ihnen jetzt schon, der wird genau so wiederkommen, nur, wie die politische Landschaft so ist, sind wir jetzt in einer Koalition, und dann wird jetzt zugestimmt. Vielleicht können Sie nachher etwas dazu sagen, warum Sie darauf jetzt erst kommen.

Sie schreiben des Weiteren in Ihrem Antrag, wenn Sie sagen, er sei umfassend, an keiner Stelle irgendetwas zur residualen Last. Auf Seite 2 schreiben Sie: "Wir wollen den Industriestandort Rheinland-Pfalz und Deutschland erhalten."

Lieber Herr Kollege Braun, so viel Konsens dürfte noch sein: Mit Windenergie und Photovoltaik erhalten Sie den Industriestandort Rheinland-Pfalz nicht.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Doch! Gerade auch!)

- Nicht.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Doch!)

 Nicht. Das wird Ihnen auch die BASF sagen, Herr Kollege Braun. Es wird auch nicht besser, wenn Sie es fünfmal wiederholen.

(Beifall bei der CDU)

Weil das aber nicht in diesem Antrag steht, ist er eben kein umfassender Antrag, im Gegenteil, er ist ein Antrag, der versucht, an der einen oder anderen Stelle etwas schönzureden, was nicht schönzureden ist.

Dazu gehe ich zu "II. Der Landtag begrüßt:

– (...) Besonders durch die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms (...) im Teilbereich Erneuerbare Energien, das Rundschreiben Windenergie und den Windatlas" – ich füge hinzu, der Vorstand der Bürgerinitiativen hat wortwörtlich gesagt: Den Windatlas kannst du in die Tonne treten – "wurden in Rheinland-Pfalz Rahmenbedingungen geschaffen, den Ausbau Erneuerbarer Energien im Land zu fördern und somit die gesetzten Ziele zu erreichen,"

Herr Kollege Braun, sagen Sie einmal, fahren Sie nur bei Dunkelheit durch die Landschaft, oder haben Sie noch nicht festgestellt, wie es tatsächlich bei uns aussieht,

(Beifall der CDU)

wo noch von Effizienz die Rede sein kann, wenn Sie willkürlich Anlagen zulassen, die geplant und gebaut werden können, die angeschlossen werden müssen, wodurch die Kosten steigen, ohne eine Abstimmung zwischen Anlagen und Netzen zu haben?

Ich sage Ihnen offen, das ist der falsche Weg. Bis heute ist nie in irgendeiner Form von Ihrer Seite aus, leider nicht, etwas zu der Frage gesagt worden, wie die Anlagen und Netze besser miteinander zu kombinieren sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Konrad, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Werter Herr Kollege, dann geht es weiter, sodass wir spätestens jetzt Ihrem Antrag leider nicht mehr zustimmen können. Es ist nicht alles falsch, aber Sie reden etwas schön, was schlichtweg nicht geht.

In Ihrem Antrag steht weiter: "— die Einrichtung der Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH als zentrales Kompetenzzentrum der Energiewende in Rheinland-Pfalz". Das begrüßen Sie. "Diese hat die Aufgabe Unternehmen, Kommunen und Bürgerinnen und Bürger in den Bereichen Einsparung (…) zu informieren und zu vernetzen,". Im nächsten Absatz nennen Sie die Verbraucherzentrale.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Kollege Braun, Sie wissen, was wir schon in der Landtagsdebatte zum Haushalt gesagt haben. Für uns erschließt sich bis heute nicht, wofür ich 60 Personen brauche, die etwas beraten sollen, von dem ich noch nicht einmal weiß, welchen Umfang diese Beratung haben soll und wie sie sich von Schornsteinfegern, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Kommunen, der Landesregierung, Frau Ministerin Lemke – die das alles schon weiß – und vielen anderen abgrenzt.

Von daher können wir, weil wir diese Energieagentur für falsch halten, den Antrag nur ablehnen.

(Beifall der CDU)

Ich gehe davon aus, weil ich Sie schätze und kenne, dass Sie den Antrag nicht selbst geschrieben haben, sonst wäre sicherlich die Erklärung eindeutiger, was Sie damit gemeint haben. Sie haben versucht, jedoch als untauglichen Versuch, hier etwas zu erklären, was sich nicht selbst aus der Vorlage erklärt. Das sei Ihnen unbenommen

Wenn Sie uns nachher noch die genauen Zuständigkeiten, Konzepte und Ausschlüsse von Doppelzuständigkeiten hier nachweisen und vortragen können, ziehe ich nicht nur den Hut vor Ihnen, sondern dann müssen wir noch einmal überlegen, ob wir an der Stelle darüber nachdenken müssten.

(Zuruf des Abg. Dr. Braun, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Aber davor habe ich offen gestanden keine Angst.

(Beifall der CDU – Ramsauer, SPD: Welchen Hut haben Sie denn gerade auf?)

 Meine sehr geehrten Damen und Herren, wie Herr Ramsauer feststellt, habe ich gar keinen Hut auf, ich begründe unseren Antrag.

Ich möchte nur noch eines zu dem Antrag der GRÜNEN und der SPD sagen. Wenn Sie zu einer Sanierungsquote von 3 % auffordern, dann kann ich betonen, es gibt niemanden, der näher an Sigmar Gabriel dran ist als die eigenen Parteigenossen, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD.

Wenn Sie das alles als richtig erachten – das widerspricht im Übrigen an keiner Stelle dem Energiekonzept, das jetzt vorgestellt worden ist –, dann darf ich Sie nur herzlich bitten, sich darum auch zu kümmern. Sie haben es aber in der Vergangenheit nicht getan, und Herr Gabriel hat vor zwei Jahre all das noch abgelehnt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU)

Manchmal frage ich mich, warum ihr euch so viel Arbeit macht, wenn unter dem Strich doch nichts drinsteht.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Dass Sie sich das fragen, das glaube ich Ihnen!)

Von daher wäre es mir ganz recht, wenn wir uns in Zukunft, wenn wir uns solche Anträge überlegen, an der einen oder anderen Stelle an die eigene Nase fassen. Frau Lemke, da möchte ich Sie einmal loben. Auch das kommt nicht oft vor.

Sie hat wenigstens am Freitag etwas erklärt, wenn es auch nicht richtig war, aber sie hat etwas erklärt, nämlich dass sie auf Bundesebene mitarbeiten will.

(Heiterkeit des Abg. Fuhr, SPD: Super Lob!)

Frau Lemke, das ist ein ordentlicher Vorschlag, und deshalb sage ich es noch einmal: Stimmen Sie unserem Vorschlag zu. Da steht alles drin.

Ich darf Ihnen aber noch einmal sagen, was drinsteht, weil Sie ihn vielleicht noch nicht ganz gelesen haben oder es nicht wissen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

– Dass Frau Brede-Hoffman das weiß, ist mir klar, weil Frau Brede-Hoffmann jeden Tag direkt von ihrem Vorsitzenden Gabriel informiert wird, um was es sich dreht. Frau Brede-Hoffmann, ich frage Sie aber nicht, ob Sie es auch verstanden haben, sondern ich möchte nur an der einen oder anderen Stelle Folgendes ausführen:

(Beifall bei der CDU – Ramsauer, SPD: Macho!)

- Angenehm, Baldauf, Herr Ramsauer.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Wir stehen zu folgenden Grundsätzen:

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann)

 Frau Brede-Hoffmann, meine Mutter hat immer zu mir gesagt: Wer schreit, hat unrecht.

(Beifall bei der CDU – Frau Brede-Hoffmann, SPD: Okay, Herr Baldauf! – Heiterkeit des Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

 Da muss sogar der Kollege Köbler lachen, schauen Sie einmal.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Über Sie, Herr Kollege!)

Wir stehen zu den folgenden Grundsätzen:

Erstens: Der Ausbaukorridor für erneuerbare Energien wird im Gesetz verbindlich festgelegt. – Das ist ganz wichtig. Frau Lemke, dabei geht es auch nicht – und jetzt werde ich wieder sauer –, dass Sie immer wieder durchs Land laufen und sagen, bis 2030 würden wir das schon hinbekommen. Das geht nicht, und deshalb müssen Sie das ändern.

(Beifall der CDU – Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wer schreit, hat Unrecht!) Nun kommen wir wieder zu den sachlichen, normalen Dingen zurück.

Zweitens: Die Instrumente zur wirksamen Steuerung des Ausbaus werden technologiespezifisch ausgestaltet.

Drittens: Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird auf die kostengünstigsten Technologien konzentriert. – Bisher können Sie dem allen zustimmen.

Viertens: Die erneuerbaren Energien werden in die Netze integriert. – Sie nicken.

Fünftens: Bestehende Überförderungen werden abgebaut, Boni gestrichen und die Förderung durchgehend degressiv, also marktkonform, ausgestaltet. Wir wollen weg von einer Dauersubventionierung, wir wollen weg von einer Subventionierung all derer, die es dort oben bezahlen müssen, und hin zu einer marktintegrierten Form. Diese muss jetzt umgesetzt werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU – Pörksen, SPD: Ihr habt doch gar nichts gemacht!)

Wir möchten ab dem Jahr 2017 die Förderhöhe über Ausschreibungen ermittelt haben.

 Herr Pörksen, ich lese es Ihnen vor. Das ist auch von der SPD.

Zur besseren Marktintegration der erneuerbaren Energien wird eine verpflichtende Direktvermarktung eingeführt.

Alle Stromverbraucher werden angemessen an den Kosten beteiligt. Dabei darf aber die internationale Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Industrie nicht gefährdet werden.

(Beifall bei der CDU)

Werte Frau Lemke, da hilft es nichts, wenn Sie das nur immer wieder sagen. Legen Sie bitte jetzt endlich einmal einen Vorschlag vor, wie Sie sich das vorstellen.

(Beifall bei der CDU)

Zu guter Letzt: Das EEG muss deutlich vereinfacht werden und – richtig ist – europarechtskonform ausgelegt werden. – Auch wenn Sie schmunzeln, sage ich Ihnen, Sie sind jetzt bald drei Jahre lang Wirtschaftsministerin in Rheinland-Pfalz. Ich habe immer wieder den Eindruck, wenn es um die EU und irgendwelche Vorschriften oder beihilferechtlichen Fragen geht, dass Sie alle immer erst dann reagieren, wenn es brennt.

(Pörksen, SPD: Ihr lauft doch weg, wenn es brennt!)

Es wäre doch manchmal ganz gut, wenn man es schon im Vorfeld tun würde. Sie sollten sich nicht dem Beispiel von Herrn Lewentz anschließen, der erst nach Brüssel fährt, wenn es soweit ist. Ich kann Ihnen nur empfehlen, gehen Sie wegen dieses Themas jetzt nach Brüssel. Klären Sie das zusammen mit der Bundesregierung, und

dann werden wir sehen, dass wir auch alle gemeinsam vorankommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Abschluss möchte ich noch einmal darauf hinweisen dürfen, der Antrag, den wir gestellt haben, kann schlichtweg von den Sozialdemokraten nicht abgelehnt werden, weil er genau dem entspricht, was auch Herr Gabriel vorschlägt. Werte Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten, deshalb werben Sie bei Ihrem Koalitionspartner dafür, dass auch bei diesem die Einsicht einkehrt, dass der Schauantrag von Ihrer Seite aus nicht so zielführend ist wie der unsrige.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf weitere Gäste im Landtag begrüßen. Ich begrüße Schulbusbegleiter der Realschule plus Einrich sowie Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums am Römerkastell aus Bad Kreuznach. Seien Sie alle herzlich willkommen im Landtag in Mainz!

(Beifall im Hause)

Für die SPD-Fraktion hat Frau Kollegin Mohr das Wort.

Abg. Frau Mohr, SPD:

Lieber Herr Baldauf!

(Baldauf, CDU: Das fängt doch schon gut an!)

Sie haben alles gegeben in dieser Rede, habe ich festgestellt. Sie müssen völlig erschöpft sein.

(Heiterkeit und Zurufe von der SPD)

- Ich weiß, was er an Substanz hat.

(Heiterkeit im Hause – Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Baldauf, CDU: Darf ich eine Zwischenfrage stellen? Woher wollen Sie das wissen?)

- Ich beobachte Sie jetzt schon lange Zeit, Herr Baldauf.

Sie haben in Ihrer Rede die Frage gestellt, weshalb wir uns mit diesem Antrag so viel Arbeit gemacht haben. – Herr Baldauf, die Antwort ist ganz einfach: Wir haben uns so viel Arbeit damit gemacht, weil wir die Energiewende ernst nehmen, im Gegensatz zu Ihnen.

Sie haben teilweise eine Faschingsveranstaltung daraus gemacht, noch unterstützt aus den hinteren Reihen. – Es tut mir wirklich leid, aber ich muss das so sagen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) Energiewende und Klimaschutz sind nämlich mehr als nur das Erneuerbare-Energien-Gesetz und der Ausbau erneuerbarer Energien, und genau darauf zielt unser Antrag ab. Unser Antrag beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der Energieeinsparung und der Energieeffizienz, und damit sollten Sie sich auch einmal genauer beschäftigen und nicht immer die allgemeinen Floskeln bringen, ob nun heute Morgen bei der Debatte oder wann auch immer. – Man könnte schon wissen, was von Ihnen dazu kommt.

Richtig ist, seit dem Jahr 2000 - das fällt mit der Verabschiedung des EEG wie auch mit den Anfängen des Atomausstiegs zusammen - hat sich zusehends ein neuer Geist im Umgang mit der Energie und auch mit dem Ausstoß von CO2 entwickelt. Mit der Nuklearkatastrophe von Fukushima am 11. März 2011 - daran können sich sicherlich auch die jungen Leute auf der Tribüne noch sehr gut erinnern - war noch einmal ein zusätzlicher Antrieb für die Energiewende gekommen. Sie hat bei den Mitbürgerinnen und Mitbürgern eine hohe Bereitschaft ausgelöst, die Energiewende mitzutragen. Doch ich muss Ihnen auch sagen, ich habe den Eindruck, je weiter dieses Ereignis zurückliegt, desto mehr nimmt bei vielen sowohl das Empfinden für die Tragweite einer falschen Energiepolitik als auch das Empfinden dafür ab, nachhaltige Lehren aus all diesen Katastrophen zu ziehen.

Der Klimawandel hat eingesetzt. Der Landtag hatte in der letzten Legislaturperiode die Enquete-Kommission "Klimawandel" eingesetzt, die festgestellt hat, dass auch für Rheinland-Pfalz in den nächsten Jahren Klimawandelfolgen eintreten werden, mit denen wir uns zu beschäftigen haben. Ich denke, jeder hat Pressemeldungen vor Augen von den oftmals klimabedingten Naturkatastrophen, die heute weltweit eintreten. Es ist schon besorgniserregend, wie wir mit unserem Gut Erde sowie mit dem, was wir geschenkt bekommen haben und an die nachfolgenden Generationen weitergeben müssen, umgehen. Ich denke, wir müssen diesem Prozess entgegensteuern, und wir müssen auch weiterhin in Rheinland-Pfalz für dieses Thema sensibel sein.

Unter dem Verlust der Empathie für dieses Thema lassen sich meiner Meinung nach auch die aktuellen klimapolitischen Ankündigungen der EU subsummieren. Danach will Europa die $\rm CO_2\text{-}Emissionen$ bis 2030 im Vergleich zu 1990 um 35 % oder 40 % senken. – Ich habe zwei Zahlen gelesen und weiß nicht genau, welche Zahl aktuell gilt.

Das ist kein ambitioniertes Ziel, muss man sagen; denn 1990 hat der Zusammenbruch der Wirtschaft des Ostblocks schon zu erheblichen CO₂-Reduzierungen geführt, sodass dies eigentlich ein verfälschtes Bild ergibt.

Den Marktanteil der erneuerbaren Energien will die EU auf 27 % steigern. Ich denke, das ist sehr bescheiden. Dort könnten auch andere Ziele stehen. Das Schlimme daran ist aber noch, dass die EU keine verbindlichen Ziele für die Einzelstaaten vorgibt. Das heißt also, jeder kann irgendetwas tun, es muss nur das Gesamtziel erreicht werden, und dies kann unter Umständen für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie in den einzelnen Ländern schon ein wesentlicher Faktor sein.

Für die Energieeffizienz hat die Kommission schon gar kein Ziel festgelegt, obwohl sie es hätte tun können. Ich denke, an dieser enttäuschenden Entwicklung, die auf EU-Ebene festzustellen ist, sollten wir uns wirklich kein Vorbild nehmen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ich muss Herrn Baldauf sagen, viele Kreise der Wirtschaft sehen es so – auch die EU –, dass in bestimmten Bereichen der Energiewende für die Industrie sehr viele Vorteile dabei herauskommen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat zum Beispiel eine Untersuchung gemacht, bei der sich ganz klar herausgestellt hat, dass für die Wirtschaft Energieeinsparung und Wärmedämmung eine klassische Win-win-Situation darstellen.

Herr Dr. Braun hat schon angesprochen, auch die Wirtschaft erkennt, dass jeder Euro, der in eine effiziente Energienutzung investiert wird, nicht nur dem Weltklima zugutekommt, sondern auch eine Vielzahl von Arbeitsplätzen schafft und mehr Wirtschaftswachstum auslöst.

Das haben wir in Rheinland-Pfalz gesehen. Es gibt Zahlen, die das belegen. Es gibt auch Zahlen, welches Wirtschaftswachstum durch die Investitionen in diesem Bereich ausgelöst wird.

Aber nicht nur die EU hat versäumt, ihre Chancen zu nutzen, meiner Meinung nach sind auch wir keine Musterschüler beim Energieeinsparen. Es stimmt noch immer, die meisten Gebäude, wohlgemerkt nicht nur die Wohngebäude, sondern auch öffentliche Gebäude, verbrauchen mehr Energie, als sie nach dem neuesten Stand der Dämmtechnik verbrauchen müssten. So gesehen liegt noch viel Potenzial zur Energieeinsparung im Gebäudebestand.

Es sind ungefähr 40 % des Energieverbrauchs, die allein auf diesen Gebäudebestand entfallen. Unklar ist auch noch, wie dieser umfassende Gebäudebestand in nächster Zeit sinnvoll saniert werden muss; denn die Rahmenbedingungen auf Bundesebene haben in den letzten Jahren stark zu wünschen übrig gelassen.

(Baldauf, CDU: Welche?)

- Auf Bundesebene.

(Baldauf, CDU: Welche?)

 Die F\u00f6rderbedingungen, KfW-Kredite zum Beispiel in dem Bereich.

(Baldauf, CDU: Was ist da passiert?)

 Die Verfahren sind relativ kompliziert, und es standen nicht die Mittel zur Verfügung.

Die Sanierungsquote konnte nicht, wie erwartet, erreicht werden. Man ist von einer Sanierungsquote von 2 % ausgegangen. Insgesamt ist nur von einer Sanierung im Wohnbestand von 0,8 % die Rede. Ich denke, hier muss sich etwas ändern.

Rheinland-Pfalz wird sich dort, wo es ein Mitspracherecht hat, auch für eine Änderung in diesem Bereich einsetzen, auch für eine verbesserte Förderung auf Bundesebene.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ich habe es gesagt, wir werden uns dafür einsetzen, eine deutlich höhere Sanierungsquote zu erreichen. Im Bereich der Städtebauförderung – das muss man jetzt fairerweise sagen, Herr Baldauf – und auch im Bereich der Sozialen Stadt zeichnen sich nach Verlautbarungen deutliche Steigerungen ab.

Das steht auch so im Koalitionsvertrag. Es gilt dann, diese Mittel, die in das Land fließen, intelligent und optimal auszuschöpfen, um finanzielle Anreize zu schaffen, gerade auch bei der Sanierung des Altbaubestandes und beim Umbau gegebenenfalls auch von Heizungsanlagen. Wir alle wissen, das kostet eine Menge Geld und amortisiert sich oft erst nach vielen Jahren.

Ich komme ganz kurz zu dem CDU-Antrag, der sich mit einer ganz anderen Materie beschäftigt und ein rein strategischer Antrag ist.

(Baldauf, CDU: Nein!)

Er hat sich also weniger mit der Energieeffizienz und der Energieeinsparung beschäftigt.

(Glocke der Präsidentin)

Er ist ein Antrag rein aus strategischen Gründen. Wir stehen für die Ziele ein, die in unserem Koalitionsvertrag stehen. Wir werden das auch auf Bundesebene verteidigen; denn wir sind als rheinland-pfälzischer Landtag von den rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürgern gewählt

(Glocke der Präsidentin)

und werden auch für diese eintreten.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatsministerin Lemke das Wort.

Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:

Frau Präsidentin, liebe Abgeordnete! Herr Baldauf, ich finde es interessant, welches Selbstverständnis Sie hier an den Tag gelegt haben, dass wir angeblich über Scheinanträge oder Schaufensteranträge beraten oder beschließen, die dann die Regierung auch exekutieren

So nehme ich diesen Landtag nicht wahr. Ich glaube, das ist auch nicht Ihre verfassungsgemäße Aufgabe.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich nehme auch in keiner Weise den rot-grünen Antrag irgendwie als Schaufensterantrag wahr. Dort steht eine Menge Gutes drin. Wenn ich auch einmal sagen darf, Sie haben erst gesagt, er sei zu lang, es stünde zu viel drin. Am Ende haben Sie gesagt, es steht zu wenig drin. Was denn nun? Sie haben keinen Hut auf.

(Baldauf, CDU: Zu wenig Spezielles!)

Ich will deswegen noch ein paar Klarstellungen vornehmen, auch was einige Ihrer Schuldzuweisungen betrifft. Fangen wir vielleicht einmal mit der letzten an hinsichtlich der Frage, warum wir denn nicht mehr Mittel zur Verfügung haben, um die Sanierungsquote auf die notwendige Quote von 3 % zu heben, wofür wir ungefähr 5 Milliarden Euro Bundesmittel bräuchten; denn darum ging der Streit, wer wie viel Geld in die Hand nimmt und wer was dazu beitragen kann.

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hätte das letztes Jahr ganz problemlos – wie Sie es eben gesagt haben, ich darf Sie zitieren, ich habe es von der Seite gehört – mit ihrer Kraft gut durchsetzen können. Sie hätte sagen können, wenn sie keinen Streit mit den Liberalen gehabt hätte, uns ist das Thema so wichtig, wir wollen dies und begreifen dies als Konjunkturprogramm und schieben die entsprechenden Mittel hinein. Das ist nicht passiert.

Stattdessen haben wir dies in Rheinland-Pfalz mit einem kleinen und bescheidenen, aber immerhin mit einem vorhandenen Wohnraumsanierungsprogramm fortsetzen können.

Jetzt hatte ich natürlich die leise Hoffnung, dass Sie auch vielleicht mit der Kraft Ihrer Partei zum Beispiel das Hoch auf die Agenda hätten setzen können, dass endlich Finanzmittel gekommen wären. Stattdessen haben wir das nicht. Das ist auch nicht Bestandteil ihres Antrages. Der rot-grüne Aspekt hat aber diesen Antrag aufgenommen, und deswegen bin ich froh. Wenn ich in diesem Land exekutieren will

(Frau Klöckner, CDU: Exekutieren?)

- ja, wir sind die Exekutive -,

(Frau Klöckner, CDU: Das kann man auch anders sagen!)

wenn wir umsetzen möchten, was Sie uns mit auf den Weg geben, dann nehme ich natürlich diesen Faden auf.

Deswegen kann man fragen: Was haben wir gemacht? Was ist passiert? – Es ist eine Menge passiert, nicht nur in Richtung Beratung, auch mit Mitteln aus dem Konjunkturprogramm. Deswegen weise ich besonders gerne darauf hin. Es sind alleine 93 Wärmenetze – Kraft-Wärme-Kopplung ist darin mit enthalten, hocheffizient ist darin, Bürger sind darin, der Mittelstand ist darin – in

dieser Zeit auf die Reise gekommen. Wir haben diese Projekte mühselig entwickelt und auf den Weg gebracht.

(Billen, CDU: Wer? Wir?)

 Diese Landesregierung im Land Rheinland-Pfalz. Wir vertreten auch in Berlin unsere rheinland-pfälzischen Interessen. Diese Landesregierung tut das. Ich tue das.

Da denke ich auch an diese 93 gerade von uns mitentwickelten Projekte im Land, bei denen wir nicht wollen, dass sie in Zukunft nicht gleiche Chancen haben, sondern dass sie das ausfüllen, was in ihren Anträgen steht.

Nun ergibt sich eine paradoxe Situation, Herr Baldauf. Ich kann verstehen, dass Sie nicht wissen, welchen Hut Sie aufhaben und ihn deswegen abgesetzt haben.

Nun steht plötzlich die BASF da und sagt das, was die GRÜNEN sagen, oder die GRÜNEN sagen das, was die BASF sagt. Eine solche Situation hat es für Sie noch nicht gegeben. Damit können Sie wohl keinen Umgang finden.

Die BASF sagt, wir wollen, dass Investitionen in Ökoenergie und in Energieeffizienz auch weiterhin in der Politik einen Stellenwert haben und damit weiterhin Investitionen ausgelöst werden.

Wenn darauf verzichtet wird und der Prozentsatz von 70 % gilt, den Herr Gabriel bei der Aufhebung bei zukünftigen Projekten bei der Ausnahme vom EEG angesetzt hat, bei der Eigenstromerzeugung, dann führt gerade das dazu, dass es nicht mehr passiert. Deswegen reden hier die Industrie und der Mittelstand mit den GRÜNEN und mit der rot-grünen Landesregierung aus einem Mund. Dass Ihnen das jetzt nicht passen kann und Sie damit einen Konflikt haben, das kann ich gerade noch verstehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Baldauf, CDU: Fragen Sie doch einmal die SPD!)

Frau Dreyer hat damit gar kein Problem. Frau Dreyer hat sich schon entsprechend geäußert.

(Baldauf, CDU: Der Herr Gabriel gehört zur SPD!)

Die Ministerpräsidentin und ich sind völlig einig, dass wir die Energieeffizienz weiterhin in den Mittelpunkt rücken wollen.

Deswegen haben wir auch ein flächendeckendes Beratungsangebot. Nicht nur die 93 anderen Projekte, die ich dazu zählen will, gehören mit hinein, sondern ein ganzes Netzwerk, ein Netzwerk, das sich mit Fragen der Energieeffizienz, mit Energieberatung und auch mit Passivhaus befasst. Wir präsentieren ganz viele Best-Practice-Beispiele aus diesem Land, machen Fachveranstaltungen und haben auch eigene Landesgebäude als Vorbild.

Ich will einmal einige Beispiele nennen: den Neubau der Anthropologie der Universität Mainz – er wurde auch mit dem Architekturpreis "Energie" ausgezeichnet –, den Anbau des Finanzamts in Kaiserslautern oder das Energiegewinngebäude der Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft in Trippstadt.

Das heißt, wir füllen das voll aus. Wir leben diese Politik. Das wollen wir auch weiterhin tun. Fast 100 Eff-Checks sind vorgenommen worden, und die Beratungsförderung mit den kleinen und mittelständischen Unternehmen, auch mit Hotels, mit Autohäusern, mit Weingütern oder dem Landauer Zoo, stehen ganz oben auf der Agenda, sind uns wichtig und sollen uns auch weiterhin wichtig sein.

Daneben überwachen wir natürlich auch den Markt; denn energieverbrauchsrelevante Produkte werden auch gern gefälscht, falsch gelabelt. Wir müssen dafür sorgen, dass den heimischen Produzenten nicht andere Produkte von außerhalb mit Nichteinhaltung dieser Vorschriften auf dem Markt in die Quere kommen und dann mit einem Preisdumping für Konkurrenz sorgen. Hier wollen wir für faire Preise in einem fairen Markt sorgen. Dazu zählt natürlich das Überwachen des Marktes – Sie wissen das –; denn auch bei dem entsprechenden Landesamt für Mess- und Eichwesen gab es Aufstockungen, um hier Energieeffizienz nachverfolgen zu können.

Wir haben eine ganze Menge neuer Maßnahmen vor. Viele Konzepte liegen in der Schublade, von der Einführung von Energieaudits und Angeboten angefangen, die wir den kleinen und mittleren Unternehmen, dem Mittelstand, anbieten können, um genauso vorbildlich zu werden wie an der Stelle die BASF, die ihre Nachhaltigkeitsstrategie verfolgt, bis hin zur Einführung von Richtlinien im Lande für eine energieeffiziente Beschaffung, die sich übrigens auch auf Artikel 16 der Energieeffizienzrichtlinie bezieht.

Ich denke, deswegen ist der Antrag der rot-grünen Regierungsfraktionen ein durchaus ausgewogener breiter Antrag, der sich mit allen Aspekten befasst, die zu berücksichtigen sind. Ich freue mich, wenn wir ihn auch in unserem Haus mit Leben erfüllen dürfen.

Danke schön.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. – Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/3206 –. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Somit ist der Antrag mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Alternativantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/3216 –. Wer diesem Alternativantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Stimmenthaltungen? – Somit ist der Antrag mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 12 der Tagesordnung:

Perspektiven der dualen Berufsausbildung in Rheinland-Pfalz Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der CDU und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksachen 16/2330/2549/3182 -

Kollege Brandl hat das Wort.

Abg. Brandl, CDU:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die duale Ausbildung in Deutschland und in Rheinland-Pfalz ist der Garant für einen starken Wirtschaftsstandort und die gute Ausbildung unserer Jugend. Auch ist die duale Ausbildung der zentrale Garant für eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz und auch in Deutschland. Es ist bemerkenswert, dass die duale Ausbildung erst in der Schulden- und Finanzkrise als Exportschlager für andere europäische Länder und auch für die USA von sich reden macht.

Durch die Institution der dualen Ausbildung ist es uns gelungen, das Wissen von Generationen von Facharbeitern zu sammeln, zu bündeln und verständlich an den Nachwuchs weiterzugeben. Gepaart mit dem Zweig der staatlichen Berufsbildung, die letztendlich die Theorie und weitere zentrale Bildungsinhalte an die Auszubildenden weitergibt, ist die duale Ausbildung ein zentrales Erfolgsmodell für die Stärke der deutschen Wirtschaft.

Der dualen Ausbildung kommt im Kampf gegen den Fachkräftemangel eine ganz zentrale Bedeutung zu. Sie ist in der Lage, junge Menschen zu besseren Bildungsabschlüssen zu führen und für ihre Ausbildungsreife zu sorgen. Neben anderen wichtigen Maßnahmen wie guten wirtschaftlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen oder den besseren Bedingungen für ältere Arbeitnehmer und für Frauen kommt vor allem der Migration von Fachkräften nach Deutschland und nach Rheinland-Pfalz eine ganz besondere Bedeutung zu.

(Beifall bei der CDU)

Gerade ohne die Migration in den Arbeits- und auch in den Ausbildungsmarkt wäre schon heute der Fachkräftemangel erheblich größer. Ich will an der Stelle nur an die sozialen Berufe erinnern, die sich tatsächlich nur durch Migration entsprechend mit Fachkräften behelfen können.

(Pörksen, SPD: Willkommenskultur!)

Diese Säule gilt es für die Zukunft mit einer positiven und vor allem einer gelebten Willkommenskultur zu stärken.

(Pörksen, SPD: Aha!)

Dafür muss auch die Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse in Rheinland-Pfalz in der Praxis endlich in Gang kommen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man nun diese verschiedenen Handlungsoptionen sieht, so wird schnell klar, dass es viele verschiedene Verantwortungsbereiche gibt, um die verschiedenen Herausforderungen zu lösen. Es ist daher unerlässlich, dass wir eine übergreifende, eine umfassende Gesamtstrategie zur Fachkräftesicherung benötigen. Leider haben wir außer Ankündigungen bis heute nichts auf dem Tisch, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Staatsministerin Frau Lemke: Das kritisieren wir nicht!)

 Frau Lemke, ich habe es heute zur Vorbereitung extra noch einmal nachgelesen. Zu Beginn dieser Legislaturperiode haben Sie die Bekämpfung des Fachkräftemangels als eines der zentralen politischen Ziele in den Mittelpunkt gerückt.

(Staatsministerin Frau Lemke: Ja!)

Nichtsdestotrotz bringen Sie es fertig, ohne große Not die Federführung in diesem Thema abzugeben. In der Novembersitzung haben Sie – übrigens im Widerspruch zu Ihrem Staatssekretär – das Thema nun der Ministerpräsidentin zugeordnet. Sie ist also nun die oberste Fachkräftespezialistin und wird uns vielleicht im Frühjahr erste Planungen präsentieren. Wir sind sehr gespannt.

Ich verstehe jedoch in diesem Zusammenhang Ihre Motivation nicht, Frau Ministerin. Was bringt eine Ministerin dazu, das wichtigste wirtschaftspolitische Thema, für das sie federführend verantwortlich sein kann, einfach so abzugeben? Warum übergeben Sie ohne Weiteres Kompetenzen Ihres Hauses? Es muss Ihnen doch ein zentrales Anliegen sein, dieses Projekt im Sinne der Wirtschaft zu steuern.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Was anderes haben Sie nicht in der Großen Anfrage gefunden?)

 Zu Ihnen komme ich noch, Frau Brede-Hoffmann. Da habe ich mir etwas ganz Besonderes überlegt.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Da bin ich aber gespannt!)

Neben der Gesamtstrategie ist jedoch insbesondere die Verantwortung für den Bildungsbereich und hierbei vor allem für den Berufsbildungsbereich in direkter Verantwortung der Landesregierung. Daher haben wir mit der vorliegenden Großen Anfrage wieder einen umfassenden Einblick in die Situation der dualen Ausbildung in Rheinland-Pfalz gewonnen. Wir erkennen darin auch sehr schnell, dass wir es mit einem starken Wandel des Ausbildungsmarktes zu tun haben. Ja, ich würde sagen, wir haben es mit einem Paradigmenwechsel bei der dualen Ausbildung zu tun.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Oh je!)

Diese grundlegende Änderung zeigt, dass sich der Ausbildungsmarkt von einem Nachfrage- zu einem Angebotsmarkt entwickelt. Während die Zahl der Ausbildungsplätze sowie die Zahl der Bewerber signifikant zurückgehen, steigt die Zahl der unbesetzten Ausbil-

dungsplätze. Gleichzeitig sinkt die Zahl der unversorgten Bewerber nahe null. Das heißt, wir können schon fast von einer Vollbeschäftigung im Ausbildungsmarkt sprechen.

Meine Damen und Herren, die Ausbildungsbetriebe beklagen aber eine mangelnde Ausbildungsfähigkeit von Bewerbern. Veränderte Ausbildungspräferenzen und eine mangelnde Mobilität verschärfen das Problem, geeignete Auszubildende zu finden. In Rheinland-Pfalz befinden sich zurzeit rund 74.000 junge Menschen in einer dualen Berufsausbildung. Im Jahr 2012 wurden 28.400 Verträge neu geschlossen, davon 57 % in Industrie und Handel und 30 % im Handwerk.

Von den 29.000 Bewerbern für eine duale Ausbildung blieben lediglich 514 unversorgt. Diese Zahlen änderten sich im neuen Jahr nur marginal. Mehr freie Stellen und weniger unversorgte Bewerber kennzeichnen derzeit unseren Ausbildungsmarkt. Das kommt dieser Vollversorgung sehr nahe.

Die Trendwende am Ausbildungsmarkt wird aber auch dadurch belegt, dass öffentliche Angebote an überbetrieblicher Ausbildung stark abnehmen.

Gleichzeitig steigt in Rheinland-Pfalz die Zahl der unbesetzten Lehrstellen weiter an. Waren es 2010 erst 843 unbesetzte Lehrstellen, so sind es 2013 bereits fast 1.300 unbesetzte Lehrstellen. Besonders betroffen sind die Ausbildungsstellen im Bereich der Verkäufer und des Einzelhandels sowie der lebensmittelverarbeitenden und serviceorientierten Berufe.

Die Zahl der aktuell geschlossenen Ausbildungsverträge sinkt sehr stark. Das muss man sich einmal überlegen. Es gibt einen Rückgang von 5 % bei den geschlossenen Ausbildungsverträgen im letzten Jahr. Das ist eine richtige Hausnummer. Das sind 5 % weniger junge Menschen, die in die duale Ausbildung gehen wollen. Das ist nicht nur ein demografisches Problem, sondern auch ein Problem der dualen Ausbildung und des Rufes.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man sieht, dass immer mehr Schüler das Abitur machen und später studieren wollen, dann sieht man, dass diese Entwicklung, wenn sie sich fortsetzt, massiv zum Fachkräftemangel beitragen wird. Somit wird dadurch die Wirtschaftskraft und unser Wohlstand auf eine harte Probe gestellt.

Ich glaube, das Bild mit den zu vielen Häuptlingen, wo es keine Indianer mehr gibt, passt an der Stelle sehr gut. Wir müssen aufpassen, dass sich diese Entwicklung nicht dramatisch verschärft und die Fachkräfte, die unseren Wirtschaftsstandort so groß gemacht haben, nicht mehr verfügbar sind.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Was sind die richtigen Forderungen? Die richtige Forderung kann nur sein, dass wir uns alle auch im Parlament viel stärker für die Chancen der dualen Ausbildung engagieren, dass wir für die Chancen der dualen Ausbildung und für unser durchlässiges Bildungssystem wer-

ben, anstatt dem Akademisierungswahn das Wort zu reden, meine Damen und Herren.

Letztendlich haben die Auszubildenden sehr gute Perspektiven. Das muss man draußen verankern. Das muss man den jungen Leuten sagen. 64 % werden direkt von ihrem Ausbildungsbetrieb übernommen. Einen Monat nach Ausbildungsende sind knapp drei Viertel erwerbstätig, wohingegen nur 17 % auf Stellensuche sind. Ein Jahr später sind es nur noch 9 %, die keine direkte Beschäftigung gefunden haben. Eine duale Ausbildung ist tatsächlich ein Garant für einen guten Einstieg in die Berufswelt.

Ich will an der Stelle eine Lanze für die Meisterausbildung brechen. Die Meisterausbildung ist ein Erfolgsmodell, passgenau zur dualen Ausbildung gestaltet. Das muss weiterhin insbesondere gegen mögliche Vorstöße aus der europäischen Politik verteidigt und gefördert werden. Wir bekennen uns klar zur Meisterbildung. Der Meisterbrief steht für wirksamen Verbraucherschutz in zahlreichen Branchen und gewährleistet als Bildungsziel zugleich die hohe Attraktivität und Konkurrenzfähigkeit einer Ausbildung im Handwerk im Wettbewerb mit anderen Ausbildungsangeboten.

Meine Damen und Herren, wenn wir über die duale Ausbildung sprechen, dann muss ich ein Wort zur aktuellen Mindestlohndebatte verlieren. Wenn es uns nicht gelingt, im neuen Mindestlohngesetz Ausnahmen für Auszubildende zuzulassen, dann werden wir uns in Zukunft einen Teil dieses Erfolgsmodells duale Ausbildung kaputt machen. Wenn Arbeitgeber ihren Auszubildenden 8,50 Euro Stundenlohn ohne Ausnahme bezahlen müssen, dann werden gerade die kleinen Betriebe, die heute noch bestrebt sind auszubilden, sehr genau überlegen und kalkulieren müssen, ob sie sich das leisten können. Ich komme aus einer kleinen Handwerkerfamilie. Wir haben sehr viele Auszubildende zu einer erfolgreichen Abschlussprüfung geführt. Wenn dies über die drei Jahre mit 8,50 Euro honoriert werden müsste, dann wäre das für einen kleinen Betrieb kaum finanzierbar. Darüber müssen wir uns im Klaren sein.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dass nicht alle Ausbildungsplätze besetzt werden, liegt nach Aussage der Ausbildungsbetriebe an einer mangelnden Ausbildungsfähigkeit der jungen Menschen. Im Rahmen einer IHK-Umfrage aus dem Jahr 2012 gibt jedes fünfte Unternehmen an, Ausbildungsplätze nicht besetzen zu können. Zu 77 % geben diese Betriebe die mangelnde Ausbildungsfähigkeit der jungen Menschen als Grund an. An der Stelle muss die Landespolitik Flagge zeigen. Hier ist die Bildungspolitik gefragt, diese jungen Menschen zu einer Ausbildungsfähigkeit zu bringen und die Ressourcen zielgenau einzusetzen, damit diese 5 % bis 6 %, die wir im Moment noch auf dem Arbeitsmarkt haben und die sehr schwer eine Stelle finden, so qualifiziert werden, dass sie in den Betrieben ausgebildet werden können.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, über die Berufsschulen haben wir schon gestern Abend diskutiert. Die Berufsschu-

len stehen vor einer grundlegenden Veränderung. Zum einen nimmt die Zahl der Berufsanfänger in den dualen Bildungsgängen ab. Ganze Bildungsgänge stehen zur Disposition. Zum anderen müssen die berufsbildenden Schulen diesen Herausforderungen einer schrumpfenden und sich stark verändernden Schülerschaft mit unzureichenden Ressourcen begegnen.

Meine Damen und Herren, wir wissen schon heute, was das heißt. Gerade im Wettbewerb zwischen den Bundesländern ist es wichtig, mit Innovation und Schnelligkeit gute Lösungen gegen den Fachkräftemangel zu entwickeln und sie umzusetzen. Das ist das, was ich gestern Abend schon klargemacht habe. Eine Evaluation der Maßnahmen im Bildungsbereich ist dringend erforderlich. Es ist fahrlässig, dass die Verbesserung der Unterrichtsversorgung der berufsbildenden Schulen bei bloßen Absichtserklärungen bleibt. Das sage ich noch einmal ganz deutlich.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Frau Brede-Hoffmann, wenn Sie die berufsbildenden Schulen mit dauerhaft rund 6 % Unterrichtsausfall im Regen stehen lassen, dann darf man sich nicht wundern, wenn der Fachkräftenachwuchs in diesem Land ausbleibt. Dieser Punkt ist untrennbar mit der Wirtschaftspolitik im Land verbunden. Davor können Sie die Augen nicht verschließen.

(Zuruf der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

 Es ist schön, dass Sie es sagen. Als Nachhilfestunde für gestern Abend, vielleicht haben Sie nicht zugehört, sage ich: Ich gebe Ihnen einen Tipp, es ist keine 4 vor dem Komma.

Ansonsten kann ich die ganzen Unterrichtsausfälle der letzten zehn Jahre vorlesen: Es beginnt bei $6,3\,\%$, dann $7\,\%$, $5,3\,\%$, $5,5\,\%$, $6,9\,\%$. So setzt sich das fort, Frau Brede-Hoffmann.

Sie können das nicht als Erfolgsmodell verkaufen. Wir haben einen massiven Unterrichtsausfall in berufsbildenden Schulen. Das gefährdet letztendlich die Qualität der dualen Ausbildung in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen. Die Große Anfrage zeigt eindrucksvoll, dass Rheinland-Pfalz vor einem erheblichen Fachkräftemangel in allen Bereichen und Regionen steht. Die duale Ausbildung ist noch immer ein Garant für einen erfolgreichen und sicheren Start ins Berufsleben. Deshalb müssen wir dafür weiter massiv werben.

Die berufsbildenden Schulen sind zu schlecht ausgestattet, um diesen Vorhaben Rechnung zu tragen. Im Gegensatz zu den Ankündigungen der Landesregierung ist keine deutliche Verbesserung bei den berufsbildenden Schulen zu erkennen.

Für diese drängenden Probleme haben wir es in den Haushaltsberatungen angekündigt. Dort hatten wir Alternativen wie zum Beispiel eine klare Schwerpunktsetzung zur Wiedereinführung der Schülerbeförderungsgebühren angeregt, um eine 100 %ige Unterrichtsversorgung anbieten zu können.

(Glocke der Präsidentin)

Alles Weitere steht auch in dem Antrag von gestern Abend. Dort werden weitere Lösungswege beschrieben.

Frau Präsidentin, in diesem Sinne werbe ich heute vor dem Hintergrund unserer Großen Anfrage für größere Anstrengungen für die duale Ausbildung in Rheinland-Pfalz, die spürbar nachzuvollziehen sind.

(Dr. Weiland, CDU: Dringend notwendig!)

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Mitglieder der Kreishandwerkerschaft Bitburg-Prüm als weitere Gäste im Landtag begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Guth das Wort.

Abg. Guth, SPD:

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Brandl und insbesondere auch die Damen und Herren der Kreishandwerkerschaft, bei denen wir vor wenigen Wochen waren, um gerade wegen des Themas "Fachkräftesicherung und Ausbildung" den Dialog zu suchen! Es ist ein schöner Zufall, dass Sie heute hier sind, wenn wir über das Thema der dualen Ausbildung und Fachkräftesicherung im Landtag debattieren.

Herr Kollege Brandl, ich glaube aber, wir sind uns in der Einschätzung einig, dass die duale Ausbildung das deutsche Erfolgsmodell ist. Viele in Europa und darüber hinaus beneiden uns um dieses System. Wir wollen alles dafür tun, dass es auch in Zukunft Früchte trägt und wir Fachkräfte im Handwerk, in der Industrie und im verarbeitenden Gewerbe sichern können. Da sind wir nicht weit voneinander entfernt.

Ich muss natürlich einiges relativieren, was Sie gerade dargestellt haben; denn gerade diese Landesregierung und die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen unheimlich viel, um die Fachkräfte in Rheinland-Pfalz zu sichern und junge Leute zu qualifizieren, um somit den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz zu stärken.

Die duale Berufsausbildung ist ein zentrales Element unseres wirtschaftlichen Erfolges. Nach einer fundierten Ausbildung stehen den jungen Menschen alle beruflichen Entwicklungsperspektiven offen, mittlerweile bis hin zum Studium, was wir hier in Rheinland-Pfalz realisiert

haben. Übrigens war die CDU lange Jahre dagegen, dass wir das Studium für beruflich Qualifizierte öffnen. Der Erfolg gibt uns mittlerweile recht.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Brandl, um das auch gleich geradezurücken, es gibt eine ganz neue Kampagne vom November letzten Jahres, die "Nach Vorne führen viele Wege" heißt. Sie wurde am Ovalen Tisch unter der Federführung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Wirtschaftsministerin Eveline Lemke, aber auch mit allen anderen Akteuren des Ovalen Tisches entwickelt, mit der Landesvereinigung Unternehmerverbände (LVU), Gewerkschaften und Kammern. Demnach werden erstmals zusammenhängend die verschiedenen Bildungsoptionen in den verschiedenen Lebensphasen dargestellt, insbesondere die Chancen der betrieblichen Aus- und Weiterbildung.

Weil Sie sagen, wir warten schon das ganze Jahr und die ganze Legislaturperiode darauf, den Ovalen Tisch gibt es seit vielen Jahren. Nur die Zielsetzung hat sich jetzt geändert. Vor einigen Jahren ging es noch darum – wir hatten viele junge Leute, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben –, Leute in Ausbildung zu bringen und Ausbildungsplätze bereitzustellen. Damals wurde durch diese Maßnahmen vielen Tausend Jugendlichen eine Berufs- und somit Lebensperspektive eröffnet.

Jetzt hat sich die Zielsetzung des Ovalen Tisches geändert. Sie haben es angesprochen – auch da sind wir uns in der Einschätzung einig –, heute geht es darum, Fachkräfte für den Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz zu sichern und junge Leute zu qualifizieren, damit sie qualifizierte Fachkräfte werden und somit in den Beruf einsteigen können. Sie haben Ihre Große Anfrage angesprochen. Ich bin dankbar, dass wir heute darüber debattieren können.

Wir müssen weiterhin für die duale Ausbildung bei Schülern und Eltern, aber auch bei den Betrieben werben, damit sie weiterhin ausbilden; denn das Bundesinstitut für Berufsbildung warnt sogar davor, dass sich manche Unternehmen und Betriebe von der eigenen Ausbildung zurückziehen, weil sie nicht mehr die notwendigen und gegebenenfalls geeigneten Bewerber finden. Das stammt aus einem Pressebericht vom November des letzten Jahres. Herr Präsident Esser sagt, ein weiterer Rückzug der Betriebe gefährdet die Leistungsfähigkeit des dualen Systems. Diese Warnung müssen wir ernst nehmen und darauf entsprechend reagieren.

In der Tat, die Botschaft haben wir vernommen. Wenn wir die Zahlen anschauen, die sich aufgrund der Großen Anfrage ergeben, sank bundesweit sowohl das Ausbildungsangebot als auch die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen. Hier droht eine ungute Entwicklung auch aufgrund der zurückgehenden Schülerzahlen in Rheinland-Pfalz.

Deshalb will ich an dieser Stelle einmal ganz deutlich Danke sagen an die Ausbildungsleiter in den größeren Betrieben, an die vielen kleinen und mittleren Betriebe, die mit viel Zeitaufwand, Engagement und Leidenschaft junge Menschen ausbilden und damit den Grundstein für eine Berufs- und somit Lebensperspektive, aber auch die Basis für unseren Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz legen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Die Antworten haben ergeben, dass 70 % der Betriebe in Rheinland-Pfalz ausbilden. Bei den restlichen 30 % sind es oftmals strukturelle oder altersbedingte Gründe, warum nicht ausgebildet werden kann oder nicht ausgebildet wird. Aber der Bedeutung von Ausbildung insbesondere auch zur Fachkräftesicherung des Wirtschaftsstandorts sind sich alle bewusst. Deshalb an dieser Stelle einen Riesendank und ein Riesenkompliment an alle, die sich mit Ausbildung beschäftigen, sei es in der berufsbildenden Schule, sei es in den Betrieben oder sei es auch ehrenamtlich, um Auszubildende zu unterstützen.

Klar ist auch, es darf uns kein junger Mensch verloren gehen. Wir brauchen eine Kultur der zweiten oder dritten Chance auch für die, die es beim ersten Mal nicht geschafft haben, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, oder auch für die, die eine Ausbildung abgebrochen haben. Meines Erachtens geben die Zahlen her, dass wir für mein Empfinden eine relativ hohe Abbrecherquote bei den Ausbildungsplätzen haben.

Da gilt es, die Betreffenden frühzeitig an die Berufe heranzuführen und frühzeitig klarzumachen, auf welchen Beruf und auf welche Ausbildung man sich einlässt, damit die Abbrecherquote deutlich reduziert werden kann. Das haben wir alle vor uns und uns als Ziel gesetzt

Ein Baustein für eine gute Ausbildung und für gute Fachkräfte wird aber viel früher gelegt. Wenn es nach der Handwerkskammer Rheinhessen geht, soll das sogar schon in der Kita erfolgen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sie haben wahrscheinlich alle den Bericht "Kleine Entdecker" in der Dezemberausgabe der Handwerkskammer Rheinhessen gelesen. Hier wird spielerisch dargestellt, dass beispielsweise Tische und Stühle nicht vom Himmel fallen, sondern mit Handwerksarbeit erstellt werden. Das finde ich eine schöne Aktion, die sozusagen Bildung von Anfang an darlegt. Hier versucht das Handwerk, wirklich bei den Kleinsten anzusetzen.

Was nicht schön ist, ist die zweite Schlagzeile auf der gleichen Seite, dass die Zahl neuer Lehrverträge weiter rückläufig ist. Hier haben die Kammern und wir alle die Verantwortung, die notwendigen Weichen richtig zu stellen.

Aber ich spreche wieder "Von der Kita zur Schule" an. Hier wird auch der Baustein gelegt. Herr Kollege Brandl hat es angesprochen. Die Schulen haben es geschafft – um das einmal deutlich zu sagen –, die Zahl der Schüler ohne Abschluss zu halbieren. Ich glaube, es ist eine großartige Leistung, dass man nicht schaut, was die Schülerinnen und Schüler machen, wenn sie die Schule ohne einen Abschluss verlassen, sondern durch verschiedene Maßnahmen – beispielsweise auch durch das Pilotprojekt "Keiner ohne Abschluss" – eine Erfolgsquote

von 80 % erzielt hat. Da müssen wir ansetzen. Es darf keiner die Schule ohne einen Abschluss verlassen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Weiterhin werden Praxistage angeboten, bei denen Schülerinnen und Schüler einen Tag pro Woche im Betrieb sein können. Das ist auch ein wichtiges Instrument, um zu sehen, was ich da lerne und wofür ich mich bewerbe, um die Abbrecherquote in Zukunft entsprechend zu reduzieren.

Ein ganz wichtiges Instrument und eine ganz wichtige Maßnahme, weil Sie danach fragen, was überhaupt gemacht worden ist, ist die Tatsache, dass wir eine Rahmenvereinbarung zwischen dem Bildungs- und Arbeitsministerium und der BA, den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern sowie der LVU über die Zusammenarbeit von Schule, Berufsberatung und Wirtschaft im Bereich der Berufswahlvorbereitung und Studienorientierung in Rheinland-Pfalz abgeschlossen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Gäste, liebe junge Leute, wir versuchen, die Weichen in Rheinland-Pfalz entsprechend richtig zu stellen, um insbesondere den jungen Leuten gute Startchancen in Beruf und Studium zu geben, und versuchen, da, wo es klemmt, entsprechend nachzubessern.

Auch die Einrichtung der Servicestelle Berufsorientierung beim Pädagogischen Landesinstitut war ein wichtiger Schritt und hat beispielsweise einen Wunsch der Kammern erfüllt. Es gibt eine Reihe von Maßnahmen und viele hervorragende Projekte zwischen Schule und Wirtschaft.

Da sind in der Vergangenheit regelrechte Partnerschaften abgeschlossen worden, bei denen einerseits junge Menschen einen Einblick in das Unternehmen und in den Beruf erhalten und andererseits die Unternehmen selbst ihre Fachkräfte der Zukunft sichern. Wir hatten Gelegenheit, als SPD-Fraktion vier dieser Betriebe zu besuchen und diese vorbildliche Aktion mitzunehmen und zu versuchen, auch an anderer Stelle dafür zu werben.

Es war ein richtiger und wichtiger Schritt, in Rheinland-Pfalz in enger Zusammenarbeit mit den Kammern den Hochschulzugang auch ohne Abitur zu eröffnen. Ich sagte das zu Beginn bereits. Lassen Sie uns gemeinsam gerade in den nächsten Jahren bei Eltern dafür werben, dass ihren Kindern bei einer fundierten und werteorientierten dualen Ausbildung alle Türen offen stehen. Um abschließend auf Ihren Titel der Großen Anfrage einzugehen, die Perspektiven der dualen Berufsausbildung sind gerade in Rheinland-Pfalz hervorragend.

(Heiterkeit des Abg. Brandl, CDU)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Vielen Dank. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Steinbach das Wort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte aber noch einmal daran erinnern, dass die Tribüne in Ihre Reden nicht einzubeziehen ist.

Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Die Frage nach der Nachwuchs- und Fachkräftesicherung in Rheinland-Pfalz ist eine der zentralen Herausforderungen für den künftigen Erfolg der heimischen Wirtschaftsunternehmen; eine zentrale Herausforderung für Handwerk, Industrie und Handel.

Dabei sorgen die rheinland-pfälzischen Unternehmen und Kammern durch Aus- und Weiterbildungsangebote schon heute dafür, Perspektiven für eine zukunftsorientierte Personalpolitik zu geben. Wir als Politik sind dafür verantwortlich, die zahlreichen Bemühungen zu unterstützen und gemeinsam mit den betreffenden Akteuren im Land für einen Rahmen zu sorgen, der Arbeit, Wohlstand und Ausbildung in Rheinland-Pfalz dauerhaft sichert, meine Damen und Herren.

Dazu ist diese Landesregierung im regen Austausch beispielsweise mit den Wirtschaftsverbänden. Herr Kollege Guth hat den Ovalen Tisch schon angesprochen, an dem sich alle beteiligten Akteure versammeln und regelmäßig darüber sprechen, welche weiteren Entwicklungsschritte vorzunehmen sind.

Lieber Herr Brandl, wenn Sie kritisieren, da habe keiner den Hut so richtig auf, dann muss ich sagen, gerade das Zusammenführen der verschiedenen Kompetenzen und Zuständigkeiten in der Landesregierung – vom Wirtschaftsministerium über das Bildungsministerium bis hin zur Ministerpräsident in –, glaube ich, ist eine große Qualität und große Stärke.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Auch wir aus der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legen Wert auf einen regen Austausch mit den Kammern und werben dafür, dass das duale Ausbildungssystem in seinem Bestand fortentwickelt wird. Dieses weiter zu stärken, sehen wir als zentralen Baustein einer auf die Zukunft ausgerichteten Wirtschaftspolitik an.

Mit unseren Entschließungsanträgen zum Doppelhaushalt "Nachwuchs und Qualitätssicherung für ein erfolgreiches Handwerk in Rheinland-Pfalz" und "Wirtschaftsstandorte in Rheinland-Pfalz erfolgreich heute und in der Zukunft" haben wir bereits im vergangenen Jahr ein Zeichen gesetzt, dass wir der Nachwuchssicherung von Industrie und Handwerk eine hohe Bedeutung zumessen. Nicht zuletzt der Antrag, den wir gestern verabschiedet haben, bringt dies in seiner klaren Äußerung zur Berufsorientierung an Schulen zum Ausdruck. Wir wollen uns dem in der Zukunft noch stärker als heute widmen.

Ich bedauere es daher sehr, dass die CDU nicht dazu bereit war, diese Anträge jeweils zu unterstützen. Das ist auch ein klares Zeichen an die Unternehmen und Wirtschaftsverbände im Land, wie ernst der CDU die Frage der Nachwuchs- und Fachkräftesicherung jenseits der Aussprache von Großen Anfragen tatsächlich ist und inwieweit sie dabei bereit ist, über parteipolitische Grenzen hinweg einen konstruktiven Dialog zu führen und Probleme in diesem Bereich zu lösen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD – Dr. Weiland, CDU: Mit wem?)

Wir für unseren Teil werden diesen Dialog im Land stetig fortsetzen und gemeinsam mit Unternehmen, mit Wirtschaftsverbänden, mit Kammern und mit Gewerkschaften Strategien und Maßnahmen entwickeln und zukunftsweisende Vorhaben weiterhin unterstützen.

Die Antworten auf die Große Anfrage der CDU zeigen, dass die Zahl der gemeldeten Bewerberinnen in Rheinland-Pfalz 2012 leicht gestiegen ist, wobei die abgeschlossenen Ausbildungsverträge in diesem Jahr leicht rückläufig waren. Dies ist ein Trend, den wir nicht alleine in Rheinland-Pfalz zu verzeichnen haben, sondern der sich leider bundesweit fortsetzt.

Die Berufsorientierung und Verstärkung der Berufsorientierung kann einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, den Abstand zwischen Ausbildungsangeboten und Ausbildungsnachfrage weiter zu verringern. Hier bedarf es weiterer Informationsangebote für junge Menschen, die diesen die Alternativen sowie Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt durch die duale Ausbildung aufzeigen.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir es ausdrücklich und unterstützen das Vorhaben der Handwerkskammern in Rheinland-Pfalz, die Berufsorientierung mit Blick auf weiterführende Schulen weiterzuentwickeln.

Diesbezüglich ist von den Kammern geplant, im Jahr 2015 ein Pilotprojekt aufzusetzen, mit dessen Förderung in Rheinland-Pfalz sie tatsächlich eine bundesweite Vorreiterrolle in der Frage der Berufsorientierung an den weiterführenden Schulen übernehmen würden.

Auch das duale Studium bietet im Rahmen der Fachkräftesicherung für alle Beteiligten besondere Vorteile. Den jungen Menschen ist es möglich, ihren Studienwunsch zu verwirklichen. Sie erhalten dabei eine betriebsnahe Vorbereitung auf das spätere Berufsleben. Gleichzeitig gewinnen die Unternehmen qualifizierte Nachwuchskräfte, die sie gezielt und in verhältnismäßig kurzer Zeit auf eine verantwortungsvolle Tätigkeit im Unternehmen vorbereiten können.

Somit sind duale Studiengänge ein wichtiger Baustein für eine sowohl innovative als auch nachhaltige Personalpolitik. Aus diesem Grund werden wir uns weiter dafür einsetzen, Angebote des dualen Studiums in Rheinland-Pfalz auszubauen, zu erweitern, zu verbessern und zu überprüfen.

Meine Damen und Herren, das sind die konkreten Schritte in eine zukunftsfähige Politik für Ausbildung und Fachkräftesicherung für junge Menschen in Rheinland-Pfalz.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Herr Kollege Heinisch, Sie haben das Wort.

Abg. Heinisch, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn wir uns die Ergebnisse der Großen Anfrage der CDU-Fraktion zu den Perspektiven der dualen Berufsausbildung ansehen, sollten wir vor allen Dingen zwei Perspektiven vor Augen haben: Die duale Berufsausbildung ist eine der tragenden Säulen dafür, dass junge Menschen in unserem Land Perspektiven haben, und sie ist auch eine tragende Säule dafür, dass wir eine gute wirtschaftliche Entwicklung haben können.

Bei den Perspektiven für die jungen Menschen können wir derzeit durchaus eine differenzierte Entwicklung sehen. Herr Brandl, ich denke, Sie haben das so skizziert, dass es eine Entwicklung von einem Nachfragemarkt zu einem Angebotsmarkt gibt. Ich würde sagen, die Trends, die die Zahlen offenbaren, sind etwas differenzierter.

Wir können einerseits sehen, dass sich die Zahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber weiterhin auf einem relativ hohen Niveau bewegt. Andererseits können wir aber auch feststellen, dass zunehmend die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze steigt. Ich denke, wir sollten diese Zahlen nicht unbedingt als ein Alarmsignal werten, weil ein gewisser Überhang an Angeboten an Ausbildungsplätzen gerade gut ist, wenn wir ein auswahlfähiges Angebot haben möchten. Darin sollten wir nicht sofort ein Alarmsignal sehen.

Mit der Zahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber sollten wir uns aber nicht zufriedengeben. Jede unversorgte Bewerberin, jeder unversorgte Bewerber ist einer zu viel. Insofern sollten wir weiterhin entsprechende Anstrengungen an den Tag legen, um auch von den Zahlen weiter runterzukommen. 500 pro Jahr ist durchaus eine Zahl, die problematisch gewertet werden kann.

Um dem zu begegnen, setzt die Landesregierung gerade auf eine enge Verzahnung von Arbeitsmarkt, von wirtschaftspolitischen Kompetenzen, von sozialpolitischen Kompetenzen und auch der Bildungspolitik. Wir haben gestern über eine Stärkung der Berufsorientierung an den Schulen gesprochen. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Ansatz, um den entsprechenden Trends zu begegnen und für bessere Übergänge zu sorgen.

Wie man es erfolgreich macht, die verschiedenen Kompetenzen zu verzahnen, zeigt gerade der Ovale Tisch der Landesregierung für Ausbildung und Fachkräftesicherung, an dem die beteiligten Ressorts mit den

Playern außerhalb der Landesregierung – mit der Arbeitgeberseite, mit den Gewerkschaften, mit der Bundesagentur für Arbeit – an einem Tisch sitzen. Da haben wir alle Beteiligten an einem Tisch. Dieser Prozess muss unbedingt fortgeführt werden.

Wenn wir über Ausbildung reden, muss es auch um die Attraktivität der Angebote an den berufsbildenden Schulen gehen. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des Rückgangs der Schülerinnenzahlen ist es durchaus ein klares Bekenntnis zur berufsbildenden Schule, dass sich die Koalition, dass sich die Landesregierung entschieden hat, im Zusammenhang mit dem Klemm-Gutachten mehr als 150 zusätzliche Stellen für die berufsbildenden Schulen bereitzustellen, um dort die Unterrichtungsversorgung deutlich zu verbessern. Wenn Sie von Tatenlosigkeit reden, haben Sie das nicht gelesen oder wollen das nicht zur Kenntnis nehmen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Er will nicht!)

Da gibt es eindeutige Beschlüsse gerade im Zusammenhang mit zurückgehenden Schülerinnenzahlen. Wenn gesagt wird, wir setzen zusätzliche Stellen ein, ist das ein ganz klares Bekenntnis zur berufsbildenden Schule. Das dürfen Sie nicht ignorieren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es wird aber weiterhin eine wichtige Aufgabe bleiben – auch für die kommunale Schulentwicklungsplanung –, gemeinsam mit den Betrieben, den Schulen und über die Kreisgrenzen hinweg die berufsbildenden Schulen so zu entwickeln, dass wir in der Fläche ein gutes Angebot an schulischen Möglichkeiten haben.

Es ist in Zeiten des demografischen Wandels wichtig, dass wir auch diese Aufgabe ernst nehmen. Insofern ist die Schulentwicklungsplanung auf kommunaler Ebene – gerade was die berufsbildenden Schulen betrifft – ein ganz interessantes Feld, auf das wir alle auch in unseren Wahlkreisen sehr genau schauen sollten.

Mainz hat jetzt zum Beispiel gemeinsam mit dem Landkreis eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung gemacht. Es war nie so, dass in diesem Bereich die Kreisgrenzen Barrieren waren. Da ging schon immer viel über die Kreisgrenzen hinweg, aber das systematisch gemeinsam kommunal zu entwickeln – gemeinsam mit dem Land, das natürlich auch immer mitzureden hat, welche Angebote es vor Ort gibt –, ist eine Aufgabe, die wir weiter vorantreiben müssen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte zusammenfassen: Wir brauchen in unserem Land eine starke Ausbildung im dualen System für die Betriebe, die gut qualifizierte Fachkräfte brauchen, und für die jungen Menschen, die gute Perspektiven brauchen. Insofern müssen wir in unserem Land diese Prozesse weiterführen und müssen gemeinsam mit der

Landesregierung, mit dem Ovalen Tisch und in den Kommunen mit einer starken Vernetzung daran arbeiten, um auf dem Weg weitergehen zu können.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Landesregierung hat Frau Staatsministerin Lemke das Wort.

Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:

Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Herr Brandl, vielleicht habe ich Sie falsch verstanden. Ich bin Herrn Abgeordneten Heinisch sehr dankbar, dass er noch einmal erklärt hat, wie sich der Unterrichtsausfall darstellt. Sie haben einen Konnex hergestellt, den ich äußerst schwierig finde. Sie haben gesagt, der Fachkräftenachwuchs bleibt aus, und dies damit begründet, weil die berufsbildende Schule ausfällt.

Ich bin Mutter von vier Kindern. Das sind mittlerweile junge Erwachsene. Ich habe insbesondere mit meinen Jungs Phasen durchgemacht. Bei diesen war die Berufsorientierung eine richtig schwierige Sache. Man diskutiert als Eltern mit den Jungs und redet sich den Mund fusselig. Wenn ich denen zu diesem schwierigen Zeitpunkt gesagt hätte, macht eine Lehre, da fällt der Unterricht aus, dann hätten sie gesagt: Mach' ich sofort, Mama. –

Herr Brandl, ich finde Ihren Konnex wirklich schwierig. Er ist auch fachlich falsch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich möchte es zu Ende bringen. Meine Jungs sind orientiert in der Ausbildung. Der eine ist jetzt fertig. Ich möchte Ihnen eines sagen. An dieser Stelle müssen wir vielleicht einmal Ihren Ausdruck "Der Fachkräftenachwuchs bleibt aus" mit dem begründen, was auch als Antwort auf die Anfrage gegeben wurde.

Darin steht nämlich Folgendes: Das Angebot sank aufgrund der Demografie bedingt um 21,3 %. – Das heißt, wir haben weniger Jugendliche gehabt.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das hat Herr Brandl aber noch nicht gemerkt!)

Das haben Sie noch nicht gemerkt. Deswegen ist auch das Sinken des Angebots an Ausbildungsplätzen längst nicht so, wie Sie das dargestellt haben. Sie müssen dann schon die Statistik richtig lesen.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist unser Problem, dass wir immer weniger junge Leute haben, die sich bei dem größer werdenden Angebot Sie haben das selbst dargestellt – so orientieren müssen, dass sie ihren ganz individuellen Weg finden.

(Unruhe im Hause)

Ich glaube – darauf hat Herr Guth eben hingewiesen –, dass genau der Punkt der Orientierung, nämlich wie sich junge Leute heute orientieren, von allen Partnern des Ovalen Tischs aufgenommen wurde. 50 Schulen haben sich am 18. November beteiligt. Wir wollen das Ganze jährlich wiederholen. Es soll in einem Format ähnlich wie dem Girls' Day verstetigt werden, an dem wir Mädchen für MINT-Berufe begeistern wollen.

(Unruhe im Hause)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Frau Ministerin, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Der Geräuschpegel ist so hoch, dass die Kolleginnen und Kollegen, die zuhören wollen, wahrscheinlich gar nichts mehr verstehen.

Bitte schön. Frau Ministerin.

Frau Lemke, Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung:

Offenbar interessiert sich die CDU doch nicht so für die tieferen Hintergründe dieser Entwicklung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Brandl, ich bin bei dem nächsten Punkt, an dem ich Sie vielleicht falsch verstanden haben könnte. Ich fände das höchst erstaunlich.

(Vizepräsident Dr. Braun übernimmt den Vorsitz)

Herr Brandl, Sie haben gesagt, wir wären nachlässig gewesen und hätten das Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz zur Anerkennung von ausländischen Ausbildungsabschlüssen nicht umgesetzt. Ich war erstaunt. Ist das eine Kritik an den Kammern?

Verstehe ich Sie richtig? Ich meine, wir sind die letzten eineinhalb Jahre sehr erfolgreich mit den Kammern hierin unterwegs gewesen, die das umsetzen und dafür sorgen, dass die Abschlüsse überprüft werden und es Spezifizierungen gibt, sodass wir genau wissen, wo die Fachleute sind, die uns sagen können, welcher Ausbildungsabschluss welche Wertigkeit hat.

Ich fände es höchst erstaunlich, dass das ausgerechnet von Ihnen kommt; denn ich kann das nicht bestätigen.

(Guth, SPD: So ist es!)

Es ist ungefähr ein halbes Jahr her, dass wir das Gesetz zur Anerkennung von ausländischen Abschlüssen beschlossen haben. Es funktioniert ausgesprochen gut. Ich habe von den Kammern hieran noch keine Kritik gehört. Ich erlebe, dass sie offenbar auch dieser Aufgabe, die sie freiwillig übernommen haben, ausgesprochen gut nachkommen. Das lässt sich sicherlich noch klären.

Es ist noch eine weitere Klarstellung vorzunehmen. Es geht um den Personenkreis, der insgesamt betrachtet werden muss, wenn man einer Fachkräftestrategie nachkommen will. Es sind nicht nur die Jugendlichen, die besser orientiert werden wollen. Es geht auch um Frauen, die wieder in das Berufsleben einsteigen wollen, oder Menschen, die länger arbeiten wollen, aber vielleicht unter anderen Bedingungen, weswegen lebensphasenorientierte Personalpolitik ein wichtiges politisches Thema ist.

Ich nenne Gründungen, die von jungen Menschen vorgenommenen werden, die früher in die Verantwortung gehen, weil sie Chefs oder Chefinnen werden. Wir haben nämlich hier – das müssen wir auch berücksichtigen – einen großen Bedarf.

Ungefähr die Hälfte unserer Unternehmen wird in den nächsten zehn Jahren ihren Chef oder ihre Chefin altersbedingt in den Ruhestand verlieren. Deshalb brauchen wir Ersatz. Insofern sind auch unsere Aktivitäten in verstärkte Gründungen absolut wichtig. Wir setzen hiermit als Fachkräftestrategie einen Akzent.

Herr Abgeordneter Guth hat es schon gesagt. Das duale System und unsere vielfältigen Anstrengungen, die ich angerissen habe, oder das Erzielen von internationaler Aufmerksamkeit ist etwas Besonderes. Barack Obama, wenn ich ihn zitieren darf, hat in seiner Rede an die Nation gesagt: "Diese deutschen Kids sind für den Job vorbereitet, wenn sie die Schule abschließen." Damit meinte er, wenn sie aus der dualen Ausbildung kommen. "Sie wurden für die Jobs ausgebildet, die es gibt."

Das macht deutlich, dass gerade die Anpassung und das Verschränken von Ausbildung verknüpft mit einer guten individuellen Orientierung dazu führt, dass wir auch weiterhin in der Besetzung der Fachkräfte international führend bleiben.

Die Abgeordneten haben schon viele Aspekte genannt. Ich kann noch zwei ergänzen. Ich will sie nicht alle noch einmal aufführen. Sie alle sind wichtige Bausteine, ob es nun Aktionen sind wie "Keiner ohne Abschluss" oder "Praxistage". Auch die Coaches – dazu haben wir uns auf dem letzten Ovalen Tisch für Fachkräftesicherung wieder verständigt –, die die jungen Leute begleiten sollen, die Orientierungsschwierigkeiten haben, und die wiedereingegliedert werden wollen, auch wenn es vielleicht im ersten Schritt ihrer Orientierung hin zu einer passenden Ausbildung für sie nicht so geklappt hat, wollen wir besser zu packen bekommen.

Wir haben nämlich gelernt – das entnehmen Sie auch dem Bericht –, dass sich 70 % dieser jungen Leute nicht gern wieder beraten lassen, aber auf einen individuellen Coach anspringen und beim Wiedereinstieg absolut erfolgreich sind. Hier können wir besser werden. Deswegen haben wir die Vereinbarung mit den Coaches auch verlängert. Ich denke, das ist ein weiteres Angebot dieser Landesregierung und der Partner am Ovalen Tisch, um voranzukommen. Ich glaube, das ist der Weg, den wir weitergehen müssen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Braun:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt. Damit ist die Besprechung der Großen Anfrage und der Antwort der Landesregierung erledigt.

Ich rufe Punkt 13 der Tagesordnung auf:

Dritter Opferschutzbericht der Landesregierung Besprechung des Berichts der Landesregierung (Drucksache 16/1843) auf Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 16/3185 -

Es wurde eine Grundredezeit von 10 Minuten vereinbart. Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Sippel das Wort.

Abg. Sippel, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der dritte Opferschutzbericht liegt schon eine ganze Weile vor. Wir sind froh, dass wir heute die Möglichkeit haben, darüber zu sprechen und uns darüber auszutauschen. Der Bericht hat es verdient.

Er zeigt in Fortschreibung der beiden bisherigen Berichte auf, wie es um den Opferschutz in Rheinland-Pfalz bestellt ist, insbesondere wie sich die Kriminalitätslage entwickelt hat und welche Anstrengungen die Landesregierung unternimmt, um Straftaten zu verhindern und Opfern von Straftaten wirksam zur Seite zu stehen.

Der wichtige Satz am Anfang des Berichts stammt aus dem rot-grünen Koalitionsvertrag. Dieser Satz ist absolut zu unterstreichen. Ich zitiere: "Dem Opferschutz widmen wir unser besonderes Augenmerk, denn die Opfer von Straftaten haben Anspruch auf unsere Hilfe."

Meine Damen und Herren, diesem Anspruch wird die Landesregierung gerecht. Der Opferschutzbericht belegt dies auf sehr eindrucksvolle Weise. Wir können insgesamt feststellen, dass der Opferschutz in den letzten 15 Jahren aus dem Schattendasein in der Justiz herausgetreten ist. Es darf in unserer Gesellschaft nicht der Eindruck entstehen, als widme sich der Rechtsstaat vor allem dem Beschuldigten, dem Täter, und vernachlässige die Opferbelange. Wer das Vertrauen in das Funktionieren des Rechtsstaates und in ein gesundes Rechtsempfinden erhalten und fördern will, darf Geschädigte und Opfer von Straftaten nicht im Regen stehen lassen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das stimmt!)

Meine Damen und Herren, Opferschutz geschieht in Rheinland-Pfalz auf sehr unterschiedliche Art und Weise. Die Sicherheitsstrategie "PRO" der Landesregierung basiert auf drei Säulen: Prävention, Reaktion und Opfer-

Der beste Opferschutz liegt darin, Straftaten zu vermeiden. Deshalb kommt dem Präventionsgedanken eine besonders hohe Bedeutung zu. Der vorbeugende Opferschutz wird auf den Seiten 78 ff. sehr umfassend beleuchtet. Es sind ganz viele Projekte und Aktivitäten, die man alle aufzählen könnte, weil es gute Projekte sind. Ich will nur einige wenige nennen.

Das ist natürlich die Präventionsarbeit der Polizei und der Justiz, die effektive Arbeit der Strafverfolgungsbehörden, um Straftäter schnell zu ermitteln, damit keine weiteren Straftaten begangen werden können. Es sind Aktionen wie die Landespräventionstage, zahlreiche Projekte wie die Ausbildung von Sicherheitsberaterinnen und Sicherheitsberatern für Seniorinnen und Senioren, übrigens eine Altersgruppe, die in den letzten Jahren verstärkt Opfer von Betrug geworden ist. Deshalb macht es absolut Sinn, Aufklärungsangebote durch die Verbraucherzentrale, den Landesdatenschutzbeauftragten, Jugendmedienschutz, die Hotline von jugendschutz.net und vieles mehr zu unterbreiten.

Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen, aber eines ist besonders erwähnenswert, und das sind die regionalen Sicherheitspartnerschaften. Wir haben in Rheinland-Pfalz über 100 Kriminalpräventive Räte. Es hat sich in den letzten Jahren hervorragend entwickelt, unterstützt durch die Leitstelle Kriminalprävention aus dem Innenressort. Dort wird hervorragende Arbeit gemacht, weil Bürgerinnen und Bürger, Organisationen und Institutionen gemeinsam mit den Polizei- und Ordnungsbehörden an regionalen Strategien basteln, diese entwickeln, organisieren, um Prävention wirksam zu betreiben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es verdient wirklich Dank und Anerkennung, weil diese Arbeit einem Grundsatz folgt, Opferschutz geht uns alle an, Opferschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und nicht nur die Aufgabe des Staates. Deshalb ist es wichtig, dass wir in unserer Gesellschaft immer wieder neu für Zivilcourage werben, für die Bereitschaft zur Mitwirkung, um Straftaten zu vermeiden, rechtzeitig zu erkennen und Hilfe zu organisieren. Es geht um eine Kultur des Hinsehens.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, sehr umfassende Hinweise gibt der Bericht im statistischen Teil über die Entwicklung der Kriminalität, die Entwicklung der Opfer- und Geschädigtenzahlen in Rheinland-Pfalz, und zwar im Vergleich der Jahre 2011 zu 2002. Man kann feststellen, dass die Zahl der Straftaten und die Zahlen der Opfer und Geschädigten nahezu konstant geblieben sind. Es haben sich allerdings erhebliche Veränderungen innerhalb der Altersgruppen und der Deliktarten ergeben.

Erfreulich ist zunächst einmal der Rückgang der Geschädigtenzahlen bei Kindern unter 14 Jahren. Da sind die Geschädigtenzahlen um 14,8 % auf 6.358 zurückgegangen. Das ist erfreulich, wohl wissend, dass jede Straftat eine Straftat zu viel ist, gerade gegenüber

Kindern, da, wo es darum geht, ein Sorgerecht auszuüben. Solche Fälle gibt es immer noch genug. Ich denke, deshalb müssen wir weiter daran arbeiten, Stichwort "Landeskinderschutzgesetz".

Wir stellen fest, dass wir bei der Deliktart Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung bei Kindern unter 14 Jahren erhebliche Fortschritte gemacht haben. Hier ist der Rückgang der Zahlen um 37,3 % am markantesten. Hier wirken Präventionsprogramme, mehr Sensibilität und Kontrolle durch den verbesserten Kinderschutz. Dass man heute genauer hinsieht, eher reagiert, wenn mutmaßlich eine Straftat vorliegt, heraus aus der Tabuzone, darum muss es gehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Zunahme von Körperverletzungsdelikten hat sich weiter fortgesetzt. Insbesondere bei Jugendlichen und Heranwachsenden ist ein Zuwachs um 39 % innerhalb der zehn Jahre festzustellen. Das ist durchaus besorgniserregend und macht uns deutlich, dass uns Handlungsprogramme, Antigewalttrainung, Sozialarbeit, Schulsozialarbeit ganz wesentliche Instrumente sind, um entgegenzuwirken.

Es dominieren nicht mehr unbekannte Täter insbesondere im Bereich der Körperverletzungsdelikte, bei den Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Das sind sehr oft Tatverdächtige, die aus dem Verwandtenund Bekanntenkreis der Geschädigten kommen.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Das stimmt auch! Jawoh!!)

Ich denke, deshalb werden zwei Aspekte deutlich. Es werden mehr Straftaten angezeigt, nicht mehr tabuisiert, wie das früher in vielen Fällen der Fall war. Hier wirken Interventionsprojekte gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen. Die Opfer sind bereit, Täter auch aus dem sozialen Nahbereich anzuzeigen. Das ist eine gute Entwicklung. Es zeigt aber auch, dass die Gewalt in engen sozialen Beziehungen immer noch ein ernst zu nehmendes Problem ist. Deshalb freuen wir uns, dass es gelungen ist, die Förderung der Interventionsprojekte weiter auf einem hohen Niveau fortzusetzen, auch im Doppelhaushalt. Dass wir die Mittel sichern konnten, war ein ganz wichtiger Ansatz.

Meine Damen und Herren, Opfer einer Straftat zu werden, bedeutet oftmals eine tiefe Zäsur im Leben eines Menschen. Da geht es nicht mehr um körperliche, materielle und finanzielle Schäden, sondern es geht auch darum, dass die psychische Belastung, Opfer einer Tat geworden zu sein, nachwirkt, oft länger als der materielle, oft länger als der körperliche Schaden. Deshalb begrüßen wir es sehr, dass wir im Land eine ganze Palette an Unterstützungs- und Schutzmaßnahmen gewähren können.

Dazu zählen gesetzliche Regelungen. Es hat sich die letzten Jahre vieles weiterentwickelt. Dazu zählen aber auch ganz konkrete Maßnahmen wie beispielsweise die psychosoziale Prozessbegleitung in Rheinland-Pfalz. Wir können wirklich stolz darauf sein, dass wir das im Bundesvergleich als Vorreiter entwickelt haben. Es wäre

gut, wenn es uns gesetzlich gelingt, ähnlich wie in Österreich, einen Rechtsanspruch zu normieren.

Wichtig ist die Betreuung von Opfern im Zeugenstand, im Strafverfahren. Hier haben wir Zeugenkontaktstellen und Zeugenbetreuung. Wir haben die Videotechnik an allen Landgerichtsstandorten und in den Justizvollzugsanstalten eingeführt – das ist ganz wichtig –, um Opfer, die noch einmal mit der Tat, mit dem Geschehen, konfrontiert werden, zu entlasten.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ein weiterer Aspekt ist das Opferentschädigungsgesetz. Wir lesen aus dem Opferschutzbericht, dass die Zahlen deutlich zunehmen, auch die Zahlen der Anträge, die noch zu bearbeiten sind. Darauf muss man ein Augenmerk legen. Natürlich hängt die Verfahrensdauer auch davon ab, dass die Leistungen subsidiär und die Anträge sehr sorgsam zu prüfen sind. Ich meine, dennoch sollen wir Wert darauf legen, dass wir eine zügige Bearbeitung ermöglichen können.

Gut ist auf jeden Fall das Angebot an Traumaambulanzen. Das steht auch im Zusammenhang mit dem Opferentschädigungsgesetz. Hier geht es um die Soforthilfe. Wir haben die Traumaambulanzen in Rheinland-Pfalz auf vier Standorte erhöht. Auch ein schöner Aspekt, der aus dem Opferschutzbericht zu lesen ist.

Meine Damen und Herren, letzter Punkt, Täterarbeit und Opferschutz sind kein Widerspruch. Wir müssen als Gesellschaft verhindern, dass Straftäter weitere Straftaten begehen. Deshalb ist es entscheidend, dass wir Täter nicht nur bestrafen, sondern auf eine Änderung der Lebensumstände hinwirken. Ich nenne das Stichwort "Täterarbeit kontra häusliche Gewalt". Wir haben an allen acht Landgerichtsbezirken Täterarbeitseinrichtungen, die eine hervorragende Arbeit machen. Hier haben wir die finanzielle Förderung aufrechterhalten, was wir sehr begrüßen.

(Beifall bei der SPD)

Justizvollzug: Die Weiterentwicklung unseres Landesjustizvollzugsgesetzes hat noch einmal einen klaren Fokus auf die Behandlung, die erzieherischen Maßnahmen im Jugendstrafvollzug gelegt. Auch das ist ein richtiger Weg. Die Häuser des Jugendrechtes – wir haben mittlerweile vier in Rheinland-Pfalz – dienen der Bekämpfung der Jugendkriminalität und dazu, dass wir auf die Straftaten von Jugendlichen richtig reagieren und versuchen, erzieherisch einwirken zu können.

Meine Damen und Herren, alles in allem zeigt der Opferschutzbericht, dass wir in Rheinland-Pfalz weiter vorangekommen sind.

(Glocke des Präsidenten)

Er zeigt, dass wir eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen den sehr unterschiedlichen Akteuren, Stichwort "Vernetzung", pflegen. Der Hinweis auf die neue Internetpräsenz Opferschutz.rlp.de ist ein guter Hinweis

darauf, dass die Zusammenarbeit in Rheinland-Pfalz sehr gut funktioniert.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Kohnle-Gros das Wort.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Vielen Dank. Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Hartloff, ich nehme an, Sie werden nachher für die Landesregierung auch etwas dazu sagen.

Herr Sippel, es fällt mir richtig schwer, irgendetwas zu finden, bei dem ich Ihnen widersprechen kann.

(Pörksen, SPD: Dann lassen Sie es doch einmal!)

 Augenblick, jetzt warten Sie doch einmal ab, Herr Pörksen. Sie müssten mich doch jetzt schon gut genug kennen. Warten Sie doch einmal, bis ich meinen Satz zu Ende gesprochen habe.

Ich finde keinen Punkt, wie Sie den Bericht interpretieren, in dem ich Ihnen widersprechen kann. Das war beim letzten Mal auch schon so, glaube ich.

(Pörksen, SPD: Guter Mann! – Zuruf von der SPD: Guter Bericht!)

Deswegen nehme ich erst einmal alles dankenswerterweise zur Kenntnis, was Sie vorgetragen haben. Ich will mich dann nur zu einigen wenigen Punkten äußern.

Erstens ich will unterstreichen, was Sie zur demografischen Veränderung gesagt haben, dass tatsächlich immer mehr ältere Menschen als Täter, aber auch als Opfer zu vermerken sind, was bei der Veränderung nicht wundert.

Zweitens haben Sie festgestellt, dass die Opfer-Täter-Beziehungen zugenommen haben. Das heißt, dass immer mehr Menschen ihre Peiniger kennen, sogar familiär kennen, zumindest oberflächlich. Das hat sich noch einmal verändert, und zwar in manchen Deliktsbereichen wirklich sehr intensiv.

Drittens haben Sie gesagt, dass die gesamtgesellschaftliche Aufgabe noch einmal zu betonen ist. Ich komme gleich noch einmal darauf zurück; denn das ist mein Schwerpunkt.

Erlauben Sie mir, dass ich mit einem Zeitungsartikel vom Dienstag aus der Rhein-Main-Nahe-Ausgabe der Zeitung "Öffentlicher Anzeiger" – "Rhein-Zeitung", das wissen Sie alle – beginne:

Überschrift: "Männer schlagen zu, Polizeibericht: Einsätze wegen Gewalt, Bingen/Münster-Sarmsheim. Gleich in mehreren Fällen musste die Binger Polizei einschreiten, weil es zu Gewalttaten in Beziehungen kam. Am Freitagabend suchte eine 29-Jährige (...) ihren getrennt lebenden Noch-Ehemann auf, um das Betreuungsrecht für das gemeinsame fünfjährige Kind zu besprechen. Es kam zum Streit und zur Körperverletzung an der Frau. Sie konnte jedoch die Wohnung verlassen und die Polizei informieren. Es wurde Strafanzeige gestellt.

Ebenfalls in Münster-Sarmsheim ereignete sich (...) am Samstag um 15.10 Uhr eine weitere Körperverletzung. Eine Mutter von zwei Kindern wurde von ihrem Ehemann gewürgt und bedroht. Die Polizei rückte an, dem Mann wurde eine Verfügung nach dem Gewaltschutzgesetz ausgehändigt, laut der er sich aktuell von der Familie fernzuhalten hat. Der Ehemann verließ (...) die gemeinsame Wohnung.

Nachbarn informierten die Polizei am Freitagabend, dass (...) eine Frau auf dem Balkon eines Mehrfamilienhauses von einem Mann mehrfach ins Gesicht geschlagen worden sei. Noch vor Eintreffen der Streife hatte der Beschuldigte das Haus verlassen. Die Personalien sind bekannt, es gibt eine Strafanzeige.

Eine Körperverletzung nach vorangegangener Ruhestörung gab es am Freitagabend (...). Zunächst wurde um 20.48 Uhr eine Ruhestörung durch laute Musik mitgeteilt, die jedoch beigelegt werden konnte. Beide Parteien trafen sich dann später noch einmal im Treppenhaus, wo ein Mann im Streit eine Frau umstieß. Diese konnte jedoch von ihrem Sohn aufgefangen werden, sodass keine größeren Verletzungen auftraten."

Meine Damen und Herren, das ist der Polizeibericht aus einer nicht so ganz großen Polizeiinspektion an einem Wochenende.

Warum nehme ich das als Muster vornweg? – Ich komme dazu noch einmal auf die Frage der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, Verhinderung von Straftaten und gemeinsames Engagement für die Opfer, zu sprechen.

Herr Sippel, einen Punkt haben Sie nach meinem Dafürhalten etwas zu knapp angesprochen, der in den Haushaltsberatungen eine große Rolle gespielt hat. Wir alle sind intensiv von den Betroffenen in Verbänden und Initiativen in die Diskussion mit einbezogen worden.

Das ist das Engagement vieler Gruppen und Initiativen mit haupt-, aber auch ehrenamtlichen Strukturen. In Rheinland-Pfalz arbeiten mehrere Hundert Menschen allein in den von Ihnen auch genannten rheinland-pfälzischen Integrationsprojekten gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen, aber nicht nur in RIGG, sondern auch bei Frauennotrufen, -häusern, beim Weißen Ring und bei anderen freien Trägern in der sozialen Rechtspflege, früher hat man in der Bewährungshilfe gesagt.

Diese Gruppen ziehen sich wie ein roter Faden durch den Opferschutzbericht. Das will ich hier ausdrücklich benennen. Die Landesregierung schreibt ausdrücklich, dass gerade in diesem Bereich das Zusammenwirken von Initiativen und Organisationen mit der Landesregierung und den Strafverfolgungsbehörden ein wichtiges Element zur Bekämpfung von Gewalt in sozialen Nahräumen ist. Das will ich ausdrücklich an dieser Stelle noch einmal unterstützen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Es ist das Justizministerium, das hier betroffen ist, aber auch das Innenministerium und das Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen, die diesen Bericht im Jahr 2012 gemeinsam erarbeitet haben, dann aber im Vorfeld der Haushaltsaufstellung genau dem entgegengesetzt gehandelt haben, was sie sich vorher in diesem Bericht gegenseitig aufgeschrieben haben. Sie haben Kürzungen vorgenommen.

Gott sei Dank – das will ich ausdrücklich an alle Fraktionen sagen, vor allem an die Frauenvertreterinnen, liebe Kolleginnen – haben wir es geschafft, das, was hier völlig falsch zwar nur an kleinen Kürzungen, aber für die Betroffenen wichtigen Kürzungen vorgenommen werden sollte, wieder zurückholen zu können. Herzlichen Dank für dieses gemeinsame Engagement! Ich glaube, nach dem, was ich an Dankesbriefen gelesen habe, können wir das auch im Namen der Organisationen sagen.

(Beifall der CDU und bei SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ich will das noch einmal ganz deutlich sagen, ich habe es vorhin noch vorgelesen: Es geht um Frauen, nicht nur um Frauen, manchmal auch um Männer,

(Ramsauer, SPD: So ist es!)

es geht aber vor allem um Kinder. Kinder sind in Ehen und anderen häuslichen Gemeinschaften sehr oft auch von dieser Gewalt, wenn nicht direkt, so doch indirekt, betroffen.

Ich will das nicht verschweigen, weil es auch im Bericht nachzulesen ist, es geht sehr oft um Menschen mit Migrationshintergrund. Es ist ein wichtiges Element, das wir von staatlicher und nichtstaatlicher Seite – gerade weil wir die letzten zwei Tage die Themen "Willkommenskultur" und "Integration" diskutiert haben – feststellen, dass es hier besonderer Hilfebedarfe braucht, um für Frauen, die sonst nicht wissen, wohin sie mit ihrem Leid und ihren Problemen gehen sollen, eine Struktur aufrechtzuerhalten.

Meine Damen und Herren, das gilt auch für Verfolgte von Stalking. Wir haben das in den letzten Monaten mit Anträgen schon vorgetragen, die leider nicht immer Ihre volle Zustimmung gefunden haben. Es geht um Opfer von Zwangsheirat, und es geht auch um Opfer von Menschenhandel in der Ausprägung von Prostitution.

Wir wollen uns im Frauenausschuss mit Frau Kollegin Leppla als Vorsitzender mit diesem Problem noch einmal ausdrücklich beschäftigen, wobei wir uns mit den anderen Problemen auch schon auseinandergesetzt haben.

Zum Abschluss will ich noch einmal sagen, als wir vor wenigen Wochen im Ausschuss noch einmal ausführlich über RIGG gesprochen haben, haben wir auch angesprochen, dass wir uns schon vorstellen, gemeinsam als Parlament darüber nachzudenken, wie wir dieses wirklich gelungene Konzept, das es jetzt seit 13 Jahren gibt, vielleicht noch einmal ausdrücklich unterstützen. Ich glaube, dass es wichtig ist, noch einmal zu sagen, dass 20 Opfer in diesen Beziehungen, und zwar Tötungen und versuchte Tötungen, einfach zu viel sind und wir ein Signal senden sollten, dass wir dagegen etwas unternehmen wollen.

Ich will es dabei bewenden lassen, weil ich glaube, dass in Ergänzung zu dem, was schon gesagt worden ist – es kommt noch eine Rednerin und auch noch der Minister –, es noch einmal wichtig war, auf unser Engagement als CDU-Fraktion gerade in den Haushaltsberatungen, aber auch darüber hinaus hier noch einmal ein Schlaglicht in diesen Bereich zu setzen und das gesamte Parlament über den Frauenausschuss hinaus für diese Problematiken zu sensibilisieren und es darum zu bitten, die Landesregierung entsprechend zu kontrollieren, ob sie das, was wir jetzt im Haushalt umgesetzt haben, tatsächlich in die Institutionen gibt, sodass sie ihre wichtige Arbeit fortsetzen können.

Ich bedanke mich.

(Beifall der CDU und bei SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Raue das Wort.

Abg. Frau Raue, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte mit den Täter-Arbeitseinrichtungen, den acht, die wir im Land haben, beginnen und sie noch einmal in besonderer Weise herausstellen.

Ihre Arbeit richtet sich im Wesentlichen an Männer, die gegenüber ihren Partnerinnen oder den Kindern gewalttätig geworden sind. Der überwiegende Teil der Männer, die bei den Täterarbeitseinrichtungen vorsprechen, tut dies freiwillig, entweder weil sie selbst einen Ausweg aus der von ihnen verübten Gewalt suchen oder von Beratungsstellen dorthin verwiesen wurden.

Bitte stellen Sie sich das einmal vor: Ein schlagender Mann, der von sich aus Hilfe gegen die Aktionsmuster sucht, aus denen er gerne herauskommen möchte.

Meine Damen und Herren, eine sinnvollere Arbeit kann es doch gar nicht geben.

Gewalt ist vererblich. Jungen, die in ihrer Familie Gewalt erfahren haben, werden überdurchschnittlich häufig selbst zu Tätern, Mädchen überdurchschnittlich häufig zu Opfern. Aus diesem Kreislauf möchten die Männer herauskommen, die sich bei unseren Täterarbeitseinrichtungen melden. Rheinland-Pfalz hat das erkannt und mit diesen Einrichtungen ein Leuchtturmprojekt geschaf-

fen, um das wir auch bundesweit beneidet werden. Ich bin sehr froh, dass die Finanzierung dieser Einrichtungen durch das Innenministerium bis zum Jahr 2018 gesichert ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Lage eines Menschen, der Opfer einer Straftat geworden ist, ist immer schlimm. Natürlich gibt es Unterschiede, je nachdem, welche Straftat man erlebt hat. Ist der Diebstahl einer Geldbörse unter Umständen nur mehr lästig, zerstört ein Einbruchsdiebstahl in der eigenen Wohnung das Sicherheitsgefühl ganz erheblich. Eine Straftat gegen die sexuelle Selbstbestimmung kann dauerhaft traumatisieren und krank machen. In diesen Bandbreiten bewegen sich die Menschen und Schicksale, die der Dritte Opferschutzbericht der Landesregierung thematisiert.

Eine Vorbemerkung sei mir noch gestattet. Ich weiß, dass die Zahlen, die der Opferschutzbericht nennt, umstritten sind. Sie beruhen auf der Polizeilichen Kriminalstatistik, und diese Datenbasis ist schwierig, zum einen, weil die Erfassung selbst schwierig ist, zum anderen, weil nur erfasst werden kann, was auch zur Anzeige gebracht und gemeldet wird. Die sogenannte Dunkelziffer ist daher unbestreitbar vorhanden, aber nicht belastbar nachzuweisen. Bundesweit vorhanden ist jedoch die Polizeiliche Kriminalstatistik, und deshalb geht der Opferschutzbericht und deshalb gehe auch ich von diesen Angaben aus.

Ich möchte mit meinen Ausführungen schwerpunktmäßig auf die Menschen eingehen, die unter einer Straftat besonders zu leiden haben, die besonders schwerwiegende Folgen zu ertragen haben und deshalb in besonderem Maße unserer Unterstützung bedürfen. Ich rede von Frauen und Kindern, weil sie körperlichen Übergriffen gegen Leib, Leben oder ihre sexuelle Selbstbestimmung in besonderem Maße ausgesetzt sind und ihnen keine wirksame Gegenwehr entgegensetzen können.

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung – über 2.000 dieser Delikte kamen 2011 zur Anzeige. Von den Betroffenen waren vier Fünftel Frauen und Mädchen, Übergriffe auf männliche Opfer bezogen sich zum weit überwiegenden Teil auf Kinder und Jugendliche. Etwa die Hälfte aller Übergriffe ereignete sich im Kreis von Verwandten und Bekannten.

Was bedeuten diese Zahlen nun für die Situation der Opfer? – Zum einen bedarf es intensiver Aufklärungskampagnen. Dabei unterstützt das Land zahlreiche Projekte und Programme. Zum anderen müssen junge Menschen in ihrer Persönlichkeit gestärkt werden; denn das ist ein erfolgreicher Ansatz, um zu verhindern, dass sie Opfer von Straftaten werden oder auch selbst Straftaten begehen.

Zum anderen müssen Ansprechpartnerinnen erreichbar sein, denen sich Opfer sexueller Übergriffe offenbaren können. Hier leisten Vertrauenslehrer und -lehrerinnen einen wichtigen Beitrag. Auch die Schulsozialarbeit ist vor Ort und ansprechbar. Nicht zu vergessen ist auch SOLWODI e. V. als spezialisierte Beratungs- und An-

laufstelle für Frauen, die Opfer von Zwangsverheiratung wurden.

Alle diese Angebote müssen wir weiter aufrechterhalten und ausbauen, auch wenn sich der Bund aus dieser wichtigen Arbeit zurückzieht. Neue Wege gehen die Frauennotrufe, die mit einem niedrigschwelligen Beratungsangebot im Internet gerade für Hilfesuchende junge Frauen eine sinnvolle Möglichkeit geschaffen haben.

In Rheinland-Pfalz gibt es eine solche Vielfalt an Angeboten und Projekten, an qualifizierten Hilfen, dass wir dafür bundesweit Anerkennung erfahren. Ich freue mich, feststellen zu können, dass unsere Regierung in diesem Bereich eine sehr gute Arbeit leistet.

Erlauben Sie mir einen Blick über den Berichtszeitraum hinaus und einen Hinweis auf die Website Opferschutz.rlp.de. Diese Seite wurde im Dezember 2013 in Betrieb genommen und bietet einen Wegweiser durch die verschiedenen Hilfsangebote. Wenn eine Straftat einmal geschehen ist, wenn ein sexueller Übergriff, eine Verfolgung stattgefunden hat, dann ist zweierlei notwendig: Zum einen muss der Täter ermittelt werden. Dabei ist unsere Polizei spitze. Die Aufklärungsquote in Rheinland-Pfalz ist eine der höchsten in Deutschland. Die Justiz sorgt dann für einen möglichst zeitnahen, angemessenen Strafausspruch.

Zum anderen aber müssen die Opfer der Straftat besonders in unseren Blick genommen werden. Die ersten belastenden Situationen nach der Begehung der Straftat sind das Erstatten der Anzeige bei der Polizei und die Aussage als Zeugin vor Gericht. An dieser Stelle sei mir ein Wort der Anerkennung für Maßnahmen gestattet, die das Land Rheinland-Pfalz im Bereich der polizeilichen Ausbildung und Organisation ergriffen hat. Opferschutz, Opferhilfe und Opferrechte sind besonderer Bestandteil unseres Studienganges Polizei. Die Organisation in den Kriminalinspektionen vor Ort stellt mit separaten Räumlichkeiten und speziell geschulten Polizeibeamtinnen und -beamten eine möglichst einfühlsame, belastungsarme und professionelle Aufnahme von Frauen und Kindern sicher.

In der Zeugenaussage werden diese Menschen dann professionell betreut durch die Zeugenbetreuung, einmal im Rahmen des Programms FOKUS: Opferschutz, aber auch durch die Zeugenkontaktstellen, die in jedem Amtsund Landgericht und auch bei jeder Staatsanwaltschaft vorgehalten werden. Sie unterstützen Zeugen und Zeuginnen – und zu diesen gehören selbstverständlich auch die Opfer der Straftat – nicht nur im jeweiligen Verfahren ihrer Behörde, sondern sie vermitteln darüber hinaus Kontakte zu zentralen Anlaufstellen und Hilfeeinrichtungen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

An dieser Stelle verdient vor allem der Weiße Ring e.V. besondere Erwähnung. Er hilft Opfern von Straftaten ehrenamtlich seit mehr als 30 Jahren.

Mit der Stiftung "Rheinland-Pfalz für Opferschutz" pflegt der Weiße Ring eine enge Zusammenarbeit. Was wir gewähren können im Rahmen dieser Stiftung, ist vielleicht nicht viel; oftmals ist den Betroffenen aber die mit einer Leistung der "Stiftung Opferschutz" verbundene Anerkennung ihres Leids mindestens ebenso wichtig wie die damit verbundene finanzielle Zuwendung. Mit jeder Zuwendung stellt sich das Land Rheinland-Pfalz hinter die Menschen, denen Gewalt widerfahren ist, und erkennt ihr Leid an. Diese empathische Haltung ist ein wichtiger Bestandteil staatlichen Handelns, wir sollten sie nicht vergessen.

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz tut viel für seine Bürgerinnen und Bürger. Vieles gäbe es noch zu erwähnen. So erlaubt mir die Zeit nicht, im Einzelnen auf die Arbeit der Leitstelle Kriminalprävention einzugehen, auf die Forensische Ambulanz in Mainz, auf die Traumaambulanzen wie auch auf viele andere Projekte.

Ich hoffe aber, dass es mir doch gelungen ist, deutlich zu machen, dass sich die Landesregierung in vielfältiger Weise erfolgreich um die Belange des Opferschutzes kümmert. Sie erkennt dabei die Bedeutung der Prävention an und die Notwendigkeit, die verschiedensten Fachrichtungen miteinander zu vernetzen. Diesen Weg halten wir für den richtigen, und wir werden auch in Zukunft alles tun, diese Bemühungen zu unterstützen.

Für Ihre Aufmerksamkeit herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die Landesregierung hat nun Herr Justizminister Hartloff das Wort.

Hartloff, Minister der Justiz und für Verbraucherschutz:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wenn der Opferschutzbericht, über den wir uns heute unterhalten, bereits aus dem Jahre 2012 stammt und der nächste schon fast in Arbeit ist, ist es doch eine gute Gelegenheit, einmal festzustellen – dafür möchte ich mich bei meinen Vorrednerinnen und Vorrednern herzlich bedanken –, dass wir uns in diesem Parlament darüber einig sind, dass der Opferschutz voranzubringen ist. Dies ist in den letzten Jahren geschehen, und wir befinden uns auf einem guten Weg. Dafür ist natürlich zum einen Manpower und Womanpower notwendig, also Menschen, die sich engagieren, aber zum anderen auch die Finanzen, damit dies geschehen kann. Das ist ständige Aufgabe.

Ich möchte mich deshalb als Erstes herzlich bei all denjenigen in den kooperierenden Organisationen, im eigenen Haus, aber auch in den anderen Häusern bedanken, die daran mitarbeiten, dass das, was im Opferschutzbericht abgebildet ist, auch tatsächlich umgesetzt wird. Ich werde Ihnen versichern, in den vielen Arbeitsgruppen – die Namen stehen teilweise in dem Bericht – sind Menschen vertreten, die mehr tun, als sie in ihrer Arbeit eigentlich tun müssten. Es sind Menschen, die

sich engagieren in der Sache, und davon leben wir natürlich. Deshalb herzlichen Dank dafür!

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ich möchte in dem Kontext einen Satz hervorheben, den ich in einem anderen Zusammenhang hier schon einmal gesagt habe. Die Frage einer Qualität der Gesellschaft zeichnet sich aus meiner Sicht dadurch aus, wie wir mit ihren Rändern und auch mit ihren Opfern gesellschaftlichen Handelns umgehen. Deshalb ist Opferschutz so wichtig. Deshalb ist es staatliche Aufgabe, sich auch darum zu kümmern. Deshalb ist es der Landesregierung ein Anliegen – mein Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen der anderen Ressorts –, dass wir gut vernetzt miteinander arbeiten.

Herr Kollege Sippel hat den Satz gesagt: Opferschutz geht uns alle an. – Es geht um eine Kultur des Hinsehens. Ja, jeder von uns hat das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden. Das werden wir als Staat bei aller vorausschauenden Hilfe, bei aller Prävention nie vermeiden können. Dann ist das eine, dass wir uns mit den Tätern auseinandersetzen, dass wir dort vernünftige Arbeit machen, auf der anderen Seite, dass wir uns um die Opfer kümmern.

Frau Kollegin Kohnle-Gros hat die Beispiele eines Berichts aus dem Binger Raum genannt. Ich möchte noch eine Kleinigkeit sagen, was dort aber auch konkrete Arbeit und Verbesserung ist, dass es nämlich zum Beispiel durch die Hinweise der Diskussion erreicht wurde, dass in den Zeugenvernehmungsprotokollen jetzt auch die Rubrik aufgeführt ist, Folgen der Tat, damit das auch eine Richterin und ein Richter sieht, damit es die anderen sehen und damit die Zeugin und der Zeuge das Gefühl haben, ich werde auch mit dem ernst genommen, welche Auswirkungen das für mich hat. Es ist ein ganz kleiner Baustein in einem Mosaik des Opferschutzes, aber eben bei solchen Taten, wie Sie sie geschildert haben, enorm wichtig.

Lassen Sie mich auf einige wenige Punkte eingehen, die jetzt schon weiterführend sind, die nicht mehr mit dem Bericht aus dem Jahr 2012 zusammenhängen. Sie alle hatten schon die Internetseite erwähnt, auf der wir die Hilfeinstitutionen darstellen, damit sie jeder sehen kann, damit sie auch Helferinnen und Helfer sehen können, die auf die Vernetzung hinweisen. Das ist seit Ende letzten Jahres im Netz, und das werden wir weiter aufbauen. Das ist ein weiterer Baustein, der sich dann im nächsten Bericht wiederfinden wird.

Es ist natürlich auch so, dass Neuerungen insoweit eingetreten sind, als dass die Vernetzung besser geworden ist und die Information übereinander besser geworden ist. Ein Beispiel dafür, was für Rheinland-Pfalz eine enorm gute Entwicklung ist, sind auch die Häuser des Jugendrechts. Im Berichtszeitraum ist das in Trier dazugekommen. Ich bin froh sagen zu können, dass es in Koblenz bald auch so weit sein wird und wir dann in allen Oberzentren die Häuser des Jugendrechts haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) Das ist natürlich eine gute Einrichtung, auch für praktizierten Opferschutz. Insofern ist es ein wichtiger Baustein, wie wir uns in Rheinland-Pfalz aufstellen.

Wichtig für die Rechtstellung der Opfer ist die Richtlinie über die Mindeststandards der Rechte und den Schutz von Opfern vor Straftaten sowie für die Opferhilfe. Wir sind sicherlich in Deutschland gut aufgestellt. Aber man kann das immer noch verbessern. Es besteht sicherlich Umsetzungsbedarf für das Strafrecht. Es ist eine Richtlinie einzurichten. Auf der Bundesebene ist eine Arbeitsgruppe eingesetzt, an der wir uns in Rheinland-Pfalz beteiligen. Es ist vielleicht auch der richtige Zeitpunkt, zu dem ich sagen kann, dass ich durchaus darüber froh bin, dass mit Frau Dr. Hubig, der ehemaligen Abteilungsleiterin der Strafabteilung im Land, die jetzt Staatssekretärin auf der Bundesebene ist, eine ganz engagierte Vorkämpferin für den Ausbau des Opferschutzes an anderer Stelle, nämlich beim Bund, tätig ist und ich mir insoweit verspreche, dass wir auf der gesamten Ebene damit ein Stück weiterkommen werden.

Das gilt sicherlich auch insbesondere für die psychosoziale Prozessbegleitung, bei der wir Rheinland-Pfalz federführend aufgestellt haben und mit einem bundesweiten Projekt unterwegs sind, bei dem die Kolleginnen und Kollegen auf der Justizministerkonferenz das letzte Mal zugestimmt haben, dass wir die Entwicklung, was die Standards sind, tatsächlich vorantreiben. Wenn dies nun vom Bund die entsprechende Unterstützung erfährt, ist das sicher eine gute Sache.

Mein ausdrücklicher Dank geht an die Ministerpräsidentin auch in der früheren Funktion noch als Sozialministerin und an den Nachfolger, den Kollegen Schweitzer, dass wir bei dem von den Kollegen schon genannten Traumaambulanzen auch in Rheinland-Pfalz mit weiteren Standorten gut aufgestellt sind und dadurch gerade insbesondere für Frauen - Sie haben das auch gesagt, Frau Kohnle-Gros und Frau Raue -, die in aller Regel durch sexuellen Missbrauch schwerste Verletzungen sowohl körperlich als auch psychisch erlitten haben, Anlaufstationen vorhanden sind, in denen das verifiziert werden kann, wo dies gesichert werden kann und wo sie auch Hilfen in einer ganz schwierigen Lebenssituation bekommen, in der man sich schwertut, sich zu offenbaren, und wo es dringend notwendig ist, dass so etwas existiert. Das ist aus meiner Sicht ein echter Fortschritt.

Dass wir natürlich auch die Fragen anschauen, wie wir mit Opfern von Zwangsheirat umgehen und wie wir da die Schwellen wegbekommen, dass man sich auch offenbart, dass man aus dem Milieu hinauskommt, dass man nicht die Angst haben muss, wie ich in der Familie, in meinem Clan gebunden bin, wenn ich mich offenbare und wie ich Übergangszeiten wo verbringen kann, dann sind dies Sachen, die durch eine bessere Vernetzung und durch die Unterstützung der Institutionen auch ein Stück weit nach vorne kommen im Sinne einer humaneren Gesellschaft des 21. Jahrhunderts.

Dafür steht das, was wir im Opferschutz weiterentwickeln, auch wenn es sehr viel Arbeit und Mühe macht. Da danke ich insbesondere Frau Dr. Herrmann und ihren Mitstreiterinnen dafür, immer einen solchen umfangreichen Opferschutzbericht zu erarbeiten.

Ich glaube, es lohnt sich, weil er immer auch ein Stück Anlass ist zu fragen, was wir weiterentwickeln können, und Ihnen dokumentiert, dass wir die dafür notwendigen Mittel auch immer wieder gesellschaftlich bereitstellen müssen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und dass Sie sich dem Thema gewidmet haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Als Gäste im Landtag begrüße ich den CDU-Ortsverband aus Leiselheim. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Zu dem Tagesordnungspunkt liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Er ist damit erledigt.

Ich rufe daher Punkt 14 der Tagesordnung auf:

Rheinland-Pfalz fördert die Friedensbildung Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/3205 –

dazu:

Für eine nachhaltige Völkerverständigung – Weiterführung der Tradition der Friedensarbeit in Rheinland-Pfalz. Antrag (Alternativantrag) der Fraktion der CDU

- Drucksache 16/3217 -

Wir haben eine Grundredezeit von 5 Minuten je Fraktion vereinbart. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Wiechmann das Wort.

Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als Standort der Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg und als sehr großer Bundeswehrstandort war und ist Rheinland-Pfalz geprägt von militärischer Präsenz. Rheinland-Pfalz ist aber eben nicht nur "Flugzeugträger der NATO", wie unser Land auch einmal genannt wurde, sondern wir sind auch die Heimat der Friedensbewegung und der Ostermärsche, die in unserem Land eine lange und gute Tradition haben.

Wie wichtig und wie nötig es ist, sich immer wieder für den Frieden zu engagieren, zeigt uns leider aktuell – das wissen Sie alle – jeden Tag der Blick in die Nachrichten, ins Fernsehen. Man muss nicht über den Ozean, sondern auch auf unseren Kontinent schauen, um immer wieder zu erleben, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, in einer friedlichen Welt zu leben.

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg und von körperlicher Gewalt. Der Einsatz für Frieden bedeutet für uns alle, global Verantwortung zu übernehmen und die Globalisierung gerechter und auch verantwortungsbewusster zu gestalten, denn nur – ich glaube, da sind wir alle einer Meinung, liebe Kolleginnen und Kollegen –, wer Armut bekämpft und sich gegen strukturelle Ungleichheiten wendet, der legt eine Grundlage für eine friedlichere und sicherere Welt.

Rot-Grün, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, hat sich von Anfang an die Unterstützung der unterschiedlichen friedenspolitisch engagierten Initiativen und ein Engagement für ein atomwaffenfreies Rheinland-Pfalz auf die politische Agenda geschrieben. Darüber hinaus hat das Bildungsministerium bereits 2011 eine Vereinbarung mit dem Netzwerk "Friedensbildung" unterzeichnet mit dem Ziel, die zivile Friedensbildung gerade in unseren rheinland-pfälzischen Schulen weiter zu stärken.

Mit der Gründung der Friedensakademie soll nun eine besondere wissenschaftliche Einrichtung nach § 97 des Landeshochschulgesetzes zur Stärkung von zivilen und präventiven Strategien des Konflikt- und Krisenmanagements in Rheinland-Pfalz geschaffen werden. Das ist, wenn Sie sich das einmal anhören, auch in der Kombination mit den Maßnahmen, die ich eben erwähnt habe, ein guter, ein wichtiger und ein notwendiger Schritt, der absolut zu begrüßen ist.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Im Herbst vergangenen Jahres wurde deshalb von Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft sowie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Verein "Friedensakademie Rheinland-Pfalz" gegründet. An dieser Stelle vielen Dank an all die Engagierten, die diesen Verein gegründet haben und sich nun auch am Aufbau der Friedensakademie beteiligen und aktiv ihre Ideen einbringen.

Mit einer solchen Friedensakademie, wie sie erfolgen soll, verbinden wir das Ziel, Qualifizierung, Weiterbildung und Beratung von Fachkräften, aber auch wissenschaftliche Forschung und die Vernetzung von friedenspolitisch engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Organisationen in Rheinland-Pfalz zu ermöglichen.

Neben dieser Qualifizierung soll jedoch auch die neu zu schaffende Institution an der Universität Koblenz-Landau die Möglichkeit bieten, Strategien und Handlungsempfehlungen für zivile Konfliktbearbeitung zu entwickeln. Sie soll Multiplikatoren beraten, und sie soll auch diese Multiplikatoren bei ihren Aufgaben im ganzen Land unterstützen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, der laut gewordene Vorwurf, dass angeblich die Atlantische Akademie oder das Deutsche Polen-Institut wegen der Friedensakademie finanzielle Kürzungen hinnehmen mussten – es ist so ähnlich in Ihrem Alternativantrag formuliert, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU –, ist schlichtweg falsch und unredlich. Das wissen Sie sehr genau.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Diese Institutionen – das wissen Sie – haben erstens vollkommen andere Aufgaben; sie haben einen anderen Zweck. Zweitens werden sie von vollkommen anderen Ministerien finanziert.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU: Oh!)

Es gibt überhaupt keinen Zusammenhang damit, dass wir 2011 beschlossen haben, wir wollen eine Friedensakademie gründen und aus Konsolidierungsgründen in diesem Jahr an der einen oder anderen Stelle auch schmerzliche Einsparungen übernehmen mussten.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Das wissen Sie, Herr Kollege Bracht, sehr genau.
 Hören Sie bitte auf, mit Ihren fadenscheinigen und konstruierten Argumenten zu versuchen,

(Glocke des Präsidenten)

die Bürgerinnen und Bürger hinters Licht zu führen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Wir haben einen Aufschlag gemacht. Wir haben tatsächlich einiges auf den Weg gebracht.

(Glocke des Präsidenten)

Ich glaube, wir leisten mit dieser Friedensakademie – ich komme zum Schluss, Herr Präsident – einen Beitrag dafür, die Welt friedlicher zu machen, und zwar nicht irgendwo, sondern ganz konkret bei uns zu Hause. Das sollten Sie mit uns gemeinsam unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die Fraktion der CDU hat Frau Abgeordnete Kohnle-Gros das Wort.

(Licht, CDU: Bei dem Streit, der darüber entbrannt ist, kann es nicht friedlicher werden!)

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Wiechmann, ich habe gedacht, Sie würden diesen Antrag etwas offensiver hier vertreten.

Ich will für die CDU zwei Komplexe benennen, einmal den finanziellen, zum anderen den inhaltlichen Aspekt. Der finanzielle Aspekt hat in den Haushaltsberatungen schon eine Rolle gespielt, weil Sie in der Tat trotz Sparhaushalt, trotz Schuldenbremse eine völlig neue Institution für 600.000 Euro aufbauen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Die 600.000 Euro fließen an die Universität Koblenz-Landau in Landau. Das sage ich in Klammern ausdrücklich dazu.

> (Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

 Ich komme noch einmal darauf zurück. Das hat auch die Öffentlichkeit so diskutiert. Sie h\u00e4tten an dieser Stelle dar\u00fcber nachdenken k\u00f6nnen, ob Sie das mit den Ausgaben an dieser Stelle in dieser Zeit ernst meinen.

(Beifall bei der CDU)

Das hat übrigens auch die Gruppe, die jetzt das Konzept erarbeitet hat, so geschrieben. Sie hat ausdrücklich geschrieben, in Zeiten der Schuldenbremse Geld auszugeben, müsse wirklich gut begründet werden. Darauf komme ich jetzt noch einmal zu sprechen. Es muss gut begründet werden. Ich komme noch zu der Frage, die Sie gestellt haben: Müssen andere dafür etwas abgeben?

(Frau Klöckner, CDU: Ja, ist ja so!)

Sie haben, anders, als Sie das jetzt darstellen, nämlich gar keine Idee gehabt, was diese Friedensakademie tatsächlich leisten soll.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben das in der Tat in Ihre Koalitionsvereinbarungen hineingeschrieben. Sie haben erstens Leute aufgefordert, diesen Verein zu gründen, der das trägt, und zweitens haben Sie Leute aufgefordert, ein Konzept zu erarbeiten, das erst jetzt zum Ausdruck bringen soll, was dort geleistet werden kann. Das sieht man an den Dingen, die dort zusammengeschrieben worden sind, von der Frage, ob man bei der Aufstellung von Windrädern auch zivile Konfliktberatung leisten soll, bis hin zu der Frage, ob der Wassermangel auf der Welt auch ein solches Thema ist, das wir hier behandeln können. Ich meine, das zeigt schon die Bandbreite, die dort benannt worden ist.

(Zurufe der Abg. Frau Klöckner, CDU, und des Abg. Pörksen, SPD)

Jetzt lassen Sie mich sagen, dass es überhaupt keinen Mangel an Friedensinitiativen, an Friedensberatung, an Friedensforschung gibt. Das ist auch unbestritten; das haben alle, die davon etwas verstehen, mehrfach zum Ausdruck gebracht,

(Beifall der Abg. Frau Klöckner, CDU)

übrigens auch die Gruppe, die das Konzept gemacht hat.

Ich will noch sagen: Die Friedensakademie in Frankfurt genießt einen weltweiten Ruf. Sie hat 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die allein in diesem Bereich tätig sind. Meine Damen und Herren, was wollen Sie jetzt mit 300.000 Euro pro Jahr,

(Beifall bei der CDU)

um die Verwaltung und den Wasserkopf und die Räumlichkeiten und anderes zur Verfügung zu stellen? Was wollen Sie in Konkurrenz zu anderen Institutionen tatsächlich leisten?

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nicht in Konkurrenz, sondern in Kooperation! – Frau Klöckner, CDU: Also doch!)

Jetzt kommt die Frage: Wäre das Geld nicht besser dort eingesetzt gewesen, wo das, was Sie jetzt neu aufbauen wollen, in Zusammenarbeit mit anderen Friedensinstitutionen schon geleistet wird? Ich komme noch einmal auf die Atlantische Akademie. Ich war von Anfang an dabei und habe erlebt, wie wir mit dieser Frankfurter Institution zusammengearbeitet haben, wie wir zahlreiche Veranstaltungen, auch größerer, längerer und intensiverer Art, gemacht haben, dann jedoch bestimmte Dinge nicht mehr gemacht werden konnten, weil das Geld dafür nicht mehr da war. Sie haben das jetzt noch getoppt – im Bereich des Innenministeriums –, indem Sie die Sachkosten noch einmal um gut 30.000 Euro zurückgeführt haben, sodass bestimmte Dinge nicht mehr gemacht werden können.

(Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Das ist ein Widerspruch, wenn man sonst immer die Haushaltskonsolidierung vor sich herträgt.

(Beifall bei der CDU)

Das kann man Ihnen so nicht durchgehen lassen. Dass natürlich Menschen – das hat auch Herr Prof. Sarcinelli in Interviews mehrfach betont – diesen Auftrag bekommen und eine Chance für ihre Hochschule sehen und das übernehmen, ist gar nicht die Frage. Da fällt Wissenschaftlern natürlich auch eine Konzeption ein, die man benutzen konnte.

Doch wie gesagt, es ist ein Widerspruch in dieser Zeit von der finanziellen Seite her, aber noch viel mehr von der konzeptionellen Seite her, weil es sehr viele gute Dinge schon gibt. Wenn man Geld hätte ausgeben wollen, dann hätte man das auch in Kooperationen machen können.

Ich will noch einmal für Sie aus Koblenzer Sicht sagen: Die Landeszentrale für politische Bildung macht jeden Monat auch zu diesen Themenkomplexen eine wirklich sehr gute Veranstaltungsreihe. Ich denke, auch da hätte man Unterstützung benötigen können.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ich muss das einfach sagen. Es ist nicht nachvollziehbar, und über diese Hürde kommen Sie nicht. Es gibt keine gute Begründung, nur weil Sie das in Ihren Koalitionsvereinbarungen als Prüfauftrag bezeichnet haben.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) Jetzt tun Sie so, Herr Wiechmann, als wenn alle anderen, die das jetzt machen dürfen bzw. sollen, von selbst darauf gekommen wären und Sie gar nicht der Auslöser sind.

Sie haben sich nach dem Motto gewunden, es gibt engagierte Leute, das Ministerium hat das Geld gegeben.

Das ist alles nicht wahr. Sie alleine wollten das. Sie haben es abgefeiert. Dafür sind Sie natürlich öffentlich kritisiert worden.

(Beifall der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Weiland, CDU)

Stehen Sie dazu, dass Sie das so gewollt haben. Übernehmen Sie dafür die Verantwortung. Übernehmen Sie dafür die Verantwortung. Übernehmen sie auch die Verantwortung für Rückschritte bei anderen, die hervorragende Arbeit geleistet haben.

(Zuruf des Abg. Wiechmann, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wir tragen das nicht mit.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Ich sage, wir haben das mit dem Polen-Institut und anderen Dingen ausführlich diskutiert.

(Beifall der CDU)

Sie haben keinen Ton gesagt, dass Sie auf der anderen Seite Geld für andere Dinge haben und gewachsene Strukturen und wichtige internationale Verbindungen dazugeben, nur damit Sie Ihre Koalitionsvereinbarung und ihre ideologischen Gründe abarbeiten können.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Braun:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schleicher-Rothmund.

Abg. Frau Schleicher-Rothmund, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mit einem Zitat beginnen: "Konflikte wird es in dieser Welt immer geben – soziale, politische und wirtschaftliche Konflikte.

Wir müssen dafür sorgen, dass diese Konflikte mit Vernunft ausgetragen und Lösungen gefunden werden, die die Freiheit der Menschen nicht einschränken." – Recht hatte Albert Osswald. Frieden und Freiheit sind von unschätzbarem Wert.

Alles, was zu ihrem Schutz und Erhalt beiträgt, ist von daher zu begrüßen. So auch die Vereinsgründung des Trägervereins der Friedenakademie für Rheinland-Pfalz, der Akademie für Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung.

Allein der hochkarätige Kreis der Gründungsmitglieder zeigt, dass dieses Ansinnen auf ein positives, ernst zu nehmendes Echo stößt.

(Frau Kohnle-Gros: Das ist doch kein Echo, das war ein Auftrag!)

Professor Sarcinelli, Dr. Picker, Professor Schulz, Dr. Schiffmann, Friedel Grützmacher und andere aus Wissenschaft, Politik und Kirche machen sich auf den Weg, eine Friedensakademie zu gründen. Ich greife das Stichwort "Friedel Grützmacher" auf. Die hat sich immer bei Givat Haviva engagiert. Waren wir nicht vom Ältestenrat vergangenen November dort und haben diese wertvolle Arbeit angeschaut und wissen, dass jedes kleine Mosaiksteinchen einen sehr hohen Stellenwert hat?.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Satzung des Vereins macht deutlich, worum es bei der Friedenakademie geht. Es ist gut begründet, wenn man sich mit ihr auseinandersetzt.

(Pörksen, SPD: Das ist die Voraussetzung!)

Es geht um die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strategien der Krisenprävention und der zivilen Konfliktbearbeitung. Findet das die CDU nicht sinnvoll?

> (Pörksen, SPD: Nein! – Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Es geht um die Qualifizierung und Unterstützung von Friedensfachkräften und Personen, die mit Konflikt- und Gewaltpotenzial in unserer Gesellschaft konfrontiert sind. Findet das die CDU nicht sinnvoll?

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Die Friedensakademie soll in ihrer Arbeit gesellschaftsund bildungspolitische Ressourcen mit entwicklungsund friedenspolitischen Ressourcen und umweltpolitischen Herausforderungen verbinden. Findet das die CDU nicht sinnvoll?

(Pörksen, SDP: Nein!)

Es geht natürlich auch noch um viel mehr Zielsetzungen, die ich nicht alle aufführen kann.

Worum geht es der CDU?

(Pörksen, SPD: Das möchte ich einmal wissen! – Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU, und weitere Zurufe von der CDU)

Die CDU hat sich mittlerweile in einer Abgrenzungsdenke und Abgrenzungsrhetorik eingenistet, dass wir immer nur erfahren, was die CDU nicht will.

(Zuruf der Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU)

Die CDU will keine Friedensakademie als wissenschaftliche Einrichtung an der Universität Koblenz-Landau.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Brauchen wir doch nicht!)

Schade, sie will nicht den Lehramtsstudierenden, den Studierenden aus gesellschaftswissenschaftlichen Fächern und von Hilfsorganisationen die Möglichkeit geben, in Sachen Frieden und Konfliktbewältigung zu forschen.

(Zurufe von der CDU)

Die CDU setzt sich überhaupt nicht inhaltlich mit der Friedensakademie, ihren Zielsetzungen und Gruppen auseinander. Stattdessen bringen Sie einen Antrag ein, der Verknüpfungen zu schaffen sucht, die es überhaupt nicht gibt. Die Friedensakademie hat nichts mit dem Deutschen Polen-Institut zu tun. Dessen Bedeutung wird vonseiten der Landesregierung und der regierungstragenden Fraktionen überhaupt nicht angezweifelt. Aber wir wollen, dass sich andere Bundesländer stärker an der Finanzierung beteiligen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Pörksen, SPD: Genauso ist es!)

Die Atlantische Akademie ist ebenfalls in ihrer Existenz nicht bedroht. Wir reden nur über eine Kürzung der Mittel. Es verbleiben 210.000 Euro.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

In dem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass der Landesrechnungshof in seinem Prüfbericht für die Atlantische Akademie Einsparmöglichkeiten aufgezeigt hat. Das ist sonst immer Ihr Kronzeuge.

Es werden derzeit Modelle geprüft, wie die Atlantische Akademie Einsparungen vollziehen kann.

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Noch mehr einsparen geht doch gar nicht!)

Im Übrigen beschwören Sie in ihrem Antrag noch etwas. Die deutsch-amerikanische Freundschaft ist nicht in Gefahr. Das Land Rheinland-Pfalz pflegt einen regelmäßigen konstruktiven Dialog mit den US-Streitkräften, mit deren Familien und der US-Regierung. Das ist anerkannt.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Ich erinnere zum Beispiel an die Initiative "Unsere Nachbarn aus Amerika – willkommen in Rheinland-Pfalz" oder das deutsch-amerikanische Kindertagesstättenprojekt in Spangdahlem.

Nein, liebe CDU, Sie haben sich überhaupt nicht mit dem Thema "Friedensakademie" beschäftigt. Stattdessen haben Sie Ihre alten Phantomszenarien strapaziert und einen vollkommen unbrauchbaren Antrag vorgelegt. Der war so unbrauchbar, dass Sie ihn noch nicht einmal begründet haben, Frau Kohnle-Gros.

(Glocke des Präsidenten)

Das eingangs gemachte Zitat stammt vom damaligen hessischen Ministerpräsidenten Albert Osswald anlässlich der Übergabe der Stiftungsurkunde für die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung im Jahr 1970.

(Glocke des Präsidenten)

Ich bin sicher, dass unsere Friedensakademie auch einen so guten Verlauf nehmen wird.

Danke schön.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die Landesregierung hat Frau Staatssekretärin Reiß das Wort.

Frau Reiß, Staatssekretärin:

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte drei Bemerkungen zur Diskussion machen, weil schon sehr viel über die Geschichte, dass es eine besondere wissenschaftliche Einrichtung werden soll und darüber gesagt worden ist, wann sich der Verein gegründet hat.

Ich möchte das nicht wiederholen, sondern drei Bemerkungen machen:

Ich glaube, man wird dem Trägerverein der Friedensakademie überhaupt nicht gerecht, wenn man ihm unterstellt, er würde im Auftrag der Landesregierung arbeiten. Wenn Sie sich die Mitglieder anschauen, die sich am 12. November als Trägerverein der Friedensakademie konstituiert haben, dann haben Sie ganz namhafte Institutionen und Organisationen aus dem Land Rheinland-Pfalz versammelt.

Es ist der Partnerschaftsverein Ruanda, Givat Haviva – das wurde schon erwähnt –, das entwicklungspolitische Netzwerk ELAN, das Netzwerk für Demokratie und Courage, das Weiterbildungszentrum in Ingelheim. Es ist die evangelische Kirche, die Evangelische Akademie. Es ist die Katholische Akademie. Es ist der Verband der Volkshochschulen, und es ist im Vorsitz Professor Sarcinelli und Herr Dr. Schiffmann als sein Stellvertreter.

Ich glaube, wenn man sich die Namen und Organisationen anschaut, dann kann man mit Fug und Recht sagen, dass die Friedensakademie in Rheinland-Pfalz in hoch professionellen Händen liegt. Sie liegt in Händen, die nicht im Auftrag der Landesregierung arbeiten.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Dass sich so viele Institutionen gefunden haben, um eine Friedensakademie zunächst als eingetragenen Verein zu gründen und später als besondere wissenschaftliche Einrichtung der Universität Koblenz-Landau zu arbeiten,

(Frau Kohnle-Gros, CDU: Die haben sich nicht gefunden, die sind gesucht worden, Frau Staatssekretärin!)

hängt damit zusammen, dass es Fragestellungen gibt, die noch nicht erforscht sind.

(Vizepräsident Schnabel übernimmt den Vorsitz)

Ich glaube – das ist die zweite Bemerkung –, man würde den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die sich engagieren, nicht gerecht werden, wenn man nicht das Zutrauen hätte, dass sie sich etablieren werden und Fragestellungen erforschen, die in ihrer spezifischen Zuspitzung ihresgleichen sucht.

Ich möchte Herrn Professor Sarcinelli aus der "Rhein-Zeitung" vom Dezember zitieren: "Wir wollen ja nicht das machen, nur kleiner, was andere auch machen". Er kündigt an, dass es Anfang des Jahres einen wissenschaftlichen Workshop gibt, man sich mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammensetzt und sich insbesondere – das hat er in dem Artikel auch erwähnt – auf Konflikte konzentriert, die den Kampf um Ressourcen – er nennt hier das Beispiel Wasser – betreffen.

Selbstverständlich wird die Friedensakademie mit anderen Einrichtungen im Land und über die Landesgrenzen hinaus zusammenarbeiten. Ich gehe davon aus, dass die Kritik, die Sie aufseiten der CDU-Fraktion formuliert haben, widerlegt bekommen, wenn Sie der Friedensakademie ein bisschen Zeit geben.

Ich bin sicher, wir etablieren mit der Einrichtung der Friedensakademie eine qualitativ hochwertige wissenschaftliche Einrichtung in Rheinland-Pfalz. Als eingetragener Verein wird er unabhängig arbeiten können. Es sind sehr viele engagierte Menschen, die sich im Bereich Friedens- und Konflikterziehung beschäftigen. Diese werden einen Anlaufpunkt Friedensakademie Rheinland-Pfalz haben.

Geben Sie der Friedensakademie die Zeit, die sie braucht, um sich jetzt entsprechend inhaltlich aufzustellen. Wir werden sie von der Landesregierung her auf jeden Fall sehr konstruktiv begleiten, weil wir sicher sind, dass wir mit der Zusammensetzung einen sehr guten Start haben werden. Ich wünsche der Friedensakademie von dieser Stelle aus eine sehr gute inhaltliche Arbeit. Ich bin mir sicher, dass sie sie leisten wird.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wenn man – damit höre ich schon auf – sich das neue Gebäude, den Georg-Forster-Bau, in der Universität Mainz anschaut – dort sind die Geistes- und Sozialwissenschaften beheimatet –, findet man sehr viele schöne Zitate auf diesem Bau notiert. Mit einem möchte ich schließen. Er stammt von Paul Watzlawick, einem österreichischen Kommunikationswissenschaftler, Philosoph und Soziologen. Diesen Spruch kann man an dem schönen Forster-Bau lesen. Er lautet: "Wenn Du immer

wieder das tust, was Du schon immer getan hast, wirst Du immer wieder das bekommen, was Du schon immer bekommen hast."

Von der Friedensakademie in Rheinland-Pfalz bekommen wir neue Erkenntnisse. Da bin ich mir sicher.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat die Kollegin Frau Kohnle-Gros von der CDU-Fraktion. Sie haben noch 1 Minute und 30 Sekunden Redezeit.

Abg. Frau Kohnle-Gros, CDU:

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich will nur noch einmal sagen, was ich vorher schon ausgeführt habe. Frau Staatssekretärin Reiß hat es noch einmal bestätigt. Es gibt noch kein Konzept, sondern das ist erst in der Entwicklung.

(Frau Klöckner, CDU: Eben!)

Deswegen stimmt die Argumentation nicht, dass Sie sagen, es gibt jetzt schon festgelegte Bedarfe, und es sind Dinge, die noch nicht irgendwo anders gemacht werden, usw.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Dr. Weiland, CDU: Ja! Rein logisch!)

Ich will das jetzt nicht noch einmal alles ausführen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD – Dr. Weiland, CDU: Aber Logik und Pörksen, zwei Welten stoßen aufeinander!)

Ich will einfach nur sagen, Sie haben etwas gemacht und haben Geld in die Hand genommen und etwas auf den Weg gebracht, aber es ist zweifelhaft, zu was das dann nachher führt.

(Ramsauer, SPD: Schauen wir mal!)

Ob es dann vielleicht etwas Gutes wird, werden wir dann wohl noch sehen.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es stellt sich die Frage, ob wir unmittelbar abstimmen wollen.

(Frau Schleicher-Rothmund, SPD: Ja!)

 Dann stimmen wir über den Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Jetzt stimmen wir über den Alternativantrag der Fraktion der CDU ab. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Somit ist dieser Antrag mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 15 der Tagesordnung:

Umfassende Entlastung der Kommunen auch bei der Eingliederungshilfe dringend geboten Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 16/3201 -

dazu:

Bundesbeteiligung an den Kosten der Eingliederungshilfe zugunsten der Kommunen zügig umsetzen Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 16/3220 -

Für die CDU-Fraktion begründet Frau Kollegin Anke Beilstein den Antrag. Die Grundredezeit beträgt 5 Minuten

Abg. Frau Beilstein, CDU:

Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wenn es Brei vom Himmel regnet, muss man den Löffel raus halten. Ich denke, Sie alle kennen diesen geflügelten Satz. Ich bin mir sicher, der Innenminister dieses Landes kennt ihn besonders gut, wenn es um finanzielle Unterstützungen geht, die aus Berlin kommen, und hier in diesem Fall ganz besonders im Zusammenhang mit der Eingliederungshilfe, die in Aussicht gestellt wurde.

Weil uns schon nach der Plenarsitzung im Dezember in diesem Zusammenhang Böses geschwant hat, haben wir diesen Antrag eingebracht. Nach den Äußerungen, die Minister Lewentz in der Plenardebatte gemacht hat, dass er die Hälfte des Geldes voraussichtlich abgreifen möchte,

(Pörksen, SPD: Was heißt hier "abgreifen"?)

die in der Presse entsprechend wiederzufinden waren, sind es die gemeinsamen Befürchtungen der CDU, der Kommunen, von Landkreistag und auch vom Städtetag, dass die Kommunen von Rheinland-Pfalz hier wieder einmal das Nachsehen haben werden.

(Beifall bei der CDU)

Es war ein von vielen Seiten und von langer Hand gehegter Wunsch, dass dieses Bundesleistungsgesetz kommt. Es ist jetzt auch im Koalitionsvertrag zur Umsetzung festgeschrieben. Danach sollen die Kommunen jährlich im Umfang von 5 Milliarden Euro direkt entlastet

werden. Heruntergebrochen auf Rheinland-Pfalz sind das 250 Millionen Euro jährlich. 50 Millionen Euro soll es als Soforthilfe geben.

Was sagte die SPD hier in diesem Land dazu? In einem Rundbrief, der "Zur Sache" heißt, meinte sie, der Koalitionsvertrag ist sozialdemokratisch und gerecht, und führt als ein Beispiel wörtlich die 5 Milliarden Euro pro Jahr mehr für die Kommunen im Rahmen der Eingliederungshilfe an.

(Beifall bei der CDU)

Unterschrieben ist dies von Roger Lewentz, Malu Dreyer und Doris Ahnen.

(Ramsauer, SPD: Gute Leute!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich glaube aber, wenn der Minister schon im Dezember ankündigt, die Hälfte dieses Segens im Landeshaushalt für sich beanspruchen zu wollen, dann bekommt der Ausdruck Halbwertszeit plötzlich wieder eine ganz andere Bedeutung.

(Beifall bei der CDU)

Als ich gestern Nachmittag den Alternativantrag von Rot-Grün bekam, dachte ich eigentlich zunächst, die Kollegen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen wahrscheinlich erst einmal klarstellen, dass sich der Minister da vielleicht ein wenig vergaloppiert hat. Aber weit gefehlt. Ich habe mir dann diesen Antrag durchgelesen und mich gefragt, was er uns sagen soll.

Er beginnt damit: "Der Landtag stellt fest (...)". Er stellt fest, dass die Forderung nach Kostenübernahme der Eingliederungshilfe durch den Bund schon länger besteht. Das ist nichts Neues. Er begrüßt darüber hinaus – der Landtag –, dass eine inhaltliche Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe stattfinden soll. Mein Gott, Weiterentwicklungen sind immer zu begrüßen.

Dann will der Landtag die Landesregierung auffordern, sich weiterhin für eine zügige Beteiligung des Bundes an den Sozialausgaben der Kommunen einzusetzen. Da frage ich mich ernsthaft: Traut man dem eigenen Koalitionsvertrag nicht? – Da steht es doch drin.

Dann soll sichergestellt werden, dass der auf Rheinland-Pfalz entfallende Anteil – diese Soforthilfe von 50 Millionen Euro – an die Kommunen weitergeleitet wird. Wir wollen das auch. Das haben Sie doch in der Hand.

Der dritte Punkt ist, es soll darauf hingewirkt werden, dass das geplante Bundesteilhabegesetz noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden kann und die Kommunen dabei spürbar und dauerhaft entlastet werden. Das wollen wir alles.

Unter dem Strich muss ich sagen, es ist alter Käse. Hier ist kein neues Thema dabei. Vor allen Dingen ist überhaupt nichts zu dem Thema gesagt, um das es uns geht, nämlich dass dieses Geld ungeschmälert bei den Kommunen ankommt.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen möchte ich auch noch einmal einen Blick in den Koalitionsvertrag werfen. Dort heißt es nämlich wörtlich "Die Gemeinden, Städte und Landkreise in Deutschland sollen weiter finanziell entlastet werden", und später dann noch einmal "Darüber hinaus sollen die Kommunen im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von fünf Milliarden jährlich von der Eingliederungshilfe entlastet werden".

Es wird also immer wieder betont, dass es um die Kommunen und nicht um eine Entlastung der Länderhaushalte geht.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, deswegen sollte es auch dieser Landesregierung bewusst sein, dass der Brei in diesem Fall nicht vom Himmel regnet, wobei sich jedermann bedienen kann, sondern dass er vom Bund kommt und er einen ganz bestimmten Empfänger hat. Deswegen bitte ich den Innenminister dieses Landes, dass er nicht den Landeslöffel aufhält, sondern die Pulle, und zwar die Pulle für die Kommunen, ganz weit aufmacht, dass möglichst viel Brei bei den Kommunen ankommt.

(Beifall der CDU)

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch noch einmal an das Urteil des Verfassungsgerichtshofs erinnern; denn er hatte gerade mit Blick auf die hohen Sozialausgaben einen spürbaren Beitrag des Landes im neuen Landesfinanzausgleichsgesetz gefordert. Jetzt wissen wir alle, der Beitrag ist doch nicht allzu sehr spürbar und ziemlich mager ausgefallen. Ich denke, deswegen sollte hier zumindest dafür Sorge getragen werden, dass das, was jetzt vom Bund kommt, ungeschmälert an die Kommunen weitergegeben wird.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Noss das Wort.

Abg. Noss, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident! Entlastung durch Übernahme der Eingliederungshilfe, eine Forderung, die seit Jahren von Ländern und Kommunen gleichermaßen aufgestellt wird. Eine Entlastung von dieser wichtigen und immer stärker steigenden, von einer unwahrscheinlichen Dynamik durchdrungenen Leistung. Wir haben dort Wachstumsraten, die wirklich sehr groß sind. Der Bund wird hier jetzt hoffentlich seiner Verantwortung gerecht. Wir haben 2014 die letzte Tranche in der Steigerung der Grundsicherung. Wir werden ab 2014 eine 100 %ige Übernahme der Kosten durch den Bund haben.

Auch für die Übernahme der Kosten der Eingliederungshilfe zeichnet sich irgendwo am Horizont ein entsprechendes Licht ab. Ich verweise ganz besonders auf den

Bundesratsbeschluss vom 22. März des vergangenen Jahres, der von allen – ich betone, von allen – Bundesländern mitgetragen wurde. Danach sollte es Ziel sein, ein Bundesleistungsgesetz zu verabschieden, welches Länder und Kommunen substanziell und nachhaltig durch die Übernahme der Kosten der Eingliederungshilfe durch den Bund entlastet. Dabei sollte auch versucht werden, die Struktur der Eingliederungshilfe so zu gestalten, dass die Wachstumsraten nicht mehr in der Form wie bisher auftreten. Ich glaube, da sind wir uns alle einig.

Die Eingliederungshilfe ist eine Leistung, die auf verschiedenen Wegen in den verschiedenen Bundesländern getragen wird. Bei uns haben wir zum Beispiel 49 % Landesanteil, während das im Saarland komplett vom Land getragen wird. Es gibt verschiedene Wege, die alle irgendwo ihre Berechtigung haben.

Ich sage einfach ganz deutlich: Dieser Beschluss des Bundesrats war damals auch die Grundlage für den Minister, exakt das wiederzugeben, was damals im Raum stand. Dieses Interview hat übrigens nicht im Dezember, sondern im November stattgefunden. Im November gab es noch keinen Koalitionsvertrag. Daher ist es unredlich – ich unterstelle, dass das eben keine absichtliche Handlung war, sondern auf Unwissenheit zurückzuführen ist –, dem Minister zu unterstellen, er hätte den Koalitionsvertrag nicht berücksichtigt, weil es den da nämlich noch gar nicht gab. Der Minister hat exakt das nachvollzogen, was Beschlusslage des Bundesrats war. Der Koalitionsvertrag kam erst einige Tage später.

(Zurufe von der CDU)

Die Vorwürfe des CDU-Generalsekretärs gehen daher völlig ins Leere.

(Frau Klöckner, CDU: Ein guter Mann! – Pörksen, SPD: Das ist doch ein Luftschütze!)

– Ja, ja.

Hier ist lediglich pflichtgemäßes Handeln festzustellen. Es ist nach dem Motto gehandelt worden "Irgendetwas wird schon hängen bleiben". Es bleibt nunmehr abzuwarten, wie der Koalitionsvertrag im Gesetzentwurf der Bundesregierung umgesetzt wird

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

 da sind sowohl CDU als auch SPD gleichermaßen gefordert, entsprechend zu agieren – und wie die Übernahme der Eingliederungshilfe durch den Bund geregelt wird.

Erfreulich ist, dass als Vorabzahlung bereits ab 2015 1 Milliarde Euro zur Auszahlung gelangen soll. Das bedeutet für unser Land etwa 50 Millionen Euro, die direkt weitergegeben werden.

Jede weitere Entlastung im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes wird vom Land so umgesetzt werden, wie es das Bundesteilhabegesetz vorsieht. Wir werden uns an die Regeln halten, die dort fixiert werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen speziell von der CDU, unser Ziel sollte es sein, dass wir möglichst schnell zu einem Bundesteilhabegesetz kommen.

(Frau Klöckner, CDU: Genau, Frau Nahles macht das!)

dass wir dieses möglichst schnell umsetzen und es schaffen, die Kommunen nachhaltig zu entlasten. Das sollte unser Ziel sein.

Getreu den Worten, die Frau Beilstein vorhin gesagt hat, sollten wir versuchen, den Löffel aufzuhalten, wenn es Brei regnet. Wir hoffen, dass das Gesetz so ausgestaltet wird, dass der Brei in kommunalen Löffeln landet und nicht andere eventuell den Löffel aufhalten können. Dazu können wir alle beitragen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Kollege Steinbach von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stelle zum Thema "Kommunalfinanzen" fest, so viel Einigkeit war selten. Es freut uns, dass wir uns da auf dem Weg befinden.

(Frau Klöckner, CDU: Nur der Minister sieht das anders! – Licht, CDU: Sie haben noch nicht geredet!)

Gleichzeitig muss ich aber sagen, man muss politisch sagen, für uns stehen die Menschen mit Behinderung im Mittelpunkt unserer Politik. Daraus folgt auch, dass wir die Finanzierungslasten, die aus dieser großen Aufgabe erfolgen, fair verteilen müssen.

Dann möchte ich durchaus lobend erwähnen, dass Sie sich, meine Damen und Herren von der CDU, mit Ihrem Antrag in Ihren kommunalfinanzpolitischen Positionen bewegt haben, und zwar in die richtige Richtung; denn das, was Sie in diesem Hause ziemlich lange in Abrede gestellt haben, nämlich dass auch der Bund Verantwortung für die kommunale Finanzsituation trägt, kommt in diesem Antrag zum Ausdruck. Wie gesagt, das ist ein Schritt in die richtige Richtung, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ansonsten ist das Ziel dieses Antrags nicht eindeutig. Was will die CDU damit erreichen? An wen sollte der Antrag eigentlich gerichtet sein, meine Damen und Herren? Dann ist es schon ein bisschen dreist, wenn sich

Frau Kollegin Beilstein hier hinstellt und sich sozusagen dafür abfeiern lässt, dass vermeintlich die CDU jetzt die Eingliederungshilfe im Koalitionsvertrag verankert hätte.

Meine Damen und Herren, der Bundesfinanzminister, Herr Wolfgang Schäuble, sitzt mehr oder minder sehr eng auf seiner Kohle und hat sich ziemlich lange geweigert, sich daran überhaupt zu beteiligen, und hat das ziemlich lange hinausgezögert.

Darum erleben wir auch einen Einstieg in die Finanzierung ab 2015, und die Vollfinanzierung findet, wenn es nach Wolfgang Schäuble geht, ab 2018 statt. Da ist das also mit dem schnellen und entschlossenen Handeln auf der CDU-Seite nicht ganz so klar.

Was will aber die CDU mit dem Antrag erreichen? Wollen Sie auf die prekäre finanzielle Lage der Kommunen eingehen? – Gut, das tun Sie gerne. Dann ist aber die Eingliederungshilfe vielleicht nicht das beste Beispiel; denn da sind wir mit der neu ausgestalteten Schlüsselzuweisung C im kommunalen Finanzausgleich einen Weg gegangen, wie das Land im Rahmen seiner Möglichkeiten für die Gebietskörperschaften mit hohen sozialen Ausgaben eine deutliche Entlastung liefern kann.

Seit dem 1. Januar übernimmt das Land 50 % der Kosten der ambulanten und stationären Hilfe zur Pflege im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Das Land hat demnach in seiner Verantwortung seinen Teil erfüllt. Nun ist es gut. Jetzt ist der Bund gefragt, und zwar mit einem Bundesteilhabegesetz. Meine Damen und Herren, das liegt auch in Ihrer Verantwortung im Sinne der CDU.

Wenn Sie einen Antrag zur Ausgestaltung der Eingliederungshilfe schreiben und dann auf Reformvorschläge der Bundes-CDU dazu hinweisen wollten, dann – gerade dann – ist dieser Antrag vollständig verfehlt, weil bei Ihnen nicht Menschen mit Behinderung im Vordergrund stehen.

Welche Ansätze die CDU vorweisen kann, um deren Lebensqualität zu verbessern und um die UN-Konvention umzusetzen, ist diesem Antrag nicht zu entnehmen, sondern für Sie steht im Fokus, wie man bei der Eingliederungshilfe die Kosten der Kommunen möglichst gering hält.

(Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

Aber auch hier liegt die Entscheidung und der nächste Schritt nicht auf der Landesebene, sondern auf der Bundesebene. Da tragen Sie bekanntermaßen Verantwortung, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wenn Sie wollen, dass die Gelder Menschen mit Behinderung direkter zugutekommen und eine andere Leistungsgrundlage schaffen wollen, müssen Sie ein entsprechendes Teilhabegesetz schaffen, für das Sie eine Vorlage schaffen müssen, meine Damen und Herren.

Die sind Sie bislang schlicht und ergreifend schuldig geblieben. Sich jetzt als den Retter der Kommunen aufzustellen, hat etwas von Dreistigkeit, meine Damen und Herren von der CDU.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Pörksen, SPD: Sehr richtig!)

Die Möglichkeit, Bundesgelder an das Land zu geben, die das Land direkt und vollständig an die Kommunen weitergibt, ist bei der Eingliederungshilfe begrenzt. Das hängt von der Leistungsbeschreibung ab. Das müssten Sie wissen, meine Damen und Herren von der CDU; denn das Problem der Eingliederungshilfe ist, dass ein großer Teil der Gelder Sachleistungen und keine direkten Geldleistungen sind, dies unter anderem auch in den verschiedenen Verschränkungen des Sozialgesetzbuchs.

Deshalb muss ein rechtlich geeigneter und sicherer Weg gefunden werden, wie der Bund und das Land trotzdem direkt Gelder an die Betroffenen weiterleiten können, aber auch dazu habe ich keinerlei Hinweise in Ihrem Antrag gefunden, meine Damen und Herren.

Warum also dieser Antrag ohne Inhalt? Sorgen Sie auf der Bundesebene dafür, dass das Leistungsgesetz schnell vorangetrieben wird. Sorgen Sie für klare und eindeutige Regelungen. Sorgen Sie dafür, dass wir eine Vorlage haben, die es uns als Land ermöglicht, ein Ausführungsgesetz, wie wir es beispielsweise beim Sozialgesetzbuch XII gemacht haben, zu schreiben, in das wir das klar hineinschreiben können, in dem wir klar Leistungen und auch Bedingungen definieren können. Dann sorgen wir dafür, dass die Gelder, die Sie bereitstellen, vollständig entsprechend verwendet werden. Das ist die klare Zusage. Hier hat niemand – weder von der Regierung noch in diesem Parlament – eine andere Aussage getroffen. Alles andere ist dem 25. Mai 2014 geschuldet, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Minister Lewentz. – Entschuldigung, Frau Ministerpräsidentin Dreyer hat das Wort. Entschuldigung, wir hatten noch Herrn Minister Lewentz auf der Redeliste stehen. – Bitte schön, Sie haben das Wort.

(Pörksen, SPD: Ober sticht Unter!)

Frau Dreyer, Ministerpräsidentin:

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich kann es sehr kurz machen, weil von Herrn Steinbach in dieser letzten Rede alles sehr gut auf den Punkt gebracht worden ist.

(Licht, CDU: Mir hat Herr Noss sehr gut gefallen!)

- Herr Noss hat es auch sehr schön gesagt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) Spaß beiseite. Bei meinem Amtsantritt habe ich deutlich gemacht, dass es mir ein Anliegen ist, die Kommunen zu stärken und für sie Dinge zu tun, damit sie wieder mehr Handlungsspielräume bekommen. Ich finde, wir haben gemeinsam mit der Koalition im Doppelhaushalt sehr gut dargestellt, dass es uns mit diesem Anliegen ernst ist. Es ist von Herrn Steinbach gesagt worden, dass der KFA entsprechend entwickelt worden ist.

Frau Beilstein, Sie haben höhere Erwartungen. Ich denke, es ist nicht korrekt zu sagen, ich habe nicht mehr das Zitat im Kopf nach dem Motto, es ist ein bisschen schwach auf der Brust am Schluss.

Wir haben die Kommunen, die besonders hohe soziale Ausgaben haben, im KFA ganz besonders berücksichtigt. Das war unser Auftrag. Das war unser Ziel. Das war etwas, was wir uns vorgenommen haben. Deshalb bin ich der Auffassung, dass wir als Land und als Koalition sehr deutlich gezeigt haben, dass es uns ernst ist, die Kommunen zu entlasten, die hohe soziale Ausgaben haben. Das war der erste Punkt.

Ich komme zum zweiten Punkt. Der Bund hat diese Leistungen im SGB festgelegt. Das ist uns recht. Das ist eine wichtige Leistung, über die wir sprechen. Es sollte nicht immer ein Zwischenton kommen nach dem Motto, das Land vergreift sich an den Kassen der Kommunen. Nein, das ist eine Bundesleistung, die die Kommunen erbringen. Das Land erstattet den Kommunen einen Teil dieser Leistungen, die sie erbringen. So herum ist es rechtlich korrekt.

Meine sehr geehrten Herren und Damen Abgeordnete, deshalb möchte ich das auch wirklich zurückweisen, dass immer der Eindruck vermittelt wird, wir greifen den Kommunen in die Tasche. Das Gegenteil ist der Fall. In der Eingliederungshilfe ist es so geregelt, dass die Bundesleistung von uns den Kommunen gegenüber ein Stück weit erstattet wird, aber nicht umgekehrt. Das sollte vielleicht in diesem Sinne korrekt wiedergegeben werden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist auch der Grund, warum der Bund mit den Kommunen darüber absolut einig ist. Der Bund hat die Verpflichtung, sich zu beteiligen. Das vertreten wir seit vielen Jahren, weil die Kommunen klar sagen, bei Bundesleistungen ist es nachvollziehbar, dass der Bund sagt, wir finanzieren mit. An diesem Punkt möchte ich noch einmal eine Klarstellung vornehmen. Natürlich ist es ganz viel SPD und ganz viel Rheinland-Pfalz, dass wir es endlich geschafft haben.

Meine Damen und Herren, erinnern Sie sich bitte an die Auseinandersetzungen vom Fiskalpakt. Vielleicht ist Ihr Gedächtnis an der Stelle manchmal ein bisschen zu kurz. Es war Rheinland-Pfalz, das am Ende durchgesetzt hat, dass wir im Fiskalpakt 2012 durchgesetzt haben, dass der Bund erklärt, sich an der Eingliederungshilfe zu beteiligen. Im Koalitionsvertrag wird es endlich umgesetzt.

(Beifall der SPD – Ramsauer, SPD: So ist das!)

Wenn wir uns für das Bundesteilhabegesetz eingesetzt haben, ging es mir immer um zwei Dinge. Es geht an erster Stelle um die Menschen mit Behinderungen. Wir wollten endlich ein modernes Gesetz schaffen, das den Bedürfnissen der Menschen mit Behinderungen gerecht wird, das Teilhabe und Normalität im Leben sichert, und dass das, was wir inhaltlich vertreten, im Gesetz abgebildet wird.

Außerdem war mir wichtig, dass sich der Bund bei dieser Leistung beteiligt. Deshalb ist unsere Haltung als Landesregierung einfach klar und richtig. Solange der Bund kein Leistungsgesetz vorlegt, werden wir sicherstellen, dass das Übergangsgeld von 1 Milliarde Euro direkt an die Kommunen durchgereicht wird. Wir erwarten vor allem, dass die Bundesregierung das Teilhabegesetz auf den Weg bringt. Das ist nicht nur Frau Nahles.

Liebe Frau Klöckner, es ist auch Herr Schäuble.

(Frau Klöckner, CDU: Frau Nahles muss es machen!)

Im Haushalt von Herrn Schäuble haben wir bislang noch nicht gesehen, dass die 5 Milliarden Euro vorhanden sind. Beide Partner müssen dafür Sorge leisten, dass das Leistungsgesetz vorgelegt wird. Auch das wissen die Kommunen, sonst würden sie in ihrer Erklärung nicht genau diesen Punkt ansprechen nach dem Motto, wir erwarten von der Bundesregierung, dass zum 1. Januar 2016 ein Leistungsgesetz vorliegt. Genau das erwarten wir auch.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Das Bundesleistungsgesetz kann sehr unterschiedlich ausgestaltet sein. Es kann zum Beispiel, was wir uns sehr wünschen, ein Bundesteilhabegeld geben. Das wäre im Sinne von Rheinland-Pfalz, in dem wir schon lange nach Budgets arbeiten, absolut nachvollziehbar.

Dann brauchen wir die ganze Debatte, die Sie uns im Moment ein bisschen anhängen wollen, überhaupt nicht zu führen, weil der Bund dann das Bundesteilhabegeld bezahlt.

Dieses Bundesteilhabegeld geht an die Betroffenen selbst. Damit fallen den Kommunen diese Kosten nicht an, und sie wollen sie von uns auch nicht erstattet bekommen. Insofern ist die Sache dann vollkommen klar.

Das heißt, sobald klar ist, wie die Reise beim Bundesleistungsgesetz aussieht, werden wir auch Klarheit darüber haben, wie es mit den Kosten läuft. Dann können wir uns auch weiter unterhalten.

Ich denke, es ist ein klarer Kurs, den wir gehen. Die Kommunen brauchen nicht zu befürchten, dass sie zu kurz kommen. Das Gegenteil ist der Fall.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Wieland das Wort. Sie haben noch eine Redezeit von zwei Minuten.

Abg. Frau Wieland, CDU:

Herr Steinbach, wir können es nicht unwidersprochen stehen lassen, wenn Sie sagen, bei uns steht der Mensch mit Behinderung im Mittelpunkt, und dann "im Gegensatz zu Ihnen von der CDU-Fraktion" vermerken.

(Pörksen, SPD: Das hat er nicht gesagt!)

 Er hat das mit mehr Worten gesagt. Dafür reicht mir die Zeit nicht. Gerade weil bei uns der Mensch mit Behinderung im Mittelpunkt steht, haben wir diesen Antrag gestellt.

(Beifall der CDU)

Es geht um zwei Dinge. Ich habe bei den Ausführungen von Herrn Steinbach überlegt, ob wir in zwei verschiedenen Enquete-Kommissionen waren. Wir saßen in sehr vielen Sitzungen zusammen, in denen wir auch zum Beispiel von Professor Barbaro und vom ifo Institut gehört haben, wie groß die Diskrepanz in der Kostenentwicklung zwischen Kommunen und Land ist. Das Urteil aus Neuwied ist gerade in dieser unterschiedlichen Kostensteigerung begründet.

(Beifall bei der CDU)

Genau dieser Punkt führt dazu, dass wir sagen, zunächst einmal brauchen die Kommunen eine Grundlage, um weiter vernünftig Sozialkosten übernehmen zu können.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Was erleben wir jetzt? Wir haben erlebt, dass im Rahmen der Neuordnung des LFAG den Kommunen vermeintlich und den Behindertenverbänden vorgegaukelt wurde, ambulante Kosten werden vom Land übernommen.

Am 18. Januar hat der Landesbehindertenbeauftragte eine Pressemitteilung herausgegeben, in der dies noch einmal formuliert wird. Dem ist nicht so.

(Beifall bei der CDU)

Das Land hat festgelegt, dass 10 % aus dem Gesamttopf nach einem bestimmten Schlüssel verteilt werden. Das ist keine zusätzliche Übernahme. Die Behindertenverbände verstehen das alle als zusätzliche Übernahme. Dem ist nicht so.

Um diese Diskussion insbesondere mit den Menschen mit Behinderungen künftig zu vermeiden, ist es völlig unnötig, jetzt schon zu sagen, ein Teil bleibt beim Land.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

 Ich komme zum Ende. Damit vergiften wir die Situation und die Voraussetzung für die absolut notwendige Formulierung des Gesetzes.

Danke schön.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zur unmittelbaren Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/3201 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Wer dem Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/3220 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Ich rufe Punkt 16 der Tagesordnung auf:

Waldzustandsbericht 2013 Besprechung des Berichts der Landesregierung (Drucksache 16/3135)auf Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/3186 –

Das Wort hat Frau Kollegin Neuhof von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wir haben eine Grundredezeit von 10 Minuten je Fraktion vereinbart.

Abg. Frau Neuhof, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Uns liegt der 30. Waldzustandsbericht vor. Gerade durch diese Kontinuität haben wir sowohl eine Übersicht über das letzte Jahr als auch quasi eine Langzeitstudie und damit einen guten Überblick, wie es dem Wald in Rheinland-Pfalz geht.

Ich möchte an dieser Stelle meinen Dank an alle die aussprechen, die an der Erstellung des Berichtes mit ihrer guten Arbeit mitgewirkt haben, die nach draußen gegangen sind und einen wirklich guten Job gemacht haben. Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir erinnern uns, die Zeiten des sichtbaren Waldsterbens sind Gott sei Dank vorbei. Ein Grund zur Entwarnung besteht allerdings überhaupt nicht. Wir müssen feststellen, dass 70 % des Waldes schwache bis deutliche Schäden aufweisen. Wir haben Differenzierungen in den verschiedenen Chartbildern. Den Laubbäumen geht

es etwas besser als den Nadelbäumen, die Schwefelund Säureschäden sind zurückgegangen, beim Stickstoffeintrag kann allerdings keine Entwarnung gegeben werden.

Es ist sehr schwer, in einer Rede diese sehr guten und anschaulichen Grafiken darzustellen. Diese differenzierte Betrachtung sollte anhand des Berichtes gemacht werden, um es einprägsam für sich zu haben.

Der Wald und der Boden haben – ich möchte es an dieser Stelle einmal so bezeichnen – ein Langzeitgedächtnis, und einmal eingebrachte Schadstoffe haben lange Wirkzeiten.

Die Stickstoffbelastung des Waldes zum Beispiel ist eine menschengemachte Belastung. Hier sind der Straßenverkehr, aber auch die Landwirtschaft zu nennen. Im Umkehrschluss heißt es aber, was Menschen machen, können sie auch rückgängig machen und Luft und Böden, das Wasser und den Zustand des Waldes wirksam verbessern. Es besteht keine Frage, da muss gehandelt werden. Es ist ein durchaus größeres Handlungsspektrum als reine Waldmaßnahmen. Zum Beispiel ist eine bäuerliche Landwirtschaft sicherlich verträglicher. Eine an die Fläche angepasste Tierhaltung vermeidet Überdüngung. Ein verminderter Fleischkonsum vermeidet Schadstoffemissionen. Das zeigt, dass nicht nur die Bäuerinnen und Bauern, die Forstwirte und die Behörden etwas machen können, sondern jeder einzelne für sich.

Meine Damen und Herren, ein Baum ist mehr als ein Stück Holz zur wirtschaftlichen Nutzung, ist mehr als nachwachsender Rohstoff. Wald ist ein wichtiger Faktor zu Reinhaltung der Luft und des Wassers und Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen. Eine nachhaltige naturnahe Waldwirtschaft ist existenzsichernd für viele Wirtschaftszweige – das möchte ich absolut betonen –, sie ist aber auch absolut wichtig zum Erhalt und der Förderung von Biodiversität, der Vielfalt von Flora und Fauna. Das ist kein Gegensatz oder etwas, was sich gegenseitig behindert, sondern das sind die beiden Seiten einer Medaille, ein wunderbares Beispiel dafür, wie Ökologie und Ökonomie zusammengehen können, zusammengehen müssen. Damit wird ein Schuh daraus sowohl für die Holzindustrie als auch für die Ökologie, die Erholung und den Wald allgemein.

Mit der FSC-Zertifizierung im Staatswald erweitern wir die Vermarktungschancen und stützen die holzverarbeitende Industrie. Mit dem BAT-Konzept erhalten wir Lebensräume und Biotope. Eine nachhaltige, auf Naturverjüngung gründende Waldbewirtschaftung sichert die Bestände. Last but not least haben wir mit dem Nationalpark eine Referenzpflicht zum bewirtschafteten Wald.

Also haben wir in zweieinhalb Jahren Regierungskoalition sehr viele Wege zur Sicherung des Waldes in seinen unterschiedlichen Funktionen auf den Weg gebracht. Ich denke, wir werden in den kommenden Jahrzehnten durchaus ermessen können, welch sinnvolle Wege beschritten worden sind.

Der Vollständigkeit halber möchte ich noch erwähnen, dass es ohne Jagd nicht geht. Es gibt ein einfaches Kriterium, um festzustellen, ob vernünftig gejagt wird oder nicht, nämlich der Zustand der Naturverjüngung ist das Kriterium der Wahl. Die Anzahl der Geweihträger ist mitnichten ein Kriterium. Es lässt sich in den einzelnen Bezirken in Rheinland-Pfalz sehr gut ablesen, nach welchen Kriterien gejagt und Jagd eingesetzt wird.

Auch wenn es nicht allen gefällt, das, was ich bisher gesagt habe, ist logisch, fördert sich gegenseitig, ist die Sicherung der Zukunft.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Waldpolitik und Waldbewirtschaftung und das Wort "Zukunft" finden die logische Fortführung. Es ist immer in die Zukunft gerichtet, was heute gedacht und getan wird, es wirkt über die nächsten Jahrzehnte. Zu diesem Denken und Tun braucht es die Menschen, und Menschen brauchen ebenso eine Zukunft und Perspektive. Auch hier haben wir mit dem Einstellungskorridor für die Forstleute sicherlich nicht alle Probleme der Personalsituation gelöst, aber ohne diese Entscheidung wäre überhaupt kein Problem gelöst. Es geht in die richtige Richtung und damit wieder in die Zukunft.

Ich habe Ihnen das in dieser Ausführlichkeit geschildert, nicht um ein allgemeines eigenes Schulterklopfen zu veranstalten, sondern weil ich den geneigten Zuhörerinnen und Zuhörern eine Anregung präsentieren möchte, die sich ansonsten sehr gut selbst unterhalten und sehr viel Spaß haben, aber es sei ihnen gegönnt.

Ich habe das ausgeführt, um eine Anregung ins Spiel zu bringen und dem Waldzustandsbericht Weiterungen und Möglichkeiten zu geben, als Prüfbericht für die nächsten Jahrzehnte eine Gültigkeit zu haben. Wir bewerten jetzt zum Beispiel die Schadstoffbelastung, die Bodenzustände, die einzelnen Baumarten. Wir wünschen uns, dass wir andere Kriterien hinzunehmen, zum Beispiel die Artenvielfalt, die Zustände der Biotope und mehr. Das müssen die Fachleute, die Fachmänner und Fachfrauen, entwickeln, um ein noch umfassenderes Bild des Waldes zu kennzeichnen, vor allen Dingen, um in den kommenden Jahrzehnten ein zusätzliches Prüfinstrument zu dem guten Instrument, das wir jetzt schon haben, zu haben.

Das hat eine ganz besondere Notwendigkeit, vor allem unter dem Aspekt des Klimawandels. Wir sehen jetzt schon die ersten Auswirkungen des Klimawandels und müssen jetzt die Weichen für die Zukunft stellen.

Zur Erinnerung, Waldpolitik ist immer Zukunftspolitik. Die Entscheidungen von heute zeigen sich im Ergebnis nach Jahrzehnten. Ein großes Thema in diesem Zusammenhang ist sicherlich, welche Baumarten in welchen Regionen die Baumarten der Zukunft sind. Da wird das eine oder andere heiße Eisen zu diskutieren sein. Ich benenne ausdrücklich die Diskussion um Fichte und/oder Douglasie, was teilweise sehr intensiv mit sehr viel Einsatz diskutiert wird. Ich denke, die Schere im Kopf kann nicht das adäquate Mittel sein. Kluges Abwägen bringt uns sicherlich weiter.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass eine Klimaschutzpolitik auch eine Waldschutzpolitik ist. Wenn wir unser Klima schützen, wenn wir entsprechende Vorhaben auf den Weg bringen, dies aktiv betreiben, dann betreiben wir in der Logik meiner Rede und mit dem Stichwort über meiner Rede eine aktive Zukunftspolitik zum Nutzen unserer Wälder, aber auch zum Nutzen unserer Natur, unserer Ökologie und letztlich – das möchte ich absolut noch einmal betonen – zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Da brauchen wir uns in Rheinland-Pfalz nicht zu verstecken. Das machen wir, das wollen wir machen, und das machen wir weiter, gerade im holzverarbeitenden Gewerbe.

Ich danke Ihnen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen? – Keine.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

 Das steht nicht in der Geschäftsordnung. Es muss sich jeder melden.

Frau Staatsministerin Höfken hat sich gemeldet. – Frau Höfken, Sie haben das Wort.

Frau Höfken, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten:

Anna Neuhof, vielen Dank für die Rede. Ich finde, damit ist schon unglaublich viel gesagt.

Jetzt habe ich den Waldzustandsbericht auf meinem Tisch liegen lassen, aber ich kann sagen, es ist ein wunderbarer Bericht, über den es sich lohnt zu reden.

Ich kann nur noch einmal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken, die diesen Bericht mit so viel Engagement erstellt haben. Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass diese Arbeit kontinuierlich fortgesetzt wird.

Der Gesundheitszustand unseres Waldes gibt nicht nur Auskunft über den Umgang mit dem Wald, er ist auch Anzeiger für den Zustand unserer Umwelt, er ist ein Indikator und liefert damit wichtige Impulse für die Umwelt-, Klima- und Forstpolitik.

Der Waldzustandsbericht 2013 ist in dem Zusammenhang ein ganz besonderer Bericht; denn er ist nicht nur eine Momentaufnahme für dieses Jahr, er wird 2013 auch zum 30. Mal erhoben.

Das haben wir zum Anlass genommen, nicht nur allein den aktuellen Zustand zu bewerten, sondern vielmehr die Entwicklung des Waldes anhand der Langzeitmessreihe nachzuvollziehen. Viele der Bäume, die dieses Jahr begutachtet worden sind, gehören seit 30 Jahren zu den Probebäumen und können damit als wichtige Indikatoren für die Entwicklung des Waldzustands gesehen werden.

Ich will Ihnen die wichtigsten Ergebnisse zusammenfassend vorstellen, ich denke, die Fachabgeordneten haben den Bericht schon gelesen und ausgewertet.

Es gibt eine wie bereits im Vorjahr beobachtete leichte Erholung der Waldbäume. Das setzt sich fort. Ganz besonders deutlich zeigt sich das bei den wichtigsten heimischen Laubbaumarten, der Buche und der Eiche. Über alle Baumarten hat sich der Anteil an Bäumen mit deutlichen Schäden um fünf Prozentpunkte auf 23 % verringert.

Auch wenn es diesen leichten Erholungstrend gibt, so sind 23 % der Bäume deutlich geschädigt, 70 % schwach bis deutlich geschädigt, und 30 % haben keine Schadensmerkmale. Das ist ökonomisch wie ökologisch relevant.

Dem Wald geht es also besser, von Entwarnung können wir aber nicht sprechen. Das heißt, es ist nach wie vor eine Reduktion der Emissionen nötig, und das im Interesse der Umwelt, des Naturschutzes, aber auch der Waldbesitzerinnen und -besitzer.

Sie finden viele Details im Waldzustandsbericht. Der Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft in Trippstadt ist es auch in diesem Jahr gelungen, einen solch wunderbaren Bericht vorzulegen. Deswegen noch einmal an dieser Stelle der Dank.

Die Ergebnisse der Langzeitmessreihen im Konkreten lassen drei Tendenzen erkennen:

- 1. Der Schwefelsäure- und Schwermetalleintrag ist reduziert. Diejenigen, die in einem ähnlichen Alter sind wie ich, haben sich sehr intensiv, als wir noch jünger waren, mit dem Schwefel-, dem Säure- und auch dem Schwermetalleintrag beschäftigt. Es gab wirklich abschreckende Bilder in den Medien über die sterbenden Bäume. Ganz klar ist, wäre es nicht zum Beispiel zur Einführung des bleifreien Benzins und zur Reduzierung der Bleibelastung gekommen, dann hätte sich dieser Trend fortgesetzt. Aber diese Widerstände gegen die Luftverschmutzung haben sich sehr positiv für die Bäume bemerkbar gemacht.
- 2. Der Stickstoffeintrag ist leider wenig reduziert. Dabei steht vor allem der Verkehr im Mittelpunkt. Das heißt, der Eintrag an Stickoxiden verringerte sich in den letzten 30 Jahren seit 1980 um 61 % das hört sich viel an , aber der Anteil von Ammoniak nur um 33 %.
- 3. Sehr deutlich sehen wir eine Zunahme von witterungsbedingten Belastungen. Das ist das, was jetzt immer deutlicher wird. Im Jahr 2013 war die Vegetationsperiode trotz des kühlen Frühjahrs und Frühsommers insgesamt wieder zu warm. Glück war, dass die Niederschläge über dem langjährigen Mittel gelegen haben, sodass wir den Erholungstrend fortsetzen konnten. Es herrschten insgesamt etwas günstigere Wachstumsbedingungen.

Ganz klar ist aber, aufgrund dieser Trends wissen wir, die Politik der reinen Luft muss weiter energisch verfolgt werden. Der Bereich der Schadstoffemissionen aus dem Verkehr ist immer noch ganz vorn. Hier müssen wir weiterhin etwas unternehmen. Es geht um den Schadstoffausstoß und dessen Begrenzung.

Die Verkehrspolitiker setzen sich intensiv damit auseinander, auch mit den Vorschlägen der EU-Kommission und der Haltung der Bundesregierung dazu. Wichtig ist, für unseren Wald brauchen wir eine Begrenzung der Emissionen.

Weitere Themen sind die Landwirtschaft und die Ernährung. Auch hier gibt es eine entsprechende Emissionsbelastung. Ich will auf ein Programm hinweisen, das wir in den nächsten Wochen vorstellen werden und das gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer und vielen anderen entwickelt wurde. Das ist das Programm "Gewässerschonende Landwirtschaft", das vor allem auf eine Verringerung der Nitratbelastung abzielt.

Ein ganz wichtiger Punkt, über den Sie gerade schon diskutiert haben, ist des Weiteren die Energiewende. Wir brauchen eine Abkehr von den fossilen Energieträgern für den Schutz des Waldes. Das Klimaschutzgesetz ist ganz sicher das Stichwort, das für die Waldpolitik eine der wichtigsten Entwicklungen ist, die wir hier brauchen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz klar ist, Luftschadstoffe sind ein grenzüberschreitendes Problem. Hierbei ist nicht Deutschland allein auf einer Insel. Insofern ist es eine wichtige Aufgabe der neuen Bundesregierung, aber auch eine Aufgabe auf europäischer Ebene, die wir mit Nachdruck mit all unseren Möglichkeiten unterstützen müssen.

Sie sehen im Bericht auch – das ist auch mein persönliches Aha-Erlebnis –, wie verzahnt all diese Bereiche sind und wie komplex diese Elemente den Gesundheitszustand unseres Waldes und der Bäume beeinflussen. Ganz klar ist nur, wenn wir den Zustand unseres Walds nachhaltig verbessern, nutzt das unserer gesamten Umwelt und damit auch uns und unseren Regionen, unserem Land.

Erst das langfristige Umweltmonitoring ermöglicht es, unsere Maßnahmen zu evaluieren. Klar ist, die Bäume sind ein Umweltarchiv und ein aktuelles Signal zugleich.

Das Land Rheinland-Pfalz hat dazu forstpolitische Weichen gestellt, die Frau Neuhof schon skizziert hat. Alles, was damit zu tun hat, die Artenvielfalt und die Anpassungsfähigkeit zu unterstützen, die Nachhaltigkeit zu entwickeln, vom Totholzkonzept, dem BAT-Konzept, bis hin zur Zertifizierung und zum Nationalpark, trägt dazu bei, nicht nur einerseits den Schutz der Natur zu wahren, sondern andererseits auch die Erkenntnisse und Referenzwerte zu gewinnen, die wir für die wissenschaftliche Arbeit in und an unseren Wäldern brauchen.

Ich denke, wir haben mit dem Waldzustandsbericht eine sehr gute und notwenige Arbeit, um den Zustand unserer Wälder zu bewerten und daraus die entsprechenden Schlüsse zu ziehen.

Ich danke Ihnen dafür, dass Sie sich mit diesem Bericht so intensiv im Landtag beschäftigen.

Danke.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Kollege Billen von der CDU-Fraktion.

Abg. Billen, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn der Herr Kollege Hürter sich nicht traut, seinen eigenen Antrag hier zu begründen, dann gehe ich im Namen der CDU-Fraktion dazwischen. Ansonsten gilt normalerweise die parlamentarische Regelung, dass die beantragenden Fraktionen zuerst reden, obwohl es in der Geschäftsordnung genau umgekehrt steht.

(Beifall der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Der Waldzustandsbericht ist gut. Frau Höfken, Sie haben das meiner Ansicht nach auf den Punkt gebracht.

Die Schwefeleinträge sind rapide gefallen, wenn man sich die von 1984 und heute betrachtet.

Wenn man sich die Säureeinträge betrachtet, sind diese aber nicht so gesunken, dass man auf eine Waldkalkung verzichten kann. Insofern weise ich noch einmal darauf hin, auch im Rahmen der Haushaltsdebatte, auch bei der Waldkalkung sollten wir jetzt nicht sagen, wir hören auf, sondern wir sollten sie weiter fördern im Sinne dessen, was Sie dann als Ihr persönliches Aha-Erlebnis beschrieben haben, dass alles ineinandergreift und in der Natur alles miteinander zu tun hat. In dieser Beziehung sollten wir noch etwas tun.

Die Bleieinträge – das hat mich sehr gewundert – sind sehr rapide gesunken. Das Folgende sage ich jetzt wirklich scherzhaft, nicht dass wieder einer einen Herzschlag bekommt: Ich wüsste gern, warum wir über bleifreie Munition diskutieren. Wenn die Bleieinträge so gesunken sind, könnten wir auch mit anständiger Munition weiterschiessen und bräuchten keine nicht kontrollierte Munition benutzen.

Stickstoffeinträge sind ein beliebtes, aber auch ein sehr schwieriges Thema, das viel damit zu tun hat, wie die Bodenverhältnisse sind, das aber – Frau Höfken, das haben Sie vollkommen richtig gesagt – auch etwas damit zu tun hat, dass der Mensch beweglicher geworden ist, Auto fährt und dadurch bestimmte Einträge verursacht.

(Ramsauer, SPD: Und Motorrad!)

Ich möchte eine Gesamtbetrachtung anstellen. Dafür bräuchte man eigentlich kein Waldgutachten. Herr Ramsauer, das kann ich sogar Ihnen erklären. Wenn Buchen und Eichen einigermaßen gesund sind, produzieren sie alle zehn Jahre entweder Eicheln oder Bucheckern. Wenn sie nicht gesund sind, wenn die Bäume selbst das

Gefühl haben, dass sie krank sind, dann produzieren sie jedes Jahr Eicheln und Bucheckern.

Wir hatten im letzten Jahr keine Bucheckern- und Eichelmast, und wir haben in diesem Jahr nur eine teilweise Bucheckern- und Eichelmast. Nun kommt wieder das persönliche Aha-Erlebnis von Frau Ministerin Höfken: Natur greift ineinander.

(Heiterkeit der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Dadurch haben wir auch weniger Wildschweine, weil Bucheckern und Eicheln für die Wildschweine, als Mast betrieben, ein hervorragendes Futter sind. – Also, alles hat miteinander zu tun. Die Bäume sind gesünder.

Frau Neuhof, ich möchte Ihnen nun widersprechen.

(Frau Neuhof, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich hätte mich auch gewundert!)

Wenn der Wald auf zweieinhalb Jahre Regierung reagieren würde, dann täte es mir leid für den Wald.

(Beifall der CDU – Heiterkeit der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Insofern bin ich diesbezüglich sehr gelassen: Sie bekommen ihn nicht in fünf Jahren kaputt, und Sie bekommen ihn auch nicht in zehn Jahren kaputt. Aber da Sie nur noch zweieinhalb Jahre haben, kann nicht viel passieren.

Ich komme nun zum Thema "Käferholzeinschlag und Witterungsabhängigkeit". Die CDU-Fraktion hat immer dafür gestanden und steht auch weiterhin dafür, dass wir standortgerechten Waldbau betreiben. Das heißt, dort, wo Nadelholzgebiete sind, wo Nadelholzboden ist, wo Nadelholzhöhen sind, sollte Nadelholz stehen. Wenn es Douglasien sind, sind es Douglasien, wenn es Fichten sind, sind es Fichten, und wenn es Tannen sind, sind es Tannen.

Weshalb hatten wir in den letzten beiden Jahren relativ wenig Käferflug? – Dabei muss man berücksichtigen, dass die Douglasie kein Käferproblem hat. Die Douglasie hat auch noch andere Vorteile, sie ist aber ein bisschen arbeitsintensiver.

Wir hatten in den letzten Jahren relativ wenig Käferflug, weil wir in diesen Jahren relativ kühle und nasse Frühjahre hatten. Der Käfer mag es, wie die Menschen auch, etwas wärmer, und wenn es wärmer und trockener ist, dann fliegt er, und wenn es nass und kalt ist, bleibt er in dem Baum sitzen, in dem er gesessen hat, und dadurch hat man weniger Käferholzeinschlag. – So weit zum Zustand unserer Wälder.

Ich mag mir gar nicht vorstellen, wenn in hundert Jahren – das werden wir alle nicht mehr erleben – unsere Nach-Nach-Nachfahren den Waldzustandsbericht vom Nationalpark bekommen. Sie werden die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. In hundert Jahren wird alles sein, aber es wird keinen gesunden Wald geben, das sage ich Ihnen jetzt schon. Dann werden wir einen höheren Stickstoffeintrag haben und was wir dann sonst noch

haben werden. Es wird alles sein, nur kein gesunder Wald. Es also mit dem Nationalpark zu begründen, dass wir einen guten Waldzustandsbericht haben, das halte ich doch für sehr weit hergeholt.

Ich komme nun zu der Frage: Wie gehen wir eigentlich mit dem Wald um? – Das haben wir schon einmal diskutiert, und ich möchte es bewusst beim Waldzustandsbericht ansprechen. Frau Ministerin, wir sind bei der eventuell anstehenden Änderung des Waldgesetzes und bei der Naturschutznovelle – ich hoffe, Sie machen es nicht, wenn es um die Bebauung geht, also um den Ausgleich für Windräder oder Straßen – unterschiedlicher Auffassung.

Wir sind sehr unterschiedlicher Auffassung, aber jetzt verstehe ich Sie allerdings nicht mehr. Ich habe — ich glaube, es war vorgestern — im "Trierischen Volksfreund" gelesen, der Bitburger Waldbauverein hat sich darüber beschwert, dass die belgischen Holzkollegen in der Eifel Wald mit Grund und Boden aufkaufen und ihn dann nutzen, ohne den Waldbauverein zu fragen, sondern das Holz einschlagen und es verarbeiten.

(Zuruf von der CDU: Und nicht wieder aufforsten!)

Ich frage Sie jetzt ganz bewusst: Leben wir in Deutschland, oder wo leben wir? – In dem Moment, wo ich Grund und Boden erwerbe – das ist Wald, und er ist schlagreif –, werde ich doch wohl das Recht haben, diesen Wald nach Gesetz und Ordnung so zu nutzen, wie ich ihn brauche.

(Beifall bei der CDU)

Dazu muss ich keinen Waldbauverein fragen, dazu muss ich keine Frau Höfken fragen und auch keine Frau Neuhof, sondern ich muss mich an die Gesetze halten.

Das Gesetz sagt auch, ich darf einen Kahlschlag machen. Dies sagt das Gesetz, und wenn der Erwerber sagt, der Kahlschlag ist für mich die vernünftige Alternative, dann tut er das. Dann ist das sein Recht. Das gleiche Recht habe ich als deutscher Waldbesitzer auch.

Daher verstehe ich nicht die Aussage von Frau Höfken, sie würde dies mit Sorge sehen und einen runden Tisch einrichten. Ich weiß, dass die GRÜNEN insgesamt am liebsten das Kahlschlagverbot hätten. Ich gebe Ihnen ein klein wenig Nachhilfe. Wissen Sie, wer den größten Waldschaden mit Kahlschlägen anrichtet? – Das ist der Wind, und der fragt weder nach unserem Gesetz, noch nach unserer Verordnung.

Der bläst einfach hektarweise, Zigtausend hektarweise Wald um. Also, lassen Sie bitte dem Besitzer des Waldes, der viel für die Allgemeinheit tut – der Wald hat eine hohe Sozialverpflichtung –, auch seine Freiheit, den Wald ordnungsgemäß im Rahmen der Gesetze zu nutzen. Fallen Sie nicht darauf herein, wenn einer glaubt, er könnte das Holz besser vermarkten.

Ich sage Ihnen noch etwas. Neben dem Wind gibt es auch noch das Feuer, das ebenfalls sehr stark in der Lage ist, Wald zu vernichten.

Ich sage es noch einmal: Ich verstehe nicht, wenn Sie auf der einen Seite die Position vertreten, wenn wir über 35 % oder 45 % Wald haben,

(Staatsministerin Frau Höfken: 42 %!)

dann ist mir der Wald egal, wenn aber ein privater Waldbesitzer den Wald nutzt, dann gründe ich einen Arbeitskreis und kümmere mich darum. Sie müssen sich jetzt irgendwie entscheiden, das ist meine Bitte. Was wollen Sie jetzt eigentlich? Wir können es hin- und herrechnen, wie wir wollen. Lassen Sie dem Privatwaldbesitzer, dem Grund- und Bodenbesitzer die deutschen Rechte und die deutschen Pflichten, und mischen Sie sich bitte nicht noch darin ein. Ich denke, dann liegen Sie falsch, und das ist ein gut gemeinter Rat.

Ansonsten bekommen wir eine ganz große Auseinandersetzung über die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, aber auch über das Eigentum und die Wirkung des Eigentums. Ich sage Ihnen, dann vertritt die CDU immer die Position, das Eigentum zu schützen. Das ist nach meiner Ansicht ein ganz wichtiger Punkt, und Sie müssen sich in dieser Frage entscheiden.

Dann gibt es noch etwas, worüber wir in aller Gelassenheit reden sollten. Mein Kollege Andreas Hartenfels hat soeben gesagt, man solle von dem hohen Ross heruntersteigen. Zum Ersten reite ich gar nicht, und zum Zweiten habe ich das hohe Ross noch nie gesehen. Ich bin eigentlich auch gar nicht dafür bekannt, dass ich gern auf hohen Rössern reite oder sitze, sondern ich bin eher dafür bekannt, dass ich eine gewisse Bodenhaftung habe.

Ich möchte nur, dass wir uns beim Nationalpark richtig verstehen. In der CDU hat kein Mensch gesagt, dass ein Nationalpark die Welt umbringt. Das hat nie einer gesagt, auch Michael Billen nicht.

(Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Er könnte aber die Welt retten! Das könnte sein!)

- Nein, Herr Dr. Braun! Herr Kollege Braun, das hat nie einer gesagt, damit das ganz klar ist. Sie selbst wissen, welche Kosten dabei entstehen und wie viel Holz Sie unserer Sägeindustrie damit entziehen. Frau Neuhof, Sie haben soeben von Arbeitsplätzen gesprochen. Das wissen Sie.

(Beifall der CDU)

Wenn Sie das wissen, ist es nicht redlich, davon zu sprechen, wir tun es nur für die Ökologie, sich aber gleichzeitig hierhin zu stellen und zu sagen, wir schaffen und erhalten Arbeitsplätze.

(Frau Neuhof, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich habe es kapiert!)

In dem Moment, in dem Sie einen Wert von Holz von um die 30 Millionen, wie Herr Kollege Schmitt gesagt hat, nicht mehr einschlagen und der Sägeindustrie nicht mehr zur Verfügung stellen, entziehen Sie der Sägeindustrie Material. Damit tun Sie erstens der Umwelt keinen Gefallen, vernichten aber zweitens auch Arbeits-

plätze, nur damit das in der Frage klar ist. Das ist der erste Gesichtspunkt beim Nationalpark.

Der zweite sind die Gesamtkosten. Diese sind nicht zu bezahlen, wenn man gleichzeitig immer vom Sparen redet.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich komme nun zum dritten Punkt. Da kommen Sie auch einmal auf das Ross, damit Sie einmal unter die Leute kommen.

(Frau Neuhof, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was?)

Beim Reiten kommt man schneller voran. Herr Hartenfels, der dritte Punkt ist, Sie haben keine einzige mir bekannte Zustimmung zum Nationalpark ohne Bedingungen, noch nicht einmal vom Gemeinderat. Entweder ist ein Sportplatz zu genehmigen, damit man dem Nationalpark zugestimmt hat, ein Wirtschaftsweg zu genehmigen, eine Kreisstraße zu bauen, eine Landesstraße oder eine Bundesstraße zu bauen, eine Gebietskörperschaft zu erhalten. Es gibt keine einzige Zustimmung ohne Bedingungen.

Sie stellen sich jetzt hierhin und sagen, wir haben eine tief überzeugte Bürgerschaft, die für den Nationalpark ist. Das ist nicht wahr.

(Beifall bei der CDU – Abg. Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, hält eine blaue Karte hoch)

 Es hat aber lange gedauert, bis Sie die blaue Karte gezogen haben.

Frau Neuhof hat die Diskussion im Rahmen des Waldzustandsberichts aufgebracht. Insofern glaube ich, dass es viel ehrlicher wäre, wenn Sie sagen, wir ziehen das mit Gewalt durch. Wir machen das. Das ist immer noch zu ändern. Jede Regierung ist über fünf Jahre gewählt. Es gibt nichts, was man in diesem Leben nicht ändern kann.

Dann geben Sie aber auch zu, dass Sie ohne Rücksicht auf Verluste da durchgehen. Wenn man dann ganz ernsthaft diskutiert – das wissen Sie auch, gerade Sie, weil Sie vom Fach sind –, dann muss man sagen, das Gebiet, das Sie für den Nationalpark ausgesucht haben, ist das falscheste Gebiet, das Sie suchen konnten.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wenn Sie wirklich einen Nationalpark hätten machen wollen, den man eigentlich in Deutschland nicht machen kann, weil man die Größenordnung nicht hinbekommt, wenn man über einen Nationalpark redet, dann hätten Sie im Kreuznacher Bereich bleiben müssen. Dann hätten Sie im Soonwald bleiben müssen. Dort gibt es nämlich einen Dreiviertel-Nationalpark. Da hätten Sie nicht mehr viel Aufwand gehabt. Da hätten Sie Vieles hinbekommen können. Wenn Sie da schon hingegangen wären, hätten Sie der Holzindustrie nicht so viel geschadet und hätten, da der Wald ohnehin durch Eisbruch weitgehend kaputt war, zum Urwald umwachsen lassen.

Auch das wissen Sie. Aber da hatten Sie dann nicht die Traute zu sagen, fachlich gehört er dahin, dann müssen wir uns dort gegen bestimmte Leute durchsetzen. Sie haben dann lieber gesagt, gehen wir in ein Gebiet, das ganz strukturschwach ist, das viel Geld braucht. Dann nageln wir denen dicke Würstchen an die Decke wie Straßen und Sportplätze, dann werden sie schon Ja sagen. Das ist das Ergebnis der Diskussion.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch eine kurze Erläuterung zur Geschäftsordnung geben. Wir haben es mit einem Bericht und nicht mit einem Antrag zu tun. Deswegen gibt es keine Reihenfolge bei den Wortmeldungen.

(Billen, CDU: Danke schön, Herr Präsident!)

Ich wollte das nur der Ordnung halber noch einmal sagen, damit nicht der Eindruck entsteht, wir hätten überhaupt keine Ahnung hier oben.

(Heiterkeit im Hause – Beifall der CDU – Ramsauer, SPD: Der Billen hatte keine Ahnung!)

Ich erteile Herrn Kollegen Hartenfels zu einer Kurzintervention das Wort.

Abg. Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Herr Präsident! Ich weiß, dass der eine oder andere jetzt aufstöhnt, weil Herr Billen dann vielleicht noch einmal drei Minuten in seiner großväterlichen Art zu dem Thema referieren wird. Nichtsdestotrotz möchte ich Ausführungen machen und möchte es vielleicht so formulieren, dass es nicht unbedingt nötig ist, dass Sie noch einmal darauf reagieren müssen.

(Frau Klöckner, CDU: Das hängt von Ihnen ab!)

 Das ist mir schon klar, Frau Klöckner. Das hängt ganz von mir ab.

Ich bin immer wieder erstaunt, was Sie so alles wissen, wie ich denke, was ich dazu meine und was ich dazu sicher weiß. Ich möchte noch einmal darauf aufmerksam machen, Herr Billen, was mich von Ihnen unterscheidet, ist dieses Schwarz-Weiß-Denken. Entweder es geht so, oder es geht so. Das ist mir nicht so zu eigen. Insofern ist es für mich auch selbstverständlich, dass es bei einem Großprojekt wie dem Nationalpark in der Tat auch Kommunen gibt, die sagen, grundsätzlich bin ich dafür, aber ich stelle auch Bedingungen. Das ist völlig legitim. Deswegen ist es für mich ein Argument zu sagen, bei solchen Großprojekten kann man nicht Bürgerbeteiligung auf das reduzieren, was Sie sich so wünschen, nämlich einen Bürgerentscheid, der in der Form gar nicht umsetzbar ist, wie Sie es sich vorstellen, der nur Ja oder Nein zu einem Projekt sagt, also zu diesem Schwarz-Weiß-Denken führt.

Gerade bei solchen Projekten, bei denen man viele Fragestellungen diskutieren muss und bei denen man auch differenzierter Meinung sein kann – das versuchen Sie aus Ihrer Sicht auch immer wieder darzustellen –, kann ich wieder nur zusammenfassend sagen, da wünsche ich mir diese Bandbreite. Das führt dazu, dass wir die Bürgerbeteiligung so gemacht haben, wie wir es getan haben. Da kann man unter dem Strich feststellen, grundsätzlich gab es dieses Ja aus dieser Region zu 80 %, aber noch mit zum Teil einer differenzierten Betrachtung, also noch mit Wünschen und Forderungen. Über diese wird man im weiteren Prozess noch reden müssen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Zur Erwiderung erteile ich Herrn Kollegen Billen das Wort.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Sie brauchen doch dazu nichts zu sagen!)

Abg. Billen, CDU:

 Herr Kollege, Sie glauben doch nicht, dass ich mir das entgehen lasse.

Herr Präsident, das war ein Antrag zur Aussprache. Jetzt reden wir dann irgendwann darüber, was ein Antrag und was eine Aussprache ist. Trotzdem steht in der Geschäftsordnung, beim Antrag redet zuerst die andere Fraktion. Wir handhaben das hier aber schon immer anders. Aber das ist eine andere Frage.

Herr Kollege, noch einmal: Sie haben doch das Wissen. Ich höre Ihnen außerdem auch zu, wenn Sie im Ausschuss etwas sagen. Insofern weiß ich sehr wohl, was Sie in vielen Fragen denken. Ich vermute zumindest, dass Sie nicht etwas anderes sagen, als Sie denken. Das kann sein, das glaube ich aber nicht, dass das Ihre Art ist.

Insofern weiß ich, was Sie denken. Sie müssen doch beim Nationalpark zugeben, dass kein Mensch auf die Idee käme – keiner von den 101 Abgeordneten, Sie eingeschlossen –, wenn er den Wald im Soonwald besitzen und den Wald im Hunsrück besitzen würde, wo jetzt der Nationalpark ist, und er hätte beide Wälder privat und müsste einen Nationalpark machen, dann, wenn es um sein eigenes Portemonnaie geht, den Nationalpark im besten Rundholzgebiet von Rheinland-Pfalz zu machen. Keiner!

Das wäre so, als wenn Sie zum Bauern sagen, du hast 100 Hektar, 50 Hektar 80er Böden, 50 Hektar 20er Böden, lege die 50 Hektar 80er Böden still und mache auf deinen 20er Böden die Produktion. So bekloppt ist privat kein Mensch.

(Vizepräsident Dr. Braun übernimmt den Vorsitz)

So etwas bekommt nur der Staat hin. Das ist genau das Problem, das wir haben.

Zum Zweiten haben Sie natürlich dadurch, dass Sie so umgeschwenkt sind, einen viel höheren Kostenapparat, und Sie entziehen der Holzindustrie viel mehr Holz, und zwar gut verwertbares Holz. Die Probleme können Sie so lange totschweigen, wie Sie wollen. Sie werden im Haushalt alle auflaufen. Wir werden Sie alle sehen, auch früh genug. In den nächsten zwei Jahren haben Sie natürlich höhere Erträge, weil sie alles umlegen. Aber danach werden wir das alles sehen.

Ein weiterer Punkt ist für mich ganz entscheidend. Sie haben die Bürger doch gar nicht gefragt, sondern Sie haben die Gemeinderäte gefragt. Mit den Bürgern haben Sie diskutiert. Ich sitze auch in einem Gemeinderat. Wenn der Gemeinderat gesagt bekommt, wenn du dem Nationalpark zustimmst, bekommst du einen Sportplatz zu 45 % oder 55 % gefördert, was glauben Sie, was der Gemeinderat sagt? Es ist nicht mein Wald, ich stimme für den Sportplatz, ich stimme zu. Genau so ist es passiert. Diese Kosten haben Sie auch noch nicht genannt.

(Beifall bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Hürter das Wort.

Abg. Hürter, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Billen, Sie sehen es mir nach, dass ich gern nach Ihnen rede, weil es mir die Möglichkeit gibt, das eine oder andere klarzustellen.

Ich denke, zum Thema "Nationalpark" haben wir schon so oft die Klingen gekreuzt, dass das jetzt nicht mehr nötig ist, da Sie auch keine neuen Argumente in die Diskussion eingeführt haben, sondern nur Altbekanntes.

Zum Thema "Landeswaldgesetz" bzw. "Landesnaturschutzgesetz" haben wir schon einmal die Klingen gekreuzt. Es wird sich sicherlich auch wiederholen. Insofern sehen Sie mir nach, dass ich nur eine kleine Anmerkung zu Ihren Ausführungen habe. Ich möchte bitte richtigstellen, dass die Douglasie kein Problem mit dem Borkenkäfer hätte.

Natürlich hat die Douglasie dadurch, dass sie ursprünglich nicht in Deutschland heimisch war, keine klassischen Forstantogonismen in dem Sinne, wie sie die Fichte hat. Doch wir sehen, dass bei der Douglasie die Douglasienschütte dazu führt, die immerhin 11 % der Bäume betrifft, dass die Douglasie dann auch wiederum für Schadorganismen und auch für den Kupferstecher anfällig wird. Das ist ein Borkenkäfer. Insofern ist Ihre Aussage nicht ganz falsch, sie ist jedoch auch nicht ganz richtig.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

– Genauso geht es mir, wenn Sie ausführen, Waldkalkungen in dem vom Land beabsichtigten Sinn auszusetzen, was eine ganz furchtbare Sache ist. Ich kann mich noch an die Beratungen zum Haushalt 2012/2013 erinnern, als die CDU den Antrag gestellt hat, die Waldkalkungen zu kürzen. Insofern fehlen der einen oder anderen Ausführung von Ihnen die notwendige Glaubwürdigkeit und die nötige Ernsthaftigkeit.

Ich möchte mich mit dem Waldzustandsbericht 2013 beschäftigen, der mit dieser Ausgabe sein 30. Jubiläum feiert. Das sollte für uns Anlass sein, einmal zurückzuschauen, was in den letzten 30 Jahren in der Forstpolitik, im Wald geschehen ist und in welcher Zeit dieser Waldbericht ursprünglich entstanden ist.

Es war eine Zeit, in der man sich Sorge um den Zustand, ja, um die Zukunft des Waldes in Rheinland-Pfalz, in Deutschland und in ganz Mitteleuropa machen musste – die Ursachen wurden bereits angesprochen –, und das Ausmaß war dramatisch. Schlagzeilen wie "Waldsterben", "Saurer Regen" waren in den 80er-Jahren dominant, und es ist eine große gesellschaftliche Leistung, dass wir eine solche Dramatik heute, wenn wir über den Zustand des Waldes reden, nicht mehr haben. Es hat sich einiges gebessert. Dazu werde ich gleich etwas sagen. Es hat politische Folgen gezeitigt, wie angesprochen die Rauchgasentschwefelung, das bleifreie Benzin, Katalysatoren, was zu einem dramatischen Rückgang der Emissionen geführt hat.

Der Waldzustandsbericht befasst sich hauptsächlich mit dem Kronenzustand als ganz wesentlichem Indikator für die Vitalität von Bäumen. Es ist eine positive Entwicklung, dass sich der Waldzustand leicht gebessert hat. Das darf man aber nicht überinterpretieren, man darf also nicht von Jahr zu Jahr hüpfen. Herr Kollege Billen hat es angesprochen. Doch man kann schon seit 2006 eine leichte Verbesserung feststellen, die signifikant scheint.

Trotzdem muss es uns betrüben, dass sich in den letzten 30 Jahren der Waldzustand in Summe verschlechtert hat. Das liegt – das wurde auch angesprochen – an der Trägheit des Systems Wald und insbesondere des Waldboden, auch wenn die Emissionen zurückgegangen sind, die Einträge in den Boden teilweise noch gestiegen sind, zumindest sich nicht signifikant reduziert haben.

Vor dem Hintergrund steht der Wald immer noch unter Druck, und er steht immer mehr unter Druck unter dem, was wir Klimawandel nennen, weil natürlich die Bedingungen dafür, wo ein Baum, eine Baumart einen optimalen Lebensraum hat, sich nach und nach verschieben könnten und wir das durchaus mit Sorge betrachten müssen. Wir sehen dies ein Stück weit bei der Fichte, die durch veränderte Niederschläge, durch höhere Temperaturen unter Druck gerät und anfällig wird für Schädlinge. Auch darüber haben wir schon gesprochen.

Wenn wir über Forstschädlinge sprechen, dann möchte ich das am Thema der Douglasienschütte beispielhaft machen. Die Douglasienschütte betrifft inzwischen 11 % im entsprechenden Untersuchungsjahr der Douglasien. Da zeigt sich, dass wir eben nicht mit einzelnen Baumarten und ihren Eigenschaften, sondern mit einem gesam-

ten Ökosystem im Forst arbeiten. Dieses Ökosystem ist eben anfällig für Schaden, für Einflüsse von außen und ist nicht so einfach manipulierbar wie andere Bereiche des Wirtschaftens.

Wenn wir Lehren aus dem Waldzustandsbericht ziehen möchten, aus Forstschädlingen, die auftauchen, aus Baumarten, die einmal unter Druck geraten, sich ein andermal ein Stück weit erholen, dann ist die Hauptlehre, dass wir stabile Mischwälder anstreben sollten, weil diese Ausdifferenzierung, dieses unterschiedliche Repertoire in unseren Wäldern eine Sicherheit gibt. Es gibt uns eine ökologische Sicherheit, es gibt uns aber auch eine wirtschaftliche Sicherheit; denn die Sturmschäden, die in den 80er-Jahren, aber vor allem 1990 aufgetreten sind, waren eine Katastrophe.

Ökologisch – das wurde angesprochen – waren die Waldbilder verheerend. Sie waren aber auch ökonomisch eine Katastrophe, weil sie die gesamte Forstwirtschaft und alles Nachgelagerte massiv durcheinandergebracht, Strukturen zerschlagen und enorme Probleme für die Forstwirtschaft heraufbeschworen haben. Sie waren auch menschlich problematisch, weil diese Schäden und die Aufräumarbeiten nach diesen Schäden, natürlich mit dem einen oder anderen Unfall, mit der einen oder anderen menschlichen Tragödie verbunden waren.

Insofern ist es gut, dass sich nach diesen Sturmschäden das Land Rheinland-Pfalz in den frühen 90er-Jahren in eine andere Form von Forstwirtschaft aufgemacht, aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und die angesprochenen stabilen Mischwälder angestrebt hat. Das hat dazu geführt, dass die Nadelbäume an vielen Standorten, an denen sie nicht geeignet waren, zurückgedrängt wurden und wir sehr viel von der ursprünglich standortheimischen Buche gebracht haben. Im Ergebnis sind unsere Wälder heute besser aufgestellt – ökologisch, aber auch wirtschaftlich –, als es noch in den 80er-Jahren der Fall war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Entwicklung war nicht politisch, sondern sehr stark fachlich getrieben. Das sieht man den Waldbaurichtlinien dieser Zeit an, und das prägt sich bis heute fort. Insofern finde ich es begrüßenswert, dass in der aktuellen Legislaturperiode in den Jahren 2012/2013 auch Weiterentwicklungen stattgefunden haben. Hier wird sehr häufig der Vorwurf an die Landesregierung erhoben, dass sie die Interessen der Rohstoffnutzer nicht im Blick hat. Insbesondere von Ihnen, Herr Billen, kommt dieser Vorwurf.

Ich möchte am Beispiel dieser Waldbaurichtlinien festhalten, dass gerade die Bedeutung der Douglasie in der von mir angesprochenen entsprechenden Änderung betont wird, sie vermehrt neu in Mischbestände gebracht werden soll, um die Rohstoffseite zu bedienen, aber auch Massensegmente angesprochen werden sollen und man dort auf Mengenerträge achten soll. Das sind Weiterentwicklungen, um den Dreiklang, der in der Forstwirtschaft so ist, zwischen Ökologie, Ökonomie und der Erholungsfunktion vernünftig zu leben.

Dazu gehört ein Ausgleich. Ein Ausgleich bedeutet für mich auch immer, dass man es nie allen 100 %ig recht

machen kann, sondern man, wenn pfiffige Lösungen einen Zielkonflikt nicht auflösen können – das ist nicht immer der Fall –, abwägen muss. Genau das passiert in der Forstwirtschaft ein ums andere Mal, und es passiert auf einer fachlichen Ebene am konkreten Standort und nicht – wie das gelegentlich von der CDU als Vorwurf kommt – als politische Direktive von oben.

Insofern finde ich die teilweise ehrverletzenden Vorwürfe in Richtung von Ministerin Höfken wirklich überzogen. Diese Vorwürfe ärgern mich – das gebe ich offen zu – auf einer persönlichen Ebene, weil ich weiß, Herr Billen, dass Sie es eigentlich besser wissen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Der Waldzustandsbericht so, wie er vorliegt, ist eine enorme Fleißaufgabe. Es steht in dem Bericht, dass über 11.000 Stichprobenbäume erfasst wurden. Er ist in einer guten Tradition, er hat uns Erkenntnisse gegeben, doch nichts ist so gut, dass es nicht noch besser werden kann, weil er viele Faktoren nicht abbildet, die für die Ökologie, für die Rohstoffversorgung und für die Erholungsfunktion des Waldes wichtig sind und auch viele Probleme, mit denen der Wald aktuell konfrontiert ist, viele Herausforderungen nicht beschrieben werden.

Frau Neuhof hat dankenswerterweise das Thema "Wald und Wild" angesprochen. Eine der größten Bedrohungen aktuell für die biologische Vielfalt und auch für die Rohstoffversorgung in unseren Wäldern ist das Thema "Rotwild", aber auch andere Schalenwildarten, die zu entsprechenden Belastungen führen, die dazu führen, dass wir bestimme Baumarten regelrecht verlieren, Stichwort "Weißtanne", wir massive Schäden haben und darunter die Rohstoffversorgung leidet und wir als Land entsprechende Kosten haben, die unseren Haushalt belasten.

Vor dem Hintergrund möchte ich an die eine oder andere Diskussion erinnern, die wir zum Thema "Jagd" in dieser Legislaturperiode geführt haben; denn ich glaube, wenn sich die CDU so um die Rohstoffversorgung sorgt, muss sie auch an der Stelle Farbe bekennen. Bis jetzt tut sie das leider nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich den Arbeitsaufwand angesprochen habe und das Bedürfnis, den Waldzustandsbericht weiterzuentwickeln, dann möchte ich an der Stelle ganz herzlich all den Forstleuten danken, die daran mitgearbeitet haben, insbesondere den Mitarbeitern der Forschungsanstalt für Waldökologie und Forstwirtschaft. Ich denke, es ist eine ganz beachtliche Leistung, eine gute Tradition, die sich in diesen drei Jahrzehnten aufgebaut hat, für die man dankbar sein kann.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Ich möchte als Letztes ansprechen, dass wir das, was wir an dem "Tag der Forstwirtschaft" in Rheinland-Pfalz haben, als Interessenausgleich erhalten müssen. Dazu gehören nach meinem Empfinden das Gemeinschaftsforstamt und alle Bestrebungen, die von außen herange-

tragen werden, um dieses Gemeinschaftsforstamt, dieses erfolgreiche Modell, zu schwächen. Ich spreche hier das Verfahren des Bundeskartellamts gegen Baden-Württemberg an. Dem sollten wir entschieden begegnen, und wir sollten an diesem erfolgreichen Modell auch für die Zukunft festhalten.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist der Bericht mit der Besprechung erledigt.

Ich rufe Punkt 17 der Tagesordnung auf:

Vollständige Unterrichtsgarantie für gute Bildung! Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 16/3202 -

Wir haben eine Grundredezeit von 5 Minuten vereinbart.

Ich erteile Frau Abgeordneter Dickes das Wort.

Abg. Frau Dickes, CDU:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Jede Woche fallen in Rheinland-Pfalz 20.000 Unterrichtsstunden aus. Das ist allein der strukturelle Unterrichtsausfall. Die 2,5 %, die noch temporär, kurzfristig ausfallen, kommen dazu. Wenn ein Schüler bei uns seine Schullaufbahn beendet hat, dann fehlt ihm ein komplettes Jahr Unterricht.

Sie als Landesregierung haben mit der Klemm-Studie versprochen, hier etwas zu tun und den Unterrichtsausfall bis zum Jahr 2016 zu halbieren. Schon heute kritisieren die Lehrerverbände, dass Sie dieses Ziel mit Ihrer Politik nicht erreichen werden. Wenn man sich die Zahlen der letzten Jahre anschaut, dann ist keine grundlegende Verbesserung in Sicht, im Gegenteil.

Die Grundschulen, die in den letzten Jahren immer voll versorgt waren, werden Jahr für Jahr schlechter ausgestattet. 2011 hatten wir dort einen Ausfall von 0,3 %, im letzten Jahr von 0,7 % und jetzt haben wir schon 1,2 %. Die sogenannten Verbesserungen, kleinere Klassen, wurden durch hohen Unterrichtsausfall erkauft.

(Beifall bei der CDU)

Bei den Realschulen plus, dem Kind der Landesregierung, merkt man gleich, dass es nicht das Lieblingskind ist. Aktuell ist dort der Unterrichtsausfall wieder gestiegen. 2,6 % des Unterrichts können strukturell bedingt nicht gegeben werden.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Es wäre schön, wenn Sie uns erklären könnten, wie man dem Versprechen der inneren und äußeren Differenzierung, der individuellen Förderung als Lehrer nachkommen soll, wenn überhaupt keine Ressourcen vorhanden sind.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Herr Pörksen, unsere Schwächsten im allgemeinbildenden Schulwesen sind die Förderschüler. Das wissen Sie. Die werden bei uns am stärksten mit dem höchsten Unterrichtsausfall vernachlässigt.

(Zurufe der Abg. Frau Brede-Hoffmann, SPD)

Sowohl Realschulen plus als auch Förderschulen haben laut Ihrer Statistik einen Ausfall von 2,7 % zu verzeichnen.

(Beifall bei der CDU)

Die sind in ganz besonderem Maße verantwortlich für die Lebenschancen von jungen Menschen mit Beeinträchtigungen. Mit der Politik, die Sie im Land betreiben, nehmen Sie diesen jungen Menschen einen Teil ihrer Chancen, weil Sie an der Bildung sparen wollen.

Die Probleme der berufsbildenden Schulen, die seit Jahren mit dem höchsten Unterrichtsausfall zu kämpfen haben, hat mein Kollege Martin Brandl gestern schon ausführlich beschrieben. Sowohl der vlbs wie auch das Statistische Landesamt bemerken, dass der minimale Rückgang des Unterrichtsausfalls nur durch größere Klassen erkauft wurde.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Wir als CDU fordern seit Jahren schon Unterricht statt Busfahren. Das ist ein Punkt, der mittlerweile immer mehr Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer überzeugt.

(Beifall bei der CDU)

Das gilt zum Beispiel für den SEB-Club in Ludwigshafen, der immer wieder betont, dass sich trotz gegenteiliger Beteuerungen des Bildungsministeriums die seit Jahren schlechte Versorgung an Gymnasien nicht verbessert hat. Allein 34 Lehrer fehlen an Gymnasien in Ludwigshafen. Der vlbs merkt an, wären die Unterrichtsstunden über die letzten zwei Jahre konstant gehalten worden, dann wäre allein durch den Schülerrückgang der Unterrichtsausfall heute bei nur 3,7 %, 2 % weniger als, wir haben.

(Beifall bei der CDU)

Der Bedarf ist da. Die Lehrer sind da. Sie als Landesregierung sind für uns am Ende mit Ihrer Argumentation. Die Schulden sind hoch. Der Unterrichtsausfall ist hoch. Sie haben keine Konzepte für die Zukunft. Sie investieren lieber weiter in die Fahrkarte statt in Unterricht. Der Unmut im Land regt sich, und man unterstützt unsere Ansätze.

Ich verweise zum Beispiel auf die Argumentation des Journalisten Arno Becker, der seine Meinung zum Thema "Schulbus" kundgetan hat. Er sagt, wäre es nicht ein Plus für die Chancengleichheit, wenn ordentlich verdienende Eltern ihren Beitrag zur Fahrkarte leisten würden,

(Beifall bei der CDU)

dann könnten mit diesem Geld zum Beispiel 200 zusätzliche Lehrer bezahlt werden, um schwächere Schüler zu fördern. Im "Trierischen Volksfreund" steht: "Derweil fehlen weiter Erzieher und Lehrer im Lande, stöhnen Kommunen unter der wachsenden Last der Gebäude für Kitas und Schulen. Gefragt wäre ein intelligentes Konzept, das die Kostenbeteiligung sozial staffelt, dabei Bürokratie vermeidet und dafür sorgt, dass zusätzliche Einnahmen auch tatsächlich im Bildungsbereich landen. Damit ließe sich letztendlich auch beim Wähler punkten." Das sind Meinungen, die mittlerweile im Land kursieren.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb stellen wir ihnen heute einen Antrag der CDU-Landtagsfraktion vor. Wir fordern erneut, die Unterrichtsversorgung zu 100 % zu gewährleisten; denn es sind Lebenschancen für unsere jungen Menschen. Deshalb fordern wir Sie auf, bis 2016 eine vollständige Unterrichtsversorgung an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen zu gewährleisten.

> (Beifall bei der CDU – Frau Brede-Hoffmann, SPD: Merken Sie eigentlich nicht, wie unglaubwürdig Sie mit Ihren Themen werden?)

Die Mittel sind im Landeshaushalt vorhanden, wenn Sie die richtigen Prioritäten setzen.

Frau Brede-Hoffmann, es wäre schön, wenn Sie diese Schwerpunkte im Sinne der Kinder und nicht im Sinne von Ideologien festlegen würden.

Wir fordern, den Schulen eine integrierte Lehrerreserve zukommen zu lassen, damit man auch auf kurzfristigen Unterrichtsausfall reagieren kann und Kinder eine gute Versorgung bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Daniel Köbler hat im Wahlkampf ganz klar geäußert, mit einer Unterrichtsversorgung von 98 % kann man keinen guten Unterricht machen.

Liebe GRÜNE, ich fordere Sie auf, halten Sie sich an das Wort Ihres Fraktionsvorsitzenden.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Dr. Braun:

Ich darf Gäste im Landtag begrüßen, und zwar Studierende der Universität Mainz, Fach Publizistik. Seien Sie herzlich willkommen im Landtag!

(Beifall im Hause)

Frau Abgeordnete Brück hat das Wort.

Abg. Frau Brück, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Kollegin Dickes von der CDU! Jedes Plenum wieder kommt das Thema "Unterrichtsversorgung". Die CDU hat Bildung als einen Schwerpunkt für die Kommunalwahl entdeckt. Dem ist heute sicherlich der heute wiederholte Antrag zu schulden.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Es ist alter Wein in neuen Schläuchen. Bei der CDU gibt es bei all den Diskussionen in den letzten Jahren nichts Neues.

(Pörksen, SPD: Auch noch alte Schläuche!)

Es ist die Frage, ob Sie das Prinzip der Unterrichtsversorgung in Rheinland-Pfalz verstanden haben. Sie versuchen, uns den bildungspolitischen Notstand in Rheinland-Pfalz darzustellen. Aber, wo ist er?

Rheinland-pfälzische Schüler belegen bei Bildungsuntersuchungen vordere Plätze. Rheinland-pfälzische Schulen und rheinland-pfälzisch Lehrkräfte gewinnen Preise. Die CDU versucht uns weiszumachen, hier würde der bildungspolitische Notstand ausbrechen. Es ist alles andere als das.

Wenn Sie sich die Zahlen in der Unterrichtsstatistik genau anschauen und die Soll-Ist-Vergleiche sehen, dann werden Sie Grundschulen finden, bei denen zwei Stunden Unterrichtsausfall eine Soll-Ist-Differenz von 2 % ausmachen. Ich bitte, ein bisschen genauer hinzuschauen. Man muss sich die Verteilung genau anschauen

Frau Dickes, ich erinnere Sie daran, Sie haben gestern gesagt, dass Sie keine bildungspolitischen Debatten aufgrund von Zeitungsartikeln führen wollen. Haben Sie das nicht gestern von diesem Pult aus gesagt? Was haben Sie gerade gemacht? Sie haben Berichte mit Angaben gemacht, wer alles für Gebühren bei der Schülerbeförderung ist. Wir können vielleicht genauso viele oder noch mehr anführen, die gegen Kosten bei der Schülerfahrkarte sind.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage vorab: Bei uns bleibt die Schülerbeförderung kostenlos. In der Plenarsitzung im Dezember haben wir darüber lang und breit diskutiert. Wir können das gerne immer wieder tun. Aber ich möchte ein bisschen auf Ihren Antrag eingehen.

Schon die Definition der Unterrichtsversorgung ist nicht richtig. Diese ist bei uns im Fokus. Wenn wir nur die Pflichtstunden nehmen würden, die viele Länder einbeziehen, dann würden wir bei der Unterrichtsversorgung weit über 100 % liegen und könnten das sicher als eine Monstranz vor uns hertragen. Wir machen das nicht. Wir beziehen bei der Beurteilung der Unterrichtsversorgung die Förder- und Differenzierungsstunden mit ein. Förderkonzepte und Profilbildung sind für uns wichtig. Das ist eine ganz besondere Funktionalität unserer Unterrichts-

versorgung. In Ihrem Antrag scheinen Sie das zumindest gemerkt zu haben, in Ihrer Rede war davon leider nichts mehr zu hören.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Bildungspolitik das Topthema in Rheinland-Pfalz ist, zeigt sich auch in der Unterrichtsversorgung spätestens im Landeshaushalt. Wir geben jährlich gut 1,7 Milliarden Euro in die Unterrichtsversorgung hinein. Wenn das keine Priorität ist, dann weiß ich nicht mehr, wo wir sonst noch Prioritäten setzen sollen. Da braucht auch nichts verschoben zu werden. Wir haben stetig steigende Bildungsausgaben pro Schüler. Wir haben die jüngsten Lehrer. Wir haben die kleinsten Klassen. Der Aufbau des Vertretungspools mit 1.000 Stellen bis 2016 ist in Arbeit und schafft neue Perspektiven für junge Lehrkräfte. Hier geht es also voran. Es ist keineswegs so, dass in Rheinland-Pfalz alles ganz schlecht wäre; ganz im Gegenteil.

Ihre immer wieder propagierte Unterrichtsversorgung 100 plus nutzt doch nur auf dem Papier. Was sollen denn Schulen tun, wenn Musik und Sport gebraucht wird, aber nur Lehrkräfte für Deutsch und Sozialkunde zur Verfügung stehen, auch wenn zahlenmäßig genug Lehrkräfte an den Schulen zur Verfügung stehen? Da können wir doch einmal ein Beispiel machen. Die Stundenzuweisung richtet sich nach der Anzahl der Schülerinnen und Schüler, nach den Klassen und nach den gebrauchten Fächerkombinationen.

Es werden Förderkonzepte und Differenzierungsbedarf mit einfließen. Wenn eine Schule zum Beispiel zahlenmäßig ausreichend mit Lehrkräften versorgt ist, aber bei der Fächerkombination Probleme auftreten, muss eine Schule doch schulorganisatorische Maßnahmen ergreifen. Das wird zum Wohle der Schülerinnen und Schüler auch gemacht.

Welches Bild von Schule hat die CDU? – Sie sagen, es müssten immer Lehrkräfte zu jeder Stunde vor jeder Klasse stehen, und keiner darf fachfremd unterrichten. Wenn Sie so denken: Was ist denn bei Ihnen Unterrichtsausfall? Ist ein Gewaltpräventionsprojekt, das mehrere Stunden an einem Tag in einer Klasse bindet, Unterrichtsausfall? Ist vielleicht die Fahrt zu einer Gedenkstätte jetzt am Holocaust-Gedenktag Unterrichtsausfall für die CDU?

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Für Frau Dickes immer!)

Was ist mit der Fahrt zum Landtag? Heute hatten wir jede Menge Schülergruppen da. Ist das Unterrichtsausfall? Darf eine Lehrkraft – ich darf einmal andersherum fragen – noch ein Ehrenamt ausführen und vielleicht als Schöffe tätig sein?

(Glocke des Präsidenten)

Ist das dann Unterrichtsausfall? Wir sehen das grundlegend anders.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil wir das grundlegend anders sehen, sind wir in dieser Frage unterschiedlicher Meinung und lassen den Schulen in ihrer Selbstverantwortung die Gestaltung des Unterrichts.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Ratter das Wort.

Abg. Frau Ratter, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Frau Dickes, was Sie sich da geleistet haben, ist schon ein Hammer. Sie haben offensichtlich ein selektives Wahrnehmungsvermögen, das sehr vieles übertrifft. Sie zitieren in einem Artikel Arno Becker, der sich gegen die Finanzierung der Elternbeiträge bei der Schülerbeförderung ausspricht.

(Frau Klöckner, CDU: Und Sie zitieren das andere!)

Sie lassen die Hälfte desselben Artikels weg. Sie sehen offensichtlich immer nur die Hälfte der Wahrheit.

(Pörksen, SPD: Das ist schon viel!)

Das ist leider bedauerlich. Ich bedauere auch, dass Sie heute Morgen leider nicht die Mündliche Anfrage Nummer 4 stellen konnten;

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

denn da steht drin, dass die strukturelle Unterrichtsversorgung angestiegen ist. Das heißt, da ist genau das Gegenteil dessen, was Sie eben behauptet haben, in den Raum gestellt worden.

Der erste Absatz Ihres Antrags deckt auf, mit welchem logischen Denken Sie zu hantieren gewohnt sind. Sie blenden komplett aus, dass für guten Unterricht eben nicht ausschlaggebend ist, dass der Lehrer oder die Lehrerin Platz am Pult genommen hat. Im zweiten Absatz stellen Sie mit Fug und Recht fest, dass die letzten Prozente der Stundenzuweisung der Differenzierung im Schulprofil dienen.

Im dritten Absatz stellen Sie fest, dass die Pflichtversorgung nicht ausreicht – dafür meine Anerkennung –, dass besonders integrative Schulsysteme ein Plus an Zuweisung brauchen. Bravo! Damit haben Sie eigentlich schon erkannt, dass in unseren Zuweisungen bereits das Plus eingerechnet ist, also das, was Sie unter 100 plus verstehen, bereits darin eingerechnet ist.

Wir sind durchaus der Meinung, dass alle Schulen noch mehr brauchen – Frau Brück hat das gerade dargestellt –, also nach Ihrer Rechnung ein 100 plus plus. Dies ist ebenfalls schon in den Kontingenten mit einberechnet.

Andernfalls wird die gewollte Heterogenität zur Bildungsfalle, sagen Sie, andernfalls, wenn 100 plus nach Ihrer Meinung nicht geleistet werden kann. Über diesen Satz habe ich sehr lange nachdenken müssen; denn es war nicht ganz klar, was Sie damit sagen wollen, etwa, dass Sie Heterogenität der Schülerschaft wollen oder Koalitionsfraktionen dies wollen. Oder ist die Interpretation zutreffend, dass es möglicherweise der CDU nicht gefällt, dass Schülerschaften sich nicht aus homogenen Gruppen zusammensetzen? Wenn ja, setze ich dagegen, dass es solche Schülerschaften noch nie gegeben hat und in früheren Jahrzehnten nur durch autoritäre Strukturen und Anpassungszwang ein derartiger Eindruck erweckt wurde. Schülerinnen werden entweder angepasst oder geschasst.

Eine Frage des Wollens – falls Sie damit die Inklusion meinen sollten – ist überhaupt nur, ob man sich didaktisch auf die Heterogenität einstellt und entgegen der Zufälligkeit von Sozialschicht, Gesundheit und Talent allen Menschen die bestmögliche Förderung zukommen lassen will. Falls Sie diese Heterogenität nicht wollen, frage ich Sie: Was ist Ihr Konzept von Gerechtigkeit in der Bildung? Sollen es immer weiter nur Herkunft und Sozialstatus der Eltern sein, die über das Leben der Kinder entscheiden? Sollen sie sich vererben, so wie der Finanzstatus, und ist das am Ende der Grund, warum Sie immer noch weiter auf Selektion pochen?

Sollten sie aber versuchen, die Heterogenität der Schülerschaft als verfehlte Politik der Koalition zu brandmarken, dann halluzinieren Sie. Wir machen natürlich eine Politik, die versucht, ein Bewusstsein für Heterogenität zu schaffen und gute Strategien im Umgang damit politisch umzusetzen. Aber Heterogenität ist ein empirisches Faktum. Die Lehrerschaft sollte damit am besten natürlich auf wertschätzende Weise zum Nutzen jedes einzelnen Individuums umgehen. Übrigens liegt darin in meinen Augen ein gutes Argument für eine Schule für alle.

Nicht zu Unrecht verweisen Sie darauf, dass die berufsbildenden Schulen schlechter dastehen als die allgemeinbildenden Schulen. Aber die Behauptung, dass dies an fehlenden Stundenzuweisungen liegt, ist entschieden unterkomplex. Das wissen Sie auch. Martin Brandl hat es sich heute Mittag zu leicht gemacht.

(Frau Klöckner, CDU: Na, na, na!)

Der Mangel an Fachlehrerinnen dürfte auch auf Ihrer Argumentationslinie ein echtes Problem sein, dem man nicht mit Zuweisung beikommen kann, weil die qualifizierten Lehrkräfte fehlen. Ihr Vorschlag, den Schulen eine integrierte Lehrerreserve zuzuweisen, ist eine denkbar unflexible Lösung; denn natürlich würden solche Stunden als stille Reserven – wie alle anderen – verplant, und wenn an einer Stelle ein Kollege oder eine Kollegin krank wird, klemmt es genauso wie bei allen anderen Ausfällen. Die PES-Variante, die bald für alle öffentlichen weiterführenden Schulen praktiziert werden wird, ist nicht nur flexibler, sondern bietet den Schulen auch eine Basis für individuelle Lösungen.

(Glocke des Präsidenten)

Wir dürfen nicht länger die Fehler hinnehmen, den strukturellen Unterrichtsausfall und den temporären zu verquicken, so wie Sie das tun; denn das Maß der Dinge ist nicht die Stunde, die gehalten oder nicht gehalten wird, sondern die Qualität dessen, was am Ende an schulischer Bildung und persönlicher Bildung herauskommt.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Ramsauer, SPD: Sehr richtig!)

Vizepräsident Dr. Braun:

Für die Landesregierung spricht Herr Staatssekretär Beckmann.

Beckmann, Staatssekretär:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gute Bildung ist ein Markenzeichen der Politik dieser Landesregierung. Diese Politik ist nicht nur gebührenfrei, sie ist auch sozial gerecht.

Meine Damen und Herren, zu dieser guten Bildungspolitik gehört auch eine gute Unterrichtsversorgung.

(Ramsauer, SPD: So ist das!)

Sie hat für die Landesregierung einen sehr hohen Stellenwert. Das zeigt sich auch beim Blick in den Doppelhaushalt. Weit über 1,7 Milliarden Euro sind hierfür in den Jahren 2014 und 2015 jeweils vorgesehen. Unterrichtsversorgung ist aber auch bundesweit ein politisches Thema, und zwar in allen Bundesländern. Dabei wird gern versucht - die CDU-Fraktion hat das schon mehrfach getan -, Vergleiche zwischen den einzelnen Bundesländern anzustellen. Dabei ist eines inzwischen klar. Angebliche Unterrichtsversorgung von 100 % oder sogar von 105 %, für die sich im vergangenen Jahr noch die Landesregierung in Hessen gelobt hat, entspricht nicht den Lehrerwochenstunden zu 100 % in Baden-Württemberg oder in Nordrhein-Westfalen oder in Rheinland-Pfalz. Für unsere Diskussion ist doch vielmehr die Frage interessant, ob eine Abweichung des Stunden-Ists, also dem, was die Schulen an Lehrerwochenstunden in einem Schuljahr bekommen, vom Soll, also dem, was Schule und Schulaufsicht als Zuweisung unter idealen Bedingungen errechnet haben, gleichbedeutend ist mit Unterrichtsausfall in den Pflichtstunden.

Meine Damen und Herren, die Antwort darauf hat sich die CDU vor knapp zwei Jahren in einer großen Anfrage geben lassen. Sie erinnern sich vielleicht noch.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Bestimmt nicht! – Pörksen, SPD: Nein!)

- Ich erinnere mich aber noch daran.

In Rheinland-Pfalz sind bei einem Großteil der Schulen, insbesondere im allgemeinbildenden Bereich, die Abweichungen im Pflichtunterricht zu den Stundentafeln

gering. Frau Dickes, ich will jetzt nicht, obwohl ich das könnte, auf den Bericht in der "RHEINPFALZ" vom Schulelternclub in Ludwigshafen näher eingehen. Wenn Sie das tun, werden Sie nämlich ganz schnell erkennen, dass sie vollkommen die strukturelle Unterrichtsversorgung und den temporären Ausfall durcheinanderwerfen. Das hilft an der Stelle nicht wirklich weiter.

(Frau Klöckner, CDU: Unterricht fällt aus!)

Meine Damen und Herren, ich sage aber ganz klar: Der Pflichtunterricht muss immer Vorrang haben vor zusätzlichen Unterrichtsangeboten. Das ist sicher so in allen Bundesländern geregelt, aber für uns in Rheinland-Pfalz – darauf hat Frau Brück schon hingewiesen – ist Schule mehr als Pflichtunterricht. Unser Maßstab für die Lehrkräftezuweisung ist nämlich nicht allein der Unterricht nach Stundentafel, sondern bei uns gehören Förder- und Differenzierungsangebote ebenso dazu wie Lehrerwochenstundenzuweisungen etwa für Bläserklassen oder Chorgruppen. Ob das in allen anderen Bundesländern der Fall ist, bezweifle ich sehr.

Meine Damen und Herren von der CDU, ich will aber auf eine Behauptung von Ihnen eingehen, die mir doch sehr nahe gegangen ist. Sie haben nämlich behauptet, die Zahl der Schulabbrecher sei wegen der Entwicklung der Unterrichtungsversorgung gestiegen. Sie haben in diesem Zusammenhang von einer Katastrophe gesprochen.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Genau!)

Die Realität sieht aber anders aus. Auf der Grundlage der Daten des Statistischen Landesamtes kann von einer Katastrophe keine Rede sein. Ich will Ihnen das anhand einiger Zahlen belegen. Im Sommer 2013 hatten 2.399 junge Leute in Rheinland-Pfalz die allgemeinbildenden Schulen ohne das Abgangszeugnis der Berufsreife verlassen. Gegenüber 2012 ist dies ein Plus von 46. Gleichzeitig ist allerdings die Zahl der Schulabgänge im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 370 auf 44.272 gestiegen, sodass die Quote der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss im Jahr 2013 völlig identisch mit dem Vorjahr ist, und zwar liegt sie bei 5,4 %. Genau das hat auch das Statistische Landesamt so ausgewiesen.

Bei der Nachprüfung der Zahlen hat sich sogar herausgestellt, dass sich in die Statistik ein Rückmeldefehler eingeschlichen hatte. Die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne den Abschluss der Berufsreife lag demnach 2013 in absoluten Zahlen bei 2.346 Jugendlichen, und der prozentuale Anteil sinkt damit sogar auf 5,3 %.

In Rheinland-Pfalz ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss in den vergangenen Jahren deutlich gesunken. 2003 lag er noch bei 9,1 %. Wir stehen im Ländervergleich sehr gut da. Das ist das Ergebnis erheblicher Anstrengungen für eine intensivere individuelle Förderung von Projekten, wie "Keiner ohne Abschluss", und eines stetigen Ausbaus der Berufsorientierung. Insbesondere zeigt sich das an den Realschulen plus. Dort wirkt sich das besonders positiv aus.

Meine Damen und Herren, sehen lassen können sich aber auch unsere Einstellungszahlen. Zur Absicherung einer guten Unterrichtungsversorgung wurden im laufenden Schuljahr bislang bereits rund 1.000 Lehrkräfte neu eingestellt. Zum 1. Februar kommen noch einmal rund 300 dazu. Das sind 30 mehr als zum gleichen Zeitpunkt im Vorjahr. Nicht von ungefähr haben wir in Rheinland-Pfalz inzwischen die jüngsten Lehrerinnen und Lehrer bundesweit.

Darüber hinaus haben wir mit dem Ausbau des Vertretungspools auf 300 Stellen jungen Lehrkräften längst das gegeben, was Sie in Ihrem Antrag fordern, nämlich feste und verlässliche Beschäftigungsverhältnisse. Frau Brück hat auch darauf hingewiesen, dass wir diesen Vertretungspool auf 1.000 Stellen aufbauen.

Ihr Antrag enthält viele bekannte Forderungen, aber er enthalt auch etwas Neues. Sie verzichten nämlich erstmals auf Ihre bisherige Geheimformel für die Unterrichtungsversorgung von 100 plus x. Ich bin mir nicht ganz sicher, aber vielleicht haben dazu die Ergebnisse des jüngsten Schulleistungsvergleichs in Mathematik und in den Naturwissenschaften beigetragen. Es ist nicht entscheidend, nach welcher Formel sich die Unterrichtsversorgung berechnet, sondern entscheidend ist vielmehr, was von der Unterrichtungsversorgung bei den Schülerinnen und Schülern ankommt. Nach dem Leistungsvergleich ist das in Rheinland-Pfalz signifikant mehr als im von Ihnen bisher so oft zitierten 105-%-Land Hessen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Braun:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag, da Ausschussüberweisung nicht beantragt ist.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/3202 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Wer stimmt dagegen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Ich rufe Punkt 18 der Tagesordnung auf:

Naturschutz und Offenhaltung der Landschaft in bäuerlicher Hand! Antrag der Fraktion der CDU

- Drucksache 16/3203 -

Es ist keine Aussprache vereinbart.

(Zurufe: Ausschussüberweisung!)

Es ist Ausschussüberweisung beantragt. Es gibt Zustimmung für die Ausschussüberweisung. Dann wird der Antrag an den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten überwiesen.

Damit kommen wir zum Ende der heutigen Sitzung. Ich lade Sie zur nächsten Sitzung, unserer Sondersitzung, am Montag, den 27. Januar 2014, um 10:00 Uhr ein.

Ich wünsche Ihnen einen guten Abend.

Ende der Sitzung: 18:57 Uhr.